56. Jahrgang / Heft 2 / April 2008 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Hans-Peter Schwarz Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Dieter Krüger
Schlachtfeld Bundesrepublik?
Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968

Birgit Schwelling
Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957 bis 1975

Martin Jungius/Wolfgang Seibel
Der Bürger als Schreibtischtäter
Der Fall Kurt Blanke

Martin Werding
Gab es eine neoliberale Wende?
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre

Hermann Wentker
Die DDR in den Augen des BND (1985–1990)
Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck

Institut für Zeitgeschichte
Oldenbourg

Inhalt

Wie sicher war die westdeutsche Sicherheitspolitik?

Dieter Krüger
Schlachtfeld Bundesrepublik? . . . . . **171** Aufsätze
Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968

„Geheimniskrämerei" um eine deutsche Opfergruppe?

Birgit Schwelling
Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik . . **227**
Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957 bis 1975

Warum machte er mit?

Martin Jungius/Wolfgang Seibel
Der Bürger als Schreibtischtäter **265**
Der Fall Kurt Blanke

Im Meinungsstreit

Martin Werding
Gab es eine neoliberale Wende? . . . . . **303** Diskussion
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre

Wusste der BND mehr?

Hermann Wentker
Die DDR in den Augen des BND (1985–1990) . . . . **323** Interview
Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck

Systemstabilität und die Entkoppelung der Gewalt **359** Notizen
Ludolf Herbst zum 65. Geburtstag

Erste Ergebnisse eines Großprojekts: Die Vorstellung des ersten Bandes der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945" in Berlin **365**

Schreib-Praxis. Das Institut für Zeitgeschichte organisiert zum zweiten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar **367**

369 Rezensionen online

375 Abstracts

379 Autoren

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hätte das Verteidigungskonzept der NATO funktioniert? Was wäre aus der Bundesrepublik im Falle eines Atomkriegs geworden? Wie souverän war dieser Staat eigentlich? Während des Kalten Krieges ist viel über diese Fragen spekuliert worden; sichere Antworten waren aber kaum möglich. Das hat sich mittlerweile geändert. Auf der Grundlage der nun zugänglichen Quellen zeichnet Dieter Krüger ein Bild über die westdeutsche Sicherheitspolitik, das neu ist und auch bestürzend.

Dieter Krüger

Schlachtfeld Bundesrepublik?

Europa, die deutsche Luftwaffe und der Strategiewechsel der NATO 1958 bis 1968

Nach verbreiteter Auffassung hat die Bundesrepublik, unbeschadet mancher Spannungen mit den Großmächten der Nordatlantischen Allianz, durch den Aufbau ihrer Streitkräfte im Rahmen der NATO seit 1956 an Sicherheit und außenpolitischem Gewicht gewonnen. Die „Bündnismitgliedschaft", resümierte 2005 Helga Haftendorn im Rückblick auf 50 Jahre deutsche NATO-Mitgliedschaft, sei „den deutschen Interessen äußerst förderlich gewesen". Die Allianz habe sich „stets als Mittler und Krisenmanager bewährt"; erst unter ihrem „lebenswichtigen Sicherheitsschirm" und in ihrer „von Diskriminierung freien Rahmenstruktur" habe sich die Bundesrepublik zum „bedeutenden europäischen Staat entwickeln können". Kein Wunder, dass die Nestorin der deutschen Strategiehistoriker bei so viel positiver Bewährung auch heute keine Alternative zur NATO erkennen mag, schon gar nicht in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union[1]. Auch Bruno Thoß bewertet den Übergang der Allianz

[1] Helga Haftendorn, Der Beitritt Deutschlands zur NATO – 50 Jahre danach, in: NATO-Brief, Sommer 2005, S. 7 f. Vgl. auch Christian Hacke, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, Berlin [3]1997, S. 347 f.; Thomas A. Schwartz, „No harder enterprise". Politik und Prinzipien in den deutsch-amerikanischen Beziehungen 1945–1968, in: Detlef Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges 1945–1990. Ein Handbuch, 2 Bde, Stuttgart/München [2]2001, hier Bd. 1, S. 59–81, und bezogen auf die hier behandelte Epoche Eckart Conze, Staatsräson und nationales Interesse: Die Atlantiker-Gaullisten-Debatte in der westdeutschen Politik- und Gesellschaftsgeschichte der 1960er Jahre, in: Deutschland, Großbritannien, Amerika. Politik, Gesellschaft und Internationale Geschichte im 20. Jahrhundert, hrsg. von Ursula Lehmkuhl u. a., Stuttgart 2003, S. 197–226, hier S. 206–208, sowie Beatrice Heuser, Alliance of democracies and nuclear deterrent, in: War Plans and Alliances in the Cold War. Threat perceptions in the East and West, hrsg. von Vojtech Mastny u. a., Milton Park/New York 2006, S. 193–217, hier S. 210. Skeptischer dagegen Gregor Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 225 f.; Ulrich Lappenküper, „Ein Europa der Freien und der Gleichen". La politique européenne de Ludwig Erhard (1963–1966), in: Wilfried Loth (Hrsg.), Crises and Compromises: The European Project 1963–1969, Baden-Baden 2001, S. 65–91, hier S. 90, und Christof Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963, Paderborn u. a. 2003, S. 379. Dagegen unterstellt Ralph Dietl, Emanzipation und Kontrolle. Europa in

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0008
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von der angeblich illusionären Strategie der Massiven Vergeltung zur Flexiblen Reaktion ausgesprochen positiv[2]. Unter dem Aspekt der Nuklearstrategie der 1960er Jahre erscheint eine solche Retrospektive allerdings ebenso fraglich wie die gegenwartsbezogene Schlussfolgerung.

Die vorliegende Studie kommt durch Betrachtung der Sicherheits- und Europapolitik im Lichte ihrer nuklearstrategischen und operativen Konsequenzen zu einer anderen Interpretation[3]: Gerade die Kennedy-Administration nötigte mit den Begriffen der „flexible response" und des „limited war" den Westdeutschen eine Bündnisstrategie auf, die deren objektiven nationalen Sicherheitsinteressen widersprach. Der „Kompromiss" der Bundesrepublik mit dem amerikanischen „Primus inter pares"[4] bedeutete, dass der Zuwachs an Sicherheit für die Bundesrepublik weit hinter den Kosten zurückblieb, welche sie aufzuwenden hatte, um die strategischen Vorgaben des Bündnisses zu erfüllen. Der Aufbau der Bundeswehr unter geänderten strategischen Vorzeichen musste die Strategie der massiven nuklearen Vergeltung auf Dauer aushöhlen, die im Grunde allein die militärische Sicherheit der Bundesrepublik garantierte. Damit profitierten vor allem die angelsächsischen Führungsmächte[5] und Frankreich[6] von der Existenz der Bundeswehr. Die Verknüpfung von Strategiewechsel und Nichtverbreitungspolitik durch die Vormacht des Bündnisses verlieh diesem einen Charakter, den die

der westlichen Sicherheitspolitik. Eine Innenansicht des westlichen Bündnisses, Bd. I: Der Ordnungsfaktor Europa 1948–1958, Stuttgart 2006, und Bd. II: Europa 1958–1963. Ordnungsfaktor oder Akteur?, Stuttgart 2007, der amerikanischen Europapolitik durchgängig das Ziel, ihre Kontrolle über die Westeuropäer zu wahren, deren Emanzipation mittels der NATO und supranationaler Arrangements zu verhindern und am Ende eine gesamteuropäische Ordnung unter bipolarer Aufsicht der Supermächte herzustellen.

[2] Vgl. Bruno Thoß, NATO-Strategie und nationale Verteidigungsplanung. Planung und Aufbau der Bundeswehr unter den Bedingungen einer massiven atomaren Vergeltungsstrategie 1952–1960, München 2006, S. 740. Vgl. auch ders., Bündnisintegration und nationale Verteidigungsinteressen. Der Aufbau der Bundeswehr im Spannungsfeld zwischen nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigung (1955 bis 1968), in: Frank Nägler (Hrsg.), Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden – Einsichten – Perspektiven, München 2007, S. 13–38, hier S. 32–37.

[3] Vgl. auch erste Überlegungen von Klaus Naumann, Machtasymmetrie und Sicherheitsdilemma. Ein Rückblick auf die Bundeswehr des Kalten Krieges, in: Mittelweg 36 14 (2005), Dez. 2005/Jan. 2006, S. 13–28. Er streift die Dimension des Bündnisses und lässt die der europäischen Zusammenarbeit unbeachtet. Vgl. dagegen zum letzten Aspekt Matthias Schulz, Integration durch eine europäische Atomstreitmacht? Nuklearambitionen und die deutsche Europa-Initiative vom Herbst 1964, in: VfZ (53) 2005, S. 275–313. In der Tendenz der hier vertretenen Auffassung argumentiert bereits Wolfgang Krieger, Sicherheit durch Abschreckung? Die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen 1945–1968, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 283–305 passim.

[4] Helga Haftendorn, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994, S. 347 (Zitat), S. 363 u. S. 367, und etwas differenzierter dies., Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000, Stuttgart 2001, S. 94.

[5] Etwas moderater spricht Beatrice Heuser, NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear Strategies and Forces for Europe, 1949–2000, Houndmills u. a. 1997, S. 129, von „decisive difference between vital West German and US security needs".

[6] So schon Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 318 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen nur mit einem gehörigen Maß an fatalistischer Selbsttäuschung als diskriminierungsfrei empfinden konnten[7].

1. Die NATO-Nuklearstrategie und das kontinentale Dilemma

In seinen Anfangsjahren sah das 1949 gegründete Bündnis eine strategische Arbeitsteilung vor, nach der die Vereinigten Staaten den nuklearen strategischen Luftkrieg und die Europäer die konventionelle Verteidigung zu Lande führten[8]. Freilich hätte der strategische Luftkrieg die sowjetische Armee zunächst kaum daran gehindert, Westeuropa mit überlegenen Streitkräften zu überrennen. Daher beschloss die Nordatlantische Allianz im Februar 1952 eine deutliche Verstärkung ihrer konventionellen Streitkräfte. Die geplanten zwölf deutschen Divisionen spielten dabei eine Schlüsselrolle; sie sollten den Gegner spätestens am Rhein solange festhalten, bis die militärischen und industriellen Ressourcen der Sowjetunion in zahlreichen Nuklearschlägen so weit verglüht waren, dass ihre Offensive am Boden nicht mehr fortgesetzt werden konnte[9]. Die Briten hatten sich schon vor den Beschlüssen von 1952 von einem ambitionierten Rüstungsprogramm verabschiedet. Das wirtschaftlich schwächelnde Frankreich hätte die Masse der Landstreitkräfte stellen sollen, verschliss diese jedoch zunehmend im Indochinakrieg[10].

Die britischen Spitzenmilitärs plädierten 1952 für eine konsequente Strategie der nuklearen Abschreckung. Danach musste der Gegner mit einem raschen und umfassenden Kernwaffeneinsatz rechnen, gegen den es für ihn vorläufig keinen wirksamen Schutz gab. Die vorhandenen Land- und taktischen Luftstreitkräfte sollten mittels taktischer Atomwaffen in die Lage versetzt werden, eine sowjetische Bodenoffensive wirksam zu bremsen. Dieses Konzept ging freilich nur auf, wenn die kontinentalen Landstreitkräfte durch zwölf westdeutsche Divisionen über den Punkt hinaus verstärkt wurden, an dem sie überhaupt wirksam werden konnten. Im Übrigen sollten die künftigen deutschen einen Teil der britischen taktischen Luftstreitkräfte ersetzen. Mit den so eingesparten Mitteln wollte Lon-

[7] Schnörkellos und bis heute gültig formulierte der Altmeister: „Daß Amerika uns schützt, kostet den Preis des Gehorsams, der umso höher werden wird, je stärker sich die Amerikaner in der Welt belastet sehen und Washington die Anspannung der eigenen Kräfte zu mindern sucht.“ Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 446 (Zitat) u. S. 250–254.

[8] Vgl. MC 3 bis MC 3/2 sowie DC 6, DC 6/1 und schließlich MC 14/1, in: NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory Pedlow, o. O. 1997, S. 6 f., S. 16 f., S. 46 f., S. 54 f., S. 62 f., S. 207 f. u. S. 210–213; SHAPE Historical Office Mons/Belgien, SHAPE History (künftig: SHAPE-History), July 1953–Nov. 1956, S. 24.

[9] Vgl. Christian Greiner, Die Entwicklung der Bündnisstrategie 1949–1958, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz. Strategie, Organisation und nukleare Kontrolle im Bündnis 1949 bis 1959, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Bruno Thoß, München 2003, S. 17–174, hier S. 49–73 u. S. 82–110; Heuser, NATO, S. 30–33.

[10] Vgl. Helmut R. Hammerich, Jeder für sich und Amerika gegen alle? Die Lastenteilung der NATO am Beispiel des Temporary Council Committee 1949 bis 1954, München 2003, S. 82–106.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

don einen angemessenen Anteil an strategischen Bombern finanzieren, der den eigenen Einfluss auf die Nuklearstrategie sicherstellte. Die Bereitschaft der Europäer, ihre konventionelle Rüstung zu stärken, förderte dies nicht gerade. Doch schloss sich die Eisenhower-Administration unter dem Rubrum „New Look" 1953 der Hoffnung an, strategische und taktische Kernwaffen könnten den offenkundig unrealistischen, da zu teuren Truppenausbau wenigstens teilweise ersetzen[11].

Unterdessen verhandelte die Bundesrepublik über ihre Bewaffnung im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Im Bündnisfall wäre die integrierte Europa-Armee unter den Befehl des NATO-Oberbefehlshabers in Europa (SACEUR[12]) getreten[13]. Es hätte sich um konventionell bewaffnete Landstreitkräfte gehandelt. Das entsprach der gültigen Arbeitsteilung zwischen strategischer Nuklearoffensive in der Luft und klassischem Verzögerungsgefecht am Boden. Da die Bundesrepublik mit einigem Erfolg auf Gleichberechtigung bestanden hatte, unterlag auch Frankreich nuklearen Restriktionen. In französischen Augen geriet die EVG spätestens Ende 1953 als Instrument amerikanischer Hegemonie in Verdacht. Offenbar wollten die Angelsachsen die konventionell geführte Landschlacht in ihrem Vorfeld der Europa-Armee überlassen, während sie selbst sich auf luft- und seegestützte Nuklearstreitkräfte konzentrierten. Angesichts der wachsenden Bedeutung der Kernwaffen wurde die vom EVG-Vertrag stipulierte Kontrolle des Nuklearbrennstoffes als Verlust an Sicherheit und Handlungsfreiheit wahrgenommen, der durch die ungewisse Führungsrolle Frankreichs in der EVG kaum aufgewogen wurde[14]. Folgerichtig verzichtete Paris 1954 auf eine supranationale europäische Gemeinschaft. Der Aufbau westdeutscher Streitkräfte im Rahmen der NATO hatte im sicherheitspolitischen Gesamtkalkül seinen Schrecken verloren. Denn unter dem Schutz der wachsenden westdeutschen Streitkräfte wollte Frank-

[11] Vgl. Defence Policy and Global Strategie. Report by the Chiefs of Staff, 17. 6. 1952, in: Alan Macmillan/John Baylis, A Reassessment of the British Global Strategy Paper of 1952, Department of International Politics, University of Wales, Aberystwyth 1993 (Research Papers Nr. 13), bes. S. 34 f.; John Baylis, Ambiguity and Deterrence. British Nuclear Strategy 1945–1964, Oxford 1995, S. 126–160, S. 164–166 u. S. 174–177; Robert A. Wampler, Ambiguous Legacy: The United States, Great Britain and the Foundations of NATO Strategy 1948–1957, Ann Arbor (Harvard Microfilm Diss.) 1991, S. 305 f., S. 335–348, S. 372–377, S. 389–406, S. 467–473, S. 519 f., S. 524–544 u. S. 551–558; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 158–168.

[12] Supreme Allied Commander Europe.

[13] Vgl. Wilhelm Meier-Dörnberg, Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 2: Lutz Köllner u. a., Die EVG-Phase, München 1990, S. 605–756 passim.

[14] Vgl. Ralph Dietl, Sole Master of the Western European Strength? The United States, Western Europe and the Exclusiveness of a European Defence Identity, 1959–1964, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Europe, Cold War and Coexistence 1953–1965, London/Portland 2004, S. 132–172, hier S. 133–135; Gunnar Skogmar, The United States and the Nuclear Dimension of European Integration, Houndmills u. a. 2004, S. 17, S. 37–40 u. S. 49–64; Klaus A. Maier, Die Internationalen Auseinandersetzungen um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 2, S. 188, S. 194 f. u. S. 232; Dieter Krüger, Sicherheit durch Integration? Die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit Westeuropas 1947 bis 1957/58, München 2003, S. 334–337 u. S. 345 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reich einen Teil seiner beschränkten Ressourcen in ein nationales Kernwaffenprogramm investieren. Auf ein vergleichbares Vorhaben hatte Bundeskanzler Konrad Adenauer im Vorfeld des NATO-Beitritts vorläufig verzichtet[15]. Einmal mehr hatte die Existenz der NATO als Bremse der europäischen Integration gewirkt[16].

Nach ersten Zielabsprachen zwischen amerikanischen NATO-Offizieren und dem amerikanischen Strategic Air Command seit 1951 begann das Bündnis seit 1953 darüber nachzudenken, wie mit dem Einsatz von bis zu 1.000 taktischen Atomsprengköpfen eine sowjetische Offensive womöglich schon an der Elbe aufzuhalten sei[17]. Die Planungen des europäischen Hauptquartiers SHAPE[18] mündeten in das am 17. Dezember 1954 vom Nordatlantikrat verabschiedete Strategiedokument MC 48. Danach galt ein rein konventioneller Angriff als „remote possibility". Ein künftiger Krieg werde durch einen nuklearen Schlagabtausch eröffnet, der sich vor allem gegen die Atomwaffen und ihre Träger richte. Bewahrten diese ihre Gegenschlagsfähigkeit, werde die sowjetische Offensive unter den Atomschlägen des Bündnisses zusammenbrechen[19]. Die amerikanischen strategischen Bomber und die nuklear bewaffneten „Strike Forces" des SACEUR sollten die Sowjetunion daran hindern, Europa zu überrollen. In der Annahme, dass ein bewaffneter Konflikt rasch eskaliere, sollten die dem SACEUR unterstehenden Kräfte bereits vorab ausgewählte Ziele nuklear angreifen und das Offensivpotential des Gegners schlagartig drastisch reduzieren. Fliegerhorste, Verkehrsknotenpunkte, Truppenkonzentrationen, Häfen, Depots sowie Kommandostellen und Fernmeldeeinrichtungen des Gegners gerieten ins Visier namentlich der Luftangriffskräfte des Bündnisses. Die Überlegungen führten zu einem – zunächst nur amerikanischen Offizieren bekannten – „Saceur's Atomic Strike Plan 1954". Schon zu diesem frühen Zeitpunkt ging SHAPE davon aus, dass die Aufrüstung der Streitkräfte für den Atomkrieg ihren dauerhaften konventionellen Einsatz verbiete, andernfalls sie für die wahrscheinlich folgende nukleare Auseinandersetzung nicht mehr zur Verfügung stünden. Die nachgeordneten Stäbe in Europa-Mitte entwickelten daher den Plan, den Gegner zu Truppenkonzentrationen zu zwingen, die man dann nuklear vernichten wollte – zwangsläufig überwiegend auf deutschem Boden. Kaum überraschend, beanspruchten die nachgeordneten Kommandeure mit konkurrierenden Ideen Zugriff auf die taktischen Atomwaffen. Daher übernahm der stellvertretende SACEUR 1956 die Federführung der Atomkriegsplanung für Europa[20].

---

[15] Vgl. Ulrich Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963. Von der „Erbfeindschaft" zur „Entente élémentaire", 2 Bde., München 2001, S. 638–757 passim.

[16] Wie schon von Anselm-Doering-Manteuffel, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949, Darmstadt 1983, S. 81, vermutet und von Krüger, Sicherheit, S. 514, durchgängig als These formuliert.

[17] Vgl. SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 27–32 u. S. 35–39; Wampler, Legacy, S. 311–323, S. 349–352, S. 496–500 u. S. 561–576.

[18] Supreme Headquarters Allied Powers Europe.

[19] Vgl. Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 229–250 (Zitat S. 233); SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 79–82.

[20] SHAPE History, July 1953 – Nov. 1956, S. 43–46, S. 48, S. 50, S. 53, S. 63 f., S. 66–68, S. 72, S. 84–90, S. 93–102, S. 115 f. u. S. 118 f.; SHAPE History, 1958, S. 79; SHAPE Central Records

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende 1955 wurde der Atomic Strike Plan vollständig überarbeitet. Er regelte umfassend das Zusammenwirken des SACEUR mit seinen nachgeordneten Kommandeuren bei der Zielplanung und Durchführung der nuklearen Vergeltung eines Angriffs. Der SACEUR verfügte zunächst über ihm zugeordnete nukleare „Special Strike Forces“: sechs Artillerie-Bataillone mit je etwa sechs nuklearfähigen Geschützen, neun Raketen-Bataillone, 25 Bomber- und Jagdbomber-Staffeln sowie zwei seegestützte fliegende Gruppen. Ergänzt wurden diese Kräfte durch britische nicht-nukleare, leichte Bomberverbände und eine Aufklärungsstaffel. Der SACEUR konnte ferner auf das amerikanische Bomberkommando und das entsprechende britische Kommando der mittleren Bomber zurückgreifen, mit denen er seinen Strike Plan abzustimmen hatte. Freilich entschieden über das Ausmaß dieser Unterstützung – wie im Falle der britischen Bomber – die nationalen Vereinten Stabschefs. Die Special Strike Forces arbeiteten nach Freigabe des Nukleareinsatzes („R[elease]-hour“) durch den SACEUR zunächst automatisch ein Programm vorab geplanter Ziele von europaweiter Bedeutung ab („Saceur’s scheduled program“). Davon waren allein auf (ost-)deutschem Boden 46 Flugplätze betroffen. Gleichzeitig oder in der Folge waren Ziele anzugreifen, deren Vernichtung die Bodenoffensive des Gegners behinderten. Sieben Eisenbahnknotenpunkte im nordöstlichen Vorfeld der Bundesrepublik sowie 20 an der weiteren Westgrenze von DDR und ČSSR befanden sich im Visier der Zielplaner. Dazu kamen 19 Eisenbahn-, 12 Straßenbrücken sowie weitere 17 Eisenbahnknotenpunkte an der Elbe. An Oder und Neisse sollten 13 Eisenbahn- und 11 Straßenbrücken sowie sieben Eisenbahnknotenpunkte bombardiert werden. Der konventionelle Einsatz der britischen leichten Bomber richtete sich gegen die Treibstoffversorgung (Raffinerien, Tanklager u. ä.) der gegnerischen Luftstreitkräfte auf ostdeutschem Gebiet. Die regionalen Befehlshaber oder die ihnen nachgeordneten Kommandeure verfügten ebenfalls über je zwei Kataloge mit für ihren Verantwortungsbereich wichtigen Zielen. Ein Katalog („grün“) umfasste Ziele, die der SACEUR vorab gebilligt hatte. Sie wären unmittelbar nach R-hour ebenfalls ohne weitere Rückfrage durch Kräfte angegriffen worden, die den regionalen Befehlshabern zur Verfügung standen oder die ihnen durch den SACEUR zugeteilt wurden. Zu diesen Zielen zählten weitere 46 Flugplätze auf ostdeutschem Boden, einschließlich der Flugplätze Tegel und Tempelhof in Westberlin – offensichtlich, sobald diese von Sowjets und Ostdeutschen erobert worden waren. In einem zweiten Katalog („schwarz“) der regionalen Befehlshaber waren weitere Ziele aufgeführt, die erst nach Zustimmung des SACEUR angegriffen werden durften, darunter Punkte mit voraussichtlichen Truppenkonzentrationen des Gegners. Im Fall eines Überraschungsangriffes wären 66 Ziele auf dem Boden

Mons/Belgien (künftig: SCR), 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders’ Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G); vgl. Christian Greiner, Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die WEU und die NATO 1954–1957, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956, Bd. 3: Hans Ehlert u. a., Die NATO-Option, München 1993, S. 561–850, hier S. 727 f.; ferner Greiner, Entwicklung, in: Ders. u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 124 f. u. S. 130 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der DDR und sogar grenznahe Ziele auf westdeutschem Boden bombardiert worden. Sofern dem Angriff ein Truppenaufmarsch vorausging, erhöhte sich die Anzahl der Ziele entsprechend. Angesichts des Einsatzes von Sprengköpfen mit einer Sprengkraft von 2 bis 750 KT und eines fallweise mehrfachen Angriffs einzelner Ziele[21] wird die atomare Verwüstung vorstellbar, die, je länger desto sicherer, nicht auf Ostdeutschland und Osteuropa beschränkt geblieben wäre.

Der Nordatlantikrat verabschiedete im Dezember 1956 seine Auffassung, dass das Risiko nuklearer Vergeltung die Sowjetunion von einer militärischen Auseinandersetzung abschrecken werde. Mithin verbürgte die glaubwürdige Entschlossenheit und Fähigkeit zum Einsatz von Kernwaffen, bevor Bündnisgebiet in nennenswertem Umfang verloren ging, die Sicherheit der NATO-Mitgliedsstaaten. Mit begrenzten örtlichen Angriffen wollte die Allianz auch ohne Rückgriff auf Atomwaffen fertig werden. Die Suche nach der angemessenen Mischung zwischen konventionellen und nuklearen Kriegsmitteln überließ der Rat den militärischen Spitzengremien[22]. Britische Militärs setzten weiter einseitig auf Abschreckung durch ein konventionelles Schild mäßiger Stärke und ein starkes Schwert nuklearer Luftstreitkräfte. Der SACEUR neigte dieser Auffassung zu, sah darin jedoch kein Sparpotential; schließlich hatte schon sein Vorgänger 1955 gewarnt, „New Look“ bedeute nicht „cheaper look“[23]. Der amerikanische NATO-Oberbefehlshaber im Atlantik, der amerikanische Heeresstabschef sowie französische und deutsche Militärs wollten die Fähigkeit des Bündnisses zur begrenzten konventionellen Kriegführung erhalten wissen. Dagegen erkannten Briten und Kanadier gerade darin eine gefährliche Verwässerung der Nuklearstrategie, die den Gegner erst zu begrenzten Aggressionen unterhalb der Schwelle des Atomkrieges ermuntern werde. Angesichts eines sich abzeichnenden atomaren Patts der Supermächte plädierte freilich auch der Nationale Sicherheitsrat in Washington gegen einen nuklearen Automatismus und für hinreichende konventionelle Fähigkeiten des Bündnisses. Sie sollten abgestufte Reaktionen auf sowjetische Aggressionen ermöglichen[24]. Mit seinen strategischen Grundlagendokumenten MC 14/2 und MC 48/1 schloss der Nordatlantikrat im Frühjahr 1957 eine rein konventionelle und räumlich beschränkte Kriegführung aus: „in no case is there a NATO concept of limited war with the Soviets“. Die Verteidigung basierte jetzt auf den nuklear bewaffneten strategischen Luftstreitkräften, die freilich unter nationalem Befehl standen. Hinreichende, aber weitgehend präsente Schildkräfte

[21] Verschlusssache. In diesem wie in anderen Fällen unterliegen die Bezugsdokumente noch – eher aus administrativen und politischen Gründen als aufgrund materieller Notwendigkeit – der Geheimhaltung.

[22] Vgl. C-M(56)138, 13. 12. 1956, in: Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 269–276.

[23] SHAPE History, July 1953-Nov. 1956, S. 225.

[24] Vgl. Reiner Pommerin/Johannes Steinhoff, Strategiewechsel. Bundesrepublik und Nuklearstrategie in der Ära Adenauer–Kennedy, Baden-Baden 1992, S. 25 f.; Olaf Theiler, Die Rezeption der NATO-Nuklearstrategie durch die Bundeswehr 1954–1956, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), S. 451–512, hier S. 496; Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 710 f. u. S. 713 f.; ders., Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 147–160; Heuser, NATO, S. 38 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollten eine nukleare Komponente erhalten, um in den Atomkrieg einzusteigen, sobald das Niveau einer lokal begrenzten Aktion überschritten war. In den Augen des Nordatlantikrates blieb Rüstung nur so finanzierbar[25].

Das Bündnis hatte eine dem Atomzeitalter angemessene „strategy of differentiated, flexible responses“[26] beschlossen. Der nukleare Automatismus griff erst, wenn konventionelle Optionen keinen Erfolg versprachen. Keinesfalls hätte jeder Grenzzwischenfall oder jede lokale Aktion den Atomkrieg ausgelöst, wie später unterstellt wurde[27]. Allerdings musste der Gegner mit einem raschen, umfassenden und unwiderruflichen Atomschlag rechnen, sobald seine Großverbände kämpfen würden. Der Verzicht auf eine starke konventionelle Komponente machte den defensiven Charakter der Strategie aus[28]. Sie vermied die endlosen Materialschlachten vergangener Tage, freilich um den Preis, im Ernstfall kollektiv unterzugehen. Wie die erstmals von Thoß umfassend dargestellten westdeutschen Überlegungen zur Zivilverteidigung zeigen, wären – von erheblichen Bevölkerungsverlusten durch Waffenwirkung einschließlich radioaktiver Verstrahlung einmal ganz abgesehen – die Infrastruktur, die Produktionsstätten und die staatliche Verwaltung weitgehend zerstört worden. Die Versorgung der verbleibenden, aber zu Millionen durch das Kampfgebiet nach Westen strömenden Bevölkerung wäre rasch zusammengebrochen[29]. Es lag jedoch kaum im objektiven Interesse der Bundesrepublik und anderer exponierter Staaten, sich in einem konventionellen Krieg zu verschleißen, ohne den Verlust großer Teile des eigenen Territoriums verhindern zu können, um dann am Ende unter Einsatz von Atomwaffen wieder „befreit“ zu werden. Das Bündnis hätte kaum mehr als die nukleare Wüste zurückerobert, die auch ein von Anfang an total geführter Krieg hinterlassen hätte. Allerdings belasteten mehrere Hypotheken die Strategie der „massiven Vergeltung“. Dabei war die Koordination der konventionell und mit taktischen Atomwaffen kämpfenden Bodentruppen nebst taktischen Luftstreitkräften mit den überwiegend nuklear auftretenden strategischen Luftstreitkräften kein kleines, aber eben nur ein operatives Problem[30].

Vorläufig erfreuten sich die Vereinigten Staaten noch eines Vorsprungs an atomaren Sprengkörpern gegenüber der Sowjetunion. Spätestens wenn dieser Vorsprung schmolz, musste sich ein Problem aufdrängen, das Amerikaner, Briten und Kanadier im Vorfeld der Verabschiedung von MC 48 noch hatten umgehen können: Die Abschreckung funktionierte nur, wenn dem SACEUR gewährt wurde, was dieser schon im Juli 1953 gefordert hatte, nämlich die Befugnis, im Notfall unverzüglich den Einsatz von Atomwaffen freizugeben – und zwar ohne zeitraubende Konsultationen mit den Mitgliedsstaaten. Damit schien nicht nur

[25] Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 291.
[26] Heuser, NATO, S. 40.
[27] Vgl. Marc Trachtenberg, A Constructed Peace. The Making of the European Settlement, 1945–1963, Princeton/NJ 1999, S. 180 f.
[28] Vgl. Marco Carnovale, The Control of NATO Nuclear Forces in Europe, Boulder u. a. 1993, S. 169.
[29] Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 643–645, S. 672 f., S. 683 f., S. 689–691 u. S. 708.
[30] Vgl. Greiner, Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 121 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein präventives Vorgehen möglich. Auf dem Spiel stand auch die Souveränität der Bündnismitglieder. Sie hatten die Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker an einen amerikanischen General als Sachwalter der europäischen Interessen abgetreten. Dessen amerikanisch dominierte Kommandobehörden hätten im Falle eines Überraschungsangriffs Kernwaffen auch ohne Rücksprache eingesetzt. Mit zunehmender nuklearer Aufrüstung der Sowjetunion gewann die anhaltende Verwüstung großer Teile des europäischen Bündnisgebietes an Wahrscheinlichkeit. Als die alliierten Luftflotten in der Bundesrepublik im Juni 1955 den Atomkrieg übten, wurden fiktiv 345 Atomsprengköpfe eingesetzt. Angenommene 1,7 Millionen Tote und 3,5 Millionen Verletzte schockierten die westdeutsche Öffentlichkeit nachhaltig. Proteste gegen die Atombewaffnung prägten von da an – mal stärker, mal schwächer – die öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik bis zum Ende des Kalten Krieges. Freilich blieb auch der nukleare Ersteinsatz durch das Bündnis bis zum Ende des Kalten Krieges die zwingende Konsequenz, solange dessen vermeintlich oder tatsächlich unterlegene Streitkräfte einem konventionellen Großangriff nicht Stand zu halten vermochten[31].

Das Bundesverteidigungsministerium trug das NATO-Konzept mit, warnte aber vor dem „gefährlichen Irrtum", so der Abteilungsleiter Gesamtstreitkräfte Hans Speidel, die konventionellen Kräfte übermäßig auszudünnen. Der Gegner werde verleitet, mit der Furcht des Bündnisses vor dem Einsatz von Kernwaffen zu spekulieren und lokale Auseinandersetzungen zu wagen[32]. Der Militärausschuss forderte denn auch 1958 in seinem Dokument MC 70 eine Vermehrung der Bündnisstreitkräfte bis 1963. Der SACEUR sollte unter anderem über acht zusätzliche präsente Divisionen, davon sieben deutsche, verfügen. Der Nordatlantikrat akzeptierte die Empfehlung der Spitzenmilitärs am 9. Mai 1958 unter dem Vorbehalt steten Abgleichs der eigenen Fähigkeiten und derjenigen des Gegners[33]. Deutlich formulierten die Autoren einer deutschen Grundlagenstudie im November 1956: Die Bundesrepublik sei als dessen Mitglied an das strategische Konzept des Bündnisses gebunden. Sie müsse sich auf die Bedingungen des Atomkrieges einstellen, auch wenn die Entscheidung, diesen zu führen, nicht in ihrem Ermessen stehe. Zusätzlich sollten die eigenen Streitkräfte in der Lage sein, ohne große

[31] Vgl. Detlef Bald, Die Atombewaffnung der Bundeswehr. Militär, Öffentlichkeit und Politik in der Ära Adenauer, Bremen 1994; Georg Meyer, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Hamburg u. a. 2001, S. 508 f.; Thoß, NATO-Strategie, S. 354–370 u. S. 735 f.; Carnovale, Control, S. 45 f.; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 364; Greiner, Entwicklung, in: Ders u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 111–115, S. 126 f., S. 134 f. u. S. 138–141; ders., Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 608–613 u. S. 625–627; Heuser, NATO, S. 35; dies., Alliance, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 205–207; Klaus A. Maier, Die politische Kontrolle über die amerikanischen Nuklearwaffen. Ein Bündnisproblem der NATO unter der Doktrin der massiven Vergeltung, in: Greiner u. a., Die NATO als Militärallianz, S. 253–420, hier S. 328 f., S. 332 f. u. S. 337–351; Strauß, Erinnerungen, S. 364; Trachtenberg, Peace, S. 160–172, S. 179 f., S. 188 f. u. S. 191f.; Wampler, Legacy, S. 600–653.

[32] Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), BW2/2656a, Speidel an AA, 3. 10. 1956.

[33] NATO Archives Brüssel, International Military Staff (künftig: IMS), CD03, MC 70 (Final Decision), 9. 5. 1958.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schwierigkeiten auf eine konventionelle Kriegführung umzustellen[34]. Die Bundesregierung stand vor der Quadratur des Kreises. Sie musste um der Existenz ihrer Bevölkerung willen den Kernwaffeneinsatz vermeiden. Zugleich musste sie aber eine möglichst niedrige Schwelle des Atomwaffeneinsatzes anstreben, um ihre territoriale Integrität zu wahren. Der eigenen Öffentlichkeit gegenüber verschleierte Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß 1957 das Dilemma. Er stellte die amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden – auf welche insbesondere die neue Luftwaffe im Ernstfall zurückgegriffen hätte – als ultima ratio für den Notfall dar[35]. In Wahrheit hätte das Bündnis nur im Ausnahmefall lokaler Zusammenstöße mit dem Gegner darauf verzichten können.

2. Das Scheitern einer europäischen Verteidigungsidentität[36]

Wenn Verteidigungsminister Strauß und Kanzler Adenauer spätestens 1957 die Atombewaffnung der Bundeswehr anstrebten[37], so folgten sie einer Einsicht, aus der Briten und Franzosen längst die Konsequenzen gezogen hatten: Im Atomzeitalter stand oder fiel die Souveränität in letzter Instanz mit der Verfügung über Kernwaffen. In Großbritannien kamen erste Zweifel auf, ob man sich auf den amerikanischen Nuklearschirm unter allen Umständen verlassen konnte. Das Sonderverhältnis zu den Vereinigten Staaten bestimmte auch hier die Lösung. London strebte eine enge nukleare Zusammenarbeit an, um am Ende über eine eigene Atomstreitmacht zu verfügen. Sie sollte so wirksam wie nötig und so unabhängig von Amerika wie möglich sein[38]. Nur für einen kurzen Moment hatte der britische Außenminister Selwyn Lloyd um die Jahreswende 1956/57 erwogen, mit den Europäern zusammen eine Wasserstoffbombe zu bauen. Einerseits wollte er sich aus der amerikanischen Abhängigkeit lösen. Andererseits fürchtete er, die nuklearen Ambitionen könnten entweder im wirtschaftlichen Bankrott des Landes oder in der Erosion seines militärischen Nuklearprogramms enden. Lloyd wurde von seinen Kabinettskollegen sofort zurückgepfiffen – unter anderem mit dem Argument, man dürfe den Deutschen keine Atomwaffen in die Hand

[34] BA-MA, BW17/44, Verschlusssache.

[35] Vgl. Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 742 f.

[36] Zu dem erst in der Gegenwart aufgekommenen, mittlerweile zur „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ mutierten Begriff vgl. Dietl, Master, in: Loth (Hrsg.), Europe, S. 132 f., der diesen Begriff freilich schon auf den Brüsseler Pakt von 1948 anwendet. Vgl. Ralph Dietl, Towards a European „Third Force“? Reflections on the European Political and Security Cooperation, 1948–1964, in: Transatlantic Relations At Stake. Aspects of NATO, 1956–1972, hrsg. von Christian Nuenlist und Anna Locher, Zürich 2006, S. 23–50, hier S. 28.

[37] Vgl. Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 579–581; Peter Fischer, Die Reaktion der Bundesregierung auf die Nuklearisierung der westlichen Verteidigung (1952–1958), in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 52 (1993), S. 105–132, hier S. 116–118 u. S. 120–122; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 248 f.

[38] Vgl. Baylis, Ambiguity, S. 160–164, S. 182–188, S. 234–238 u. S. 250–277; ders., Anglo-American Defense Relations 1939–1984, London/Basingstoke ²1984, S. 70–72 u. S. 88–94; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 392 f., S. 415 f. u. S. 449 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geben[39]. Die französische Vierte Republik erwärmte sich 1955 für das Projekt einer europäischen Atomgemeinschaft. Die Deutschen sollten sich am Bau einer gemeinsamen Urananreicherungsanlage beteiligen, aus der Frankreich – unabhängig von den Angelsachsen – nicht zuletzt waffenfähiges Material zu beziehen gedachte. Dagegen erkannten die Vereinigten Staaten in einer von ihren Uranlieferungen abhängigen Atomgemeinschaft das Instrument, um Deutsche und Franzosen gleichermaßen von Kernwaffen fernzuhalten. Mit der Offerte günstigen Brennmaterials torpedierten sie die französischen Bestrebungen. EURATOM degenerierte in der Konsequenz zu einer Aufsichtsbehörde für die zivilen Brennstoffkreisläufe ihrer Mitgliedsstaaten. Damit unterlagen namentlich die Deutschen der Kontrolle, während Frankreich seine militärische Handlungsfreiheit auf diesem Feld gewahrt hatte[40].

Parallel zu den EURATOM-Verhandlungen versuchten Franzosen und Deutsche, die Chancen einer militärischen Nuklearzusammenarbeit auszuloten. Bonn sah den sicherheitspolitischen Wert seiner konventionell gerüsteten Streitkräfte zusehends infrage gestellt, zumal deren Aufstellung stagnierte. 1957 kam es zu einem ersten Abkommen zwischen Bundesverteidigungsminister Strauß und seinem französischen Amtskollegen. Die bilaterale sollte zu einer trilateralen Zusammenarbeit mit Italien erweitert werden. Die Eisenhower-Administration signalisierte Wohlwollen, solange das Unternehmen im Rahmen der Allianz blieb. Allerdings hätten alle drei die bilaterale Zusammenarbeit mit den Amerikanern vorgezogen. Die Briten reagierten mit halbherzigen Angeboten zur Zusammenarbeit im Rahmen der Westeuropäischen Union. Als Charles de Gaulle im Mai 1958 an der Seine die Regierung übernahm, endete das trilaterale Projekt im deutsch-französischen Katzenjammer. Nach erfolglosen Bemühungen um eine Nuklearkooperation mit den Angelsachsen entschied sich Frankreich für eine nationale Atomstreitmacht; der deutsche Verteidigungsminister war düpiert[41].

---

[39] Vgl. Mervyn O'Driscoll, „Les Anglo-Saxons", F-I-G and the Rival Conceptions of „Advanced" Armaments Research & Development Co-operation in Western Europe, 1956–58, in: Journal of European Integration History 4 (1998), S. 105–130, hier S. 112 f.; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 367–369; Krüger, Sicherheit, S. 475–477; Skogmar, United States, S. 239–241.

[40] Vgl. Lappenküper, Beziehungen, S. 1152 f. u. S. 1158 f.; Ginevra Andreini, EURATOM: An Instrument to Achieve a Nuclear Deterrent? French Nuclear Independence and European Integration during the Mollet Government (1956), in: Journal of European Integration History 6 (2000), S. 109–128; Mathieu L. L. Segers, Zwischen Pax Americana und Pakt Atomica: Das deutsch-amerikanische Verhältnis während der EURATOM-Verhandlungen 1955–1957, in: VfZ 54 (2006), S. 433–458; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 302–308 u. S. 330 f.; Skogmar, United States, bes. S. 182–185 u. S. 248–252.

[41] Vgl. Georges-Henri Soutou, L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1945–1996, Paris 1996, S. 73–80, S. 83–112 u. S. 133–139; Susanna Schrafstetter/Stephen Twigge, Avoiding Armageddon. Europe, the United States, and the Struggle for Nuclear Nonproliferation, 1945–1970, Westport/London 2004, S. 99–101; Burkhard Schmitt, Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956–1966, S. 51–64; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 371–374, S. 443 f. u. S. 451–484, Bd. II, S. 19–27; Fischer, Reaktion, S. 125–129; Lappenküper, Beziehungen, S. 1162–1172, S. 1178–1199, S. 1609–1614 u. S. 1620–1626; O'Driscoll, F-I-G, S. 114–130; Strauß, Erinnerungen, S. 313–315; Trachtenberg, Peace, S. 205–211.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei war die in den 1960er Jahren aufgebaute „Force de Frappe“ ohne die Schildstreitkräfte des Bündnisses in seinem Vorfeld und ohne dessen Frühwarninformationen kaum funktionstüchtig.

Frankreich entschied sich wie Großbritannien gegen eine europäische Lösung. Diese hätte den europäischen Mächten gemeinsam und damit auch den Deutschen eine eigenständige Verteidigungsidentität innerhalb des Nato-Bündnisses ermöglicht: „eine enge Zusammenarbeit in Übereinstimmung […] mit den Richtlinien der NATO und entsprechend den besonderen Problemen der europäischen Staaten der Allianz“[42]. In ihr hätte auch der Gegensatz von nuklearer Beteiligung einerseits und der Kontrolle und Nichtverbreitung von Atomwaffen andererseits aufgehoben werden können[43]. Für die Bonner Republik hieß dies, dass sie mittelfristig die Masse der Schildstreitkräfte und womöglich auch das künftige „Niemandsland“ zwischen den beiden Lagern stellte, aber die strategischen Entscheidungen der Angelsachsen kaum zu beeinflussen vermochte. Eine mehr als unerquickliche Situation. Die Erwartung, über integrierte europäische Einrichtungen – möglichst mit britischer Beteiligung – mehr Mitsprache und mehr Sicherheit zu erlangen, zerschellte an den Ambitionen de Gaulles. Frankreich sollte als kontinentale Führungsmacht in einem globalen Direktorium des Westens das Gewicht der Angelsachsen in der Allianz austarieren und eine eigenständige Rolle gegenüber der Sowjetunion spielen[44]. Die Bundesrepublik blieb folgerichtig mehr denn je Glacis der atomar gerüsteten angelsächsischen Festungen. Ihnen begann sich nun eine weitere, französische, hinzuzugesellen.

3. Der „Atomic Strike Plan“ und die Bundeswehr

Kaum verwunderlich, richteten sich die Hoffnungen der Deutschen auf den amerikanischen Kommandanten des Festungsglacis, Lauris Norstad. Seit November 1956 SACEUR, konsolidierte Norstad die Nuklearstrategie des Bündnisses im Sinne seiner operativen Gesamtverantwortung für den Kernwaffeneinsatz, über den politisch allein der amerikanische Präsident entschied. Gegenüber den Abgeordneten des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages vernebelte er im März 1957 diesen Unterschied zwischen operativer Verantwortung und politischer Entscheidung. Da er über 400 bis 450 Flugzeuge zuzüglich ballistischer Raketen für den Nukleareinsatz verfüge, so Norstad, sei er unabhängig von den Strategischen Bomberkommandos der Vereinigten Staaten und Großbritanniens. Faktisch verfügte jedoch nicht das Bündnis über die Sprengkörper. Sie lagen in Depots unter Aufsicht amerikanischer Kustodial-Abteilungen, bestehend aus sechs amerikanischen Offizieren und 50 weiteren Soldaten. Erst nach Erhalt der

[42] So das französisch-deutsch-italienische Protokoll vom 25. 11. 1957, in: Documents Diplomatiques Français, Paris, später Brüssel 1991 ff. (künftig: DDF) 1957, t 2, S. 762.
[43] Vgl. das Resümee von Skogmar, United States, S. 253–257.
[44] Vgl. Frédéric Bozo, Two Strategies for Europe: De Gaulle, the United States and the Atlantic Alliance, Lanham/Oxford 2001, S. 15–19; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 428–430; Lappenküper, Beziehungen, S. 1456 f., S. 1469–1471 u. S. 1480-1485; Krüger, Sicherheit, S. 479–506 passim.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

R-hour traten sie unter NATO-Befehl[45]. Schließlich appellierte Norstad an die Hoffnung der Abgeordneten, dass es im Ernstfall so schlimm nicht kommen werde. Da sich ein nuklearer Überraschungsangriff angeblich zwingend gegen Ziele sowohl in Europa wie in Nordamerika richte, besäße die Allianz dank ihres im Aufbau befindlichen Frühwarn- und Luftmeldedienstes ausreichende Vorwarnzeit, um ihrerseits durch einen Angriff auf bestimmte Schlüsselpositionen des Gegners „den Krieg in ziemlich kurzer Zeit unter Kontrolle" zu bringen. Begrenzte Kriege im NATO-Bereich hielt Norstad ohnehin für unwahrscheinlich. Sollte es dennoch dazu kommen, hoffte er, dass die Allianz sich auch konventionell wehren könne, sofern sie dann über die angestrebten 30 Divisionen verfüge. Andernfalls sei auch in diesem Fall der Kernwaffeneinsatz unausweichlich[46]. Tatsächlich war dieser in jedem Fall unausweichlich, denn die Ausdünnung der französischen und britischen Verbände in Westdeutschland wurde durch den schleppenden Aufwuchs der Bundeswehr kaum wettgemacht[47]. Um der naheliegenden Vermutung vorzubeugen, die Deutschen hätten nur zweitklassig ausgerüstetes Kanonenfutter zu stellen, ventilierte Norstad in Fernsehinterviews die Atombewaffnung der Bundeswehr[48], ohne freilich in die entscheidenden Details zu gehen.

Unterdessen wurde die Planung des Kernwaffeneinsatzes mit dem Strike Plan 1959 weiter verfeinert. SHAPE forderte angesichts der Zerstörungskraft der Kernwaffen deren zentrale Kontrolle durch den SACEUR. Nur so seien die kollateralen Schäden auf das militärisch unumgängliche Minimum zu beschränken und Verluste namentlich der Truppen und Bevölkerung des Bündnisses zu vermeiden. Tatsächlich wurden Atomwaffen aller Art auf der vergleichsweise beschränkten Fläche Westeuropas disloziert. Diese Waffen und die für ihren Einsatz zuständigen Gefechtsstände waren durch konventionelle und vor allem nukleare Attacken hochverwundbar. Die Fernmeldeverbindungen als Grundlage des Kommandostranges waren heterogen und namentlich anfällig für den Elektromagnetischen Impuls. Dabei nahm die Verzahnung der für nukleare und konventionelle Aufgaben vorgesehenen Truppen laufend zu. Je komplexer und anfälliger das gesamte System geriet, desto schwieriger wurde dessen zentrale Kontrolle. Der Rückgriff nachgeordneter NATO-Stäbe auf Atomwaffen lag nicht nur in der Logik der Stationierung von immer mehr und immer mehr taktischen Sprengköpfen. Vermutlich wäre im Ernstfall die zentrale Führung rasch zusammengebrochen. Nachgeordnete Stäbe hätten dann selbstständig handeln müssen; zumal sie ohnehin meist annahmen, die Verhältnisse vor Ort besser beurteilen zu können als die

[45] BA-MA, BL1/1909, Vermerk: NATO Special Ammunition Storage Program Custodial Detachments, (1960).

[46] BA-MA, BW1/54931, Vortrag General Norstad vor dem Sicherheitsausschuss des Deutschen Bundestages, 21. 3. 1957. Ähnlich hatte bereits SACEUR Alfred M. Gruenther im Vorjahr vor demselben Gremium argumentiert. Vgl. Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 717 f.

[47] Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 72–74 u. S. 556–568.

[48] Vgl. Robert S. Jordan, Norstad: Cold War NATO Supreme Commander. Airman, Strategist. Diplomat, London/New York 2000, S. 108–110.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zentrale[49]. Selbst die amerikanischen Teilstreitkräfte hatten anfangs der 1960er Jahre alle Mühe, sich auf eine integrierte nationale Nuklearplanung zu verständigen[50].

Folgerichtig sollten die beim SACEUR monopolisierte Freigabeentscheidung und dessen Richtlinienkompetenz für die Durchführung des Nukleareinsatzes die nachgeordneten Kommandos binden. Der nukleare Befehlsstrang führte über die „Major Subordinate Commands", d. h. über die Regionalbefehlshaber für Mittel-, Nord- und Südeuropa. Auf der operativen Ebene der Luftflotten und Heeresgruppen wurden „Joint Command and Operations Centers" (JCOC) eingerichtet, um den Kernwaffeneinsatz zu koordinieren. Zwischen ihnen und den Kampfverbänden übten die „Combat Operations Centers" (COC) die taktische Kontrolle aus[51]. Bei der Durchführung des Scheduled Program und bei den mit seiner Ausführung im Überraschungsfall befassten „quick reaction alert forces" (QRA) griff der SACEUR direkt nach unten durch. Jede Staffel hatte ein bis zwei Flugzeuge zu stellen, die innerhalb von 15 Minuten einsatzbereit waren. Bei den ballistischen Raketen galt für alle einsatzfähigen Systeme dieselbe Bereitschaft[52]. Neben den amerikanischen und britischen „external forces" verfügte der SACEUR im Bereich Europa-Mitte mit seinen zwei multinationalen taktischen Luftflotten 2. ATAF und 4. ATAF[53] über insgesamt 14 nuklearfähige Staffeln, darunter jetzt eine deutsche Staffel mit F 84 F-Jagdbombern. Dazu kamen ein britisches Flugkörperregiment und etwa 36 amerikanische Bataillone mit Flugkörpern und nuklearfähigen Geschützen. Der Befehlshaber der 4. ATAF, bei dem vorläufig der Löwenanteil der nuklearfähigen Waffensysteme in Europa-Mitte angesiedelt war, führte seine strike forces mittels eines „US Air Forces Central Europe Tactical Control System", das durch kanadische und französische Flugmelde- und -leiteinrichtungen ergänzt wurde[54].

Entsprechend der wachsenden Bedrohung durch Mittelstreckenraketen änderten sich im Zuge der Vorbereitung des Strike Plan 1959 die Prioritäten der Zielplanung. Unter dem Stichwort „Counter-Nuclear" wurden in der Reihenfolge

---

[49] Vgl. Francis J. Gavin, The Myth of Flexible Response. United States Strategy in Europe during the 1960s, in: The international history review 23 (2001), S. 847–875, hier S. 857 f.; Carnovale, Control, S. 17–27, S. 55 f. u. S. 104 f.; Heuser, Alliance, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 199.

[50] http://www.gwu.edu/~nsarchiv/nukevault/ebb236/index.htm (= National Security Archive Washington): History of the Joint Strategic Planning Staff: Background and Preparation of SIOP-62 u. Preparation of SIOP-63, Jan. 1964.

[51] SHAPE History, July 1953–Nov. 1956, S. 252 f. Zur Zielzuweisung vgl. auch Christian Tuschhoff, Deutschland, Kernwaffen und die NATO 1949–1967. Zum Zusammenhalt von und friedlichem Wandel in Bündnissen, Baden-Baden 2002, S. 162 f.

[52] Vgl. dazu auch Bernd Lemke, Konzeption und Aufbau der Luftwaffe, in: Ders. u. a., Die Luftwaffe 1950 bis 1970. Konzeption, Aufbau, Integration, München 2006, S. 71–484, hier S. 223 f. u. S. 235.

[53] Die britisch geprägte 2. Allied Tactical Air Force (ATAF) im Norden und die amerikanisch geprägte 4. ATAF im Süden der Bundesrepublik.

[54] SCR, 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders' Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihrer Wertigkeit folgende Ziele aufgeführt: Basen der Nuklearstreitkräfte, Stellungen ballistischer Raketen, Gefechtsstände und Kriegshauptquartiere, Fernmeldeknotenpunkte sowie elektronische Führungseinrichtungen, Häfen mit Treibstofflagern und/oder Pipelineverbindungen, Radarstellungen. Erst danach folgten jetzt die Ziele (Verkehrseinrichtungen u. a.), deren Zerstörung das Gefechtsfeld abriegeln sollte („air interdiction")[55]. Nach dem Scheduled Program genoss ein „Regional Program" höchste Priorität, ihm folgten ein „Regional Counter Atomic Program" gegen weitere Nuklearkriegsmittel des Gegners und „Other Regional Programs" mit der Bekämpfung von Truppenkonzentrationen, interdiction- und Seezielen. Beim Scheduled Program wies der SACEUR den Regionalbefehlshabern Ziele zu, die diese wiederum nachgeordneten Kommandobehörden übertrugen. Danach unterstanden die JCOC und COC hinsichtlich der Ausführung des Nukleareinsatzes dem SACEUR direkt. Die Raketentruppen unterstanden ihm ebenfalls unmittelbar. Die zuständigen Kommandeure hatten Pläne für den Einsatz gegen die zugewiesenen Ziele, die Regionalkommandeure Pläne für die Unterstützung dieser Einsätze zu erstellen. Dafür bestand 1958/59 bei der 4. ATAF eine amerikanisch besetzte Planungszelle, zu der auch ein französischer und ein kanadischer Vertreter gehörten. Die schon im Frieden zu leistende sorgfältige Planung für das einzelne Flugzeug und für die einzelne Rakete galt als Voraussetzung des raschen und wirkungsvollen Einsatzes.

Abweichend vom früheren Strike Plan lagen 1959 die Ziele des Scheduled Programs mit höchster Priorität – die Stufen 1 und 2 auf einer bis 8 reichenden Skala – alle auf sowjetischem Territorium. Dagegen besaßen die 44 Ziele auf ostdeutschem Boden nur noch Prioritätsstufen zwischen 3 und 8[56]. In dieser veränderten Zielplanung mögen sich erste Rücksichten auf die Befindlichkeit des deutschen Bündnispartners niedergeschlagen haben, hatte eine Stabsrahmenübung der NATO im März 1957 doch den erstmals eingebundenen Bundeswehroffizieren die katastrophalen Konsequenzen einer nuklearen Kriegführung für das eigene Land offenbart[57]. Die Ziele der Regionalpläne lagen 1966 freilich immer noch überwiegend auf deutschem Boden[58]. Die Luftwaffe stellte nach Verabschiedung der MC 70 und der Zustimmung des Deutschen Bundestages im Frühjahr 1958 im Folgejahr erst 25, dann 50 Strikeflugzeuge[59]. Im November 1959 erwartete SACEUR Norstad von den Deutschen, dass sie bei den Verbündeten für den Ausbau raketengestützter strike forces eintraten. Sie sollten selbst geeignete Verbände aufstellen und ihre Dislozierung gegen den Widerstand der lokalen west-

[55] SCR, 35 mm, P12C R04, L-002, SHAPE an SG, 8. 2. 1958.

[56] Vgl. Verschlusssache; SCR, 35 mm, P01A R20, L-021, Aircent 6th Tactical Commanders' Conference, 27. 11. 1958 (Appendix G) und dazu die anschaulichen Graphiken bei Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 208–211.

[57] Vgl. Axel F. Gablik, Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955–1967. Politische Kontrolle oder militärische Notwendigkeit?, Baden-Baden 1996, S. 131 f.; Heuser, NATO, S. 55; Thoß, NATO-Strategie, S. 344–353, S. 371 f., S. 606 f. u. S. 609 f.

[58] Vgl. Helmuth Groscurth, Dienstweg. Rückblicke eines Generalstabsoffiziers der Bundeswehr, Waiblingen 1994, S. 44 f., der im Stab der Heeresgruppe Nord (NORTHAG) eingesetzt war.

[59] IMS, CD03, MC 70 (Final Decision), 9. 5. 1958; vgl. Gablik, Planungen, S. 147–149.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deutschen Bevölkerung vorantreiben. Bundesverteidigungsminister Strauß sagte die Einrichtung von zwei Flugkörperverbänden zu, die Norstad neben den künftigen F 104-Strikeflugzeugen in seinen Atomic Strike Plan einbauen wollte. Allerdings forderte Strauß prompt, dass die Bundeswehr mindestens hinsichtlich der Planung von in Deutschland gelegenen Atomzielen zu beteiligen sei. Norstad beharrte jedoch auf seiner alleinigen Verantwortung für den Atomic Strike Plan, der den nationalen Verteidigungsministerien nicht zur Kenntnis gegeben werde. Allenfalls über die alliierten Stäbe – und damit namentlich über General Speidel, mittlerweile Befehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa – würden die Deutschen mitwirken. Der Generalinspekteur der Bundeswehr sollte über die Zielplanung in Deutschland und seinem östlichen Vorfeld unterrichtet werden, allerdings ausschließlich mündlich. Anregungen der Deutschen wollte man immerhin berücksichtigen. Folgerichtig verfügten die nicht-nuklearen Bündnispartner auch noch 1966 nur über sehr vage Kenntnisse des Atomic Strike Plan des SACEUR[60].

Die beiden deutschen F 48 Jagdbomberstaffeln in Büchel und Nörvenich und zwei Aufklärungsstaffeln stellten je zwei Maschinen als Teil der QRA Strike Force. Die verbleibenden Kräfte sollten die QRA-Anteile in einem Zeitraum von drei Stunden ergänzen. Jeder Pilot hatte seinen persönlichen Auftrag im Rahmen des Scheduled Program soweit zu kennen und zu beherrschen, dass allenfalls nur wenige Minuten benötigt wurden, um ihn auf seinen Einsatz vorzubereiten („Briefing"). „Sein" Primärziel und „sein" Reserveziel wurden im Rahmen einer jährlichen Zielkonferenz bei SHAPE ausgewählt. Der nationale deutsche Befehlsstrang hörte für diese Flugzeugführer beim Geschwaderkommodore auf. Dieser behielt formal den Oberbefehl, seine tatsächliche Verantwortung beschränkte sich jedoch auf die Herstellung der Einsatzbereitschaft der Strike-Flugzeuge und der dazu gehörigen amerikanischen Kustodial-Verbände. Die Revision des Atomic Strike Plans für das Jahr 1960 brachte eine Klärung des Befehlsweges für diesen Einsatz. Danach unterstand die QRA Strike Force den Befehlshabern der Luftflotten als „executing commanders". Die QRA-Verbände – die im Übrigen erst 1968 ihre geplante Zahl erreichten – hatten ihren Einsatzklarstand täglich an das „Combat Operations Center" der 4. ATAF zu melden, das in seiner nuklearen Rolle direkt und bereits im Frieden dem SACEUR unterstand. Mancher deutsche Strike-Pilot mag sich folgerichtig als Angehöriger einer Art „Atomkriegselite" des Bündnisses den amerikanischen Kameraden näher gefühlt haben als dem Rest der Luftwaffe[61].

Im Frühjahr 1963 waren etwa dem Jagdbombergeschwader 33 in Büchel in der Eifel neben Zielen im polnischen Schlesien und in der ČSSR auch solche in der

[60] BA-MA, BL1/1908, Norstad/Strauß, 20. 11. 1959; Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, München 1994 ff. (künftig: AAP) 1966, S. 426, Grewe an AA, 1. 4. 1966; Strauß, Erinnerungen, S. 376 f.; Thoß, NATO-Strategie, S. 374 f., S. 450–453, S. 470 f. u. S. 504–506.

[61] BA-MA, BL1/8542, Fü L III 8 an COMAIRCENT, 15. 11. 1960, BL1/1753, Fü L II: Vortragsnotiz, 28. 12. 1959, und BL1/1909, Verschlusssache; SHAPE History, 1966, S. 257; vgl. Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 38–41.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR und in Grenznähe zur Bundesrepublik zugewiesen worden. Letztere sollten teilweise mit 28 Kilotonnen angegriffen werden. Das Geschwader bat den Bundesverteidigungsminister ausdrücklich um Genehmigung, insbesondere hinsichtlich der Ziele in Ostdeutschland und in Grenznähe. Der Führungsstab der Luftwaffe hielt „eine grundsätzliche Ablehnung der Zuweisung von Zielen in der SBZ [...] im Hinblick auf die bisher verfolgte Konzeption der Aufstellung deutscher Strike-Verbände als Teil der atomaren Gegenschlagskräfte der NATO sachlich nicht für gerechtfertigt und taktisch für unzweckmäßig". Der Bundesverteidigungsminister billigte denn auch die Zielplanung für das Geschwader[62]. Diese Haltung war nur konsequent, wollte man den Strike Plan nicht infrage stellen, auf dessen Glaubwürdigkeit in letzter Instanz die Sicherheit der Bundesrepublik beruhte.

Da es vorläufig keine zuverlässige Abwehr atomar bestückter Flugzeuge und Raketen geben werde, war der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Josef Kammhuber, im Mai 1958 überzeugt, dass mit dem entscheidenden nuklearen Gegenschlag der Luftstreitkräfte alle Bodenoperationen zum Erliegen kämen. Er warnte, sich durch Zu- und Ausrüstung der Streitkräfte für alle denkbaren militärischen Optionen finanziell zu übernehmen und damit den Kalten Krieg zu verlieren. Das war eine klare Absage an eine konventionelle Strategie und damit verbundene Rüstungswünsche des Heeres. Folgerichtig fiel im Sommer 1958 die Entscheidung, statt der französischen Mirage III die amerikanische F 104 G „Starfighter" – eine Art bemannte Rakete – als künftigen Jagdbomber und Jäger der Luftwaffe zu beschaffen. Die Bundesregierung vollzog damit, so Verteidigungsminister Strauß, die „Abkehr von betont defensiver zu offensiver Taktik bzw. Strike-Kapazität"[63]. Frankreich war nicht nur ein lukrativer Auftrag entgangen; de Gaulle hatte auch die Quittung für seine Absage an die europäische Nuklearkooperation erhalten[64].

Dass die Atombombe offenkundig die Luftstreitkräfte in den Rang der „Königin der Waffen" erhoben hatte, wollten die Inspekteure des Heeres und der Marine nicht widerspruchslos hinnehmen. Auch Generalinspekteur Adolf Heusinger mahnte ausgewogene Streitkräfte an. Er wollte die Bundesrepublik davor bewahren, weitgehend überrannt zu werden, bevor die nukleare Gegenoffensive wirksam wurde. Die Schildstreitkräfte sollten den Gegner nötigen, seine Kräfte offensiv zu konzentrieren, um sie dem Risiko der Vernichtung durch die strike forces des Bündnisses auszusetzen. Gleichwohl hoffte er, die Schildstreitkräfte müssten nicht zwangsläufig Atomwaffen einsetzen[65] – ein frommer Wunsch. Pate standen weniger ethische Skrupel gegen den Kernwaffeneinsatz als Erfahrungen

[62] BA-MA, BL1/2132, Fü L II 4 an StvInspLw, 20. 3. 1963, Fü L III 1 an BMVg, 11. 4. 1963 (Zitat), StvInspLw an LwGrp Süd, 15. 6. 1963; vgl. Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 236.

[63] BA-MA, BL1/1908, Norstad/Strauß, 20. 11. 1959.

[64] Vgl. Gerd Schmückle, Ohne Pauken und Trompeten. Erinnerungen an Krieg und Frieden, Stuttgart 1982, S. 198 f. u. S. 203–213; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 327–329, S. 334–343 u. S. 348–350; Strauß, Erinnerungen, S. 315–317.

[65] BA-MA, BW17/24, Verschlusssache; BA-MA, BW2/2530, Besprechungspunkte GInspBw Washington, 15. 10. 1959; vgl. dazu Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 105,

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus dem Zweiten Weltkrieg, gepaart mit dem Widerwillen, das Heer auf eine bessere Wach- und Schließgesellschaft zu reduzieren. An der Zonengrenze nachzuschauen, wie ernst der Gegner es meinte, und im Übrigen landseitig die Fliegerhorste und Raketenstellungen der Luftstreitkräfte zu schützen, war keine besonders heroische Aufgabe. In Speidel und Heusinger, beide Generalstabsoffiziere der ehemaligen Wehrmacht, hatte sich die Überzeugung verfestigt, dank der angenommenen Überlegenheit des deutschen operativen Denkens werde man im offensiven Bewegungskrieg gepanzerter Großverbände auch eines deutlich überlegenen Gegners Herr werden. Schließlich wusste man die materiellen Ressourcen der Vereinigten Staaten und des Commonwealth künftig nicht gegen, sondern hinter sich. Tatsächlich sollte die US Army je länger desto erkennbarer operative und organisatorische Vorstellungen des deutschen Heeres adaptieren[66]. Raumgreifende Gegenangriffe bis an Elbe und Oder lagen in der Logik einer offensiven Verteidigung so weit östlich wie möglich. Die Existenz der Atomwaffen und ihre – in den Strike Plans unmissverständlich dokumentierte – zentrale Bedeutung für die Bündnisstrategie konnten die Referenten der Bonner Führungsstäbe allerdings nicht mehr ausblenden. Schlanke, gepanzerte und mit taktischen Nuklearwaffen ausgerüstete Brigaden und Divisionen sollten weitgehend selbstständig das Gefecht in einer von zahllosen nuklearen Detonationen gezeichneten Kampfzone weiterführen[67]. Angesichts erheblicher operativer Probleme des frontnahen Einsatzes taktischer Atomwaffen einerseits und der Versorgungsführung unter atomaren Bedingungen bei gleichzeitig fehlender Vereinheitlichung der Logistik der verschiedenen Kontingente auf deutschem Boden andererseits[68] waren solche Vorstellungen wenig realistisch. Das blieb selbst dem laienhaften militärischen Sachverstand des Bundeskanzlers nicht verborgen[69]. Insgesamt jedoch mussten die vermeintlichen oder tatsächlichen operativen Stärken des deutschen Heeres zwangsläufig umso stärker zur Geltung kommen, je weniger Kernexplosionen im Kilo- oder gar Megatonnenbereich die Kampfhandlungen prägten.

Die späte Eisenhower-Administration hoffte weiter, dank deutscher Soldaten und nuklearer Bestückung die teure Präsenz amerikanischer Truppen in Europa abzubauen. Die US Air Force wollte 1959 gar 14 Staffeln abziehen. Mit Argus-

S. 151 f., S. 171–175 u. S. 212–214; Greiner, Eingliederung, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd. 3, S. 716 f.

[66] Vgl. Ingo W. Trauschweizer, Creating Deterrence for Limited War: the U. S. Army and the Defense of West Germany, 1953–1982, Phil. Diss. Univ. of Maryland 2006, S. 411–413.

[67] Vgl. Helmut R. Hammerich, Kommiss kommt von Kompromiss. Das Heer der Bundeswehr zwischen Wehrmacht und U. S. Army (1950–1970), in: Ders. u. a., Das Heer 1950–1970. Konzeption, Organisation, Aufstellung, München 2006, S. 27–351, hier S. 86, S. 98 f., S. 102 f., S. 106–110, S. 116 f. u. S. 140–142; Meyer, Heusinger, S. 485–496, S. 500–503, S. 592 f. u. S. 600 f.; Gablik, Planungen, S. 106–113, S. 132–136, S. 151–153 u. S. 159–162; Schmückle, Pauken, S. 226 f.; Strauß, Erinnerungen, S. 368–373; Thoß, NATO-Strategie, S. 333–339, S. 379–383, S. 386 f., S. 389 f., S. 401–405, S. 513–515, S. 578 f. u. S. 726 f.; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 105–111.

[68] Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 479–482 u. S. 612 f.

[69] Vgl. AAP 1963, S. 112, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

augen betrachtete man weiterhin gleichgerichtete britische Pläne, lag doch eine Kettenreaktion der kontinentalen Verbündeten auf der Hand. Diese und SACEUR Norstad leisteten halbwegs erfolgreichen Widerstand[70]. Gleichzeitig strebte letzterer eine eigene nukleare Abschreckungsfähigkeit seines europäischen Kommandobereiches an[71]. Sie hätte die Rolle des SACEUR aufgewertet, die Abhängigkeit von den amerikanischen strategischen Luftstreitkräften gemindert und einen Ersatz für die gescheiterte europäische Verteidigungsidentität geboten. Im günstigsten Fall sollte das eigene Abschreckungspotential das Dilemma der Europäer kompensieren. Denn amerikanische Diplomaten und Militärs stellten angesichts der sich abzeichnenden nuklearen Parität der Sowjetunion immer eindringlicher die Frage, ob man sich mit der massiven Vergeltung womöglich selbst mehr abschrecke als den Gegner. Zweifel an der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, ihre Verbündeten im Ernstfall nuklear zu verteidigen, nährten das deutsche und europäische Verlangen nach nuklearer Teilhabe. Gleichzeitig perhorreszierten alle Bündnispartner den deutschen Finger am atomaren Drücker. Im Dezember 1958 forderte Norstad ein eigenes Potential ballistischer Mittelstrecken mit einer Reichweite von ca. 2.800 km und Sprengköpfen bis zu einer Megatonne. Sie hätten von Stationierungsräumen in Großbritannien, Frankreich, Italien und im östlichen Mittelmeer einen Großteil der europäischen Sowjetunion erreichen können. Ballistische Raketen waren zeitgemäßer als die verwundbaren und teuren bemannten Flugzeuge. Im Juni 1960 forderte Norstad vom Nordatlantikrat 300 Mittelstreckenraketen, andernfalls büße sein Kommandobereich ab 1963 die Fähigkeit zur nuklearen Abschreckung ein. Angesichts der Überlegungen, im Rahmen der sogenannten „Force goals 1966“ die Luftstreitkräfte des Bündnisses weiter zu reduzieren, sattelte Norstad noch drauf. Er forderte 650 Raketen: zehn Unterseeboote mit 160 „Polaris“-Raketen, drei Staffeln ballistischer Boden-Boden-Flugkörper zusätzlich zu den 45 „Jupiter“-Raketen, die in Italien und der Türkei stationiert wurden.

Die amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und sein Nachfolger Christian Herter unterstützten die von Norstad angestrebte Verfügung der NATO über die Atomsprengköpfe, während die amerikanischen Vereinten Stabschefs bilaterale Abkommen mit den Stationierungsländern bevorzugten. Die britischen Stabschefs forderten eine gemeinsame angelsächsische Kontrolle, was die europäische Dimension im Vorschlag Norstads konterkarierte. Im Dezember 1960 schlug Herter eine multinationale Atomstreitmacht vor. Sie sollte nicht zuletzt Frankreich einbinden, das im Februar 1960 eine eigene Atombombe gezündet hatte. Der Einsatzvorbehalt des amerikanischen Präsidenten hätte freilich in bei-

[70] Vgl. Byron R. Fairchild/Walter S. Poole, History of the Joint Chiefs of Staff, Bd. 7: 1957–60, Washington 2000, S. 101–104; Francis J. Gavin, Gold, Dollars, and Power. The Politics of International Monetary Relations, 1958–1971, Chapell Hill/London 2004, S. 40–48; Hubert Zimmermann, Money and Security. Troops, Monetary Policy, and West Germany's Relations with the United States and Britain, 1950–1971, Washington/Cambridge 2002, S. 105–112; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 375 u. S. 379 f.

[71] BA-MA, BL1/1753, Vermerk Steinhoff, 19. 6. 1959.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Fällen weiter gegolten. Großbritannien und später auch Italien sowie die Türkei schlossen bilaterale Abkommen und genehmigten die Aufstellung von Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium.

Frankreich galt nukleare Gleichberechtigung mit den Briten – die einem Einsatz von Kernwaffen von ihrem Territorium aus zustimmen mussten – als Minimalforderung, die sich bald zum Streben nach nationaler Verfügungsgewalt über Atomwaffen verhärtete. Angesichts der britischen Absicht, sich auf die strategischen Luftstreitkräfte zu konzentrieren und die eigenen Kräfte in der 2. ATAF abzubauen[72], wähnte man in Paris eine dem eigenen Selbstverständnis diametral widersprechende Vorstellung der Angelsachsen von „balanced forces", in der diese „die vornehme (Atom-)Kavallerie (arme noble) und die anderen […] das Fußvolk" stellten. Eine tragende Rolle des gemeinsamen Oberkommandierenden bei der Einsatzentscheidung von Kernwaffen war für exponierte Frontstaaten wie die Bundesrepublik allemal einer einsamen Entscheidung durch Politiker im fernen Washington und London vorzuziehen. Adenauer brachte es gegenüber de Gaulle auf den Punkt: „Général Norstad muss das Recht haben, ohne Rücksicht auf eine Stimmenmehrheit zu entscheiden."[73] Norstads Pläne stießen nicht nur in Bonn, sondern auch in Rom und Ankara auf positive Resonanz, in Paris und London dagegen zwangsläufig auf Skepsis[74].

4. Die Aufweichung der Bündnisstrategie

Im Herbst 1960 nahm der Paradigmenwechsel, auf den das deutsche Heer gehofft hatte, Konturen an. Dem zuständigen Stabsabteilungsleiter des Führungsstabes der Bundeswehr, Oberst Cord von Hobe, galt die ausschließlich auf strategische Atomwaffen gestützte Abschreckung mittlerweile als untauglich. Unter den Vorzeichen des atomaren Patts würden die Staatsmänner zögern, in den all-

[72] Vgl. dazu Thoß, NATO-Strategie, S. 562 u. S. 567.

[73] DDF 1960, t 2, S. 480, Dt.-frz. Verhandlungen, 7. 10. 1960. Vgl. auch Lappenküper, Beziehungen, S. 1689 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 164–168. Diese Auffassung kontrastierte im Übrigen bemerkenswert mit der festen Absicht des Kanzlers, seiner eigenen Generalität gegenüber den Primat der Politik durchzusetzen.

[74] Vgl. SHAPE History, 1960–1965, 1, S. 107–112; BA-MA, BW2/2804, fol. 51-54, Vermerk v. Hobe, 6. 5. 1960; ebenda, BW2/20053, Nordatlantikrat, 10. 2. 1960; Maurice de Chabot, L'OTAN: Intégration ou Coopération?, in: Revue Militaire Générale, 1959, H. 7, S. 149–159, hier S. 153; Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache. Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993, S. 37–44; Maurice Vaïsse, Intra-Alliance Conflict Related to Nuclear Weapons Politics: The French Case (1957–63), in: A History of NATO. The First Fifty Years, hrsg. von Gustav Schmidt, 3 Bde., hier Bd. 3, Houndmills u. a. 2001, S. 141–154, hier S. 146–154; Dietl, Master, in: Loth (Hrsg.), Europe, S. 142; ders., Emanzipation, Bd. II, S. 19, S. 24, S. 129, S. 134–136, S. 141 f. u. S. 158 f.; Fairchild/Poole, History, S. 105–112; Gablik, Planungen, S. 211–213; Jordan, Norstad, S. 104–107; Lappenküper, Beziehungen, S. 1648–1650 u. S. 1673 f.; Jan Melissen, The Struggle for Nuclear Partnership. Britain, the United States and the Making of an Ambiguos Alliance 1952–1959, Groningen 1993, S. 63–86 u. S. 103 f.; Schmitt, Frankreich, S. 45–51, S. 61–64 u. S. 84–97; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 105–111 u. S. 122–124; Trachtenberg, Peace, S. 177 f. u. S. 212–215; Thoß, NATO-Strategie, S. 438–444, S. 454–457, S. 506–511, S. 518 u. S. 521–529.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gemeinen Atomkrieg einzusteigen. Sie wären im Ernstfall bestrebt, so lange wie möglich konventionell, und erst dann unter Einsatz taktischer Nuklearwaffen zu verteidigen. Im Übrigen entscheide in letzter Instanz der amerikanische Präsident über den Atomwaffeneinsatz. Damit werde ein auf Europa begrenzter Einsatz taktischer Nuklearwaffen immer wahrscheinlicher. Hobe erkannte darin eine wesentliche Schwäche des Bündnisses. Als dessen „Festungsglacis" müsse die Bundesrepublik jede Form von Krieg verhindern. Den Weg zur Wiederherstellung der Abschreckung erkannte er in einem – dank deutscher Truppen – starken Schild und in ausgewogenen Streitkräften mit ausreichend konventioneller Bewaffnung und nuklearen Mehrzweckwaffen für den taktischen Einsatz wie auch für die strategische Vergeltung[75].

Wenig später, im November 1960, warb SACEUR Norstad – mit Unterstützung des deutschen Befehlshabers der Landstreitkräfte in Mitteleuropa Hans Speidel – öffentlich für eine Lockerung der massiven Vergeltung im Sinne einer Pause vor dem Übergang vom konventionellen zum Kernwaffeneinsatz[76]. Am 13. Dezember 1960 folgte eine Strategische Grundsatzweisung des SACEUR. Sie wies in die gleiche Richtung wie die deutsche Denkschrift. Allerdings haftete ihr auch eine ähnliche Unentschiedenheit an. Wenn sich das Bündnis ausschließlich auf die nukleare Gegenoffensive vorbereite, werde seine Strategie missverstanden, so Norstad. Die Schildstreitkräfte seien dafür ausgelegt, eine „all or nothing response" zu vermeiden. Bei optimaler Ausbildung, Ausrüstung, Organisation und Dislozierung reichten die vorhandenen und noch geplanten Streitkräfte des Bündnisses aus, konventionell zu reagieren, solange dies der militärischen Lage angemessen war. Selbst wenn selektiv Atomwaffen eingesetzt würden, werde dies nicht zwangsläufig in einem totalen Atomkrieg enden. Gleichwohl müssten die eigenen Nuklearstreitkräfte gegnerische Attacken überleben, solange sie nicht eingesetzt wurden[77]. Der Führungsstab der Bundeswehr wollte im Einklang mit SHAPE die bislang von bemannten Luftangriffsverbänden auszuführenden Einsätze gegen die Einrichtungen der Luftstreitkräfte des Gegners („counter air") und dessen rückwärtige Verbindungen („air interdiction") atomar bestückten Mittelstreckenraketen übertragen. Die deutsche Luftwaffe nahm diesen Gedanken angesichts mangelnder Zielgenauigkeit der ballistischen Flugkörper reserviert auf[78]. Für den SACEUR war der Kernwaffeneinsatz ohne die vorgesehene politische Entscheidung nur in bestimmten Fällen der Selbstverteidigung zulässig. Grundsätzlich gelte das Prinzip der Angemessenheit, d. h., konventionelle An- und Übergriffe unterhalb der Schwelle des allgemeinen Atomkrieges seien möglichst konventionell und durch selektive Atomschläge abzuwehren. Der Gegner

[75] BA-MA, BW2/2718, Denkschrift v. Hobe, 15. 9. 1960.

[76] Vgl. Hans Speidel, Die Verteidigung Europas. Vortrag vor der Association of the United States Army, 8. 10. 1960, in: Wehrkunde 9 (1960), S. 476–480, hier S. 478 f.; ders., Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Berlin u. a. 1977, S. 390; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 62–65.

[77] IMS, CD10, MCM-17-61, SG Memo, 2. 2. 1961 (Einschluss: Runderlass SACEUR „Basic Strategic Guidance for Allied Command Europe", 13. 12. 1960).

[78] Vgl. AAP 1963, S. 601, Vermerk Krapf, 4. 6. 1963; Gablik, Planungen, S. 166–177.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sollte sich vor der Alternative sehen: Rückzug oder totaler Atomkrieg[79]. Norstad hatte sich damit auf den im November 1960 gewählten John F. Kennedy eingestellt, der im Januar 1961 sein Amt antrat. Er appellierte an die Skeptiker in der neuen Administration, die Flexibilität der gültigen Strategie nicht zu unterschätzen. Zugleich warnte er vor ihrer allzu schematischen Anwendung. Am Grundproblem – dem Mangel an Bodentruppen und der voraussichtlichen Verteidigung eher am Rhein als an Weser und Neckar[80] – änderte sich indessen nichts.

Die neue Administration war entschlossen, die in Unordnung geratenen Klötzchen des sicherheitspolitischen Baukastens neu zusammenzusetzen. Wahrung der nuklearen Alleinverantwortung, Nichtverbreitung von Atomwaffen, Begrenzung der nuklearen Rüstung, räumliche Begrenzung und Re-Konventionalisierung eines möglichen bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion waren die Eckpunkte der angestrebten Konsolidierung der eigenen Rolle als europäischer Ordnungsmacht. Mit dem Projekt eines multilateralen Nuklearverbandes der NATO („Multilateral Force" = MLF) verfolgte Washington jetzt folgende Ziele: Es sollten erstens die französischen und deutschen Nuklearbestrebungen konterkariert, zweitens die Forderung der Verbündeten nach nuklearer Mitbestimmung absorbiert und drittens den Mittelstreckenplänen des SACEUR der Wind aus den Segeln genommen werden; schließlich wollte man, viertens, den Europäern die Sorge vor einem auf ihren Kontinent begrenzten Krieg nehmen[81]. Der erste Schritt galt freilich der Anhebung der Schwelle zum Nukleareinsatz, um das Risiko eines vorschnellen Atomschlags zu mindern[82]. Der neue amerikanische Außenminister Dean Rusk suggerierte den Bündnispartnern Teilhabe an der nuklearen Einsatzentscheidung im Gegenzug für konventionelle Aufrüstung. Die Europäer sollten die konventionelle Stärke der Sowjetunion durch erweiterte eigene konventionelle Fähigkeiten ausgleichen und dafür auf den Ausbau ihrer nuklearen Fähigkeiten verzichten. Im Gegenzug werde sich der amerikanische Präsident bei seiner nuklearen Einsatzentscheidung an noch zu beschließenden Richtlinien des Bündnisses orientieren. Großbritannien plädierte jetzt ebenfalls für Ausgewogenheit. Dabei war man selbst freilich nicht gewillt, auf den Ausbau der nuklearen zugunsten konventioneller Aufrüstung zu verzichten. Rusk gab vor, die Strategie der NATO nur neu zu interpretieren. Niederländer, Belgier, Italiener und Griechen bekundeten gleichwohl ihr Unbehagen gegen eine Strategie, welche die Initiative dem Gegner überließ. Türken und Franzosen lehnten den Vorstoß rundweg ab. Die Türken warnten vor

[79] Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 50–54; ebenda, 1967, Vol. II, S. 85 f.

[80] Vgl. Thoß, NATO-Strategie, S. 576–578 u. S. 586.

[81] Vgl. Foreign Relations of the United States (künftig: FRUS) 1961–1963, Vol. 13, Washington 1994, S. 253–256, S. 268, S. 271, S. 287–290, S. 333–335, S. 362 u. S. 366–368, Memos, 1. 2. u. 15. 3. 1961, Dowling an State Dpt., 10. 4. 1961, Policy Directive, 20. 4. 1961, Rusk an McNamara, 29. 10. 1961, Gespräch zwischen Kennedy, Stikker u. a., 6. 2. 1962, Memo, 15. 3. 1962.

[82] Vgl. FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 347–349 u. S. 353–355, Lemnitzer an Kennedy, 20. 12. 1961, Runderlass Rusk, 8.1.1962; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 129 f., S. 171 f., S. 218–220, S. 239 f., S. 250–252 u. S. 283 f.; Gablik, Planungen, S. 213–215 u. S. 222–225; Haftendorn, Kernwaffen, S. 35–37; Heuser, NATO, S. 45; Hoppe, Teilhabe, S. 46–52; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 76–81.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr oder minder unklaren Vorstellungen eines „limited war", den zu führen dem Bündnis die Voraussetzungen fehlten. Die Franzosen kritisierten, dass die Angelsachsen dem Bündnis offenkundig keine eigenständige Abschreckung zubilligten. Tatsächlich hatte der Einsatz von Mittelstrecken aus dem Schild heraus für Briten und Amerikaner plötzlich keinen Sinn mehr; hätte er doch die Begrenzung des Schlachtfeldes auf den europäischen Kontinent konterkariert. Die Deutschen betonten zunächst, allenfalls den Angriff eines verstärkten Regiments noch konventionell abwehren zu können – sofern denn die in Deutschland stationierten 20 sowjetischen Divisionen überhaupt für einen konventionellen Einsatz vorgesehen seien! Andernfalls sei die Debatte der Allianz müßig. Später räumte man ein, dass das Bündnis mit ausreichenden operativen Reserven an motorisierten, gepanzerten Verbänden auch rein konventionell die Oberhand behalten werde[83]. Den vorläufigen Verzicht der NATO auf eigene Mittelstreckenraketen nahm die Bundesrepublik hin[84].

Der Führungsstab der Bundeswehr teilte zwar die türkische Auffassung, glaubte sich aber – ganz auf der Linie von Heusinger und Speidel – zusehends befähigt, begrenzte Kriege zu führen[85]. Damit kamen die deutschen Spitzenmilitärs den Intentionen der Kennedy-Administration entgegen. Diese hatte in den Augen des Deutschen Militärischen Vertreters bei der NATO das Bündnis mit einer einseitig entwickelten Strategie überrumpelt, welche den Schwerpunkt jetzt auf Kriegführung statt auf Kriegsverhütung legte – im Gegensatz zu deutschen und selbst britischen Vorstellungen[86]. Tatsächlich waren die Briten nach anfänglichen Vorbehalten ihrer Militärs gegen begrenzte Kriege angesichts der nationalen Verfügung über Atomwaffen auf den amerikanischen Kurs eingeschwenkt[87]. Der Pressesprecher des Bundesverteidigungsministers warf den Strategen der Kennedy-Administration öffentlich gar eine „heimliche Gier nach Krieg" vor und löste damit im In- und Ausland einen Sturm der Entrüstung aus[88]. Sie war ein Indiz, wie sehr selbst die Entscheidungsträger die bittere Wahrheit über die strategische Lage Kontinentaleuropas verdrängten.

Mit der Tagung des Nordatlantikrates im Mai 1962 zog die Allianz eine vorläufige Bilanz der Auseinandersetzungen zwischen den Atommächten und den exponierten Mitgliedsstaaten, die sich im Ernstfall zunächst auf die konventionel-

[83] BA-MA, BW2/20070, Verschlusssache; ebenda, BW2/20055, Nordatlantikrat 23. 6. u. 18. 9. 1961; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 283 u. S. 304 f., Gavin an State Dpt., 19. 4. 1961, Finletter an Kennedy, 29. 5. 1961; Nato Archives Brüssel, International Staff (künftig: IS), CD23, PO/61/449, Statement, 26. 4. 1961; ebenda, CD14, C-R(61)23, Nordatlantikrat, 6. 6. 1961; ebenda, CD16, C-R(62)1, Nordatlantikrat, 5. 1. 1962; IMS, CD09, LOSTAN 3771, SG Repr. an SG, 7. 6. 1961, LOSTAN 3856, SG Repr. an SG, 2. 8. 1961.

[84] BA-MA, BW2/20055, Nordatlantikrat, 31. 10. 1961.

[85] BA-MA, BW2/2546, Fü B III an CdS Fü B, 9. 6. 1961; vgl. Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 112–117.

[86] BA-MA, BL1/1027, DMV (= Deutscher Militärischer Vertreter bei der NATO)-Bericht 1962/I, 15. 4. 1962, S. 25 f., S. 38 f. u. S. 43.

[87] Vgl. Christoph Bluth, Britain, Germany, and Western Nuclear Strategy, Oxford 1995, S. 130–140; Baylis, Ambiguity, S. 281, S. 290, S. 300–307 u. S. 332–337.

[88] Schmückle, Pauken, S. 243.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len Kräfte auf ihrem Boden verwiesen sahen[89]. Der niederländische Generalsekretär hatte in Absprache mit Washington eine Beschlussvorlage vorbereitet, um den „German nationalism" einzuhegen. Offenbar verkannte er die existenzielle Dimension, welche die Sorge vor dem Wackeln der amerikanischen Nukleargarantie und der Anspruch auf nukleare Mitbestimmung für die Deutschen besaßen[90]. Verhandlungsgrundlage war die Garantie der Vereinigten Staaten, mit ihren strategischen Truppen das gesamte auf das Vertragsgebiet gerichtete sowjetische Nuklearpotential abzudecken. Ohnehin könne der SACEUR, so der amerikanische Verteidigungsminister Robert McNamara, nur den kleinsten Teil seiner Nuklearziele mit eigenen Kräften erreichen. Die Allianz solle Kernwaffen nur noch einsetzen, wenn die Sowjetunion selbst unmissverständlich mit Atomwaffen angriff. Diesen Fall schloss McNamara jedoch aus, weil er keine rationale sowjetische Option darstelle. Ein konventioneller Großangriff sollte nach Konsultationen der Bündnispartner mit selektiven Atomschlägen beantwortet werden. Ein begrenzter Angriff sei zunächst konventionell zu bekämpfen. Nur wenn er so nicht zu stoppen sei, sollten nach ausreichenden Konsultationen der Mitgliedsstaaten Kernwaffen eingesetzt werden. Zugleich warnte McNamara, selbst ein selektiver Ersteinsatz der Allianz könne einen umfassenden Vergeltungsschlag des Gegners provozieren. Folgerichtig gelte es, die konventionellen Fähigkeiten im frontnahen Bereich zu verstärken. Nur so könne man verhindern, dass die Sowjets konventionelle Handstreiche in jenem Zeitfenster durchführten, das sich zwischen der Wahrnehmung von Ziel und Umfang einer sowjetischen Aggression durch das Bündnis und dessen Entscheidung über den Einstieg in den Kernwaffeneinsatz auftat. Die Vereinigten Staaten sicherten schließlich zu, vor dem Einsatz von Atomwaffen außerhalb des Bündnisgebietes den Nordatlantikrat zu konsultieren. Eine echte nukleare Mitbestimmung über den Einsatz der zu 90 Prozent außerhalb Europas stationierten nuklearen Gegenschlagskräfte („second-strike forces") des Bündnisses schloss McNamara jedoch aus. Im Gegenteil unterstrich er die „indivisibility of control" durch den amerikanischen Präsidenten. Aus diesem Grund zweifelte er – wie im Übrigen auch Kennedy – an der Praktikabilität immer kleinerer nuklearer Gefechtsfeldwaffen. Die Allianz beschloss, die skizzierten Grundsätze als „Athener Richtlinie" in den „Emergency Defence Plan" des SACEUR aufzunehmen[91]. Als einziges Mitglied lehnte Frankreich den

[89] Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 37–40; Heuser, NATO, S. 11–13; Soutou, Alliance, S. 214–221; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 92–100; Tuschhoff, Deutschland, S. 216–221; Gablik, Planungen, S. 263 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 171–178; US Nuclear Strategy. A Reader, hrsg. von Philip Bobbitt u. a., Houndmills u. a. 1989, S. 205–222.

[90] Vgl. FRUS 1961–63, Vol 13, S. 358–360, S. 362–364 (Zitat S. 363) u. S. 452 f., Gespräch zwischen McNamara, Stikker u. a., 5. 2. 1962, Gespräch zwischen Kennedy, Stikker u. a., 6. 2. 1962, Gespräch zwischen Kennedy, Adenauer u. a., 14. 11. 1962; IS, CD15, C-M(62)48, Special Report, 17. 4. 1962.

[91] IS, CD16, C-R(62)23, C-R(62)25, Nordatlantikrat 5. 5. 1962; ebenda, CD15, C-M(62)55, Statement McNamara, 5. 5. 1962 (Zitate); SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 55–57; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 380, Gespräch zwischen Kennedy, Rusk, McNamara u. a., 16. 4. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Beschluss ab. In seinen Augen verwehrten die Angelsachsen den Europäern eine eigene strategische Abschreckung[92].

Mit MC 100 vom 24. Januar 1963[93] lieferte der Militärausschuss die zur „Athener Richtlinie" passende Bedrohungsanalyse nach. Die Standing Group entwarf mit MC 100/1 bis Jahresende darauf aufbauende, neue strategische Grundsätze. Ein von den Sowjets bewusst vom Zaun gebrochener umfassender Atomkrieg galt jetzt als nahezu ausgeschlossen. Dagegen drohten begrenzte Aggressionen. Vor allem West-Berlin sowie Skandinavien und die Türkei galten als gefährdet. Könne die Allianz darauf ausschließlich durch Eröffnung des allgemeinen Atomkrieges reagieren, verliere sie angesichts der selbstzerstörerischen Konsequenzen ihre Glaubwürdigkeit. Um dem Gegner zuverlässige Annahmen über die voraussichtlichen Reaktionen der NATO zu verwehren, sollte die NATO in die Lage versetzt werden, alle Formen von Aggressionen ebenso angemessen wie wirkungsvoll zu beantworten. Zwar wurde eine nukleare Selbstbeschränkung des Bündnisses verworfen. Allerdings sollten vor einem Kernwaffeneinsatz die politischen, wirtschaftlichen und konventionell-militärischen („lesser military actions") Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Ein Stolperdraht mit schwachen konventionellen Kräften am Eisernen Vorhang sei ebenso unangemessen wie eine rein konventionelle Strategie, welche das Bündnis wirtschaftlich überfordere. Folgerichtig bildeten „nationally controlled external stategic nuclear forces" und „nuclear forces under NATO commanders" weiter den Kern der westlichen Abschreckung.

Frankreich vermisste klare Kriterien, nach denen umfassende von begrenzten Angriffen zu unterscheiden waren. Das lasse „too much room for ambiguity and indecision". Dabei sei die Bandbreite möglicher Optionen für die Nationen in Mitteleuropa erheblich schmaler als für die USA. In der Konsequenz sollte der Begriff der „limited aggression" durch den der „local aggression" ersetzt werden. In diesem Fall sahen freilich auch die bislang gültigen strategischen Dokumente konventionelles Vorgehen vor. Nach französischer Auffassung erforderte die Glaubwürdigkeit, dass bei aller Flexibilität der operativen Pläne diese ein erkennbares Maß an Automatik in der Durchführung besitzen müssten. Dem Gegner sei unmissverständlich zu signalisieren, wie groß sein Risiko ab einem bestimmten Punkt sei. Es war mithin weniger die Flexibilität der Reaktion als die Idee des begrenzten Krieges, welche die Franzosen ablehnten[94]. In eine ähnliche Richtung zielte die türkische Sorge, Flexibilität münde am Ende in verzögerte politische Entscheidungen und in militärisch fatale Zeitverluste. Die Bundesregierung lehnte eine lange konventionelle Phase ebenfalls ab. Sie unterstützte gleichwohl den Entwurf. Die Amerikaner hatten gehofft, die Deutschen würden sich mit der neuen Strategie befreunden, wenn ihrem Wunsch nach Verteidigung möglichst nahe der innerdeutschen Grenze Rechnung getragen werde. Dieses Kalkül war aufgegan-

[92] Vgl. DDF 1962, t 2, S. 31–33, Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 4. 7. 1962.

[93] IMS, CD10, MC 100 (Military Decision), 24. 1. 1963; SHAPE History, 1967, Vol. 2, S. 89 f.; vgl. Gregory Pedlow, The Evolution of NATO Strategy, 1949–1969, in: Ders. (Hrsg.), NATO Strategy, S. IX–XXV, hier S. XXIII.

[94] Vgl. auch Bozo, Strategies, S. 127 u. S. 150 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen[95]. Bonn hatte offenkundig keine Chance gesehen, gemeinsam mit anderen exponierten Staaten eine Gegenposition gegen die Vereinigten Staaten aufzubauen.

Im Auswärtigen Amt erkannte man rasch, dass mit dem Einschwenken auf die amerikanische Linie wenig gewonnen war[96]. Ein verspäteter Atomwaffeneinsatz, nachdem die Bundesrepublik bereits konventionell überrollt worden war, galt im Führungsstab der Bundeswehr weiter als „Schreckensszenario"[97]. Versagte die konventionelle Abwehr, sollten früh selektiv militärische Ziele im Bereich der begrenzten Aggression nuklear angegriffen werden. Das Risiko einer Eskalation in den allgemeinen Atomkrieg wurde damit wahrscheinlicher. Die Allianz musste daher die Nuklearkriegsfähigkeit ihrer Schildstreitkräfte auch während einer konventionellen Eröffnungsphase sicherstellen. Andernfalls begab sie sich hinsichtlich einer umfassenden nuklearen Vergeltung in vollständige Abhängigkeit von den strategischen Luft- und Seestreitkräften der Amerikaner und Briten. Praktisch bedeutete dies, dass die Luftstreitkräfte der Allianz zunächst Ziele und Umfang eines Angriffs aufzuklären hatten. Neues Gewicht erhielt die Luftunterstützung der eigenen Bodentruppen. Problematisch wurde dagegen das bislang dominierende „counter air", der Angriff auf die Einrichtungen der gegnerischen Luftstreitkräfte am Boden. Die Luftverteidigung des Bündnisses vermochte die eigenen Kräfte und Einrichtungen nicht hinreichend zu schützen. Solange der Gegner jedoch einen begrenzten Angriff wirkungsvoll aus der Luft unterstützten konnte, wurden die eigenen Landstreitkräfte erheblich behindert. Folglich mussten die eigenen Luftstreitkräfte die Fähigkeit besitzen, konventionelle Operationen gegen alle Kräfte und Einrichtungen des Gegners vorzutragen, die an einem begrenzten Angriff beteiligt waren. Allerdings sollten dadurch „NATO's nuclear capabilities [...] not be eroded to ineffectiveness". Die Luftangriffsverbände durften sich nicht so weit in konventionellen Operationen verschleißen, dass sie am Ende keine Atomschläge mehr ausführen konnten. Das hätte den SACEUR seiner ultima ratio beraubt. Diese war jedoch auch für die Autoren der MC 100/1 ausschlaggebend; sei doch „the major deterrent to limited aggression [...] the danger of escalation". Sie räumten im Übrigen ein, dass konventionelles counter air auch die gegnerischen Nuklearstreitkräfte bedrohe, was ebenfalls die Gefahr der Eskalation berge. Man tröstete sich mit dem weitaus höheren Risiko der Eskalation, wenn die für ein wirksames counter air erforderlichen konventionellen Fähigkeiten fehlten und das Bündnis daher rasch Atomwaffen einsetzen müsse[98].

Die Vieldeutigkeit der MC 100/1 hätte einen deutsch-französischen Kompromiss ermöglicht, den de Gaulle jedoch blockierte. Daher wollte der Vorsitzende der

[95] IMS, CD10, MC 100/1 (Draft), 3. 5. 1963; ebenda, MC 100/1 (Draft), 11. 9. 1963; ebenda, CD15, SGM-517-63, SG, 27. 11. 1963 nebst Einschlüssen; DDF 1963, t 2, S. 585 f., Note, 7. 12. 1963; AAP 1964, S. 1105, Vermerk Carstens, 3. 10. 1964; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 368–373, Taylor an Kennedy, 3. 4. 1962.

[96] Vgl. AAP 1964, S. 1168 f., Vermerk Frank, 21. 10. 1964.

[97] Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 116.

[98] IMS, CD10, MC 100/1 (Draft), 3. 5. 1963; ebenda, MC 100/1 (Draft), 11. 9. 1963 (Zitate); ebenda, CD15, SGM-517-63, SG, 27. 11. 1963 nebst Einschlüssen (Zitate); DDF 1963, t 2, S. 585 f., Note, 7. 12. 1963; AAP 1964, S. 1105, Vermerk Carstens, 3. 10. 1964.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Standing Group den Entwurf nicht zum Strategiedokument adeln; und am Ende ließen ihn auch die Amerikaner fallen[99]. Bei aller Kritik an MC 100/1 teilte de Gaulle die angelsächsische Sicht der Bundesrepublik als „forward area". Er unterschied ebenfalls den allgemeinen Atomkrieg von einem Konflikt unterhalb dieser Schwelle. Nur die „battle in Germany" werde integriert geführt werden. Danach stünden Frankreich, Großbritannien und die übrigen europäischen Länder für sich selbst. Gleichzeitig deutete er jedoch eine strategische Reserve an, mit der die „national entity" gewahrt werden sollte[100]. Das konnte nach Lage der Dinge nur die angestrebte Bombe sein. Zum Leidwesen Bonner Politiker galt de Gaulle die integrierte Militärorganisation in letzter Instanz nur als Vorfeldveranstaltung, die er schon mittelfristig zugunsten einer Art Koalitionskriegführung unter deutschem bzw. französischem Kommando aufgeben wollte[101]. Auch ohne den Segen des Bündnisses für MC 100/1 zeigte die Tagung des Nordatlantikrates im Mai 1963, dass sogar die Türken das neue strategische Paradigma eines zunächst konventionell geführten und auf das Territorium der Deutschen, Skandinavier, Italiener und Türken begrenzten Krieges geschluckt hatten. Das Bündnis plante einen konventionellen Eingreifverband zur Verstärkung der Flankendeckung. Offenkundig dämpfte das die Sorgen der Europäer, dass die angelsächsischen See- und Luftmächte in der rückwärtigen Position mehr oder minder autonom über den Zeitpunkt entschieden, zu dem sie mit dem Einsatz von Atomwaffen das Risiko der nuklearen Verwüstung der eigenen Länder eingingen[102]. Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassell stimmte in die Kritik an der vermeintlich fehlenden Glaubwürdigkeit der gültigen Strategie ein[103]. Dagegen urteilte der Deutsche Militärische Vertreter, Luftwaffengeneral Johannes Steinhoff, nüchtern, es sei dem Verteidigungsminister McNamara gelungen, die gültige NATO-Strategie aufzuweichen und durch die Athener Richtlinien in Teilen „außer Kraft" zu setzen[104]. Letztlich

[99] IMS, CD15, SGM-407-63, SG an SACEUR u. a., 19. 9. 1963, Einschluss 1: Statement, 16. 9. 1963; DDF 1963, t 2, S. 436 f., S. 442 f. u. S. 576 f., Direktive, 25. 10. 1963, Note, 28. 10. 1963, Gespräch zwischen Couve de Murville und Bohlen u. a., 30. 11. 1963; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 90 f.; vgl. Gablik, Planungen, S. 366 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 47–51 u. S. 192–195; Pedlow, Evolution, in: Ders. (Hrsg.), NATO Strategy, S. XXIIIf.; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 174; Soutou, Alliance, S. 267 f.

[100] FRUS 1958–1960, Vol 7/1, Washington 1993, S. 567, Gespräch zwischen de Gaulle, Norstad u. a., 21. 1. 1960.

[101] Vgl. DDF 1963, t 1, S. 98 f.; AAP 1963, S. 120 f., Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963; AAP 1964, S. 246 f., Dt.-frz. Regierungsbesprechung, 15. 2. 1964; AAP 1965, S. 1018, Gespräch Erhard und de Gaulle, 11. 6. 1965; Lappenküper, Beziehungen, S. 1659–1661 u. S. 186 f.; Schmückle, Pauken, S. 214; Soutou, Alliance, S. 248 f., und dagegen Bozo, Strategies, S. 50–53 u. bes. S. 133.

[102] IS, CD18, C-R(63)27 f., Nordatlantikrat, 22. 5. 1963; AAP 1963, S. 64 f., Schmoller an AA, 12. 1. 1963; AAP 1965, S. 1516, Vermerk II A 7, 27. 9. 1965.

[103] Vgl. Mark Speich, Kai-Uwe v. Hassel – Eine politische Biographie, Diss. Bonn 2001, S. 267 u. S. 273 f.

[104] BA-MA, BL1/1753, Steinhoff an Panitzki, 15. 3. 1963. Vgl. dagegen die positivere Wahrnehmung des Außenministers Schröder vom 4. 8. 1964, in: AAP 1964, bes. S. 936 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

teilte selbst der Bundeskanzler diese Sicht[105]. Die Konsequenz, die de Gaulle schon 1961 gezogen hatte, war kaum von der Hand zu weisen: Die Amerikaner würden die nukleare Eskalation möglichst lange vermeiden und sie im Zweifel auf Europa begrenzen wollen. Präsident Kennedys Dementi überzeugte nicht – im Gegenteil[106]! Der General warnte Adenauer gar vor einem stillschweigenden Einvernehmen („tacite accord") der Supermächte, keine Atomwaffen einzusetzen. Der Kanzler konterte – bei allem Misstrauen gegen Washington – mit der Annahme, dass die Amerikaner sich kaum ein kommunistisches Westeuropa würden leisten können[107].

Erfahrungen aus der Berlin- und der Kuba-Krise (1958 bis 1962) sollten die Idee des begrenzten Krieges plausibel machen[108]. Chrustschow hatte den Aufbau der EWG in Verbindung mit der Ausstattung der Bundeswehr mit Kernwaffenträgern als Bedrohung zumindest seines osteuropäischen Herrschaftsbereiches wahrgenommen. Er reagierte mit seinem Berlin-Ultimatum. Beide Seiten waren sich im Klaren, dass konventionelle Truppen allenfalls als Mittel des Nervenkrieges taugten, die einer militärischen Auseinandersetzung vorangingen. Brach diese erst einmal aus, eskalierte sie zwangsläufig in einen nuklearen Schlagabtausch. Die operative Planung des Warschauer Paktes zielte denn auch seit der Berlinkrise auf ein offensives Vorgehen gegen Westeuropa unter massivem Einsatz von Kernwaffen. Das Risiko, den nuklearen Automatismus auszulösen – den die Strike Plans verbürgten, dämpfte auf beiden Seiten den Drang zu übertriebenem Säbelrasseln. Dennoch geriet der in Wahrheit stabilitätsstiftende nukleare Automatismus bei den britischen und amerikanischen Staatsmännern in Verruf. Plötzlich stand nämlich die Frage im Raum: Mourir pour Berlin? Am Ende akzeptierten die Westmächte, dass Ost-Berlin abgeriegelt und damit die DDR stabilisiert wurde. Die Sowjetunion ihrerseits tastete den Status quo West-Berlins nicht an[109]. In Kuba versuchte die Sowjetunion, mit ihrem Kontrahenten auf strategischer

[105] Vgl. AAP 1963, S. 112, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 1. 1963.

[106] Vgl. DDF 1961, t 1, S. 690, S. 693, S. 695 f. u. S. 704 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Kennedy, 1. 6. 1961; FRUS 1961–1963, Vol. 13, S. 309–316 u. S. 665–667, Kennedy/de Gaulle, 1. u. 2. 6. 1961; Schmitt, Frankreich, S. 124–126; Soutou, Alliance, S. 184.

[107] DDF 1962, t 2, S. 42 f. (Zitat), Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer u. a., 5. 7. 1962; vgl. ebenda, S. 181–184, Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 6. 9. 1962; DDF 1963, t 1, S. 92 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Adenauer, 21. 1. 1963; AAP 1963, S. 697 u. S. 1205-1207, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 4. 7. u. 22. 9. 1963.

[108] Vgl. DDF 1963, t 2, S. 255, Alphand an Couve de Murville, 11. 9. 1963.

[109] Vgl. Vojtech Mastny, Imagining war in Europe. Soviet strategic planning, in: Ders. u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 15–45, hier S. 23–29; Rolf Steininger, Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963, München 2001, S. 98–107 u. S. 359–365; Bruno Thoß, Information, Persuasion, or Consultation? The Western Powers and NATO during the Berlin Crisis, 1958–1962, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 73–94; Matthias Uhl, Storming on to Paris. The 1961 Buria exercise and the planned solution of the Berlin crisis, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 46–71, hier S. 52–58; Besson, Außenpolitik, S. 210–217, S. 232 u. S. 261–266; Hammerich, Kommiss, in: Ders. u. a., Heer, S. 129–131; Hoppe, Teilhabe, S. 57–64; Jordan, Norstad, S. 136 f., Münger, Kennedy, S. 74–82 u. S. 87–92.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ebene gleichzuziehen. Vom Territorium eines Verbündeten aus sollte das amerikanische Staatsgebiet bedroht werden. Zum Rückzug veranlasste Chrustschow einzig die Angst, die Automatik des atomaren Schlagabtausches und der wechselseitigen Vernichtung auszulösen. Kennedy honorierte das Einlenken durch den Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen aus der Türkei und Italien. In das Krisenmanagement waren diese Länder freilich ebenso wenig einbezogen worden wie die übrigen NATO-Partner, abgesehen vielleicht von Großbritannien. Dafür verzeichneten beide Staatenlenker eine bemerkenswerte Eigendynamik ihrer nationalen Sicherheitsapparate. Sie sprach gegen die fortschreitende Dezentralisierung nuklearer Entscheidungsbefugnisse. Das Atomtestsperrabkommen von 1963 – dem Bundeskanzler nach dem „Motto ‚Vogel friss oder stirb'" serviert[110] – besiegelte das Ergebnis des Kräftemessens. Kein Wunder, dass de Gaulle seine Skepsis gegenüber nuklearer Mitwirkung bestätigt sah[111]. In beiden Krisen hatten konventionelle Kräfte gerade keine tragende Rolle gespielt. Freilich hatten die amerikanischen Politiker erkannt, dass sie um der Glaubwürdigkeit der gültigen NATO-Strategie im Zeichen des atomaren Patts willen genau dasselbe Risiko eingehen mussten wie ihre exponiertesten Verbündeten. Präsident Kennedy war dazu nicht bereit. Er wollte die strategischen Kernwaffen aus der im Grundsatz anhaltenden Konfrontation mit der Sowjetunion ausblenden[112]. Dafür sollte den Verbündeten im Glacis ein höheres Risiko aufgebürdet werden als den angelsächsischen Festungen.

Diesem Ziel diente neben der Aufweichung der Bündnisstrategie die Politik des Kernwaffentestverbots und der Nichtverbreitung. Kaum hatte die Eisenhower-Administration den Briten 1957/58 bevorzugte nukleare Teilhabe eingeräumt, befürworteten auch sie Testverbote und signalisierten den Sowjets Entgegenkommen in der Berlinkrise[113]. Washington verweigerte den Franzosen nukleare Gleichberechtigung, da man diese andernfalls den Deutschen nicht werde auf Dauer verwehren können. Alle drei waren sich freilich mit den Sowjets darin einig, den Deutschen keine Verfügung über Kernwaffen zuzugestehen[114]. Anders als London steuerte de Gaulle in Berlin einen kompromisslosen Kurs. Er tat dies

[110] AAP 1963, S. 860, Gespräch zwischen Adenauer und McNamara, 31. 7. 1963; vgl. ebenda, S. 1200 u. S. 1217–1220, Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, 21. 9. 1963, Gespräch zwischen Schröder und Kennedy, 24. 9. 1963.

[111] Vgl. Harald Biermann, Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, hrsg. von Dimitrij N. Filippovych und Matthias Uhl, München 2005, S. 11–25; Richard M. Pious, The Cuban Missile Crisis and the Limits of Crisis Management, in: Political Science Quarterly 116 (2001), S. 81–105; Bozo, Strategies, S. 86; Gavin, Myth, S. 853 f. u. S. 864; Münger, Kennedy, S. 202–228, S. 230 f. u. S. 306–315.

[112] Vgl. Harald Biermann, John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn u. a. 1997, S. 210 f., S. 267–269 u. S. 271.

[113] Vgl. Melissen, Struggle, S. 38 f., S. 42–49 u. S. 53 f.; Matthias Küntzel, Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 58–62 u. S. 66–69; Baylis, Ambiguity, S. 338–340; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 96–99 u. S. 102–107; Dietl, Emanzipation, Bd. I, S. 418–421.

[114] Vgl. Schmitt, Frankreich, S. 133–136; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 108–114.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht aus Liebe zu den Berlinern, sondern aus Sorge vor einem angelsächsisch-sowjetischen Arrangement über seinen Kopf hinweg[115]. Gleichwohl erschien dem greisen Kanzler der alte General bald als berechenbarer denn der junge amerikanische Präsident. Kein Wunder, denn Kennedy stellte das „Empire by invitation" und die „Hegemonie durch Integration"[116] in Frage, mit denen die Vereinigten Staaten seit 1947 der sowjetischen Herausforderung begegnet waren. Ein wirtschaftlich stabiles und politisch geeintes Westeuropa – einschließlich der darin fest verankerten Westdeutschen – unter der von den Europäern selbst gewollten amerikanischen Führung hatte neben Großbritannien und Kanada stets als Grundlage globaler amerikanischer Machtprojektion gegolten. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt Zweifel an ihrer Bereitschaft nährten, jeden massiven sowjetischen Übergriff auf Westeuropa unverzüglich nuklear zu vergelten, stellte sich zwangsläufig die Frage nach einer europäischen Alternative zur transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft. Genau diese Karte spielte De Gaulle aus.

5. Die Bündniskrise – verpasste Chance für eine europäische Nuklearstrategie?

1961 versuchte de Gaulle, die Mitglieder der Sechsergemeinschaft auf die politische Zusammenarbeit der Nationalstaaten einzuschwören. Neben der Außen- und Wirtschaftspolitik sollten die Regierungen künftig auch ihre Sicherheitspolitik koordinieren. Die Beneluxstaaten und selbst Italien wähnten, Paris wolle die Substanz von EWG und NATO seinen Hegemonialbestrebungen opfern. Eine „communauté stratéquique"[117] in den Farben der Trikolore war für sie unannehmbar. Der britische Antrag, der EWG beizutreten, kam den Beneluxstaaten gerade recht. Vor dem Beitritt Londons wollten sie nicht über die französischen Pläne verhandeln. Damit war der Anlauf des Generals bereits im Frühjahr 1962 gescheitert. Denn eine britische Mitgliedschaft vertrug sich kaum mit einer französischen Führungsrolle. De Gaulle konzentrierte sich nun auf Adenauer[118]. Aufmerksam hatte Paris nach dem NATO-Gipfel vom Mai 1962 die wachsende Sorge der Deutschen vor dem sinkenden Wert der amerikanischen Sicherheitsgarantien registriert[119].

---

[115] Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, S. 79–87; Besson, Außenpolitik, S. 223–226 u. S. 238 f.; Bozo, Strategies, S. 32–34; Lappenküper, Beziehungen, S. 1247–1253 u. S. 1411–1435; Soutou, Alliance, S. 146 f.

[116] Vgl. Geir Lundestad, The United States and Western Europe since 1945. From "Empire by Invitation" to Transatlantic Drift, Oxford/New York 2003; Eckart Conze, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340.

[117] Soutou, Alliance, S. 166.

[118] Vgl. Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 194 f. u. S. 209–213; Lappenküper, Beziehungen, S. 1487–1496, S. 1510–1535, S. 1539–1551, S. 1554–1602, S. 1742–1744, S. 1753–1756 u. S. 1760 f.; Soutou, Alliance, S. 186, S. 188, S. 194 f. u. S. 258.

[119] Vgl. Münger, Kennedy, S. 164 f. u. S. 186–190; Soutou, Alliance, S. 177 f. u. S. 181 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 19. Dezember 1962 sagten die Vereinigten Staaten dem Vereinigten Königreich die Lieferung moderner Mittelstreckenraketen zu. Sie sollten mit britischen Atomsprengköpfen bestückt auf vier britische Unterseeboote verteilt werden. Damit verfügten die Briten Ende der 1960er Jahre über ein eigenes nuklearstrategisches Potential. Ihre Zusicherung, es in eine künftige Nuklearstreitmacht der NATO einzubringen, blieb in der praktischen Bedeutung umstritten. Letztlich behielt sich die britische Regierung die nationale Verfügung vor, was ihren Bürgern den angestrebten Beitritt zur EWG erleichtern sollte. De Gaulle wähnte hinter der zwiespältigen britischen Außenpolitik – wirtschaftlich mit den Europäern, militärisch mit den Amerikanern – das amerikanische Bestreben, mit britischer Hilfe die Dominanz über das westliche Lager zu stabilisieren. Am 14. Januar 1963 verkündete er sein Veto gegen den Beitritt der Briten zur EWG[120]. Damit platzte die diplomatische Seifenblase einer transatlantischen Gemeinschaft auf der Grundlage von NATO und OECD. Kennedy hatte sie 1962 eilig als Gegenangebot an die Partner de Gaulles, namentlich an die Deutschen, in die Luft gezaubert. Eine um die Briten erweiterte EWG sollte ihre Außenzölle senken. Das versprach bessere Zugangschancen für amerikanische Waren auf einem großen europäischen Markt und die Entspannung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits. Die MLF hatte im Übrigen gleichfalls den Charme, maßgeblich von den Europäern selbst finanziert zu werden. Die Vereinigten Staaten wollten nicht nur die strategischen Risiken des Bündnisses, sondern auch die Kosten ihrer Rolle als dessen Vormacht reduzieren[121].

Am 22. Januar 1963 unterzeichneten de Gaulle und Adenauer den Elysée-Vertrag über eine bilaterale Zusammenarbeit. Sein Kern war die Sicherheitspolitik. Neben deren Koordination war an die Integration von Strategie und Taktik, an den Austausch ganzer militärischer Einheiten und an intensive Rüstungskooperation gedacht. Präsident Kennedy hatte also allen Grund, mit einer deutsch-französischen Nuklearkooperation zu rechnen, die er als gegen sein Land gerichtet empfand. Er reagierte mit politischem Druck, der selbst in den NATO-Stäben noch zu spüren war[122]. Washington mobilisierte die Bonner Atlantiker. Diese – unter ihnen Außenminister Gerhard Schröder und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard – unterstellten den deutschen Gaullisten, die unsicheren Garantien der Supermacht gegen die letztlich ebenso vagen wie vorläufig substanzlosen Ange-

[120] Vgl. Baylis, Ambiguity, S. 320–326 u. S. 355–358; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 255–281; Lappenküper, Beziehungen, S. 1762–1772; Münger, Kennedy, S. 244–249; Schmitt, Frankreich, S. 145–156; Soutou, Alliance, S. 232–234. Oliver Bange, The EEC crisis of 1963. Kennedy, Macmillan, de Gaulle and Adenauer in Conflict, Houndmills u. a. 2000, S. 47–51 u. S. 73–78, nimmt an, dass Kennedy zu einem ähnlichen Arrangement mit Frankreich bereit gewesen sei.

[121] Vgl. Feffrey G. Giauque, The United States and the Political Union of Western Europe, 1958–1963, in: Contemporary European History 9 (2000), S. 93–110; Pascaline Winand, Eisenhower, Kennedy and the United States of Europe, New York ²1996, S. 161–181, S. 190–195, S. 198–201 u. S. 252–256; Bange, EEC, S. 132–134; Bozo, Strategies, S. 79–82; Conze, Hegemonie, S. 322–333; ders., Herausforderung, S. 169–173, S. 227–238 u. S. 253–258; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 287–291; Zimmermann, Money, S. 122–126.

[122] BA-MA, BL1/8549, Verschlusssachen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bote des französischen Nachbarn eintauschen zu wollen. Tatsächlich war Bundesverteidigungsminister Strauß 1962 bei seinem französischen Kollegen abgeblitzt, als er erneut eine gemeinsame Bombe ventilierte. Der Bundestag stellte dem Elysée-Vertrag schließlich eine Präambel voran, die dem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten und der Treue zur NATO Vorrang einräumte sowie obendrein den Briten die Chance zu einem EWG-Beitritt offen hielt. In der Konsequenz machte spätestens die Weigerung, die französischen Truppen in Süddeutschland im Zuge der „Vorneverteidigung" nach Osten zu verlegen, das vorläufige Scheitern der deutsch-französischen Sicherheitspartnerschaft augenfällig[123].

Washington forcierte jetzt die MLF. Während die Atommächte ihre Zweitschlagskapazität zusehends auf Unterseeboote stützten, waren 200 Mittelstreckenraketen auf gemischt bemannten Überwasserschiffen vorgesehen. Die Atomsprengköpfe sollten – wie die an Land – unter Aufsicht eines amerikanischen Kustodialteams bleiben. Damit besaßen die Vereinigten Staaten eine Sperrminorität gegen die mit Stimmenmehrheit zu entscheidende Einsatzentscheidung. Die Briten konterten mit dem Vorschlag einer Zusammenfassung der bestehenden nationalen Strike-Verbände zu Wasser und in der Luft zu einer nicht integrierten, sondern nur operativ koordinierten „Inter-Allied Nuclear Force" (IANF). Als bündniskonforme Lösung fand sie rasch Anklang in der NATO. Die Deutschen akzeptierten sie jedoch nur als Übergangslösung; zumal der britische Vorschlag einen dauerhaften Kernwaffenverzicht implizierte. Das zusätzliche Nuklearpotential der MLF war vergleichsweise unbedeutend und eine Mehrheitsentscheidung über dessen Einsatz eher lebensfremd. Die vom Bundesverteidigungsministerium angestrebte „pre-delegation" für den SACEUR, also eine Einsatzermächtigung vorab, war in den Verhandlungen nicht aufgegriffen worden. Bundesaußenminister Schröder hoffte, die MLF werde die gegen Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen ausgleichen. Er wollte das Glacis wieder mit der Festung verknüpfen. Freilich konnte er seinem französischen Kollegen nicht erklären, inwiefern die MLF bei fortbestehender amerikanischer Einsatzentscheidung die bisherige Situation veränderte. Der im November 1963 neu gewählte Bundeskanzler Erhard sah die Chance, in einen Prozess der nuklearen Teilhabe einzusteigen. Dieser sollte – mit lauwarmer Billigung Washingtons, aber von London vehement abgelehnt – langfristig in eine autonome europäische Atomstreitmacht münden. Bonn wollte die Nichtverbreitungspolitik der Vereinigten Staaten unterlaufen, während diese gerade umgekehrt den Deutschen den dauerhaften Verzicht auf Kernwaffen schmackhaft zu machen hoffte[124].

[123] Vgl. Bange, EEC, S. 144–146 u. S. 148–150; Besson, Außenpolitik, S. 301–303; Bozo, Strategies, S. 83 f. u. S. 131 f.; Conze, Herausforderung, S. 258–260, S. 266–276 u. S. 284–288; Lappenküper, Beziehungen, S. 1775–1781, S. 1786 f. u. S. 1789–1822; Münger, Kennedy, S. 287–289; Soutou, Alliance, S. 204 f., S. 221–224, S. 241–244, S. 246 f. u. S. 269–271; Trachtenberg, Peace, S. 371–377, sowie differenziert zu Atlantikern versus Gaullisten Conze, Staatsräson, in: Lehmkuhl u. a. (Hrsg.), Deutschland, S. 210–226.

[124] Vgl. DDF 1964, t 2, S. 480 u. S. 546 f., Alphand an Couve de Murville, 21. 11. 1964, Couve de Murville an de Margerie, 14. 12. 1964; AAP 1964, S. 71, S. 1476 f. u. S. 1504 f., Dt.-Brit. Besprechungen, 16. 1. 1964, Gespräch zwischen Schröder und Couve de Murville, 9. 12. 1964,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die innere Verwandtschaft zwischen MLF, EVG und EURATOM lag in der amerikanischen Absicht, über transnationale Veranstaltungen den amerikanischen Einfluss auf die Bündnispartner zu stärken[125]. De Gaulle sah, dass die Amerikaner unter anderen Vorzeichen das Gleiche vorhatten wie er selbst, nämlich die Deutschen zum Instrument ihrer Hegemonialbestrebungen zu machen. Als Bonn einen bilateralen Alleingang mit den Vereinigten Staaten erwog, drohte er nicht nur mit dem Ende der Sechsergemeinschaft. Sein Wink mit deutschlandpolitischen Konsequenzen traf die Bonner Regierung an der Achillesferse ihrer Außenpolitik, dem Alleinvertretungsanspruch. Lyndon B. Johnson ließ die MLF im Dezember 1964 fallen. Sie hatte – noch schneller als weiland die EVG – mehr Konflikt als Kohäsion im Bündnis bewirkt. Die Regierung Erhard hielt dennoch bis Sommer 1966 an dem Projekt fest[126].

Der europäischen Zusammenarbeit fehlte ein konstitutives Element – die europäische Verteidigungsidentität. Diese langfristig zu vermeiden war in den Augen von Strauß geradezu das amerikanische Hauptanliegen hinter dem MLF-Projekt; zumal in der Verbindung von MLF und Kernwaffensperrvertrag. Der Traum des ehemaligen Verteidigungsministers galt der Fusion der britischen und französischen Kernwaffen zu einem europäischen Atompotential als Unterpfand verlässlicher europäischer und deutscher Sicherheit im Rahmen der Allianz. Dass der Aufbau einer von den Amerikanern unabhängigen Nuklearstreitmacht Hand in Hand zu gehen hatte mit der Entwicklung der politischen Union, war Strauß bewusst[127]. Sein Nachfolger von Hassel lehnte solche Visionen strikt ab. Er dachte nicht über den transatlantischen Status quo hinaus[128]. Die Regierung Erhard sah sich 1964 gleichwohl zu einer Initiative aufgerufen, die auf die allmähliche Integration der Außen- und Sicherheitspolitik zielte. Sie sollte der MLF über die Hürden helfen und aus dem gefährlichen Spagat zwischen Washington und Paris herausführen, der sich innenpolitisch im Streit innerhalb der Regie-

Gespräch zwischen Schröder und Gordon Walker, 11. 12. 1964; AAP 1965, S. 1637–1640 u. S. 1774–1779, Knappstein an AA, 21. 10. 1965, Gespräche zwischen Schröder und Stewart, 19. 11. 1965; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 305–325 u. S. 327–330; Küntzel, Bonn, S. 73 f. u. S. 85–91.

[125] Vgl. Bange, EEC, S. 235 f., u. zugespitzt John Gillingham, European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?, Cambridge/New York 2003, S. 66–68 u. S. 75. Noch weiter geht Dietl, Third Force, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 38–48, sowie jüngst ders., Emanzipation, Bd. II, passim, der annimmt, die Kennedy-Administration habe eine anglo-französisch geführte europäische Verteidigungsidentität regelrecht verhindern wollen, um die bipolare Weltordnung aufrechtzuerhalten.

[126] Vgl. Bange, EEC, S. 179 f. u. S. 187 f.; Dietl, Master, in: Loth (Hrsg.), Europe, S. 149–151; ders., Emanzipation, Bd. II, S. 334 f. u. S. 338–342; Hoppe, Teilhabe, passim; Schmitt, Frankreich, S. 165–206; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 145 f. u. S. 149–151; Winand, Eisenhower, S. 242 f., S. 337 f. u. S. 342–356.

[127] Vgl. Beatrice Heuser, The European Dream of Franz Josef Strauss, in: Journal of European Integration History 4 (1998), S. 75–103, hier S. 79–83, S. 91–93 u. S. 98–102; Bluth, Britain, S. 78 f.; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 196 f. u. S. 199 f.; Hoppe, Teilhabe, S. 133 f., S. 170 f., S. 209 f. u. S. 299 f.; Meyer, Heusinger, S. 695–699 u. S. 704–706; Schmückle, Pauken, S. 169 f.; Strauß, Erinnerungen, S. 421 u. S. 435–437.

[128] Vgl. Speich, Hassel, S. 261, S. 272 f., S. 316 f. u. S. 321 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rungspartei abbildete. Erhard kam de Gaulle wirtschaftlich sehr entgegen und war sogar bereit, die Frage nach dem britischen Mittun ruhen zu lassen. Damit stieß er freilich unweigerlich auf niederländischen Widerstand. Ende 1964 blieb der Vorstoß im Sperrfeuer der allgemeinen Kritik an einer Nuklearbeteiligung der Deutschen liegen, um im Folgejahr zu versanden[129]. De Gaulle hatte sich unterdessen entschlossen, sein Konzept unilateral, also ohne den deutschen Partner zu verfolgen. 1966 drückte er in der EWG auf kaltem Wege das intergouvernementale Prinzip durch. Schon im Sommer 1964 kündigte der französische Außenminister an, dass Frankreich die Militärorganisation des Bündnisses verlassen werde[130]. Der deutsche Traum der politischen Integration war vorläufig ausgeträumt und die amerikanische Dominanz gegenüber den verbleibenden Bündnismitgliedern größer als zuvor[131].

Damit fehlte der politische Rahmen einer denkbaren europäischen Verteidigungsidentität. Sie hätte namentlich das Gefälle im politischen Einfluss zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien auf der einen und der kontinentalen Bündnispartner auf der anderen Seite abgebaut. Denn dieses Machtgefälle hatte aus den strategisch exponierten Mitgliedsstaaten Zonen minderer Sicherheit gemacht. In diesem Sinne erkannte auch der Deutsche Militärische Vertreter Gerhard Wessel die Lösung der Bündniskrise in der Gleichberechtigung seiner Mitglieder, die freilich die „Einigung Europas“ voraussetze[132]. Eine europäische Verteidigungsidentität hätte das deutsche Sicherheitsinteresse in Ergänzung zum Schutz durch die NATO womöglich besser befriedigt, als die NATO allein es noch vermochte. Allerdings war sie nur unter drei Voraussetzungen vorstellbar: Zum einen bedurfte sie einer hinreichenden eigenen, von der amerikanischen Einsatzentscheidung unabhängigen strategischen Nuklearstreitmacht. Zum zweiten war eine glaubwürdige Strategie der massiven Vergeltung erforderlich. Diese musste, zum dritten, jedem der verhältnismäßig kleinräumigen westeuropäischen Staaten die Gewähr bieten, dass jeder Angriff auf sein Territorium oberhalb einer lokalen Dimension mit strategischen Atomschlägen aus dem europäischen Arsenal gegen die industriellen und administrativen Metropolen des Gegners beantwortet wurde. Da Frankreich ein eigenes Potential anstrebte und an der massiven

[129] Vgl. AAP 1964, S. 118–120, Stufenplan zur europäischen Einigung, 23. 1. 1964; Gabriele Clemens, ‚Zwischen allen Stühlen‘. Ludwig Erhards Europa-Initiative vom November 1964, in: Nation und Europa. Studien zum internationalen Staatensystem im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Gabriele Clemens, Stuttgart 2001, S. 171–192; Carine Germond, La France et l'allemagne face à l'Europe politique dans les années 1960, in: Le couple France–Allemagne et les institutions européennes, hrsg. von Marie-Thérèse Bitsch, Brüssel 2001, S. 205–227, hier S. 206–220; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 352–358; Schulz, Integration, S. 289–292 u. S. 306–311; Lappenküper, Europa, in: Loth (Hrsg.), Crises and Compromises, S. 72–75, S- 79–82 u. S. 84–88.

[130] Vgl. AAP 1964, S. 737, Gespräch zwischen Schröder und Couve de Murville, 3. 7. 1964; Bozo, Strategies, S. 107 u. S. 129 f.

[131] Vgl. das Resümee de Gaulles in: AAP 1968, S. 1220–1225, Dt.-frz. Besprechungen, 27. 9. 1968; Stanley R. Sloan, NATO, the European Union, and the Atlantic Community. The Transatlantic Bargain Reconsidered, Lanham u. a. 2003, S. 44–46; Bange, EEC, S. 237.

[132] BA-MA, BL1/1028, Bericht I/1967, 5. 4. 1967. Wessel übernahm im Folgejahr die Leitung des Bundesnachrichtendienstes.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vergeltung festhielt, erfüllte es zwei Voraussetzungen einer wirksamen europäischen Verteidigungsidentität. Mit der dritten Voraussetzung verband sich die Frage: War de Gaulle bereit, seine Nuklearstreitkräfte so weit zu europäisieren, dass die Bundesrepublik darin eine Ergänzung des amerikanischen Atomschirms, wenn nicht sogar einen Ersatz dafür erkennen konnte[133]? In der Tat war die nukleare Integration der „litmus-test" für alle Integrationspläne[134].

Ungeachtet der Überlegungen der NATO erkannte Bundeskanzler Erhard nach wie vor in der Logik von atomarem Schlag und Gegenschlag die zuverlässigste Form wechselseitiger Abschreckung. Zweifel daran arbeiteten nur dem Gegner in die Hand. Einerseits wollte auch er nicht jeden Übergriff sofort nuklear beantworten. Andererseits galt ihm ein konventioneller Krieg als von vornherein verloren und die Idee eines begrenzten Krieges gleichsam als Einladung dazu. Er zweifelte an der Bereitschaft der Nuklearmächte, den auf Europa begrenzten, konventionell und mit taktischen Atomwaffen geführten Krieg zum großen Schlagabtausch zu eskalieren. Folgerichtig stellte er de Gaulle die Frage nach dem Wollen und Können. War Frankreich bereit, die Bundesrepublik nuklear zu verteidigen? Und schreckte das die Sowjets hinreichend vor einem Übergriff auf Westdeutschland ab? Der General wollte zwar seine Kernwaffen einsetzen, wenn die Bundesrepublik angegriffen werde. Im Übrigen sprach er aber davon, dass Frankreich seine Verteidigung dank der Kernwaffen selbst in die Hand nehmen werde. Darin unterscheide sich die Lage Frankreichs von jener der Bundesrepublik[135]. Im Juli 1964 stellte de Gaulle den Kanzler unverblümt vor die Wahl: entweder mit Frankreich und einem Westeuropa unter dessen Führung oder die fortgesetzte Abhängigkeit von den Amerikanern. Er deutete eine deutsch-französische Verteidigungspolitik im Rahmen des Bündnisses an und lockte sogar mit einer deutschen Beteiligung an der französischen Force de frappe. Diese biete den Deutschen größere Vorteile als die MLF; schließlich werde Frankreich seine Kernwaffen „automatisch" einsetzen, wenn Europa angegriffen werde. Erhard konterte mit der Frage, ob de Gaulle seine Kernwaffen in eine „echte europäische Nuklearmacht" einbringen wolle. Er antwortete ausweichend, dies setze die politische Integration, gar eine europäische Regierung voraus, die freilich noch fern sei. Wenig später sollte de Gaulle jedoch die dringliche Bitte Erhards zurückweisen, sich einer europapolitischen Initiative anzuschließen, die genau diesen Prozess der politischen Integration in Gang bringen sollte. Für ihn kam nur eine Zusammenarbeit der Regierungen infrage[136].

---

[133] Vgl. AAP 1963, S. 1355 f., Vermerk Blankenhorn, 21. 10. 1963.

[134] Heuser, NATO, S. 169.

[135] Vgl. DDF 1963, t 2, S. 540–542; AAP 1963, S. 1470–1478, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 21. 11. 1963; AAP 1963, S. 1449 u. S. 1676, Gespräch zwischen Erhard und Roberts, 18. 11. 1963, Gespräch zwischen Erhard und Johnson, 28. 12. 1963, sowie AAP 1964, S. 246, Dt.-frz. Regierungsbesprechungen, 15. 2. 1964; AAP 1966, S. 1240, S. 1308–1311 u. S. 1411, Gespräch zwischen Erhard und Rusk, 26. 9. 1966, Gespräch zwischen Erhard und Seydoux, 6. 10. 1966, Gespräch zwischen Erhard und McCloy, 20. 10. 1966.

[136] Vgl. AAP 1964, S. 713–723, S. 749–762, S. 767–777 (Zitate S. 775) u. S. 790 f., Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 3. 7. 1964, Carstens, de Gaulle, Couve de Murville, 4. 7. 1963, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 4. 7. 1964, u. am 9. 11. 1964 de Gaulle gegenüber

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schließlich lehnte de Gaulle die MLF nicht zuletzt deswegen ab, weil er auf absehbare Zeit eine privilegierte Stellung der Deutschen in der NATO ebenso vermeiden wollte wie einen Prozess, der am Ende womöglich doch in der Verfügung der Deutschen über Atomwaffen endete[137].

Die Pariser Avancen an die Bonner Adresse waren für den Augenblick also nichts als eine diplomatische Karotte. In der Konsequenz konnte die Bundesregierung nur hoffen, dass ihr lautstark beschworenes Vertrauen in die amerikanischen Garantien nie den Praxistest bestehen musste. Dass Frankreich eine europäische Nuklearstreitmacht angeboten habe, war in der Tat ein „Mythos" der deutschen Gaullisten[138]. Umgetrieben von der Unberechenbarkeit der Amerikaner, hatten diese hinter dem Nebel der französischen Rhetorik die klassische Machtpolitik des Generals nicht erkannt[139]. Gleichwohl gültig blieb dessen Feststellung, dass mit dem Ende der Massiven Vergeltung die amerikanische Nukleargarantie unsicher geworden und dank taktischer Waffen die Beschränkung des Atomkrieges auf Europa nicht mehr auszuschließen sei. Dagegen hülfen nur europäische Atomwaffen, die das sowjetische Territorium erreichten[140]. Da deutsche Atomwaffen nicht infrage kamen, hielt die Bundesregierung eben an der MLF fest[141]. Dabei reagierte selbst die deutsche Diplomatie bemerkenswert reserviert, als Italien die tatsächliche Europäisierung der MLF für den Fall ins Spiel brachte, dass eine Europäische Politische Union doch noch zustande kommen sollte. Bestärkt vom amerikanischen Außenminister Rusk, fürchtete man um die „unlösbare Bindung" der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten. Diese sollten folgerichtig der Atomstreitmacht einer europäischen Union weiter angehören. Nicht zuletzt wollte man so einer britisch-französischen Hegemonie vorbeugen. Schließlich sollte den Vereinigten Staaten sogar ein fortdauerndes Vetorecht eingeräumt werden. Damit wäre der europäische Charakter der künftigen Streitmacht weitgehend obsolet geworden[142]. Mithin stieß die europapolitische Phantasie auch im Auswärtigen Amt rasch an sicherheitspolitische Grenzen.

Adenauer in: Ebenda, S. 1261; Bozo, Strategies, S. 113 u. S. 115–117; Heuser, NATO, S. 154–156; Strauß, Erinnerungen, S. 432–434.

[137] So im Kern seine Äußerungen gegenüber Außenminister Rusk. Vgl. DDF 1964, t 2, S. 553 f., Gespräch zwischen de Gaulle und Rusk, 14. 12. 1964. Vgl. auch Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 325 f. u. S. 367.

[138] So bereits Schulz, Integration, S. 300–303 u. S. 311 f. (Zitat S. 311), und als Zeitzeuge Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, Boppard 1993, S. 255, u. S. 272. Vgl. Auch Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 362, dagegen Wilfried Loth, Franco-German Relations And European Security, 1957–1963, in: Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957–1963, hrsg. von Anne Deigthon und Alan S. Milward, Baden-Baden 1999, S. 41–53.

[139] Ähnlich der stellvertretende amerikanische Außenminister. Vgl. AAP 1964, S. 1332, Gespräch zwischen Carstens und Ball, 16. 11. 1964.

[140] Vgl. DDF 1965, t 1, S. 709–711; AAP 1965, S. 1003–1006, Gespräch zwischen Erhard und de Gaulle, 11. 6. 1965.

[141] Vgl. AAP 1965, S. 1922–1924 u. S. 1936 f., Gespräch zwischen Erhard und Johnson u. Dt.-am. Regierungsbesprechung, 20. 12. 1965; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 334 f.

[142] Vgl. AAP 1963, S. 733, S. 798 f., S. 1165 f. u. S. 1441 f., Runderlass Carstens, 9. 7. 1963, Vermerk Grewe, 26. 7. 1963, Gespräch zwischen Schröder und Rusk, 20. 9. 1963, Vermerk Krapf,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Je deutlicher das Bündnis auf die konventionelle Abwehr begrenzter Übergriffe setzte, desto abhängiger wurden die Deutschen von der Anwesenheit amerikanischer und britischen Truppen auf westdeutschem Boden. Folgerichtig vermochte sich Bonn dem Ansinnen der Angelsachsen kaum zu entziehen, sich – durch Rüstungskäufe – an der Stützung ihrer überbewerteten Währungen zu beteiligen[143]. Wirtschaftlicher Strukturwandel, hohe Kapitalexporte, wachsende Militärausgaben und strukturelle Probleme des internationalen Zahlungssystems nagten an Dollar und Pfund Sterling. Insbesondere den Schutz durch ihren wichtigsten Bündnispartner sollten sich die Deutschen etwas kosten lassen. Bei Verteidigungsminister McNamara war die Forderung nach konventioneller Um- und Weiterrüstung der Bundeswehr eine unheilige Allianz eingegangen mit der Suche nach währungspolitischer Entlastung für die steigenden Kosten des Vietnamkrieges und dem Wunsch nach anhaltenden Absatzchancen der amerikanischen Rüstungsindustrie. Zwangsläufig lief das zu Lasten der deutschen Industrie und der deutsch-französischen Rüstungskooperation. Im November 1966 stolperte die Regierung Erhard auch darüber, dass die amerikanischen Partner ihr einen reduzierten Schutz zu steigenden Preisen verkauften. Dabei standen Truppen der Vereinigten Staaten auch in deren eigenem Interesse in Westdeutschland. Das Konzept des begrenzten Krieges erhöhte die Bedeutung der taktischen Atomwaffen, die nahezu alle unter amerikanischer Kontrolle standen. Insofern beugte die Präsenz amerikanischer Feldverbände mit nuklearer Bewaffnung der deutschen Forderung nach Atomwaffen vor. Die nachfolgende Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger löste die Zusagen Erhards ein. Als Washington gleichwohl Soldaten zurückzog, mag sich jeder deutsche Gaullist bestätigt gefühlt haben[144]. Die Bonner Sicherheitspolitik wies deutlich Schlagseite auf: Der Aufbau der Bundeswehr hatte angelsächsische Hoffnungen auf eine Reduzierung der eigenen Truppen in Deutschland genährt und die Illusion der konventionellen Abwehr gefördert. Dabei war zumindest die Luftwaffe, vermutlich aber die gesamte Bundeswehr der 1960er Jahre, noch weit davon entfernt, das erforderliche Spektrum von der rein konventionellen Kriegführung über den Einsatz taktischer Kernwaffen bis hin zum klassischen nuklearen Schlagabtausch abzudecken.

---

15. 11. 1963; AAP 1964, S. 120–124 (Zitat S. 122), S. 1163, S. 1291 f. u. S. 1323 f., Vermerk, 23. 1. 1964, Carstens an Grewe, 19. 10. 1964, Vermerk Grewe; ebenda S. 1291 f., Vermerk v. Pfeffer, 16. 11. 1964; AAP 1965, S. 33–35, Vermerk Meyer-Lindenberg, 8. 1. 1965; AAP 1965, S. 16 f., Erlass Carstens, 12. 1. 1966; Carlo Masala, Deutschland, Italien und die nukleare Frage 1963–1969. Das Problem der nuklearen Mitsprache im Rahmen der Atlantischen Allianz, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 56 (1997), S. 431–470, hier S. 437–447.

[143] Vgl. AAP 1966, S. 1508, Vermerk Carstens, 14. 11. 1966.

[144] Vgl. Harald Rosenbach, Der Preis der Freiheit. Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über den Devisenausgleich (1961–1967), in: VfZ 46 (1998), S. 709–746, hier S. 712–734 u. S. 737–744; Haftendorn, Kernwaffen, S. 227–252; Zimmermann, Money, passim; Gavin, Gold, S. 66 f., S. 95–97, S. 107–116, S. 138–152 u. S. 154 f.; Sloan, NATO, S. 55 f.; Speich, Hassel, S. 322–327.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

6. Atombomber mit Eisenbomben: der Strategiewechsel und die Luftwaffe

Neben der Ausführung des Strike Plan gehörte die bewaffnete Aufklärung zum Auftragsspektrum der F 104 G-Jagdbomber. Sie sollten Ziele mit niedrigen Kilotonnen-Werten bekämpfen, deren Lage und Umfang bei Auftragserteilung noch nicht genau bekannt waren[145]. Die Teilnahme am Strike war die raison d'être des teuren Systems. Sollte es dafür nicht mehr infrage kommen, hatte „die Luftwaffe das falsche Waffensystem ausgewählt"[146]. Welche Rolle konnte es dann noch spielen? Die F 104 G sollten zunächst in aufgelockerter und/oder verbunkerter Aufstellung eine konventionelle Auseinandersetzung überstehen, derweil der eigens dafür entwickelte Jagdbomber Fiat G 91 die konventionelle Rolle übernahm. Den konventionellen Einsatz der F 104 G hielten die an der 2. ATAF beteiligten Luftstreitkräfte jedenfalls für unwirtschaftlich[147]. Dennoch hatte sich bei SHAPE 1963 – ungeachtet der fehlenden Billigung durch den Nordatlantikrat – stillschweigend der amerikanische Standpunkt durchgesetzt, dass alle Strike-Flugzeuge auch konventionelle Fähigkeiten besitzen sollten[148]. Die Luftwaffe reagierte mit der Empfehlung, alle F 104 G-Jagdbomber den strike forces des SACEUR zu unterstellen oder sie diesem als Element der IANF anzubieten, welche die Briten als Alternative zur MLF vorgeschlagen hatten[149]. Tatsächlich beschloss der Nordatlantikrat im Mai 1963, dem SACEUR die britischen strategischen Luftstreitkräfte und drei amerikanische „Polaris"-U-Boote zuzuweisen[150]. Allerdings fürchtete der Deutsche Militärische Vertreter Steinhoff, dass die Amerikaner künftig keine Atomwaffen für die Ausrüstung der ja noch im Aufbau befindlichen F 104 G-Geschwader mehr zur Verfügung stellen würden, um die strategischen Nuklearfähigkeiten allein den national verantworteten „external forces" der Angelsachsen vorzubehalten. Die US Air Force habe sich unter dem Druck der Administration bereits von ihrer bisherigen Festlegung auf die Atomkriegführung verabschiedet. Sie behaupte nun, mit der existierenden Jagdbombergeneration konventionell kämpfen zu können. Steinhoff empfahl der deutschen Luftwaffe gleichwohl, sich den Vorgaben aus Washington zu fügen. Alle nuklearen Geschwader sollten für eine konventionelle Zweitrolle und gegebenenfalls Geschwader mit vorrangig konventionellem Auftrag für eine nukleare Zweitrolle ausgerüstet werden[151].

Dasselbe Flugzeug samt Flugzeugführer, Bodenpersonal und Logistik musste demnach hinsichtlich Ausrüstung, Bewaffnung und Einsatzgrundsätze auf zwei

[145] BA-MA, BL1/1888, Fü L II 4 an Fü L III 5, 8. 11. 1962.
[146] BA-MA, BL1/1908, Fü L II 1 an Fü B, 21. 3. 1963.
[147] BA-MA, BL1/1885, Verschlusssache; ebenda, BL1/8547, Verschlusssache.
[148] BA-MA, BL1/1908, Fü B III 3 an Fü B III 1, 6. 6. 1963.
[149] BA-MA, BL1/1888, Runderlass, 29. 1. 1962; ebenda, BL1/1885, Verschlusssache; FRUS 1961–1963, Vol 13, S. 559 f., Runderlass, 15. 4. 1963; vgl. Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 308; Gablik, Planungen, S. 268 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 232 f.
[150] Vgl. SHAPE History, 1960–1965, S. 62; Tuschhoff, Deutschland, S. 307–315.
[151] BA-MA, BL1/1908, DMV an Fü B III, 12. 3. 1963; ebenda, BL1/1753, Steinhoff an Panitzki, 15. 3. 1963; vgl. Gablik, Planungen, S. 358–360.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

unterschiedliche Luftkriegsaufgaben vorbereitet werden. Bestenfalls kam das System dann – bei deutlich höheren Opportunitätskosten – mit einer zusätzlichen Rolle annähernd so gut zurecht wie mit seiner eigentlichen Aufgabe. Bundesverteidigungsminister von Hassel glaubte zwar nicht, dass die hohen Kosten einer Nachrüstung der F 104 G für den konventionellen Einsatz gerechtfertigt seien. Allerdings wollte Präsident Kennedy dem Verkauf der ballistischen Rakete „Pershing" an die Deutschen nur zustimmen, wenn im Gegenzug die Jagdbomber für den konventionellen Einsatz umgerüstet wurden. Hassel war dazu bereit, wenn die anderen Nationen mitzögen. Sein amerikanischer Kontrahent sprach dabei schon klar von einer nuklearen Zweitrolle. Der Vorsitzende der Vereinten Stabschefs forderte gar konventionelle counter-air-Einsätze auch für den Fall, dass an der Front bereits nukleare Gefechtsfeldwaffen zum Einsatz kamen[152].

Ähnlich verliefen die Diskussionen auf der operativen Ebene des Bündnisses. Der für die Luftstreitkräfte in Mitteleuropa zuständige Stab AIRCENT wollte neben einer ausreichenden Zahl von bemannten Flugzeugen etwa 300 ballistische Raketen für das Scheduled und das Regional Priority Program einsetzen. Etwa die Hälfte der in Europa-Mitte vorhandenen Flugzeuge sollte für Strike-Aufträge bereitstehen. Hier glaubte niemand, das Nuklearpotential des Gegners durch konventionelle Einsätze schwächen zu können. Die Niederländer wollten ebenfalls die konventionellen Fähigkeiten kleinhalten, um die Strike-Staffeln nicht vorzeitig zu verschleißen. Anders als ihre deutschen Kameraden hielten britische Offiziere einen konventionellen Einsatz der Luftstreitkräfte in einem Zeitraum von drei bis vier Tagen für denkbar. Allerdings forderten sie dafür Flugzeuge mit Senkrecht- oder Kurzstartfähigkeit und Tiefflugeigenschaften. Die F 104 G besaß keine dieser Fähigkeiten. Aufgrund fehlender technischer Ausrüstung musste sie eine Mindesthöhe einhalten und benötigte wenigstens knapp zwei Kilometer Sicht. Sie war zudem nur beschränkt allwetterfähig. Das war bei Strike-Einsätzen weniger problematisch als bei der Verwendung als konventioneller Jagdbomber. In der 2. ATAF galt eine begrenzte Luftabwehr gegen eine begrenzte Aggression als wirkungslos, wenn man, um eine eskalierende Wirkung zu vermeiden, nicht tief in den gegnerischen Raum eindringe. Genau dafür war die F 104 G jedoch konzipiert worden. Für die Erdkampfunterstützung waren die G 91 und F 84 jedoch allemal besser geeignet als die F 104 G. Die Frage war nur, wie lange man eine konventionelle Auseinandersetzung ausschließlich mit diesen Systemen durchhielt. Eher zögernd pflichteten die Briten der deutschen Auffassung bei, dass frühzeitig nukleare Gefechtsfeldwaffen eingesetzt werden sollten, bevor größere Gebiete an den Gegner verloren wurden. Die 2. ATAF war offenbar bereit, eine konventionelle Zweitrolle der Strike-Flugzeuge als Kompromiss hinzunehmen[153].

---

[152] BA-MA, BL1/1855, Gespräche Gilpatric/v. Hassel/Schröder, 13. 2. u. 8. 5. 1963; www.isn.ethz.ch/php/collections/coll, Memorandum of Conversations McNamara, v. Hassel u.a., 9. 12. 1963; Tuschhoff, Deutschland, S. 233 f.

[153] BA-MA, BL1/1885, Verschlusssache; ebenda, BL1/8547, Verschlusssache; ebenda, BL1/1675, Verschlusssache; ebenda, BL1/11151, 4. Dt.-Brit. Generalstabsbesprechungen, 28. 2.–

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notierte das Auswärtige Amt eine gewisse Unsicherheit der deutschen Spitzenmilitärs in der Frage des Einsatzes taktischer Atomwaffen und der Rolle der Luftstreitkräfte[154], beschwor Luftwaffeninspekteur Werner Panitzki noch 1964 die Priorität des Strike[155]. Er konnte sich durch den französischen NATO-Oberbefehlshaber in Mitteleuropa (CINCENT) Jean Crepin bestätigt fühlen. Dieser meldete im Oktober 1964 als Erfahrung aus der Übung „Hostage Jaune", die Sowjets seien in der Lage, Europa-Mitte mit zehn Divisionen einschließlich Luftunterstützung anzugreifen, ohne damit ihre Fähigkeit einzubüßen, einen allgemeinen Atomkrieg zu führen. Er selbst könne dagegen eine derartige Aggression nicht ausschließlich konventionell abwehren und zugleich seine Fähigkeit zur Atomkriegführung aufrechterhalten. Ähnliches berichtete der NATO-Stab Nordeuropa. In der NATO-Stabsrahmenübung „Fallex 1964" wurden Atomwaffen zum Leidwesen der Deutschen erst eingesetzt, als bereits große Teile ihres Territoriums vom Gegner besetzt worden waren. Mithin waren die französischen Zweifel an den neuen strategischen Vorgaben des Bündnisses mehr als begründet[156]. Dagegen unterstrich Lyman L. Lemnitzer, seit Januar 1963 Nachfolger Norstads als SACEUR, dass er grundsätzlich nicht zwischen solchen Kräften unterscheide, die eingesetzt und solchen, die zurückgehalten würden. Außer einer reduzierten Reserve zur Durchführung seines Strike Plan war alles sofort einzusetzen. Das galt auch für taktische Atomwaffen, freilich erst nach deren Freigabe. Der SACEUR gab sich überzeugt, dass der Verschleiß der eigenen Kräfte in der konventionell geführten Auseinandersetzung durch entsprechende Verluste des Gegners ausgeglichen werde[157]. Folgerichtig forderte SHAPE am 4. Oktober 1965 von der Luftwaffe die Umrüstung aller Strike-Flugzeuge auf eine konventionelle Zweitrolle[158].

Von ursprünglich zehn Staffeln F 104 G-Jagdbombern sollten jetzt drei eine konventionelle Erstrolle erhalten. Die Luftwaffe hielt die Befähigung der F 104 G zur Doppelrolle mittlerweile zwar für technisch schwierig, aber machbar, allerdings nach wie vor für unwirtschaftlich. Die Reduzierung ihrer Strike-Flugzeuge gefährde zudem den „machtpolitischen Handlungsumfang" der Bundesregierung. Angesichts der französischen Haltung hegte man die Hoffnung, die Vereinigten Staaten würden sich die Reduzierung der Strike-Flugzeuge noch einmal

1. 3. 1963, 6. Dt.-Brit. Generalstabsbesprechungen, 21./22. 11. 1963. Die zeitgenössischen Sorgen der Luftwaffe vor einer zu hohen Nuklearschwelle schildert Helmut Bieber, Die deutsche Beteiligung an der NATO. Integration, die moderne Formel für militärische Sicherheit und politisches Vertrauen, in: Jahrbuch der Luftwaffe 3 (1966), S. 19–24.

[154] Vgl. AAP 1963, S. 932, Vermerk Carstens, 5. 8. 1963, und dazu Groscurth, Dienstweg, Dokument Nr. 4.

[155] BA-MA, BW17/25, Verschlusssache.

[156] Vgl. auch Soutou, Alliance, S. 268 f.

[157] Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 58–60 u. S. 75 f.; DDF 1965, T 1, S. 85, Runderlass Couve de Murville, 21. 1. 1965; AAP 1964, S. 1262 f., Krone an Erhard, 9. 11. 1964; SCR, 35 mm, P05, R163, L-017, Development of NATO Strategic and Military Policy (1966), S. 39 f. Vgl. auch AAP 1965, S. 1517, Vermerk II A 7, 27. 9. 1965.

[158] BA-MA, BL1/1885, Verschlusssache.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

überlegen[159]. Die Aufstellung von zwei Flugkörpergeschwadern machte es der Luftwaffe leichter, die Umwidmung der F 104 G hinzunehmen, da man weiter in den strike forces vertreten war. Zugleich nahm Washington mit dem Verkauf der „Pershing" der Forderung nach einem eigenen Mittelstreckenpotential des SACEUR den Wind aus den Segeln. Bei ca. 740 km Reichweite handelte es sich eher um eine Kurz- als um eine Mittelstreckenrakete. Damit erreichte man die Ostgrenze Polens und blieb letztlich auf „taktischem Niveau"[160]. Die Raketen mit dem Balkenkreuz versüßten den Deutschen die bittere Pille, dass sie künftig konventionell zu kämpfen hatten und der Strike voraussichtlich erst stattfand, wenn sich das westdeutsche Vorfeld in jeder Hinsicht verschlissen hatte. Denn Außenminister Rusk unterstrich im Oktober 1963, dass die amerikanischen Pläne eine strategische „Pause" vorsahen[161]. Auf Kosten der in Westdeutschland konventionell verteidigenden Bündnistruppen und der hier lebenden Bevölkerung sollte der Sowjetunion eine Frist eingeräumt werden, die dieser Gelegenheit gab, über eine Eskalation in den nuklearen Schlagabtausch nachzudenken. Unter den Vorzeichen des drohenden Abbaus amerikanischer und britischer Truppen in Westdeutschland galt dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes das Problem der Umrüstung des F 104 G als Indiz für die Diskrepanz zwischen den sicherheitspolitischen und strategischen Nöten der Bundesrepublik einerseits und den gewandelten Vorstellungen der Vereinigten Staaten und des Bündnisses andererseits. Für den Fall, dass sich die amerikanische Politik noch weiter von den deutschen Interessen entferne, ventilierte der Planungsstab gar eine „eigene deutsche Strategie" und erkannte in einer europäischen Verteidigungsidentität die gebotene Alternative[162].

In realistischer Einschätzung der deutschen Möglichkeiten akzeptierte der 1966 zum Inspekteur bestellte Steinhoff, dass die Luftwaffe künftig wie das Heer im Festungsvorfeld der Nuklearmächte und nach deren Vorgaben auftrat. Die spezifischen Vorteile der F 104 G, namentlich hohe Geschwindigkeit und Steigleistung, sollten durch taktische Neuausrichtung genutzt werden, um die Nachteile des unwirtschaftlichen Einsatzes in der konventionellen Erstrolle gegen Bodenziele zu kompensieren. Erst gegen Ende der 1960er Jahre zeichnete sich jedoch eine der F 104 G halbwegs angemessene konventionelle Bewaffnung ab. Tatsächlich hätte der teure, moderne Jagdbomber bis dahin vor allem die wenig

[159] BA-MA, BL1/3505, Arbeitspapier: Aufgaben und Ausrüstung der F 104 G/G 91-Verbände der Luftwaffe, 25. 3. 1966 (Zitat), FüL III 3, Vermerk, 21. 4. 1966, u. Fü L II an Fü L III, 12. 5. 1966; ebenda, BL1/1028, Fü L III Studie, 13. 9. 1965; ebenda, BL1/11151, 13. Dt.-Frz. Generalstabsbesprechungen, 21./22. 1. 1965, Vortrag: Probleme der Dual Role bei den deutschen schweren Jabo-Verbänden, Jan. 1965; vgl. Gablik, Planungen, S. 440 f. u. S. 456 f.; Tuschhoff, Deutschland, S. 267–270; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 229–231.

[160] Vgl. SHAPE History, 1960–1965, Vol 2, S. 155–173 passim; BA-MA, BL1/1908, DMV an Fü B III, 15. 3. 1963; ebenda, BL1/1885, Verschlusssachen; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 241–248 (Zitat S. 243).

[161] DDF 1963, Tt. II 2, S. 380, Alphand an Couve de Murville, 8. 10. 1963.

[162] AAP 1966, S. 1082–1089 (Zitat S. 1088), Vermerk Diehl, 17. 8. 1966.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

treffsicheren Eisenbomben des Zweiten Weltkrieges geworfen[163]. Die Oderbrücken hatten gute Aussichten, eine derartige Attacke zu überleben, was bei einem Atomsprengkörper nahezu ausgeschlossen war. Ähnlich stellte sich im Übrigen die integrierte Luftverteidigung des Bündnisses dar: Geschaffen für den Schutz der strike forces gegen einen von Fliegern vorgetragenen Überraschungsangriff, taugte sie nicht zur Bekämpfung ballistischer Raketen, war weitgehend tieffliegerblind und hätte vor einem nachhaltigen konventionellen Massenangriff ohne den Einsatz nuklearer Sprengköpfe rasch kapitulieren müssen[164]. Konventionelles counter air und konventionelle Luftverteidigung des Bündnisses eröffneten den Luftstreitkräften des Gegners gute Chancen, seine Luftherrschaft über Kontinentaleuropa durchzusetzen. Derweil beschränkte sich die Strike-Kapazität der deutschen Luftwaffe 1966 auf gerade mal 36 Nuklearziele, die man mit F 104 G und Flugkörpern hätte anfliegen können[165].

7. Der Übergang zur Strategie der flexiblen Reaktion und die künftige Rolle der Luftwaffe

Die Unterscheidung von taktischen und strategischen Atomwaffen war für Deutsche und Franzosen letztlich ohne Bedeutung, wie de Gaulle zu Recht unterstrich. Ohne den Einsatz taktischer Atomwaffen ließ sich Europa jedoch nicht verteidigen. Diese Auffassung vertraten noch 1964 alle NATO-Militärs, gleich welcher Nationalität[166]. Sie fand ihren Niederschlag im jüngst entdeckten „Emergency Defence Plan“ der in Nordhessen stationierten 2. Panzergrenadierdivision der Bundeswehr vom Dezember 1963. Er sah im Falle eines Überraschungsangriffes den Einsatz von Atomartillerie (mit bis zu 10 Kilotonnen!) gegen vier nukleare Feuerfelder und rund 150 vorbereitete Atomzielpunkte vor, um den Vormarsch des Gegners aufzuhalten[167]. Faktisch hatten die strategischen Debatten der Allianz an der operativen Wirklichkeit ihrer Streitkräfte in Europa wenig geändert. Die eigentliche Bedeutung des Strategiewechsels im Übergang von der Eisenhower- zur Kennedy/Johnson-Administration lag in seiner bündnisinternen diplomatisch-sicherheitspolitischen Dimension; militärisch war die Flexible Response vorläufig ein „Mythos“, wie Francis Gavin zutreffend betont[168].

[163] BA-MA, BL1/4063, Steinhoff an Bundesverteidigungsminister, 18. 7. 1967; vgl. AAP 1965, S. 1386 f., Vermerk Ruete, 17. 10. 1966; Gablik, Planungen, S. 457 f.; Lemke, Konzeption, in: Ders. u. a., Luftwaffe, S. 320 f.; Pommerin/Steinhoff, Strategiewechsel, S. 69.

[164] Vgl. Dieter Krüger, Die Entstehung der NATO-Luftverteidigung und die Integration der Luftwaffe, in: Lemke u. a., Luftwaffe, S. 485–556, hier S. 543–553.

[165] Vgl. Lemke, Konzeption, in: Ebenda, S. 237.

[166] So der NATO-Generalsekretär. Vgl. DDF 1964, t II, S. 209, Gespräch zwischen de Gaulle und Brosio, 3. 9. 1964.

[167] Vgl. Helmut R. Hammerich, Der Fall „Morgengruß“. Die 2. PzGrenDiv und die Abwehr eines überraschenden Feindangriffs westlich der Fulda 1963, in: Nägler (Hrsg.), Die Bundeswehr 1955 bis 2005, S. 297–312.

[168] Vgl. Gavin, Myth, S. 872–875.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Oktober 1966 nahm der Militärausschuss der NATO die vor drei Jahren versandete Debatte wieder auf, kaum hatten die Franzosen die Militärorganisation verlassen[169]. Die Griechen als schwache und exponierte Bündnispartner trieb die Sorge vor einer Arbeitsteilung um, bei der die Abwehr einer begrenzten Aggression zunächst vor allem die Aufgabe der Frontstaaten war. Sie erkannten in Formeln, die eher auf Zusammenarbeit als auf integrierte Einsatzführung abzielten, die Gefahr, dass die NATO „will gradually deteriorate to an alliance of the pre-World War II type with a simple co-operation of national forces without unified command"[170]. Man forderte, sowohl die konventionellen wie die nuklearen Kräfte entschlossen einzusetzen. Darunter verstanden die Griechen nicht zuletzt ein counter air in die Tiefe des gegnerischen Raumes, das sie freilich mit ihren eigenen Kräften nicht hätten durchführen können. Ähnliche Bedenken trugen Italiener und Türken vor. Großbritannien unterstellte den Sowjets weiterhin, keine größere bewaffnete Auseinandersetzung in Erwägung zu ziehen. Einen Überraschungsangriff schloss man aus. Neben einer hinreichenden nuklearen Zweitschlagsfähigkeit hielten die Briten – anders als die Amerikaner – die vorhandenen konventionellen Kräfte für ausreichend, um Zeit für eine politische Entscheidung über den Atomwaffeneinsatz zu gewinnen. Der Ausbau konventioneller Fähigkeiten werde dem Gegner nur den Eindruck vermitteln, das Bündnis werde vor einer nuklearen Eskalation letztlich zurückschrecken. Konsequent wollte London, so der Eindruck der deutschen NATO-Botschaft[171], die Rheinarmee auf einen ‚Stolperdraht' herunterfahren, um seine „Polaris"-U-Boot-Flottille aufzubauen und gleichwohl in Deutschland militärisch mitzureden. Die Amerikaner nahmen die Forderung ihrer Verbündeten nach frühzeitigem Kernwaffeneinsatz vornehmlich als Abneigung wahr, mit konventionellen Rüstungsanstrengungen im Allgemeinen und der Förderung der Landstreitkräfte im Besonderen mehr für ihre eigene Sicherheit zu leisten. Tatsächlich plädierte der britische Schatzkanzler im Juli 1966 unter dem Druck schwindender Devisen und Haushaltsmittel nahezu unverblümt für die Rückkehr zur massiven Vergeltung. Der Deutsche Militärische Vertreter notierte die sich „ausbreitende Tendenz, die Integration zu Gunsten nationaler Belange zu lockern"[172].

Ende November 1966 präsentierten die Amerikaner der Allianz ein Papier. Es markierte die mangelhafte nukleare Zweitschlagsfähigkeit und die notorische konventionelle Schwäche der landgestützten Schildstreitkräfte als Problem der flexiblen Reaktion des Bündnisses auf das Spektrum denkbarer Aggressionen. Nur wenn das Bündnis hier entscheidend nachbessere, sei die abgestufte Reak-

[169] IMS, CD20, MCWM-26-66, MCWM-30-66, MCWM-46-66, MCM-143-66, Memos Militärausschuss, 17. 10., 24. 10., 21. 11. u. 29. 11. 1966.

[170] IMS, CD20, MCWM-60-66, Memo Militärausschuss, 23. 11. 1966.

[171] Vgl. dazu AAP 1966, S. 1271–1275, Sahm an AA, 28. 9. 1966.

[172] BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht II/1967, 20. 11. 1967 (Zitat); IMS, CD20, MCWM-02-67, Memo Militärausschuss, 3. 1. 1967; vgl. AAP 1966, S. 1040 f., S. 1273 u. S. 1384–1387, Vermerke, 5. 8. u. 17. 10. 1966, Sahm an AA, 28. 9. 1966; AAP 1967, S. 1156–1160, Knappstein an AA, 3. 8. 1967; Edward Drea, The McNamara Era, in: Schmidt (Hrsg.), A History of NATO, Bd. 3, S. 183–195, hier S. 184–187 u. S. 189–192.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tion glaubhafter als die alte Drohung mit sofortiger massiver Vergeltung. Folgerichtig mahnte der SACEUR den angemessenen Ausbau der konventionellen Kräfte an. Alarmiert registrierten die Deutschen, dass die Amerikaner einen auf Europa beschränkten Atomangriff nicht ausschlossen[173]. Parallel zu den Überlegungen der NATO-Gremien verhandelten Amerikaner, Briten und Deutsche seit Ende 1966 trilateral über ein transatlantisches ‚burden sharing'. Nur „widerwillig"[174] hatten sich die Deutschen auf diesen Weg eingelassen, die fatale Verknüpfung von währungs- und sicherheitspolitischen Problemen zu lösen. Ungeachtet ihrer Forderung nach größeren konventionellen Fähigkeiten wollten die Amerikaner ihre eigenen Truppen in Westdeutschland drastisch abbauen, sollten die Deutschen die amerikanischen Stationierungskosten nicht ausgleichen. Das Drängen der Briten auf Zahlungsbilanzhilfen war beinahe noch ungestümer als das der Amerikaner. Verärgert registrierte McNamara, dass selbst die Briten aus der identischen Beurteilung der politischen Lage andere strategische Schlussfolgerungen zogen als die Amerikaner – nämlich die Notwendigkeit der raschen nuklearen Eskalation, sollte die Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion wider Erwarten versagen[175]. Die Deutschen sahen sich der ersten großen Nachkriegsrezession konfrontiert. Haushaltsprobleme sprachen dafür, den Aufbau der Bundeswehr vorzeitig abzuschließen[176]. Sie sollte ihre konventionellen Fähigkeiten verbessern, allerdings nur in den engen Grenzen des haushaltspolitisch Möglichen. Daher forderten die Deutschen frühe selektive Kernwaffeneinsätze, besaßen aber kein klares Konzept dafür. Die Zeit umfangreicher Rüstungskäufe in den Vereinigten Staaten war vorüber; die amerikanische Forderung, den Dollar zu stützen, blieb. Selbst die unabhängige Bundesbank sah sich durch sicherheitspolitische Zwänge genötigt, einen Teil der Dollarflut in ihre Tresore zu lenken und damit indirekt den Vietnamkrieg mitzufinanzieren. Gleichwohl musste Bonn den faktischen Abzug von 35.000 amerikanischen Soldaten und 96 für den Nukleareinsatz vorgesehenen Flugzeugen sowie von 5.000 britischen Soldaten hinnehmen[177]. Bonn war der Verlierer der trilateralen Verhandlungen. Dagegen blieben die Zugeständnisse der Angelsachsen eher kosmetischer Natur[178].

Vor dem Hintergrund der im April 1967 abgeschlossenen Verhandlungen legte der Militärausschuss ein überarbeitetes Strategiepapier vor. Es betonte die integrierte Einsatzführung, obwohl die nationalen Vorstellungen weiter auseinander klafften. Briten und Amerikaner gingen von einer Vorwarnzeit von womöglich mehreren Wochen aus. Deutsche, Griechen, Italiener, Niederländer und Türken

[173] Vgl. SHAPE History, 1967, Vol. II, S. 91–105.
[174] AAP 1966, S. 1316, Grewe an AA, 6. 10. 1966.
[175] Vgl. AAP 1966, S. 1691–1694, Grewe an AA, 22. 12. 1966.
[176] Vgl. AAP 1966, S. 1098–1101, Vermerk Carstens, 24. 8. 1966; AAP 1967, S. 1028 f. u. S. 1115 f., Schütz an NATO-Botschaft, 11. 7. 1967, Gespräch zwischen Schröder und Brosio, 21. 7. 1967.
[177] Vgl. AAP 1966, S. 1517–1520 u. S. 1583-1586, Runderlasse, 14. 11. u. 5. 12. 1966; Gavin, Gold, S. 157–164; AAP 1967, S. 23–25 u. S. 385–387, Schnippenkötter an AA, 4. 1. 1967, Duckwitz an AA, 3. 3. 1967; Haftendorn, Kernwaffen, S. 252–282; Rosenbach, Preis, S. 734–737; Zimmermann, Money, S. 214 f. u. S. 221–233.
[178] Vgl. die im Kern gleiche Wertung bei Haftendorn, Kernwaffen, S. 283–285.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hielten das für unrealistisch. Deutsche, Italiener und Türken forderten auch bei begrenzten Aggressionen einen frühzeitigen selektiven Nukleareinsatz, der ihrer Auffassung nach nicht zwangsläufig in die atomare Eskalation führe. Überhaupt galt in ihren Augen eine konventionelle Reaktion nur dann als glaubwürdig, wenn der Zusammenhang mit der nuklearen Abschreckung stets deutlich blieb. Im Unterschied zu den Europäern gingen die Amerikaner jedoch von einer längeren konventionellen Auseinandersetzung aus. Während die Deutschen vor allem den Grundsatz der Vorwärtsstrategie festzuschreiben versuchten, bezweifelten die Türken nach wie vor, dass die neue Flexibilität den Gegner abschrecke. Nicht nur sie, auch die Niederländer und SHAPE hielten die der Allianz aktuell zur Verfügung stehenden konventionellen Kräfte für völlig unzureichend[179].

Falle der Umfang dieser Kräfte zu mager aus, so SHAPE, bleibe es faktisch bei der bisherigen MC 14/2. Tatsächlich verhehlte SACEUR Lemnitzer dem Militärausschuss gegenüber seine Skepsis nicht. Er rechnete nicht mit zusätzlichen Kräften über die für 1970 geplanten hinaus. Im Übrigen glaubte er nicht, dass politische Indikatoren dem Bündnis genügend Zeit verschafften, sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vorzubereiten, es sei denn, man setzte politische Warnsignale unverzüglich in militärische Alarmmaßnahmen um. Folgerichtig bleibe es zumindest in der Zentralregion bei der bisherigen Strategie des frühzeitigen Kernwaffeneinsatzes. Zähneknirschend empfahlen das Auswärtige Amt und das Bundesverteidigungsministerium, die neue Strategie hinzunehmen. Man hoffte weiter auf erweiterte politische Mitbestimmung über den Einsatz taktischer Atomwaffen. Am 9. Mai 1967 segneten die Verteidigungsminister der NATO das bisher erreichte Ergebnis im Defence Planning Committee ab. Danach ging das Bündnis weiter davon aus, dass einem sowjetischen Angriff mit 80 Divisionen auf Europa-Mitte voraussichtlich eine Vorwarnzeit von vier bis 15 Tagen vorausgehen werde. Die Stärke der eigenen Truppen in der Zentralregion galt als ausreichend[180]. Die Annahme relativ langer Vorwarnzeiten diente Washington als Rechtfertigung seines Rotationsprogrammes, nach dem es Truppen in Krisenlagen rasch aus Nordamerika zuführen wollte[181].

Die Annahme der Spitzengremien der Allianz, über längere Zeit eine begrenzte konventionelle Auseinandersetzung durchstehen und zugleich die Atomkriegsfähigkeit bewahren zu können, war eine für die Bundesrepublik gefährliche Lebenslüge, mühsam kaschiert durch den Begriff der bedachten und begrenzten nuklearen Eskalation. Sie sollte dem Gegner erschweren, das voraussichtliche Verhalten der Allianz abzuschätzen[182]. Der deutsche Heeresinspekteur

[179] IMS, CD20, MCM-10-67, Memo Militärausschuss, 24. 4. 1967; ebenda, CD18, LOCOM 7938, LOCOM 7948, MC Repr., 25. u. 26. 4. 1967; vgl. AAP 1963, S. 1385 f. u. S. 1442 f., Vermerk Ruete, 17. 10. 1966, Grewe an AA, 27. 10. 1966; Haftendorn, Kernwaffen, S. 78–80.

[180] Vgl. AAP 1966, S. 733–735, Sahm an AA, 31. 5. 1966; AAP 1967, S. 704–710, Vermerk II A 7, 3. 5. 1967; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 105–110; Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 333–344; L. James Binder, Lemnitzer. A Soldier for his Time, Washington/London 1997, S. 334 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 72–78.

[181] Vgl. AAP 1967, S. 1328, Vermerk Schnippenkötter, 4. 10. 1967.

[182] So das zuständige Referat des Auswärtigen Amtes bereits am 27. 9. 1965, in: AAP 1965, S. 1517.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war der Entwicklung vorausgeeilt, als er im Sommer 1966 im Sinne der Amerikaner und gegen die in der NATO verbreiteten Vorstellungen eine restriktive Verwendung taktischer Atomwaffen anordnete. Er sah in diesen Waffen keinen Ersatz für hinreichende konventionelle Kräfte[183]. Da diese aber offenbar nicht ausreichten, versuchte der deutsche CINCENT Adolf Graf Kielmansegg im Sommer 1967 vergeblich, eine „authority for predelegated release" zu erwirken. Ab 330 gegnerischen Einflügen sollte die Luftverteidigung Nuklearsprengköpfe einsetzen; desgleichen die alliierten Korps, sobald die Bodentruppen des Gegners einen Streifen von 10 Kilometern westwärts der innerdeutschen Grenze überschritten und sich nicht innerhalb von sechs Stunden zurückzogen. SACEUR Lyman L. Lemnitzer lehnte ab, weil er darin zwangsläufig den alten Automatismus erkannte. Am 16. September 1967 nahm der Militärausschuss das neue strategische Konzept als MC 14/3 an. Nach weiterem zähem Ringen mit den Vereinigten Staaten um Formulierungen folgten am 12. Dezember 1967 die Verteidigungsminister der Allianz[184]. Aus dem Vergleich zwischen dem Beschluss der Verteidigungsminister vom vergangenen Mai und der MC 14/3 schlussfolgerte der Vorsitzende des NATO-Ausschusses für Verteidigungsplanung, Arthur P. Hockaday, die Amerikaner hätten einen „Durchbruch ihrer strategischen Auffassungen" erzielt. Freilich sei die neue Strategie „auch in ihrem konventionellen Streitkräfte-Element nicht mehr glaubwürdig"[185].

Im Dezember 1967 wiederholte der scheidende Verteidigungsminister McNamara seine Überzeugung, dass die strategische Überlegenheit der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion erhalten bleibe und die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes überschätzt werde. Er forderte die Kampfwertsteigerung der in Europa dislozierten Truppen, ausreichende Reservestreitkräfte und realistische Pläne zum Einsatz taktischer Atomwaffen mit minimal eskalierender Wirkung. Dieses Plädoyer war ein Indiz für die Hoffnung, die Washington mit der Flexible Response verband, nämlich eine bewaffnete Auseinandersetzung auf Europa begrenzen zu können. Folgerichtig unterstrich McNamara die qualitative Überlegenheit der taktischen Luftstreitkräfte der Allianz. Sie könnten mit der nicht-nuklearen Bedrohung fertig werden. Die vom SACEUR vorgeschlagene Reduzierung der gut tausend auf 234 Strike-Flugzeuge belasse dem Bündnis eine ausreichende nukleare Abschreckung. Die Kosten für die Umstellung auf eine Zweitrolle hielt McNamara nach wie vor für vertretbar. Möglicherweise ließen sich sogar Ressourcen der Luft- zu den Landstreitkräften umleiten[186]. Der Deutsche Militärische Vertreter Wessel machte sich keine Illusionen über die amerika-

[183] Vgl. Ulrich de Maizière, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1989, S. 276–278.

[184] Vgl. Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 345–370; SHAPE History, 1967, Vol 2, S. 115–117 u. S. 149–151; Karl Feldmeyer/Georg Meyer, Johann Adolf Graf v. Kielmansegg 1906–2006. Deutscher Patriot, Europäer, Atlantiker, Hamburg u. a. 2007, S. 63–65; Haftendorn, Kernwaffen, S. 82–91.

[185] AAP 1967, S. 1497–1500 (Zitate S. 1497 f.), Grewe an AA, 7. 11. 1967; vgl. Schmückle, Pauken, S. 313.

[186] BA-MA, BW2/20190, Verschlusssache; vgl. Bluth, Britain, S. 124–126.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nischen Absichten. Er erkannte in der weitgehenden Herauslösung der Luftstreitkräfte aus dem Atomic Strike Plan und der damit einhergehenden Schwächung der Stellung des SACEUR das Bestreben, „die militärische Integration mit der ihr innewohnenden Automatik aufzulockern". Die konventionellen Kräfte würden nämlich nicht vermehrt, wie die neue Strategie erfordere, sondern mit Sicherheit noch verringert werden. Gleichzeitig bewirke der Atomwaffensperrvertrag, dass die Sicherheit der nicht-nuklearen Bündnismitglieder in wachsendem Maße von der Bereitschaft der Vereinigten Staaten abhänge, massiv zu vergelten. Wessel erkannte in der Wechselwirkung von Flexibilität, konventioneller Kriegführung und Proliferationsverbot eine Existenzbedrohung[187].

Die in Washington kursierende Sorge, die Deutschen würden zunehmend am Sinn des Bündnisses zweifeln, war demnach alles andere als unbegründet. Bereits die MLF zielte in den Augen ihrer amerikanischen Väter auf eine „satisfaction psychologique aux Allemands". Sie sollte verhindern, dass die Deutschen ihren ‚rebus sic stantibus' erklärten Atomwaffenverzicht von 1954 aufgaben und sich der Gruppe von Staaten zugesellten, die man auf dem Weg zur Bombe wähnte[188]. Seit 1964 zeichnete sich ein Atomwaffensperrvertrag ab, den insbesondere Großbritannien mit dem Ziel forciert hatte, die Bundesrepublik von der Bombe fernzuhalten. Am Ende verhandelten die Amerikaner direkt mit den Sowjets. Letztere wollten Atomwaffen in deutscher Hand ebenso verhindern wie eine autonome Nuklearstreitmacht der NATO. Zum Ärger von Präsident Johnson kritisierte Bundeskanzler Kiesinger offen die „atomare Komplizenschaft" von Amerikanern und Sowjets[189]. Selbst der italienische NATO-Generalsekretär war überzeugt, dass die Nichtverbreitungspolitik sich letztlich gegen die eigenen Verbündeten, namentlich gegen die Bundesrepublik, richte[190]. Während die deutschen Diplomaten im Einklang mit Kiesinger noch die Perspektive europäischer Nuklearstreitkräfte im Atomwaffensperrvertrag zu verankern suchten, sah der neue Außenminister Willy Brandt darin kein dringliches Anliegen mehr. Nur scheinbar schwenkte Kiesinger im Herbst 1967 auf diese Linie ein[191].

---

[187] BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht II/1967, 20. 11. 1967 (Zitat), DMV-Bericht I/1968, 10. 4. 1968.

[188] So der stellvertretende amerikanische Außenminister. DDF 1964, t 2, S. 480, Alphand an Couve de Murville, 21. 11. 1964. Vgl. auch Küntzel, Bonn, S. 71 f.

[189] Vgl. AAP 1967, S. 397 u. S. 399, Gespräch zwischen Kiesinger und McCloy, 4. 3. 1967.

[190] Manlio Brosio regte sogar eine deutsch-italienische Initiative im Bündnis gegen den Nichtverbreitungsvertrag an. Vgl. AAP 1965, S. 1216, Grewe an AA, 20. 7. 1965; AAP 1967, S. 148–150, Grewe an AA, 19. 1. 1967. Vgl. auch Bruna Bagnato, NATO in the mid-1960s: The View of Secretary-General Manlio Brosio, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 165–185, hier S. 172–176; Dietl, Emanzipation, Bd. II, S. 350 f., S. 361 f., S. 365 f. u. S. 368 f.; Küntzel, Bonn, S. 102–109, S. 140–144 u. S. 150–152; Haftendorn, Kernwaffen, S. 148–166; Masala, Deutschland, S. 455–469; Münger, Kennedy, S. 298–302; Trachtenberg, Peace, S. 380–391; Schrafstetter/Twigge, Armageddon, S. 152–156, S. 165–167, S. 170–173, S. 175 f. u. S. 183–185.

[191] Vgl. AAP 1967, S. 17 f., S. 29–31, S. 41, S. 127 f., S. 142, S. 182 f., S. 203, S. 214, S. 551, S. 603 f. u. S. 1438, Brandt an AA, 3. 1. 1967, Vermerk Grewe, 4. 1. 1967, Gespräch zwischen Brandt und Fanfani, 5. 1. 1967, Gespräch zwischen Kiesinger und McGhee, 16. 1. 1967, Knappstein an AA, 18. 1. 1967, Vermerk Bahr, 26. 1. 1967, Vermerk Schnippenkötter, 30. 1. 1967, Vermerk Diehl,

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um die deutsche Loyalität zum Bündnis zu erhalten, bedurfte es eines neuen „Placebos“[192], das zumindest die vage Chance einer künftigen europäischen nuklearen Verteidigungsidentität wahrte. Neben der Berufung eines belgischen Generals zum DEPUTY SACEUR für Nuklearangelegenheiten im September 1963 sollte das von Verteidigungsminister McNamara 1965 vorgeschlagene „Special Committee“ die Gemüter der nuklearen Habenichtse im Bündnis beruhigen[193]. Bonn wollte in den Willensbildungsprozess einbezogen werden, welcher der Entscheidung des amerikanischen Präsidenten für den Einsatz der strategischen Atomwaffen und der Durchführung des Atomic Strike Plan des SACEUR vorausging[194]. Das zur „Nuclear Planning Group“ (NPG) mutierte Gremium verabschiedete 1968/69 Grundsätze zur Konsultation vor dem Nukleareinsatz und zum Einsatz von taktischen Atomwaffen. Letzterem lag ein deutsch-britisches Konzept zugrunde, das den Gegensatz zwischen dem deutschen Wunsch nach verbindlicher nuklearer Abschreckung und dem amerikanischen Streben nach einer hohen Nuklearschwelle zu überbrücken versuchte. Die Annahme, dass in aller Regel genügend Zeit für Konsultationen über den Nukleareinsatz zur Verfügung stehen werde, war ebenso fragwürdig wie der Gedanke demonstrativer Detonationen mit geringen KT-Werten. Sie sollten dem Gegner die Bereitschaft signalisieren, in den finalen Schlagabtausch einzusteigen. Doch wie sollte es dann weitergehen? Der SACEUR und seine nachgeordneten Befehlshaber unterzogen die Plattitüden des deutsch-britischen Papiers einer scharfen Kritik. Nichtsdestoweniger wurde es nach mehreren Überarbeitungen vom Defence Planning Committee am 3. Dezember 1969 verabschiedet. Das Problem der Folgemaßnahmen nach einem selektiven Nukleareinsatz blieb dem Bündnis erhalten. Ebenso ungelöst blieb die Frage, ob man mit taktischen Atomwaffen einen Krieg führen und gewinnen wollte, oder ob sie ein Mittel der Abschreckung darstellten, das man einsetzte, wenn man sich zum totalen Atomkrieg entschlossen hatte[195]. Eine enge Absprache mit den Mitgliedsstaaten über die Nuklearplanung vor Ort war nicht vorgesehen; sie stieß folgerichtig auch auf den Widerstand selbst des deutschen CINCENT Jürgen Bennecke[196].

1. 2. 1967, Gespräch zwischen Kiesinger und Humphrey, 5. 4. 1967, Vermerk Schnippenkötter, 14. 4. 1967, Dt.-brit. Regierungsbesprechungen, 24. 10. 1967; AAP 1968, S. 144 f. u. S. 586, Dt.-it. Regierungsbesprechungen, 1./2. 2. 1968, Runderlass Duckwitz, 10. 5. 1968.

192 Strauß, Erinnerungen, S. 366. Ähnlich auch schon Wessel: „[...] mehr von optischer als sachlicher Bedeutung“, in: BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht I/1967, 5. 4. 1967.

193 Vgl. dazu SHAPE History, 1960–1965, Vol 1, S. 63; AAP 1966, S. 14 f., Knappstein an AA, 12. 1. 1966.

194 Vgl. AAP 1966, S. 429 f., Sahm an AA, 2. 4. 1966.

195 Vgl. SHAPE History 1969, S. 73–76; AAP 1968, S. 1345 f., Vermerk Sahm, 16. 10. 1968; Bluth, Britain, S. 180–194; Bozo, Strategies, S. 200 f.; Carnovale, Control, S. 52 f. u. S. 59–62; Gavin, Myth, S. 850 f.; Haftendorn, Kernwaffen, S. 166–180; Heuser, NATO, S. 139; Küntzel, Bonn, S. 196–198. Der zwischenzeitlich zum Generalinspekteur avancierte de Maizière, Pflicht, S. 290, begrüßte die Richtlinie als Bestätigung seiner einstigen Entscheidung für den restriktiven Einsatz taktischer Kernwaffen.

196 Vgl. SHAPE History, 1969, S. 77 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Einsatzmonopol des amerikanischen Präsidenten wurde jedoch bestenfalls modifiziert. Denn Artikel I und II des Atomwaffensperrvertrags schrieben die Kontrolle der nuklearen Gefechtsköpfe durch die Vereinigten Staaten fest und untersagten ihnen die Weitergabe von Kernwaffen bzw. die Abtretung der Verfügungsgewalt über sie. Der Vertrag konservierte den Statusunterschied zwischen den angelsächsischen Führungsmächten der Allianz und ihren nicht-nuklearen Verbündeten auf dem Kontinent[197]. Er schloss eine nuklear hinterlegte europäische Verteidigungsidentität faktisch aus, wie nicht zuletzt die NATO selbst unterstrich[198]. Immerhin camouflierte die ständige Mitgliedschaft Bonns (und Roms) in der NPG, dass die Deutschen einmal mehr verloren hatten. Die NPG förderte gleichwohl die Verabschiedung der neuen Bündnisstrategie – in zeitlicher Nähe zur Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesrepublik am 28. November 1969. Freilich besaß die Bundesrepublik keine Alternative zum Bündnis, das der deutsche NATO-Botschafter im Frühjahr 1968 im „Zustand langsamer Erosion" wähnte[199].

Auch die Luftwaffenführung konnte sich diesem Dilemma nicht entziehen. Folgerichtig nahm Inspekteur Steinhoff die konzeptionelle Neuausrichtung seiner Luftwaffe in Angriff. Er kritisierte die einseitig auf die Unterstützung des Heeres durch die Luftwaffe ausgelegte Führungsweisung Nr. 1 des Führungsstabes der Bundeswehr vom Januar 1967. Sie verordnete einerseits den restriktiveren Umgang mit taktischen Nuklearwaffen. Andererseits sollte dem Gegner ein Kalkül seines Risikos dadurch erschwert werden, dass die Bundeswehr sich eine vorbedachte nukleare Eskalation offenhielt. In der Tat eine „curious dialectic" aus Anmaßung und Selbstbeschränkung. Jedenfalls hatte die Luftwaffe jetzt vorrangig das Heer durch zeitlich-räumliche Luftherrschaft und durch frontnahe Luftangriffe („close air support") zu unterstützen[200]. Allerdings akzeptierte Steinhoff den Grundsatz der Arbeitsteilung im Bündnis und die daraus hergeleitete Forderung des SACEUR, dass die Luftwaffe ihre konventionellen zu Lasten ihrer nuklearen Fähigkeiten erweitere. Folgerichtig stellten die Strikeflugzeuge um die Jahreswende 1969/70 ihre Einsatzbereitschaft in konventioneller Zweitrolle her[201]. Steinhoff war allerdings nicht bereit, „freiwillig die Beteiligung am Strike aufzugeben, ohne dafür eine politische Gegenleistung zu erhalten"[202]. Die nukleare Teilhabe galt einerseits als Voraussetzung, um auf die Atomkriegführung der Allianz Einfluss zu nehmen. Die Luftwaffe wusste sich darin mit den Kameraden der Benelux-Staaten und Italiens einig. Andererseits erkannte man nüchtern, damit die Freigabeentscheidung der Amerikaner kaum beeinflussen zu

[197] So selbst Haftendorn, Kernwaffen, S. 180–182. Vgl. auch Küntzel, Bonn, S. 156–172, S. 184–191 u. S. 198–205.

[198] Vgl. AAP 1966, S. 1722, Knappstein an Brandt, 29. 12. 1966; Küntzel, Bonn, S. 250–252.

[199] AAP 1968, S. 504, Grewe an Noebel, 23. 4. 1968; vgl. ebenda, S. 1096, Grewe an Ruete, 5. 9. 1968.

[200] Bluth, Britain, S. 127–130 (Zitat, S. 128); vgl. Gablik, Planungen, S. 413–416, S. 419 f., S. 424 f., S. 449–453, S. 475 u. S. 469–472; Tuschhoff, Deutschland, S. 227 f. u. S. 230 f.

[201] BA-MA, BL1/1368, Fü L III 3: Runderlass, 14. 2. 1969.

[202] BA-MA, BL1/3505, Protokoll AG „Konzeption Lw", 15. 11. 1966.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können. Voraussichtlich würden die Atommächte ihre Garantien unter erheblicher Eigengefährdung nur einlösen, wenn sie selbst bedroht waren. Man tröstete sich mit der vagen Hoffnung, die Vereinigten Staaten würden Atomwaffen zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen einsetzen, wenn „Deutschland bereit ist, die erforderlichen Gegenleistungen in Form starker konventioneller Kräfte zu erbringen“[203]. Denn der Führungsstab der Luftwaffe war nach wie vor überzeugt, dass ein konventioneller Großangriff selbst unter Zuhilfenahme defensiver Atomminen und bei nuklearem Erdeinsatz von Boden-Luft-Raketen kaum abzuwehren sei. Ein selektiver luftgestützter Nukleareinsatz nach den Vorstellungen des Heeres und der Bundeswehrführung werde womöglich daran scheitern, dass die wenigen noch zur Verfügung stehenden Systeme alle im Rahmen des automatischen Atomic Strike Plan des SACEUR gebunden seien[204].

Unterdessen versuchten die Vereinigten Staaten, die im Gefolge der MC 14/3 notwendige Revision der MC 48/2 zu nutzen. Die Präferenz für die konventionelle Kriegführung sollte festgeklopft werden. Folgerichtig forderte ein erster Entwurf (MC 48/3) neben maximalen konventionellen Fähigkeiten Reservestreitkräfte mit geringen Mobilmachungszeiten. Sie sollten ein „concept of defence in depth and tactical mobility“ ermöglichen, dessen „emphasis on initial nonnuclear operations“ liege. Den Beitrag der Luftstreitkräfte dachten sich die Autoren ambitioniert. Sie sollten die Luftherrschaft erringen und bewahren. Sie sollten gleichzeitig ihre Fähigkeiten zum Luftangriff, zur Luftnahunterstützung, zur Gefechtsfeldabriegelung, zur Luftverteidigung sowie zum Strike nachhaltig auf angemessenem Niveau halten. Ferner sollten sie rasch von einer konventionellen in eine nukleare Rolle und umgekehrt schlüpfen[205]. In der Absicht, konventionelle Verteidigung („direct defense“), Eskalation („deliberate escalation“) und „general nuclear response“ als „aufeinanderfolgende Phasen des Abwehrkampfes“ – und dies in der Tiefe des Raums – festzuschreiben, erkannte der Deutsche Militärische Vertreter den Versuch, die Vorneverteidigung aufzugeben und wieder an den Rhein zurückzukehren[206].

Computersimulationen der für Norddeutschland und den Benelux zuständigen Heeresgruppe NORTHAG bestätigten Ende 1968 die deutschen Sorgen. Sie offenbarten nicht nur die mangelnde Fähigkeit der in diesem Raum zuständigen 2. ATAF, die auf 20 Tage angelegte, bewegliche Abwehrschlacht zu unterstützen. Andere Erkenntnisse waren noch alarmierender: Die Kräfte der Heeresgruppe waren tiefgestaffelt und standen mit Masse westlich der Weser. Dagegen war der Gürtel mit Boden-Luft-Raketen des Typs „Hawk“ östlich der Weser aufgestellt. Ferner sollten kanalisierte Einbrüche des Gegners mit etwa 50 nuklearen Gefechts-

[203] BA-MA, BL1/3508, AG „Konzeption Lw“, 1. 12. 1966.

[204] BA-MA, BL1/4050, Fü L III 1: Vortrag „Konzeption u. Rüstungsplanung der Luftwaffe“ (Briefing v. Butler, künftig stv. Chef der Stabsabteilung Plans and Operations bei SHAPE), 10. 11. 1967.

[205] IMS, CD18, IMSWM-214-68, Memo, 12. 8. 1968 (nebst Einschluss).

[206] BA-MA, BL1/1028, DMV-Bericht 1968/II, 6. 11. 1968; IMS, CD18, IMSWM-256-68, Memo, 17. 9. 1968 (bes. Einschluss 1).

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

feldwaffen auf westdeutschem Boden bereinigt werden. Der Führungsstab der Luftwaffe warf der politischen Führung vor, diese Auswirkungen einer unzureichenden konventionellen Kampfkraft nicht bedacht zu haben. Er empfahl daher bei der Überarbeitung der MC 48/3 nicht nur die Vorneverteidigung, sondern auch Parameter festzuschreiben, nach denen ein Angriff bei gegebenem Umfang frühzeitig nuklear zu beantworten war[207].

Tatsächlich gelang es, in einer Entwurfsversion der MC 48/3 vom Dezember 1968 die Vorneverteidigung wenigstens im Grundsatz wieder unterzubringen: „The concept of forward defence with echeloning in depth in suitable tactical locations and tactical mobility with effective forces-in-being". Die Wahl zwischen konventioneller Abwehr, Eskalation und massiver Vergeltung sollte nach Umfang und Ziel eines Angriffs getroffen werden. Präzise Parameter wurden nicht genannt. 1966 hatte sich der Führungsstab der Streitkräfte mit den Amerikanern verständigt, einen Angriff mit bis zu sechs Divisionen als „begrenzt" zu verstehen[208]. Für das Bündnis verbindlich war dies freilich nicht. Immerhin sollte das Überleben der eigenen strike forces ein Kriterium sein. Diese Formulierungen konnten in der Version gehalten werden, die im Mai 1969 vom Militärausschuss und am 4. Dezember 1969 schließlich auch vom Ministerrat gebilligt wurde[209]. Parallel forderte der SACEUR einen Waffenmix aus Mittelstreckenraketen und Allwetterflugzeugen mit hoher Reichweite, hoher Geschwindigkeit und der Fähigkeit, Atombomben im Tiefflug abzuwerfen. Mit den „Pershing"-Raketen und den wenigen, allmählich veraltenden „Starfightern" allein wurde der Strike Plan als Ultima Ratio der Flexiblen Reaktion bald gänzlich unglaubwürdig. Ferner wurde der Strike Plan selbst überarbeitet, der nun in Anpassung an MC 14/3 um zwei Optionen erweitert wurde: die des nuklearen Zweitschlags und des selektiven Einsatzes[210].

Die transatlantischen Gegensätze waren damit überbrückt, aber nicht gelöst. Die neue Strategie erhöhte die Abhängigkeit der Deutschen von den Vereinigten Staaten. Zugleich reflektierte sie, dass diese dem Schutz des eigenen Territoriums höhere Priorität einräumten als der Verteidigung Westeuropas[211]. Bundesverteidigungsminister Schröder bekannte sich gleichwohl zum begrenzten Krieg. Er wollte ihn so weit östlich und so konventionell wie möglich sowie unter Mobilmachung der eigenen Reserven führen. Er hoffte, dass dafür ausreichend Vorwarnzeit zur Verfügung stehe. In ihrem Weißbuch warnte die Bundesregierung zugleich, dass „optimistische Annahmen bezüglich der Vorwarnzeit heute weniger denn je begründet" seien[212]. Folgerichtig beschwor Schröder die vermeintliche

[207] BA-MA, BL1/3508, Fü L III 1 an Fü S III 1, 18. 12. 1968; ebenda, BL1/4050, Vermerk Fü S IX, 28. 1. 1969, Stellungnahme Fü L III 1, 7. 2. 1969, Steinhoff an GInspBw, 14. 2. 1969.

[208] Vgl. Tuschhoff, Deutschland, S. 239 f.

[209] IMS, MC 48/3 (Draft) (Second Revised) (Referral Note), 2. 12. 1968, MC 48/3 (Draft) (Third Revised) (Referral Note), 28. 3. 1969; MC 48/3 Final, 8. 12. 1968, in: Pedlow (Hrsg.), NATO Strategy, S. 371–399 (Zitat S. 376); Haftendorn, Kernwaffen, S. 95–97; de Maizière, Pflicht, S. 289 f.

[210] Vgl. SHAPE History, 1969, S. 84–86, SHAPE History, 1970, S. 71 f.

[211] Vgl. Sloan, NATO, S. 56.

[212] Man ging von „wenigen Tage oder auch nur Stunden" aus. Weißbuch 1969 zur Verteidigungspolitik der Bundesregierung, Bonn 1969, S. 13 u. S. 20.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

oder tatsächliche Unkalkulierbarkeit der Reaktion des Bündnisses auf einen sowjetischen Angriff als Kern der Abschreckung. Die Bundesregierung legte in Wirklichkeit Lippenbekenntnisse zu einer Strategie ab, von der sie ahnte, dass sie die Sicherheit des Landes schmälerte. Den Beobachtern der deutschen Presse blieb das nicht verborgen[213].

Tatsächlich war die Flexibilität des Bündnisses für dessen Mitglieder mindestens ebenso unkalkulierbar wie für deren Gegner: War eine Vorwarnzeit von bis zu zwei Wochen realistisch? Und wurde diese Zeit für Mobilisierungsmaßnahmen genutzt? Einerseits konnte ohne die Mobilmachung des Feldheeres und der Territorialverbände kaum erfolgreich konventionell verteidigt werden; andererseits wirkte jede Mobilmachung eskalierend auf den Gegner und furchterregend auf die eigene Öffentlichkeit. Womöglich löste die Mobilmachung bereits Fluchtbewegungen aus, die den Bezug der Verteidigungsräume behinderten. Wann erfolgte die – selektive oder globale – Freigabe der taktischen Atomwaffen durch den amerikanischen Präsidenten? War die westliche Überlegenheit in der Datenverarbeitungstechnologie hinreichend, um die Funktion der Führungssysteme des Bündnisses auch unter extremen Bedingungen so weit aufrechtzuerhalten, dass die flexible Kriegführung überhaupt noch zentral kontrolliert werden konnte? Oder war die Kontrollierbarkeit der nuklearen Kriegführung selbst eine gefährliche Illusion, die den Gegner zu begrenzten nuklearen Attacken ermunterte? Waren Großbritannien und die Vereinigten Staaten schließlich bereit, ihr strategisches Potential zur Verteidigung des Kontinentes einzusetzen und ihre Bevölkerung dafür zu opfern? Und wann sollte dies geschehen? Womöglich erst, wenn die konventionelle bzw. teil-nukleare Schlacht auf dem Kontinent verloren war und eine Fortsetzung gegen das eigene Territorium drohte[214]?

Immerhin hatte die Allianz parallel zur Verabschiedung des Strategiedokuments MC 14/3 mit dem „Harmel-Bericht" vom 13./14. Dezember 1967 die Grundlage für eine Entspannungs- und Abrüstungsoffensive gegen den Warschauer Pakt geschaffen. Sie zielte sowohl auf die politische Absicht des Gegners wie auf dessen militärischen Fähigkeiten, seine Interessen gewaltsam durchzusetzen. Im Zuge der Vorbereitung des Berichts war einmal mehr deutlich geworden, dass viele Verbündete die Bonner Deutschlandpolitik nicht mehr teilten[215]. Die Integration der Entspannung in die Politik der Allianz bot der sozialliberalen Bundesregierung nach 1969 die Grundlage, die bisherigen Positionen zu räumen. Die Verbündeten hatten diese ohnehin allenfalls verbal unterstützt. In Osteuropa hatten sie – als Revanchismus diffamiert – den Schulterschluss mit der Sowjetunion gefördert. Durch die faktische Anerkennung der existierenden

[213] Vgl. Haftendorn, Kernwaffen, S. 97–102.

[214] Vgl. Carnovale, Control, S. 56, S. 74–76 u. S. 171–175.

[215] Vgl. www.nato.int/archives, Harmel-Report; Andreas Wenger, The politics of military planning. Evolution of NATO's strategy, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 165–192, hier S. 180–182; Haftendorn, Kernwaffen, S. 287–344; Helga Haftendorn, The Adaption of the NATO Alliance to a Period of Détente: The 1967 Harmel Report, in: Loth (Hrsg.), Crises and Compromises, S. 285–322; Sloan, NATO, S. 48–52.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grenzen sollte Bonn seine Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten mindern und den Helsinki-Prozess ermöglichen. Dieser förderte langfristig die Überwindung der kommunistischen Regime. Am spezifischen Problem, dass die Atommächte der Bundesrepublik im Ernstfall den Atomschutz womöglich verweigerten und diese zum Theater einer zunächst konventionell, dann voraussichtlich mit taktischen Atomwaffen geführten begrenzten Auseinandersetzung machten, änderte sich bis zur Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westdeutschland ab 1983 wenig. Mit dem Nachrüstungsbeschluss von 1979 setzte die NATO den „Harmel-Bericht" um. Die Abhängigkeit vom Einsatzentschluss des amerikanischen Präsidenten blieb Bonn erhalten[216].

8. Zusammenfassung

Zwischen 1958 und 1969 stiegen die Verteidigungsausgaben des Bundes von 8,5 Mrd. auf 19,5 Mrd. Allerdings blieb der prozentuale Anteil am Gesamthaushalt mit einer Spitze 1963 nahezu gleich. Der Personalbestand nahm im gleichen Zeitraum von 174 000 auf 462 700 Soldaten zu[217]. Dem gesellschaftlichen Aufwand für Verteidigung entsprach im Betrachtungszeitraum kein vergleichbarer Zuwachs an militärischer Sicherheit. Das Bündnis wechselte auf Betreiben seiner angelsächsischen Führungsmächte die Strategie, ohne dass die Bundeswehr in der Lage war, die damit verbundenen technischen und operativen Anforderungen zu erfüllen. Am Beispiel der Luftwaffe wurde gezeigt, dass die Bundeswehr in den 1960er Jahren unfähig war, eine rein konventionelle Schlacht auf bundesdeutschem Territorium gemeinsam mit den Stationierungskräften länger als einige Tage durchzuhalten. Erst recht war sie unfähig, in der Phase konventioneller Kampfführung ihre Nuklearkriegsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Damit war die oft beschworene Vorneverteidigung im Gegenzug zum Konzept des begrenzten Krieges nur ein Linsengericht. Wir wissen erst heute, dass der Warschauer Pakt ab Mitte der 1960er Jahre ein Konzept der umfassenden, raschen, nuklear und konventionell geführten Offensive gegen Westeuropa entwickelte. Sie wäre durch 60 Divisionen in der westlichen Sowjetunion und nochmals 60 Divisionen von unterschiedlichem Wert der osteuropäischen Verbündeten genährt worden[218]. Vor diesem Hintergrund erscheint die Idee des begrenzten Krieges – aus europäischer, nicht so sehr aus nordamerikanischer Warte – noch abwegiger. Der künfti-

[216] Vgl. ebenda, S. 56–61.

[217] Die Zivilverwaltung der Streitkräfte ist nicht berücksichtigt. Vgl. Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950–1972, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1975, S. 465 u. S. 471. Dagegen wurden die in Westdeutschland stationierten amerikanischen Truppen von 1962 = 290 000 Soldaten auf 1968 = 210 000 abgebaut. Vgl. Frederick Jr. Zilian, Gleichgewicht und Militärtechnologie in Mitteleuropa, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 350–362, hier S. 359.

[218] Vgl. Michail G. Ljoschin, Die Streitkräfte der UdSSR zwischen Berlin- und Kubakrise: Wandlungen strategischer Prinzipien und Einsatzmuster?, in: Filippovych/Uhl (Hrsg.), Vor dem Abgrund, S. 27–38; Uhl, Storming, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 58–65; Zilian, Gleichgewicht, in: Junker (Hrsg.), Die USA und Deutschland, S. 357 f. u. S. 361.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Forschung wird sich folgende Frage stellen: Vermochten die NATO-Streitkräfte im Allgemeinen und die Bundeswehr im Besonderen ihre konventionellen Fähigkeiten in den 1970er Jahren gegenüber dem Jahrzehnt zuvor so weit zu verbessern, dass sie eine konventionelle Abwehr hätten durchhalten und gleichzeitig die Option, nuklear zu eskalieren, aufrechterhalten können? In den 1960er Jahren jedenfalls besaß die Bundesrepublik weder die Klarheit im strategischen Denken noch die politische Kraft, um den Strategiewechsel zu verhindern, nachdem sie diesen durch Aufstellung der Bundeswehr überhaupt erst ermöglicht hatte. Dagegen profitierten Briten und Franzosen, aber auch die Vereinigten Staaten von der Armierung ihres zentraleuropäischen Vorfeldes; konnten sie selbst doch mehr Ressourcen in die nukleare Bewaffnung investieren.

In der Ära der Massiven Vergeltung galt der Grundsatz, dass bei einer Aggression oberhalb eines lokalen Niveaus der Automatismus der Atomic Strike Plans griff, die hier erstmals vorgestellt wurden. Mit der Flexiblen Reaktion wollten die Nuklearmächte – vor dem Hintergrund eines wachsenden Zweitschlagpotentials der Sowjetunion – Zeit für ein Krisenmanagement gewinnen. Derweil hätte in Westdeutschland bereits die Schlacht getobt – eher mit als ohne taktische Atomwaffen. Die Flexibilität der neuen Strategie stand und fiel mit der Bereitschaft der Nuklearmächte, ihr strategisches Potential in dem Moment einzusetzen, in dem die Schildkräfte sich konventionell aufgerieben gehabt hätten. Mancher deutsche Heeresgeneral glaubte gleichwohl, im begrenzten Krieg besser zu bestehen als im totalen Atomkrieg der Luftstreitkräfte. Das mag die Bonner Entscheidungsträger darin bestärkt haben, die neue Strategie widerwillig hinzunehmen. Viele blieben von der Logik der Abschreckung durch wechselseitige Auslöschung überzeugt und fürchteten zugleich deren schreckliche Konsequenzen. Die historische Bewertung der neuen Strategie als Kompromiss[219] und der entsprechenden Dokumente als Emanation britischen Pragmatismus'[220] ist angesichts ihrer risikoträchtigen Imponderabilien für die Bundesrepublik allenfalls so zu verstehen, dass es den Deutschen gelungen war, wenigstens auf dem Papier Schlimmeres zu verhüten.

Bundeskanzler Erhard musste einsehen, dass sein „verrückter"[221] Partner an der Seine nicht bereit war, mit seinen europäischen Nachbarn mittelfristig eine nuklear unterfütterte Versicherungsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit innerhalb der Nordatlantischen Allianz einzugehen. Sie war jedoch die einzige Alternative zu den zusehends unsicheren Garantien der Vereinigten Staaten. In London und Paris dachte man in den Kategorien des Machtstaates, gepaart mit dem allzeit virulenten Misstrauen gegen den einstigen Kriegsgegner. Die britischen und französischen Interessen waren eben nicht europäischer[222], sondern nationaler

[219] Vgl. Bozo, Strategies, S. 202; Haftendorn, Kernwaffen, S. 345–349; Heuser, NATO, S. 52–54; Wenger, Politics, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 183.
[220] Vgl. Heuser, Alliance, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 208 f.
[221] AAP 1965, S. 1125, Gespräch zwischen Erhard und Saragat, 7. 7. 1965.
[222] Wie Dietl, Emanzipation, passim, unterstellt, dessen Kategorie des „Europäischen" ziemlich unscharf bleibt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Natur. Das schloss die europäische Integration der nationalen Außen- und Sicherheitspolitik vorläufig aus[223]. „Eine Art von EVG innerhalb der NATO“[224] hatte selbst nach Einmarsch des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei 1968 keine Chance. Dass der Bundesrepublik schließlich noch der dauerhafte Verzicht auf Kernwaffen aufgenötigt wurde, konnten die europäischen Nuklearmächte als politischen Machtzuwachs gegenüber dem wirtschaftlich überlegenen Partner verbuchen. Die Deutschen hatten sich ohne Ultima Ratio der militärischen Selbstbehauptung im strategischen Vorfeld ihrer wichtigsten Verbündeten einzurichten. Sie konnten nur hoffen, dass der Gegner die Entschlossenheit ihrer Verbündeten, für die Integrität der Bundesrepublik mehr als ein paar Divisionen zu opfern, nie auf die Probe stellte. Vermutlich ließ die Sowjetführung sich auch eher durch das fortbestehende Risiko des globalen atomaren Schlagabtausches als durch die konventionellen Fähigkeiten der NATO-Streikräfte beeindrucken. Der Handlungsspielraum der Bundesrepublik war jedoch schmal. Vielleicht hätte sie das Pfund ihrer strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung für die Stabilität ganz Westeuropas selbstbewusster in die Waagschale des bündnisinternen Diskurses legen können. Allerdings hätte sie dafür den Ballast ihrer Deutschlandpolitik rechtzeitig und beherzt abwerfen müssen[225]. Insgesamt hatten weder die Bundesregierung noch die Führung der Bundeswehr eine andere Wahl, als die Zusammenarbeit mit den Amerikanern zu deren Bedingungen fortzusetzen. Diese hatten sich im Vergleich zu den 1950er Jahren dramatisch verschlechtert, derweil die deutsche Bevölkerung den amerikanischen Präsidenten („Ich bin ein Berliner!“) enger denn je an ihrer Seite wähnte. Steinhoff tat, was nicht zu vermeiden war; er passte die Luftwaffe den neuen strategischen Paradigmen an.

Die naheliegende Schlussfolgerung, die Aufstellung westdeutscher Streitkräfte sei ein kostenträchtiger Irrtum gewesen, schösse weit über das Ziel hinaus. Denn eine europäische Verteidigungsidentität war und ist ohne deutsche Streitkräfte undenkbar. Noch immer unterscheiden sich die Vereinigten Staaten durch die Fähigkeit zu unilateralem Handeln von allen anderen Mitgliedern der Allianz[226]. Folglich erscheint die bislang so ferne europäische Verteidigungsidentität mit nuklearer Komponente heute so aktuell wie in den 1960er Jahren[227].

---

[223] Vgl. Dietl, Third Force, in: Nuenlist/Locher (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 48 f., und ähnlich schon der zeitgenössische Beobachter Uwe Nerlich, Die nuklearen Dilemmas der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa-Archiv 20 (1965), S. 637–651, hier bes. S. 649–651.

[224] AAP 1968, S. 1098, Vermerk Bahr, 6. 9. 1968.

[225] Vgl. Nerlich, Dilemmas, S. 648.

[226] Vgl. Christian Nuenlist/Anna Locher, Drifting Apart? Restoring the NATO Consensus, 1956–1972, in: Dies. (Hrsg.), Transatlantic Relations, S. 9–19, hier S. 9 f.; Heuser, Alliance, in: Mastny u. a. (Hrsg.), War Plans and Alliances, S. 195–197.

[227] Vgl. Carnovale, Control, S. 181–199, der eine nukleare Komponente der Europäer innerhalb der NATO vorschlug, die er ausschließlich als Vergeltungspotential konzipierte, damals freilich noch mit Russland als potentiellem Gegner.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Frühjahr 1957 setzte die Bundesregierung eine „Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs" ein. Ging es dem federführenden Vertriebenenministerium darum, Dokumentenmaterial für etwaige Friedensverhandlungen zusammenzustellen, wollte der mitgliederstarke Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen das Thema der Kriegsgefangenschaft in der bundesdeutschen Erinnerungskultur prominent platzieren. Birgit Schwelling untersucht, wie das von der Kommission vertretene Postulat strenger Wissenschaftlichkeit zunächst mit den „Überlieferungsbedürfnissen" der Zeitzeugen, dann auch mit den entspannungspolitischen Rücksichten wechselnder Bundesregierungen in Konflikt geriet, die für eine Sekretierung der Dokumentation in ausgewählten Bibliotheken sorgten.

Birgit Schwelling

Zeitgeschichte zwischen Erinnerung und Politik

Die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte, der Verband der Heimkehrer und die Bundesregierung 1957 bis 1975

1. Einleitung

Im Vergleich zur Geschichtsschreibung älterer Epochen unterliegt die Zeitgeschichte, verstanden als „Epoche der Mitlebenden und ihrer wissenschaftlichen Behandlung"[1], bekanntlich besonderen Bedingungen. Als „Geschichte, während sie noch qualmt"[2], operiert sie stets in einem Spannungsfeld, das von *Erinnerung* auf der einen und *Politik* auf der anderen Seite markiert wird.

Die Geschichte der „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" ist ein besonderes prägnantes Beispiel für die spannungsreiche Beziehung zwischen Zeitgeschichte, Erinnerung und Politik.

Im Frühjahr 1957 im Auftrag der Bundesregierung zunächst unter dem Namen „Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs" (WK) vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (BMVt) eingerichtet und mit insgesamt rund vier Millionen DM finanziert, erhielt sie den Auftrag, „das Schicksal der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs wissenschaftlich zu dokumentieren"[3]. Die im Vergleich mit ähnlichen historiographischen Großprojekten der

[1] Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: VfZ 1 (1953), S. 2.

[2] Barbara Tuchman, Wann ereignet sich Geschichte?, in: Dies., In Geschichte denken, Düsseldorf 1982, S. 31.

[3] Zur Geschichte der WK vgl. die Ausführungen von Erich Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte: Der Gang der Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. XV: Die Deutschen Kriegsgefangenen des Zwei-

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0009
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frühen Bundesrepublik[4] spät erfolgte Einsetzung der WK ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die letzten der insgesamt rund 11 Millionen deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs erst in den Jahren 1955/56 nach Deutschland zurückkehrten. Vorher standen Initiativen im Zusammenhang mit dieser Problematik stets unter dem Vorbehalt, die Repatriierung der letzten Gefangenen zu behindern bzw. zu verzögern. Pläne zu einer Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen hatte es seit 1949 gegeben. Bemühungen, die das Deutsche Büro für Friedensfragen, Stuttgart, bereits 1949 und das Bundesarchiv im Jahr 1953 unternommen hatten, blieben allerdings ohne ausreichendes Ergebnis[5]. Auch bei dem aus Vertretern der Arbeiterwohlfahrt, des Caritas-Verbandes, des Evangelischen Hilfswerkes für Kriegsgefangene und Internierte, des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes, der SPD-Kriegsgefangenenhilfe und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e. V. (VdH) zusammengesetzten Kriegsgefangenenbeirat des BMVt, auf dessen Initiative die WK schließlich 1957 gegründet wurde, war eine Dokumentation zum Thema Kriegsgefangenschaft schon seit längerem im Gespräch.

Die Vielzahl der im Beirat vertretenen Organisationen lässt bereits deutlich werden, dass von einer einheitlichen Motivlage für die Einsetzung der WK nicht ausgegangen werden kann. Während das BMVt darum bemüht war, Dokumentenmaterial für etwaige Friedensverhandlungen zusammenzustellen[6], ging es

ten Weltkriegs. Eine Zusammenfassung. München 1974, S. 1–37, Zitat S. 4, sowie Erich Maschke, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges als Aufgabe zeitgeschichtlicher Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. 1/1: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, 1941–1949, mit einer Einführung von Erich Maschke zur gesamten Schriftenreihe, München 1962, S. VII–XX.

[4] Es handelt sich zum einen um die von Theodor Schieder verantwortete, vom BMVt zwischen 1953 und 1962 herausgegebene neunbändige „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, zum anderen um die vom Vertriebenenministerium zwischen 1958 und 1964 in fünf Bänden herausgegebenen „Dokumente deutscher Kriegsschäden. Evakuierte, Kriegsgeschädigte, Währungsgeschädigte.“ Zum erstgenannten vgl. Mathias Beer, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: VfZ 46 (1998), S. 345–389; ders., Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hintergründe – Entstehung – Ergebnis – Wirkung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 50 (1999), H. 2, S. 99–117; ders., „Ein der wissenschaftlichen Forschung sich aufdrängender historischer Zusammenhang.“ Von den Schwierigkeiten, „Flucht und Vertreibung“ zu kontextualisieren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), S. 59–64; Robert G. Moeller, War Stories. The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, Berkeley 2001, S. 51–87.

[5] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 4.

[6] Maschke hielt sich diesbezüglich in seinem Abriss der Geschichte der WK zurück, sprach aber von der „politischen Seite der Forschungsaufgabe“ (ebenda, S. 12), ohne dies allerdings näher zu erläutern. Ein weiterer, ähnlich wenig ausgeführter Verweis findet sich im Abschnitt über die Darstellungsform der Forschungsergebnisse. So soll ein Vertreter des Auswärtigen Amtes bei einer Sitzung des Kriegsgefangenenbeirats am 11. 4. 1957 „an die Publikationsform eines Weißbuches erinnert“ haben (ebenda, S. 20). In den Akten zur WK finden sich immer wieder

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem VdH, um nur einen der im Beirat vertretenen Akteure herauszugreifen, darum, die Erfahrungen seiner Mitglieder öffentlich sichtbar zu machen, Kriegsgefangenschaft als Thema in Geschichtsschreibung und öffentlicher Erinnerung zu platzieren und auf Inhalt und Form entsprechender Repräsentationen Einfluss zu nehmen[7].

Als Leiter der WK, die im Frühjahr 1958 ihre Arbeit aufnahm, wurde Hans Koch berufen. Er hatte zu diesem Zeitpunkt einen Lehrstuhl für osteuropäische Geschichte inne, leitete seit 1952 das Osteuropa-Institut in München und war zudem insofern mit der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen verbunden, als er im September 1955 als Mitglied von Bundeskanzler Adenauers Delegation nach Moskau gereist war[8]. Nach Kochs plötzlichem Tod im Frühjahr 1959 wurde die Leitung der WK Erich Maschke übertragen[9]. Neben Maschke sollte Kurt W. Böhme eine der wichtigsten Personen in der WK werden. Bis zu seinem Wechsel in die WK war Böhme als Abteilungsleiter beim Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes in München tätig gewesen. Zunächst mit der technischen Leitung des Kriegsgefangenen-Projekts beauftragt, wurde er im Jahr 1959 zum Geschäftsfüh-

Hinweise darauf, dass die Bemühungen in dieser Angelegenheit, zumindest was die beteiligten Ministerien anbelangt, in der Tradition der politischen Farbbücher standen, in denen in der Regel erlittene (eigene) Opfer aufgelistet und die dafür Verantwortlichen benannt werden mit der Absicht, daraus politisches Kapital zu schlagen. Auch die Initiative zur Dokumentation der Vertreibung lässt sich auf dieses Motiv zurückführen. Vgl. Beer, Die Dokumentation, S. 102 u. S. 112.

[7] In diesem Sinne äußerte sich der damalige Präsident des VdH, der Oberbürgermeister von Kempten, August Fischer, bei einer Sitzung des Kriegsgefangenenbeirates im April 1957: „Die Heimkehrer sind daran interessiert, daß ihr Schicksal und das ihrer verstorbenen Kameraden für die kommende Geschichtsschreibung festgehalten wird.“ Zitat bei Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 28.

[8] Vgl. Werner Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst. Gründungsgeschichte und Aufbauphase, Bonn 2004, S. 30.

[9] Maschke, seit 1956 Lehrstuhlinhaber für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Heidelberg, wurde am 2. 3. 1900 in Berlin geboren, studierte von 1919 bis 1923 Medizin, später erst in Berlin, ab 1925 in Königsberg Geschichte und Geographie. Seit 1929 als Dozent in Königsberg, war er in das Netzwerk um Hans Rothfels, Theodor Schieder, Werner Conze und Theodor Oberländer eingebunden. 1935 wurde er auf einen Lehrstuhl für mittlere und neuere Geschichte nach Jena berufen, im Jahr 1942 wechselte er nach Leipzig. Maschke war Mitglied der NSDAP und SA und stellte sich, wie auch andere Mitglieder des Königsberger Kreises, mit seinen Schriften und Vorträgen bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Ostpolitik und war darüber hinaus unmittelbar in nationalsozialistische Propagandaaktivitäten eingebunden. 1945 von der Roten Armee gefangen genommen, blieb Maschke bis 1953 als Zivilinternierter in Gefangenschaft. Nach seiner Rückkehr erhielt er im Jahr 1954 zunächst einen Lehrauftrag an der Universität Heidelberg, die 1956 schließlich einen Lehrstuhl für ihn einrichtete. Maschke verstarb im Jahr 1982. Zur Vita vgl. Eckart Schremmer, Erich Maschke (2. März 1900–11. Februar 1982), in: Historische Zeitschrift 235 (1982), S. 251–255; kritischer, vor allem auf Maschkes Aktivitäten zwischen 1933 und 1945 eingehend: Michael Burleigh, Germany turns eastwards: a study of Ostforschung in the Third Reich, Cambridge 1988; Karen Schönwalder, Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1992; Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rer der WK ernannt. Er sollte außerdem maßgeblich an der wissenschaftlichen Bearbeitung beteiligt sein. Was die weitere personelle Besetzung der WK anging, herrschte im BMVt zunächst der Wunsch vor, namhafte Gelehrte für das Projekt zu gewinnen, aber Koch setzte auf einen Stab junger Nachwuchswissenschaftler, die, so sein Argument, anders als ihre renommierten Kollegen nicht stark überlastet waren und der WK deshalb in einem umfangreicheren Maß zur Verfügung stehen konnten[10].

Was insgesamt für wissenschaftliche Langzeitprojekte gelten kann, traf auch auf die WK und ihre über rund 16 Jahre andauernde Tätigkeit zu: Modifizierungen in der Planung und Veränderungen der inhaltlichen Schwerpunkte blieben nicht aus. Ursprünglich war an eine Dokumentation im eigentlichen Sinn gedacht gewesen, die ähnlich wie das Projekt zur Vertreibung als Zusammenstellung von Dokumenten und Erlebnisberichten angelegt sein sollte. Bald stellte sich jedoch heraus, dass eine solche Dokumentation von der Quellenlage her nicht in Frage kam. Die WK verfügte im Vergleich zur Schieder-Kommission nicht nur über eine sehr viel größere Anzahl an schriftlichen Quellen; auch die geographische Streuung der Kriegsgefangenen machte eine Auswahl typischer Berichte über die Kriegsgefangenschaft schwierig[11]. Selbst an der grundlegenden Aufgabe, „das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahre 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen“[12], mussten einige Abstriche vorgenommen werden. So wurde der Teilaspekt der Zivilgefangenen fallen gelassen. Auch das Gesundheitswesen in den Kriegsgefangenenlagern wurde ausgeklammert, da der VdH bereits die Erforschung dieser Thematik initiiert und mit der Veröffentlichung der Ergebnisse in einer Schriftenreihe begonnen hatte[13]. Auseinanderset-

[10] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 7. Zur personellen Struktur der WK vgl. ebenda, S. 15 f.

[11] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ebenda, S. 20 f.; ders., Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, S. XIX. Die Änderung des Namens der WK im Jahr 1961, die auf einen von Maschke eingebrachten Antrag zurückgeht, ist auf diesen Umstand zurückzuführen. Neben pragmatischen Gründen – ihm erschien der Name „zu lang und daher im Briefverkehr unpraktisch“ –, wird darin ein Wandel in der inhaltlichen Konzeption deutlich: „Der Charakter des uns zur Verfügung stehenden Materials hat bei der Ausarbeitung von Monographien ergeben, dass eine Dokumentation im strengen Sinne nicht möglich ist. Wir können die Dokumente (Heimkehrerberichte und ausländische Unterlagen) nicht, wie bei der Vertriebenendokumentation, nacheinander abdrucken, weil sie sich inhaltlich stets auf mehrere Themen erstrecken. Sie müssen außerdem nach den Prinzipien der wissenschaftlichen Forschungsmethode jeweils durch Verbindungstexte und kritische Anmerkungen miteinander verknüpft werden.“ In: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA), B 205/1742, Maschke an BMVt, 2. 11. 1961.

[12] Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.) Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 19.

[13] Vgl. Extreme Lebensverhältnisse und ihre Folgen. Schriftenreihe des ärztlich-wissenschaftlichen Beirates des Verbandes der Heimkehrer Deutschlands e.V., hrsg. von W. von Nathusius und E.G. Schenck, 8 Bände, Bonn–Bad Godesberg 1958–1964. Vgl. dazu Christiane Winkler, Männlichkeit und Gesundheit der deutschen Kriegsheimkehrer im Spiegel der Ärztekongresse

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zungen mit der Zentralen Rechtsschutzstelle (ZR) des Auswärtigen Amtes, auf die noch zurückzukommen sein wird, führten dazu, dass darüber hinaus bestimmte juristische Aspekte der Thematik ausgeblendet wurden[14].

Die WK sah sich einem sozialgeschichtlichen Ansatz verpflichtet, der auf der Basis unterschiedlicher Quellengattungen – erstens Aussagen und Aufzeichnungen ehemaliger Kriegsgefangener wie etwa Berichte, Tagebücher, Briefe und Kriegsgefangenenzeitungen, zweitens Akten deutscher Dienststellen, Organisationen und Verbände sowie der westlichen Gewahrsamsmächte, drittens Unterlagen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) und der Young Men's Christian Association (YMCA), beide Genf, die als humanitäre internationale Organisationen Zugang zu den Kriegsgefangenenlagern hatten[15] – „objektive" wie „subjektive" Aspekte gleichermaßen berücksichtigen sollte. Der „objektive" Bereich betraf alle quantifizierbaren Aspekte wie etwa die Zahl der Kriegsgefangenen, die Lagersystematik, die Verpflegungssätze und -mengen in den Gefangenenlagern, die Arbeitsleistungen und Ähnliches. Die „subjektiven" Aspekte bezogen sich auf das Erlebnis und die Erfahrung der Kriegsgefangenschaft, die man mit sozialpsychologischen Verfahren aufzuklären versuchte[16].

Vor allem aus der Erforschung der „subjektiven" Aspekte folgerte die WK, dass die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen keine „Geschichte des Handelns, sondern des Leidens" sei[17]. Die Mitarbeiter der WK waren sich durchaus darüber bewusst, dass aus einer solchen Interpretation eine besondere Gefahr resultierte, dass nämlich der „Verdacht" entstehen könne, mit den Studien werde eine „Gegenrechnung" aufgemacht und solle „Unrecht gegen Unrecht aufgerechnet werden"[18]. Diesem Problem versuchte die WK durch eine vergleichende Forschungsstrategie zu begegnen, die darin bestand, parallele Forschungsprojekte im Ausland anzuregen. Erfolg hatten diese Kooperationsbemühungen zum Bedauern der WK allerdings nur in Frankreich, wo unter der Leitung von Fernand Braudel eine Kommission zur Erforschung der Geschichte der französi-

des „Verbands der Heimkehrer", in: Martin Dinges (Hrsg.), Männlichkeit und Gesundheit im historischen Wandel ca. 1800 bis ca. 2000, Stuttgart 2007, S. 157–173.

[14] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 17 f. Neben diesen zum Teil freiwillig, zum Teil erzwungen ausgeklammerten Aspekten der Kriegsgefangenen-Thematik hat Andreas Hilger, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen 2000, S. 24, auf weitere fehlende, von der WK vernachlässigte Themenbereiche aufmerksam gemacht. Gänzlich ausgeklammert wurde sowohl die Vorgeschichte der Kriegsgefangenschaft als auch deren „Nachgeschichte", d. h. die Problematik der Rückkehr und Reintegration der ehemaligen Kriegsgefangenen. Er vermisst darüber hinaus mentalitätsgeschichtliche Aspekte, vor allem die Frage nach dem „Rußlandbild" der Kriegsgefangenen.

[15] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 30 f.; ders., Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, in: Ebenda, Bd. I/1, S. XVI–XVIII. Vgl. auch Erich Maschke, Quellen und Methoden, in: Ebenda, Bd. XV, S. 41–59.

[16] Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ebenda, S. 19.

[17] Ebenda, S. 28.

[18] Ebenda, S. 29.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam eingerichtet worden war, mit der die WK zumindest zeitweise kooperierte[19].

Was das übergeordnete Gliederungsprinzip betrifft, nach dem schließlich auch die über 10.000 Seiten umfassenden Bände der Schriftenreihe organisiert wurden, orientierte sich die WK an politisch-geographischen Gegebenheiten. So entstanden insgesamt 22 Bände, von denen zwei Bände der Gefangenschaft in Jugoslawien[20], sieben Bände der Sowjetunion[21], ein Band Polen und der Tschechoslowakei[22], zwei den deutschen Gefangenen in US-amerikanischem Gewahrsam[23], zwei den Gefangenen in britischer Hand[24], ein Band dem Gewahrsam in Frankreich[25] und ein Band der Gefangenschaft in Belgien, den Niederlanden und Luxemburg[26] gewidmet war. Ein übergreifender Band befasste sich mit „Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen“[27]; in zwei Beiheften wurden autobiographische Aufzeichnungen aus den Lagern veröffentlicht[28].

Keine wissenschaftliche Arbeit über die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs wird auf eine Konsultation der Bände der WK verzichten können, auch wenn seit der Öffnung der russischen Archive Korrekturen an den For-

[19] Vgl. ebenda.

[20] Vgl. Maschke (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, und ebenda, Bd. I/2: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, 1949–1953, München 1964.

[21] Ebenda, Bd. II: Diether Cartellieri, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Die Lagergesellschaft. Eine Untersuchung der zwischenmenschlichen Beziehungen in den Kriegsgefangenenlagern, München 1967; Bd. III: Hedwig Fleischhacker, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Der Faktor Hunger, München 1965; Bd. IV: Werner Ratza, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Der Faktor Arbeit, mit einer Einführung von Erich Maschke, München 1973; Bde. V/1–3: Kurt Bährens, Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion, München 1965; Bd. VI: Wolfgang Schwarz, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Aus dem kulturellen Leben, München 1969; Bd. VII: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand – Eine Bilanz, mit einer Beilage von Johann Anton, München 1966; Bd. VIII: Gert Robel, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion – Antifa, München 1974.

[22] Bd. IX: Otto Böss, Die deutschen Kriegsgefangenen in Polen und der Tschechoslowakei, München 1974.

[23] Bd. X/1: Hermann Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand – USA, München 1974; Bd. X/2: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischer Hand – Europa, München 1973.

[24] Bd. XI/1: Helmut Wolff, Die deutschen Kriegsgefangenen in britischer Hand – Ein Überblick, München 1974; Bd. XI/2: Henry Faulk, Die deutschen Kriegsgefangenen in Großbritannien – Re-education, München 1970.

[25] Bd. XIII: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in französischer Hand, mit einem Beitrag von Horst Wagenblaß, München 1971.

[26] Bd. XII: Hermann Jung, Die deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, München 1966.

[27] Bd. XIV: Kurt W. Böhme, Geist und Kultur der deutschen Kriegsgefangenen im Westen, München 1968.

[28] Beiheft 1: Michael Reck (Pseudonym), Tagebuch aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 1945–1949, bearb. von Kurt W. Böhme, München 1967; Beiheft 2: Aufzeichnungen über die Kriegsgefangenschaft im Westen, bearb. von Kurt W. Böhme und Helmut Wolff, München 1973.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schungsergebnissen der WK notwendig geworden sind[29]. Nichtsdestotrotz wird den Leistungen der WK nach wie vor große Anerkennung entgegengebracht – zumindest von denjenigen, die sie zur Kenntnis nehmen[30]. Rüdiger Overmans zufolge stellt die Dokumentation noch heute „das wichtigste Standardwerk zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs dar"[31]. Peter Steinbach konzediert der WK „wissenschaftlich außerordentlich solide Forschungsergebnisse"[32] und nennt das Forschungsvorhaben eines der „bis heute […] bemerkenswertesten sozialhistorischen Forschungsprojekte der deutschen Geschichtswissenschaft"[33]. Und Wolfgang Benz bezeichnet die Arbeit der WK als „seriös und gründlich"[34].

Weder diese anerkennenden Worte noch die zahlreichen Konflikte, die die WK im Laufe ihrer Existenz sowohl mit dem 1950 gegründeten Interessenverband VdH, als auch mit der Bundesregierung auszutragen hatte, führten bisher dazu, dass die Geschichte der WK zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung geworden wäre[35]. Dabei lässt sich der mögliche Ertrag einer solchen

[29] Vgl. dazu ausführlich Hilger, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, der die Ergebnisse der WK mit den entsprechenden Aktenbeständen aus der ehemaligen Sowjetunion abgeglichen und zu einer umfassenden Darstellung verarbeitet hat.

[30] Overmans kommt in einem den Forschungsstand zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft zusammenfassenden und bewertenden Essay zu dem Ergebnis, dass die Schriftenreihe der WK von der Wissenschaft weitgehend ignoriert worden sei und in der Literatur kaum Erwähnung finde. Dazu beigetragen habe auch die rund zehnjährige Verzögerung der Veröffentlichung der Bände. Vgl. Rüdiger Overmans, Ein Silberstreif am Forschungshorizont? Veröffentlichungen zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft. Bibliographischer Essay, in: Ders. (Hrsg.), In der Hand des Feindes. Kriegsgefangenschaft von der Antike bis zum Zweiten Weltkrieg, Köln u. a. 1999, S. 483–506, hier S. 497.

[31] Ebenda, S. 496.

[32] Peter Steinbach, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Ein Beitrag zur deutsch-sowjetischen Beziehungsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 24 (1991), S. 37–52, Zitat S. 39.

[33] Ders., Die sozialgeschichtliche Dimension der Kriegsheimkehr, in: Annette Kaminsky (Hrsg.), Heimkehr 1948, München 1998, S. 325–340, Zitat S. 330.

[34] Wolfgang Benz, Einleitung, in: Ders./Angelika Schardt, Kriegsgefangenschaft. Berichte über das Leben in Gefangenenlagern der Alliierten von Otto Engelbert, Kurt Glaser, Hans Jonitz und Heinz Pust, München 1991, S. 7–15, Zitat S. 10.

[35] Ausnahmen, die allerdings nur wenige Teilaspekte behandeln, sind zum einen ein Aufsatz von Steininger in einem Sammelband, dessen Beiträge sich mit den höchst umstrittenen und inzwischen widerlegten Thesen des kanadischen Journalisten James Bacque auseinandersetzen (vgl. James Bacque, Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946, Frankfurt a. M. 1989). Bacque hatte behauptet, dass die US-amerikanische und die französische Regierung von Racheabsichten geleitet den Tod einer Million deutscher Kriegsgefangener wissentlich verursacht hätten. Von deutscher Seite sei diese angeblich vor allem von Eisenhower zu verantwortende Racheaktion aus Rücksicht auf die westlichen Alliierten verschwiegen worden. In diesem Zusammenhang hatte Bacque auch massive Vorwürfe gegen die WK vorgebracht, mit denen sich Steininger auseinandersetzt. Vgl. Rolf Steininger, Some Reflections on the Maschke-Commission, in: Günter Bischof/Stephen E. Ambrose (Hrsg.), Eisenhower and the German POWs. Facts against Falsehood, Baton Rouge 1992, S. 170–180. Zum anderen hat Overmans einen kurzen Eintrag über die Maschke-Kommission zu einer Enzyklopädie der Kriegsgefangenschaft beigetragen, der allerdings nicht über einen

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Untersuchung bereits prima vista erkennen. Denn die WK stand während ihrer gesamten Laufzeit in einem doppelten Spannungsverhältnis: Erstens wurde von Seiten der ehemaligen Kriegsgefangenen erwartet, dass ihr persönliches Schicksal in den Arbeiten der WK angemessene Berücksichtigung finden sollte. Das von der WK vertretene Postulat strenger Wissenschaftlichkeit geriet dabei in Konflikt mit den Erinnerungs- und Überlieferungsbedürfnissen der Zeitzeugen, die im VdH einen wortmächtigen und, vor allem in den 1950er Jahren, einflussreichen Fürsprecher gefunden hatten. Neben diese Konflikte zwischen Erinnerung und Zeitgeschichtsschreibung traten zweitens Differenzen mit der Bundesregierung und ihren Ministerien, die auf dem Primat der Politik beharrten und die Erkenntnisse zeitgeschichtlicher Forschung diesem unterzuordnen versuchten.

Dieses die WK von Beginn an begleitende, selbst über deren Auflösung im Jahr 1972 bestehende Reibungspotential soll im Folgenden einer Analyse unterzogen werden. Dabei geht es vor allem um die Frage, welche Auffassungen die beteiligten Akteure von einer angemessenen Repräsentation der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen vertraten. Deutlich wird auf diese Weise, an welche Grenzen die Zeitgeschichtsschreibung in den Anfängen der Bundesrepublik stoßen konnte und durch welche Bedürfnisse, Ansprüche, Rücksichtnahmen und Interessen diese Grenzen begründet waren. Die Analyse der Mechanismen dieses Konflikts zwischen Geschichtsschreibung, Erinnerung und Politik erlaubt es darüber hinaus, Antworten auf die weiter gefasste Frage nach der Wirkung von „Vergangenheit" in den Anfängen der Bundesrepublik zu formulieren. Deutlich wird, dass die Zeit des Nationalsozialismus keineswegs die einzige Referenzvergangenheit war, auf die sich Politik und Gesellschaft bezogen.

Die lange in der Erforschung des Umgangs mit der nationalsozialistischen Vergangenheit dominante These, wonach sich die 1950er Jahre durch eine weitgehende Erinnerungsverweigerung auszeichneten, wurde in jüngster Zeit von verschiedener Seite widersprochen[36]. Nicht von einem Verdrängen und Vergessen der für die Bundesrepublik in ihren Anfängen unmittelbaren Vergangenheit ist auszugehen, so zeigen neuere Studien, sondern von sehr regen Erinnerungsvorgängen, die sich allerdings durch einen auf deutsche Opfer konzentrierten Zugang auszeichneten[37]. Die jüngsten Debatten um Vertreibung, Bombenkrieg

Abriss der wesentlichen Eckdaten hinausgeht. Vgl. Rüdiger Overmans, Maschke-Commission, in: Jonathan F. Vance (Hrsg.), Encyclopedia of Prisoners of War and Internment, Santa Barbara 2000, S. 183–184. Darüber hinaus liefert Moeller in seiner Untersuchung der öffentlichen Thematisierung des Zweiten Weltkriegs in der Bundesrepublik einen kurzen Abriss über die Geschichte der WK unter dem Fokus der in den Studien der WK explizit und implizit enthaltenen Deutungen der jüngsten Vergangenheit. Vgl. Robert G. Moeller, War Stories: The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, in: American Historical Review 101 (1996), S. 1008–1048, hier S. 1024–1032.

[36] Vgl. dazu Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Moeller, War Stories.

[37] Die Unterscheidung zwischen „Opfern der Deutschen" und „deutschen Opfern" geht auf Moeller zurück. Vgl. dazu u. a. Robert G. Moeller, Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik, in: Klaus Naumann (Hrsg.), Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 29–58.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Vergewaltigungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit haben jedoch deutlich werden lassen, dass nach wie vor Forschungslücken zu füllen sind, wenn es um die Frage geht, wann, von wem und mit welcher Intensität und Reichweite welche Aspekte der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, des Zweiten Weltkriegs und der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisiert oder tabuisiert wurden. Auch hier kann die folgende Analyse einen Beitrag leisten, indem sie einen Blick auf die Problematik der Kriegsgefangenschaft und deren Stellenwert in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik wirft.

2. Zum Spannungsverhältnis zwischen Zeitgeschichte und Erinnerung: Die Wissenschaftliche Kommission und der Verband der Heimkehrer

Als Mitglied des Kriegsgefangenenbeirats beim BMVt war der VdH einer derjenigen Verbände, die schon früh die Erstellung einer Dokumentation des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs angeregt hatten und schließlich an der Gründung der WK beteiligt waren[38]. Wie auch die anderen Verbände und Organisationen im Kriegsgefangenenbeirat verfügte der VdH über Materialien, auf die die WK dringend angewiesen war[39]. Zunächst wurde daher verabredet, dass die mit der Problematik der Kriegsgefangenschaft und Heimkehr befassten Verbände und Organisationen eine Übersicht über die in ihrem Besitz befindlichen Materialien erstellen und eine erste Sichtung dieser Unterlagen vornehmen sollten. Im Falle des VdH bedeutete dies eine erste Auswertung der bis dahin erschienenen neun Jahrgänge des Verbandsorgans *Der Heimkehrer*, die Sichtung der Schriftenreihe „Extreme Lebensverhältnisse und ihre Folgen“

[38] Der Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V. wurde am 18. 3. 1950 als zentrale Organisation der bis zu diesem Zeitpunkt verstreut existierenden Interessenverbände ehemaliger Kriegsgefangener gegründet. Seine Betätigungsfelder reichten vom Einsatz für die Freilassung der noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen und sogenannten „Kriegsverurteilten“ über die Forderung nach adäquater Berücksichtigung der ehemaligen Kriegsgefangenen im Rahmen der Kriegsfolgengesetzgebung bis hin zur politischen Bildungsarbeit. Vor allem in den 1950er Jahren, als der Verband seine höchste Mitgliederzahl erreichte (1955: 500.000 Mitglieder), war der VdH ein in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik ausgesprochen präsenter Akteur, der mit der Veranstaltung von „Kriegsgefangenen-Gedenkwochen“ und „Heimkehrer-Deutschland-Treffen“ große Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte. Im September 2006 hat sich der VdH, der sich als Generationenverband verstand und von daher im Unterschied etwa zu den Vertriebenenverbänden keine Nachwuchsarbeit betrieb, aufgelöst. Das VdH-Archiv, auf dessen Bestände im Folgenden u. a. zurückgegriffen wird, wurde nach der Auflösung vom BA-MA übernommen. Vgl. ausführlich Birgit Schwelling, Politische Erinnerung. Der Verband der Heimkehrer und die Integration ehemaliger Kriegsgefangener in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft, Habilitationsschrift, Europa-Universität Viadrina Frankfurt an der Oder 2007.

[39] Dieser Umstand veranlasste Maschke in der Rückschau dazu, eine „totale Verbandsabhängigkeit“ der WK zu konstatieren, die allerdings aufgrund der Vielzahl der kooperierenden Verbände zu keinem Zeitpunkt zu einer Gefährdung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit geführt habe. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, Bd. XV, S. 32.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowie die Verschlagwortung von Archivbeständen[40], die sich im Besitz des Verbandes befanden[41]. Hinzu kam die Auswertung der Sammlung „Geistige Zeugnisse aus der Kriegsgefangenschaft", mit der der VdH im Jahr 1957 begonnen hatte[42].

Rasch wurde jedoch deutlich, dass die im Besitz der Verbände befindlichen Materialien als Quellen nicht ausreichten und dass daher Erhebungen von weiteren Berichten über die Kriegsgefangenschaft notwendig sein würden[43]. Ab dem Jahr 1958 rief die WK in Presseberichten und Aushängen gezielt dazu auf, solche Berichte zu verfassen und an die WK zu übersenden. Hier nun kam dem VdH eine besondere Rolle zu, weil es sich bei seinen rund 350.000 Mitgliedern[44] überwiegend

[40] Dabei handelte es sich um die von der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener e.V. übernommenen, vor allem aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammenden Archivbestände, die der VdH sukzessive durch Quellen ergänzte, die die Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs betrafen. Zur Geschichte dieser Sammlung, aus der der VdH die von ihm zwischen 1951 und 1965 präsentierte Wanderausstellung „Kriegsgefangene reden", später „Wir mahnen. Erlebnis als Aufgabe", bestückte, vgl. Wilfried Rogasch, Zur Geschichte der Sammlung, in: Kriegsgefangen. Objekte aus der Sammlung des Archivs und Museums der Kriegsgefangenschaft, Berlin, und des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißtenangehörigen Deutschlands e.V., im Deutschen Historischen Museum (DHM), Berlin 1990, S. 12–15.

[41] BA-MA, B 205/1757, Bericht Stoepel über die Mitarbeit des VdH an der Dokumentation, 31. 3. 1959.

[42] Die Initiative zur Sammlung dieser Dokumente und Berichte über das kulturelle Leben in den Kriegsgefangenenlagern war von dem Leiter des Frankfurter Goethemuseums, Prof. Dr. Beutler, ausgegangen, der sich zunächst an das Innenministerium gewandt hatte. Anlass waren zahlreiche Briefe, die Beutler von ehemaligen Kriegsgefangenen erhalten hatte und in denen diese beteuerten, wie wichtig ihnen insbesondere Goethe während ihrer Gefangenschaft geworden war. Beutler deutete dies als „ein Stück Selbstbesinnung der Nation", das unbedingt gesichert werden müsse, da „man hier wirklich einmal den Finger am Pulsschlag des Herzens und des Geistes unseres Volkes" habe (VdH-Archiv, Ordner „Sammlung Geistige Zeugnisse/Bundesministerium des Innern", Aktenvermerk Rabe betr. Gespräch mit Ministerialrat Dr. Gussone, Bundesministerium des Innern, mit einer Abschrift des Schreibens von Beutler im Anhang, 7. 12. 1956). Das Innenministerium reichte den Vorschlag Beutlers an den VdH weiter, der daraufhin im Mai 1957 in einem im *Heimkehrer* veröffentlichten Aufruf um die Übersendung entsprechender Dokumente und Berichte an den Verband bat. Vgl. Der Heimkehrer 8 (1957), Nr. 8, S. 1. Eine Auswahl der rund 1.000 Einsendungen – Gedichte, Lieder, Malereien, Theaterstücke, Märchen, Briefe, aber auch Reflexionen und Berichte über das kulturelle Leben in der Kriegsgefangenschaft – wurde unter dem Titel: Zeugnisse einer Gefangenschaft. Ein Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte hrsg. vom VdH, ausgewählt von Wolfdietrich Kopelke, Bad Godesberg 1962, veröffentlicht.

[43] Für die erste Sichtung und Verschlagwortung des Materials hatte der VdH vom BMVt bis 31. 3. 1959 eine Vergütung von rund 10.000 DM erhalten. Allerdings wurden die Ergebnisse von Seiten des Ministeriums als „derart mager" eingeschätzt, „daß die dafür geleisteten Aufwendungen kaum gerechtfertigt werden könnten", in: VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation wissenschaftliche Kommission" (12), Aktenvermerk Stoepel betr. Dokumentation/Unterredung mit Ministerialdirektor Zdralek, BMVt, 18. 2. 1959. Die WK zeigte allerdings auch weiterhin Interesse an einer Kooperation mit dem VdH, in: Ebenda, Stoepel an die Mitglieder des VdH-Präsidiums, S. 12, 2. 3. 1959.

[44] Stand 1957 laut Selbstauskunft VdH, in: Unser Auftrag. Rechenschaftsbericht Mai 1957 bis September 1958, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1958. Die Zahl der Mitglieder war zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufig. 1955 zählte der VdH rund 500.000 Mitglieder. Vgl. Tätigkeitsbericht Oktober 1953 bis September 1955, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1955.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

um ehemalige Kriegsgefangene handelte, der Verband also über einen ausgezeichneten Zugang zu den von der WK dringend benötigten Zeitzeugen verfügte[45].

Auf Vorschlag der WK begannen VdH und WK nun auch bei der Erhebung von Berichten über die Kriegsgefangenschaft zu kooperieren. Um an die Aussagen der „Wissensträger" – so der von der WK gebrauchte Terminus – zu gelangen, schlug man verschiedene Wege ein: Über die VdH-Landesverbände wurden im Dezember 1959 und im Februar 1960 Fragebögen an die Kreis- und Ortsverbände versandt. Des Weiteren nahmen Mitarbeiter der WK an Veranstaltungen des VdH teil, um dessen Mitglieder über die Arbeit der WK zu unterrichten und sie für eine Zusammenarbeit zu gewinnen. Diesem vergleichsweise hohen Zeitaufwand stand ein enttäuschendes Ergebnis gegenüber. Nur wenige der ehemaligen Kriegsgefangenen waren bereit, einen solchen Bericht anzufertigen oder sich befragen zu lassen. Um diese unbefriedigende Situation zu ändern, unterbreitete Maschke schließlich den Vorschlag, die Mitglieder des VdH zur Abfassung von Erlebnisberichten aus der Kriegsgefangenschaft zu verpflichten. In diesem Zusammenhang schlug er dem VdH vor, auf dem für Anfang September 1960 in Berlin geplanten 6. Verbandstag einen Beschluss zu verabschieden, mit dem die „Kriegsgefangenendokumentation grundsätzlich zu einer historischen Aufgabe des VdH" erklärt werden sollte[46]. Damit verbunden sollte eine Selbstverpflichtung des Verbandes sein, „innerhalb eines Jahres mindestens 10.000 Erlebnisberichte ehemaliger Kriegsgefangener […] schreiben zu lassen und sie […] für eine wissenschaftliche Auswertung zu sammeln"[47]. Maschkes Wunsch war es weiterhin, dass der VdH nun bei seinen Mitgliedern gezielt und kontinuierlich für die Mitarbeit an der Dokumentation werben und in den Verbandsorganen über die Arbeit der WK berichten sollte. Als Beitrag der WK dazu bot er an, einen „Grundsatzartikel" zu verfassen, diesen auf dem Berliner Verbandstag vorzutragen und später als Sonderdruck und im Verbandsorgan zu veröffentlichen, der über „Sinn und Methode der Dokumentation, sowie über die Themen, die der Heimkehrer bei der Niederschrift seiner Erlebnisse berücksichtigen soll", informieren sollte[48]. Außerdem schlug Maschke vor, künftig zu jeder „Mehlemer Diskussionswoche"[49] Mitarbeiter der WK zu entsenden, um Teilnehmern „Gelegenheit zur Niederschrift eines Erlebnisberichtes über die Kriegsgefangenschaft zu geben"[50].

---

[45] Der erste Leiter der WK, Koch, war offensichtlich der Auffassung, dass der VdH als einziger der mit der WK kooperierenden Organisationen in der Lage sei, „die infrage kommenden Wissensträger zu ermitteln und ihre Nachbefragung zu vermitteln", so Stoepel, Bezug nehmend auf ein Gespräch mit Koch an die Mitglieder des VdH-Präsidiums, 2. 3. 1959, in: VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation Wissenschaftliche Kommission" (12).

[46] BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kießling, 9. 6. 1960.

[47] Ebenda.

[48] Ebenda.

[49] Seit April 1954 engagierte sich der VdH in der politischen Bildungsarbeit. Finanziert durch die Bundeszentrale für Heimatdienst, später Bundeszentrale für politische Bildung, führte der Verband im Haus „Steineck" in Mehlem Bildungsveranstaltungen für seine Mitglieder durch. Vgl. dazu ausführlich Schwelling, Politische Erinnerung, S. 217–264.

[50] BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kießling, 9. 6. 1960.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem sich das Präsidium des VdH mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt hatte[51], wurden diese nun nach und nach umgesetzt: Maschke und Böhme nahmen am Verbandstag in Berlin teil, wo Maschke am 2. September 1960 zu den Delegierten über „Sinn und Aufgabe der Kriegsgefangenendokumentation" sprach und dabei auch auf die bisherige Tätigkeit der WK, ihre Arbeitsmethoden und die Möglichkeiten der Kooperation zwischen WK und VdH einging[52]. Im Anschluss an den Vortrag wurde, wie zwischen Maschke und Werner Kießling, Leiter der VdH, zuvor schriftlich verabredet, ein Antrag auf Unterstützung der Arbeit der WK durch den VdH eingebracht, den die Delegierten annahmen. Im Einzelnen wurde beschlossen, dass jede Verbandsstufe innerhalb Jahresfrist mindestens einen Erlebnisbericht über die Kriegsgefangenschaft zu verfassen und an die WK weiterzuleiten habe[53]. Des Weiteren bekräftigte der Beschluss die bereits in der Satzung des Verbandes verankerte Aufgabe, zur „Formung, Erhaltung und Nutzbarmachung der durch Krieg, Gefangenschaft und Heimkehr gewonnenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse" beizutragen[54], indem die „Dokumentation und geschichtliche Wertung der Kriegsgefangenschaft" zum Teil des „kulturellen Auftrages" des Verbandes erklärt und die Notwendigkeit der Sicherung des „geistigen Erbes der Kriegsgeneration" beschworen wurde[55]. Auch nahmen, wie von Maschke vorgeschlagen, Mitarbeiter der WK an den Bildungsveranstaltungen in Mehlem teil und brachten sich dort mit eigenen Beiträgen ein[56].

Bald sollte sich jedoch zeigen, dass auch diese Initiativen nicht von Erfolg gekrönt waren. Obwohl im *Heimkehrer* regelmäßig zur Mitarbeit an der Kriegsgefangenen-Dokumentation aufgerufen wurde[57], gingen bis Mitte März 1961 bei

[51] Ebenda, Kießling an Maschke, 15. 6. 1960.

[52] Vgl. Sinn und Aufgabe der Kriegsgefangenendokumentation. Ein Vortrag von Prof. Dr. Erich Maschke, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960; Der Heimkehrer 11 (1960), Nr. 20–12 (1961), Nr. 1.

[53] Unser Weg. Beschlüsse des 6. ordentlichen Verbandstages des VdH, 1.–3. 9. 1960, Kongreßhalle Berlin, S. 8.

[54] Vgl. Satzung des Verbandes der Heimkehrer [o. J.].

[55] Unser Weg. Beschlüsse des 6. ordentlichen Verbandstages des VdH, 1.–3. 9. 1960, Kongreßhalle Berlin, S. 15.

[56] Bei der 58. Diskussionswoche in Mehlem trug Kurt W. Böhme zum Thema „Das Schicksal der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs als Teilstück der deutschen Nachkriegsgeschichte" vor. An der 72. Diskussionswoche zum Thema „Die Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft und ihre Bedeutung für die Zukunft" (21.–27. 1. 1962) beteiligten sich neben Maschke, der über „Die Seelenmassage in der Kriegsgefangenschaft" sprach, drei weitere Mitarbeiter der WK. So referierte Böhme über „Der Einfluß der ideologischen Kriegsführung auf die Gefangenenbehandlung", Diether Cartellieri über „Psychologische Aspekte der Gefangenschaftssituation" und Hedwig Fleischhacker über „Gemeinschaft in extremer Lage". Vgl. Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 3.

[57] Vgl. u. a. Der Heimkehrer 12 (1961), Nr. 10, und ebenda, Nr. 12. In diesen Aufrufen wurden die Mitglieder des Verbandes erneut auf die „geschichtliche Bedeutung" der Dokumentation hingewiesen. Außerdem wurde mit der Gefahr des Vergessens argumentiert, sollten die ehemaligen Kriegsgefangenen nicht zur Auskunft bereit sein: „Wenn der Kriegsgefangene nicht selbst spricht, bleibt seine Geschichte – Erfahrung, Leistung und Opfer – den nachfolgenden Generationen verschlossen."

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der WK lediglich 79 Berichte ein[58]. Angesichts der rund 6.000 Verbandsstufen des VdH und deren auf dem Berliner Verbandstag verabschiedeten Selbstverpflichtung war dies ein bescheidenes und enttäuschendes Ergebnis. Die WK vermutete die Ursache dafür beim VdH. Es fehle, so Böhme, „ganz offensichtlich die nötige Initiative in den Verbandsstufen und die persönliche Ansprache der Wissensträger"[59]. Mit „Aufrufen, Rundbriefen, Sammelinformationen und Artikeln" sei es wohl nicht getan. Vielmehr „müsse in allen Fällen nach Möglichkeit der persönliche Kontakt zwischen den Fragenden und dem Befragten hergestellt werden, um zum Ziele zu kommen"[60].

Der mangelnden Initiative in den Verbandsstufen versuchte Böhme nun unter anderem dadurch abzuhelfen, dass er sich mit der Bitte um eine Mitarbeit an der Dokumentation direkt an die Landesverbände wandte[61]. Mit zwei Argumenten versuchte er, das Interesse der Mitglieder zu wecken. Zum einen war er bemüht zu vermitteln, dass es die persönliche Geschichte der Adressaten sei, die die WK schreibe; den ehemaligen Kriegsgefangenen werde damit Gelegenheit gegeben, „ihre Leiden und Leistungen für kommende Generationen festzuhalten"[62]. Zum anderen wies er auf die potentielle außenpolitische Bedeutung der Dokumentation hin, indem er das zu diesem Zeitpunkt noch im Raum stehende Argument der Notwendigkeit eines Farbbuches bemühte:

> „Wir brauchen nicht zu erläutern, welche Bedeutung die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen haben wird, wenn es eines Tages tatsächlich zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag kommen sollte. Die Bundesregierung muss dann in der Lage sein, den Wert der von den Kriegsgefangenen geleisteten Arbeiten nachzuweisen. Wir meinen, dass sich hier den Heimkehrern eine schöne und dankbare Aufgabe stellt, die sie nicht übersehen sollten."[63]

Aber auch dieser und weitere Versuche[64], eine größere Anzahl von VdH-Mitgliedern für die wissenschaftliche Arbeit der WK zu interessieren und sie zur Mitarbeit zu bewegen, blieben verhältnismäßig erfolglos. Dies führte schließlich dazu, dass WK und VdH verstärkt über die Ursachen der mangelnden Kooperationsbereitschaft von Seiten der Mitglieder des VdH nachzudenken begangen. Anfragen von einzelnen Verbandsstufen bei der Bundesgeschäftsstelle des VdH in Bad

[58] BA-MA, B 205/1757, Bericht Böhme über die Dienstreise vom 14.–16. 3. 1961 nach Bad Godesberg zum VdH, S. 1, 16. 3. 1961.
[59] Ebenda.
[60] Ebenda.
[61] BA-MA, B 205/1735, Böhme an verschiedene VdH-Landesverbände, 6. 11. 1961.
[62] Ebenda.
[63] Ebenda.
[64] Auch der Versuch, über einen Informationsstand auf dem im Juli 1961 vom VdH veranstalteten „Heimkehrer-Deutschland-Treffen" in München die Mitglieder des VdH zur Mitarbeit zu motivieren, schlug fehl. Der aufwändigen Vorbereitung der Aktion und dem hohen personellen Aufwand, 16 Mitarbeiter der WK waren an den beiden Tagen des Treffens am Stand tätig, standen 44 abgegebene Berichte sowie 72 Aufzeichnungen, die vor Ort vorgenommen wurden, gegenüber. Vgl. BA-MA, B 205/1757, Maschke an Kießling, 9. 8. 1961.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Godesberg lassen erkennen, dass die Zurückhaltung der Mitglieder nicht ausschließlich auf ein Desinteresse an zeitgeschichtlicher Forschung zurückzuführen war. Ein wesentlicher Grund lag in einem unter den Mitgliedern des VdH weit verbreiteten Misstrauen gegenüber der WK. So wurden Vermutungen geäußert, dass es sich bei der WK um eine „Tarnorganisation" handele, die die Daten in Wirklichkeit nicht für die wissenschaftliche Forschung, sondern für politische oder kommerzielle Zwecke benötige und verwende[65]. Auch wurden Zweifel geäußert, ob die Anonymität der Teilnehmer tatsächlich gewährleistet sei und sichergestellt werden könne, dass aus der Teilnahme keine negativen Konsequenzen folgten[66].

Neben diesem unter den Mitgliedern verbreiteten Misstrauen gegenüber der WK[67] schien eine weitere Ursache für die nur mäßige Resonanz im methodischen Vorgehen der WK zu liegen, von dem sich die Mitglieder des VdH zum Teil überfordert fühlten. Dies zeigte beispielsweise eine Anfrage an die Geschäftsstelle des VdH, in der ein ehemaliger Kriegsgefangener über das ihn irritierende Vorgehen der WK berichtete[68]. Er hatte sich auf einen Aufruf der WK hin gemeldet, in dem um Auskunft über die Arbeitsnormen und deren Erfüllung in den Kriegsgefangenenlagern gebeten wurde[69]. Mit der daraufhin von der WK ausgesprochenen Einladung zu einem „ausführlichen Tonbandgespräch" ging dem Zeitzeugen ein Fragebogen mit insgesamt 64 detaillierten Fragen zu, die zuvor von ihm beantwortet werden sollten[70]. In einer Anfrage, die der Zeitzeuge daraufhin an den VdH richtete, wird deutlich, dass er sich von der „Unmenge von Fragen, die sich bis ins Unendliche erstrecken", nicht nur überfordert fühlte, sondern diese Vorgehensweise, wie aus einem zweiten Schreiben an den VdH deutlich wurde, grundsätzlich in Frage stellte[71]. Zur Überforderung kam also hinzu, dass die WK mit ihren ausgesprochen kleinteiligen Fragen die Bedürfnisse derjenigen, die sich zu einer Auskunft über ihre Zeit in der Kriegsgefangenschaft bereitfanden, vollständig verfehlte.

---

[65] BA-MA, B 205/1757, Stoepel an VdH-Kreisverband Reutlingen, 21. 1. 1960.

[66] Ebenda, Stoepel an VdH-Bezirksverband Lüneburg, 27. 1. 1960.

[67] Ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber „Erfassungen" jeglicher Art scheint unter den Heimkehrern aus östlichem Gewahrsam ein verbreitetes Phänomen gewesen zu sein. In einem Bericht von 1954 über von der Volkshochschule München veranstaltete Wochenendgespräche mit Spätheimkehrern wurde eine die Heimkehrer kennzeichnende misstrauische Haltung beschrieben, die sie zeitweise sogar am freien Sprechen gehindert habe. Dies wurde auf die Kriegsgefangenschaft, insbesondere auf Erfahrungen von Bespitzelung und Verrat zurückgeführt. Vgl. Bernhard Zittel, Gespräche mit Spätheimkehrern, in: Stimmen der Zeit. Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart 79 (1954), H. 11, S. 360–372.

[68] BA-MA, B 205/1758, St. an Hauptgeschäftsstelle des VdH, 3. 11. 1962.

[69] Aufruf in: Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 18, S. 10.

[70] Einen Eindruck davon vermittelt folgendes Zitat, das einem Beitrag von Böhme in: Der Heimkehrer 12 (1961), Nr. 13/14, S. 5, entnommen ist und sich auf die von den Kriegsgefangenen erbrachten Arbeitsleistungen bezieht: „Bei Ausschachtungsarbeiten z. B. muß gesagt werden, wie viel Kubikmeter Erdreich in welcher Zeit, auf welche Weise, wie weit und womit (z. B. Schubkarren) zu bewegen waren."

[71] BA-MA, B 205/1758, St. an Hauptgeschäftsstelle des VdH, 25. 11. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus Sicht des VdH war die Reserviertheit der ehemaligen Kriegsgefangenen gegenüber der WK noch auf weitere Ursachen zurückzuführen. Fritz Stoepel, Leiter der Rechtsabteilung des VdH, sah Gründe zum einen in der Gleichgültigkeit weiter Teile der Gesellschaft gegenüber politischen Fragen. In einem Erklärungsmuster, das der Logik der vom VdH vertretenen, insgesamt kulturpessimistischen Weltbilder folgte, vertrat er die Ansicht, dass sich in der geringen Resonanz auf die verschiedenen Initiativen der WK und der Bundesgeschäftsstelle des VdH „die Sattheit oder Übersättigung unserer heutigen Zeit auch hier deutlich bemerkbar" mache[72].

Zum anderen deutete der VdH die Zurückhaltung seiner Mitglieder im Zusammenhang mit der Dokumentation auch als Folge einer „Müdigkeit" und „Unlust", „in der Vergangenheit zu wühlen"[73] sowie als Folge traumatischer Erlebnisse, mit denen es sensibel umzugehen gelte:

> „Es bereitet Unbehagen, eine vergangene Zeit, die man komplex im Inneren besitzt, in Details betrachten zu sollen. […] Wissenschaft und Totalität des Erlebnisses vertragen sich offenbar nicht immer. Solange Menschen aber aus der Totalität ihres Erlebnisses kraftvoll und verantwortungsbewußt leben wollen und deshalb diese Totalität auch nicht zerstören lassen wollen, solange ist nach meiner Ansicht der wissenschaftliche Zugriff nur mit großer Behutsamkeit möglich. Er könnte auch störend bzw. zerstörend wirken."[74]

Böhme, an den diese Reflexionen gerichtet waren, deutete diese Ausführungen als Kritik an der Arbeit der WK, die er nicht unkommentiert lassen wollte. Sein Antwortschreiben an den VdH verdeutlicht einige der Konfliktlinien im Zusammenhang mit der Dokumentation, die sich inzwischen nicht nur innerhalb des Verbandes zwischen Mitgliedern und Bundesgeschäftsstelle bemerkbar machten, sondern auch zwischen VdH und WK anbahnten. Böhme wollte zum einen das Argument der „Müdigkeit" in Sachen Erinnerungsarbeit nicht gelten lassen und verwies in diesem Zusammenhang auf die Dokumentation der Vertreibung und die Härte der Erfahrungen der Vertriebenen, die diese allerdings mitnichten daran gehindert habe, über ihre Erlebnisse zu berichten:

---

[72] BA-MA, B 205/1757, Stoepel an Böhme, 3. 6. 1960. Dieser darin zum Ausdruck kommende Kulturpessimismus ist nicht nur in anderen Schriften des VdH aus den 1950er und 1960er Jahren häufig anzutreffen, sondern war in den Anfängen der Bundesrepublik insgesamt stark verbreitet. „Vermassung", „Entfremdung" und „konsumorientierte Massendemokratie" sind in den VdH-Schriften häufig anzutreffende Begriffe. Konstatiert wurde in diesem Zusammenhang unter anderem eine „perfekte Zivilisation", die auf „Hochtouren" rase, ein „herrschende[r] Zeitdruck", ein „gegenüber der Vorkriegszeit ungeheuer gewachsenes Tempo", eine „bei uns herrschende Härte, Rücksichtslosigkeit und Nüchternheit" und „rationalisierte Methoden des modernen Existenzkampfes": „Aus der Gemeinschaft ist ein Schlachtfeld der Konkurrenten geworden." In: Der Heimkehrer 7 (1956), Nr. 4, S. 1. Vgl. auch Axel Schildt, Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist" in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 306–437.

[73] BA-MA, B 205/1756, Schwarz an Böhme, 12. 4. 1962.

[74] Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

> „Und was für Erlebnisse! […] Zum Teil haben diese Menschen Grausameres erlebt als die Kriegsgefangenen – und sie haben darüber doch ausführlich berichtet. Die seelische Belastung war bei ihnen ebenso groß wie bei den Heimkehrern."[75]

Auch andere, dem Schreiben zu entnehmende Hinweise deuten darauf hin, dass Böhme das Argument, wonach die Kooperationsverweigerung auf einen Selbstschutzmechanismus als Folge traumatischer Erfahrungen zurückzuführen sei, nicht gelten lassen wollte. Er sah in der Dokumentation eine „staatspolitische Notwendigkeit", von der man die ehemaligen Kriegsgefangenen überzeugen müsse. Habe ein Heimkehrer „erst einmal die Bedeutung der Kriegsgefangenengeschichte als Teil der Zeitgeschichte erkannt", mache er „in der Mehrzahl der Fälle doch den Mund auf". Notwendig sei, „dass man einer anfänglichen Zurückhaltung dieser Menschen mit der nötigen Hartnäckigkeit zu Leibe rückt"[76].

Diese nicht gerade von Sensibilität gegenüber den Zeitzeugen und ihren Erfahrungen zeugenden Äußerungen Böhmes lassen deutlich werden, dass WK und VdH jeweils unterschiedliche Auffassungen von Zeitzeugenschaft und dem Wert von Erinnerungsberichten vertraten. Die WK betrachtete die ehemaligen Kriegsgefangenen als „Wissensträger", deren Aussagen vor allem als Ergänzung zu schriftlichen Quellen und als deren mögliches Korrektiv betrachtet wurden. In diesem Sinne hatte Maschke in seinen Ausführungen vor den Delegierten auf dem Berliner Verbandstag des VdH unmissverständlich deutlich gemacht, dass die Berichte der Zeitzeugen im Anschluss an die Auswertung der primären Quellen „in einem weiteren Arbeitsgang" dann herangezogen würden, wenn „das vorhandene Material nicht ausreicht, um bestimmte Erscheinungen oder Tatbestände klären zu können":

> „In der gezielten Befragung werden an eine größere Zahl ehemaliger Kriegsgefangener Fragebogen mit bestimmten Fragen gesandt, um deren Antwort gebeten wird. Diese Antworten sollen das sonstige Material ergänzen, wo es unzulängliche Antworten ergibt."[77]

Dem VdH kam aus der Sicht der WK im Zusammenhang mit der Dokumentation nun vor allem die Aufgabe zu, „Wissensträger" in den eigenen Reihen anzusprechen und für eine Mitarbeit an der Dokumentation zu gewinnen. Die Art der Mitarbeit der Mitglieder des VdH, so Maschke, „ergibt sich vor allem aus den Lücken unseres Materials"[78].

---

[75] BA-MA, B 205/1756, Böhme an Schwarz, 16. 4. 1962.
[76] Ebenda.
[77] Maschke, Sinn und Aufgabe, S. 11.
[78] Ebenda, S. 13. Diese Haltung lässt sich auch an der bereits erwähnten Detailgenauigkeit der von der WK erarbeiteten Fragebögen und Merkblätter erkennen. Gefragt waren nicht Erzählungen über die Zeit der Kriegsgefangenschaft, sondern detaillierte Aussagen zu sämtlichen Aspekten der Kriegsgefangenschaft. Vgl. die Fragebögen und Merkblätter, in: BA-MA, B 205/1776.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für den VdH hingegen waren die Erinnerungen der Zeitzeugen an die Kriegsgefangenschaft nicht nur Mittel zum Zweck, sondern ein Wert an sich. Daher konnten und sollten die Berichte und Schilderungen ehemaliger Kriegsgefangener wie auch die aus der Zeit des Lagers stammenden Objekte, Zeichnungen und Gedichte für sich sprechen. Insofern konnte nach Auffassung des Verbandes auf eine Kommentierung oder Erläuterung des Kontextes verzichtet werden.

Im Rahmen der Dokumentation lehnte Maschke eine solche Form der Präsentation strikt ab. Die „Wiedergabe von Quellenzeugnissen im Auszug oder im vollständigen Text […] so, daß die Zeugnisse selbst und alleine sprechen", komme für die WK „nicht in Frage":

> „Die Aneinanderreihung von Aussagen in einer systematischen Gliederung würde kein klares Bild geben, da die Verhältnisse nicht nur in den verschiedenen Gewahrsamsmächten, sondern auch in jeder derselben, besonders den großen, von Lager zu Lager zu verschieden waren, als daß die Dokumentation von Aussagen der Kriegsgefangenen dem Leser eine vollständige Vorstellung von ihrem Schicksal vermitteln könnte."[79]

Der VdH wiederum sah seine Rolle nicht darauf beschränkt, Zuarbeiten zu liefern, sondern wollte an der Dokumentation in einer darüber hinausgehenden Weise beteiligt werden. Dieses Engagement entsprach einer der in der Satzung formulierten Verbandsaufgaben, nach der die „durch Krieg, Gefangenschaft und Heimkehr gewonnenen menschlichen Erfahrungen und Erkenntnisse" geformt, erhalten und nutzbar gemacht werden sollten. Dieser selbstgestellten Aufgabe hatte sich der Verband bereits vor der Gründung der WK zugewandt. In der Wanderausstellung „Wir mahnen. Erlebnis als Aufgabe", die zwischen 1951 und Mitte der 1960er Jahre, zunächst bis 1953 unter dem Motto „Kriegsgefangene reden", in über einhundert Städten der Bundesrepublik, vereinzelt auch im Ausland, gezeigt und von insgesamt rund 1.700.000 Personen besucht wurde[80], in den 1.791 in der Bundesrepublik errichteten Mahnmalen[81], sowie in zahlreichen Veröffentlichungen[82] präsentierte der VdH seine spezifische Sicht auf die deutsche Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs. Sie war von einem dezidierten Opferbewusstsein geprägt, legte aber gleichzeitig einen deutlichen Schwerpunkt auf die positive Bedeutung der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft für die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft, in deren Zusammenhang den Heimkehrern besondere, aus der Erfahrung der Kriegsgefangenschaft resultierende Kompetenzen zugeschrieben wurden[83]. Entscheidend war, dass der VdH keine Differenz

[79] Maschke, Sinn und Aufgabe, S. 12.
[80] Vgl. auch Anm. 4. Die Zahlen beruhen auf den diesbezüglichen Angaben des Verbandes in den Rechenschaftsberichten. Darin sind auch die Stationen der Ausstellung dokumentiert.
[81] Vgl. VdH-Rechenschaftsbericht 1996–1998, Bad Godesberg, S. 6.
[82] Vgl. unter anderem die vom VdH 1954 herausgegebene Lyrik-Sammlung „Harfen im Stacheldraht", den Erzählungen enthaltenden Band „Menschen im Feuer" von 1955 und die Sammlung von Gedichten und Berichten über die Kriegsgefangenschaft „Du bist es … auserwählt" von 1956.
[83] Vgl. dazu ausführlich Schwelling, Politische Erinnerung, S. 116–189.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwischen den von ihm gewählten Formen der Überlieferung und den Bemühungen der WK um eine wissenschaftliche Dokumentation und Analyse der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs erkennen wollte oder konnte. Er verstand die wissenschaftliche Bearbeitung der Problematik als Fortführung seiner in der Kriegsgefangenenausstellung oder in den zahlreichen Veröffentlichungen deutlich gewordenen Herangehensweise, der zufolge die Kriegsgefangenschaft ausgehend vom Erfahrungs- und Erinnerungsstandpunkt der ehemaligen Kriegsgefangenen gedeutet und präsentiert werden sollte. Dies wurde auch in der anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Verbandes publizierten Festschrift deutlich:

> „Wenn wir also bewahren, was wir erlebt haben, dann heißt das Fruchtbarmachen einer Erfahrung. // Nichts anderes soll also bezweckt werden, wenn die ‚Wissenschaftliche Kommission zur Dokumentation des Schicksals der Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges' in München das reale Geschehen in seinen Berichten sammelt und untersucht. // Nichts anderes bedeutet es, wenn wir in unseren Veröffentlichungen davon sprechen, wie sich die Gefangenen auf ihre eigenen Kräfte besannen und anfingen, eine nahezu universale Bildungsarbeit aufzubauen, so daß manche davon redeten, die Gefangenschaft sei eine ‚Universität des Lebens' gewesen."[84]

Die unterschiedlichen Auffassungen über den Stellenwert der Aussagen der Zeitzeugen, über die angemessene Form der Aufzeichnung, Sicherung und Überlieferung dieser Erinnerungen sowie über den Rang historischer Quellen waren also seit dem Beginn der Kooperation der beiden Institutionen vorhanden. Zu einem offenen Konflikt führten diese Differenzen allerdings erst, als Fragen der Form und Gestaltung der von der WK geplanten Schriftenreihe aktuell wurden. Nun begann eine Auseinandersetzung um Erinnerung, Geschichtsschreibung und die Frage, wer autorisiert sei, die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs zu schreiben, in die sich auch das BMVt einschaltete und die schließlich zum Bruch zwischen WK und VdH führte.

Der Beginn des Konflikts lässt sich auf den Mai 1962 datieren, als die WK, vertreten durch Böhme, und der VdH, namentlich Wolfgang Schwarz (Mitarbeiter im Referat für deutsche Kriegsgefangenengeschichte und Internationale Partnerschaften) und Kießling, zu einem Treffen zusammenfanden, bei dem die Anwesenden über weitere Möglichkeiten diskutierten, die Mitglieder des VdH doch noch für eine Mitarbeit an der Dokumentation zu gewinnen. Kießling vertrat die Auffassung, dass der beste Anreiz für eine Mitarbeit darin bestehe, den ehemaligen Kriegsgefangenen möglichst bald einen ersten Band der Dokumentation vorzulegen[85]. Auf diese Weise könnten die Zeitzeugen erkennen, dass ihre Berichte tatsächlich nach wissenschaftlichen Methoden ausgewertet würden. Kießling

[84] Freiheit ohne Furcht. Zehn Jahre Heimkehrerverband, hrsg. vom VdH, Bad Godesberg 1960, S. 148.

[85] BA-MA, B 205/1758, Böhme, Notiz zur Besprechung am 9. 5. 1962 beim VdH in Bad Godesberg, 15. 5. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erklärte sich bereit, in dieser Angelegenheit einen Brief an den Bundesvertriebenenminister zu schreiben, und diesen zu bitten, für eine rasche Drucklegung zu sorgen. Im Gegenzug unterbreitete Böhme den Vorschlag, die inzwischen abgeschlossene, mit dem Arbeitstitel „Dem Herzen ein Haus" versehene „Sammlung Geistiger Zeugnisse" auf eine mögliche Aufnahme in die Schriftenreihe hin zu prüfen. Wie dem Protokoll zum Treffen zu entnehmen ist, ging es Böhme in erster Linie darum, „diese eigene VdH-Publikation zu vermeiden, da sie einen Teil der WK-Publikation vorwegnehmen würde"[86].

Kießlings Schreiben an Bundesvertriebenenminister Wolfgang Mischnick[87] ist insofern zum Verständnis der Dynamik des sich entwickelnden Konflikts aufschlussreich, als er den Minister nicht nur, wie beim Treffen in Bad Godesberg verabredet, um die möglichst rasche Drucklegung bat, sondern auch, ohne dass zwischenzeitlich eine Prüfung des Manuskripts „Dem Herzen ein Haus" durch die WK erfolgt wäre, um die Aufnahme des Bandes in die Schriftenreihe der WK. Darüber hinaus wies er den Minister auf die besondere Rolle hin, die den Mitgliedern des VdH bei der Erarbeitung der Dokumentation zukomme, indem er „die Heimkehrer des Verbandes" als „die wichtigsten Mitarbeiter der Wissenschaftlichen Kommission" bezeichnete[88].

Die WK, der das Schreiben Kießlings an den Bundesminister in Kopie zugegangen war, reagierte darauf mit der Mitteilung an den VdH, den Band „Dem Herzen ein Haus" nicht in die Schriftenreihe der WK aufnehmen zu wollen[89]. In der Begründung dieser Entscheidung war Böhme erneut darum bemüht, das Wissenschaftsverständnis der WK zu erläutern. Der „Stil der Beiträge" des VdH-Bandes unterscheide sich „ganz entscheidend von dem Stil unserer eigenen Studien":

> „Während bei Ihren Autoren die philosophischen und gefühlsbedingten Betrachtungsweisen vorherrschen, schreiben wir ja Geschichte auf einer durchaus sachlichen und mit konkreten Tatsachen belegten Basis. Gerade das Konkrete aber tritt in den Beiträgen Ihrer Autoren sehr stark hinter die Reflexion zurück. Vieles davon ist reine Meditation und sagt nichts aus über die in der Kriegsgefangenschaft in Erscheinung getretenen Lebensformen."[90]

Für Kießling aber waren, wie aus seinem erbosten Antwortschreiben[91] zu entnehmen ist, diese „Meditationen" auch als „Tatsachen" zu verstehen, insofern sie Aufschluss geben konnten über die „besondere Mentalität des Heimkehrers" und „den besonderen Geist, der in und aus der Kriegsgefangenschaft wuchs":

---

86 Ebenda.

87 BA-MA, B 205/1758, Kießling an Mischnick, 15. 5. 1962.

88 Ebenda. In einem weiteren Schreiben an Mischnick, in: Ebenda, 8. 6. 1962, vertrat Kießling gar die Ansicht, dass „die Geschichte der Kriegsgefangenschaft nur von den überlebenden ehemaligen Kriegsgefangenen selbst geschrieben werden" könne.

89 BA-MA, B 205/1758, Böhme an Kießling, 21. 5. 1962.

90 Ebenda.

91 BA-MA, B 205/1758, Kießling an Böhme, 8. 6. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Dieser Geist ist also eine genauso konkrete Tatsache wie beispielsweise das Versagen eines Offiziers in einem Gefangenenlager Sowjetrußlands oder die Verhaltensweise eines sowjetischen Offiziers den deutschen Gefangenen gegenüber. Die Konkreta, die zusammen eine Kriegsgefangenengeschichte ausmachen, sind Konkreta aus vielen Schichten."[92]

Und er stellte im Weiteren klar, dass es seinem Verständnis nach einer „umfassenden Konzeption" bedürfe, um eine Kriegsgefangenengeschichte „als Ganzes" schreiben zu können.

Kießling nahm nicht nur Anstoß an der von der WK vertretenen Differenzierung zwischen objektiver Geschichtsschreibung auf der einen und subjektiver Reflexion auf der anderen Seite, sondern rieb sich auch an der Frage, wer autorisiert sei, die Form der Veröffentlichungen festzulegen. Er äußerte in diesem Zusammenhang die Vermutung, die WK habe die Absicht, „die legitime Form für ein Buch der Kriegsgefangenengeschichte allein zu bestimmen"[93]. Der VdH gebe sich jedoch nicht mit der „Herbeischaffung von Material" zufrieden, sondern wolle „mitarbeiten", was nach Kießlings Ansicht „auch das Recht der Kontrolle" beinhalte, „wenn wir schon unser eigenes Erlebnis der Wissenschaftlichen Kommission […] zur Verfügung stellen"[94].

Der Konflikt hatte zu diesem Zeitpunkt eine Dimension erreicht, die eine Intervention von Seiten Maschkes notwendig erscheinen ließ. Maschke reagierte mit einem neunseitigen Schreiben an Kießling[95], in welchem er darum bemüht war, die Wogen zu glätten. Auf die von Kießling vorgebrachten Kritikpunkte eingehend, versuchte er erneut, den wissenschaftlichen und methodischen Standpunkt der WK deutlich zu machen und die Frage der Zuständigkeit in Sachen Dokumentation zu klären. Maschke wehrte sich zuallererst gegen die Infragestellung der „wissenschaftlichen Integrität" der Arbeit der Kommission und machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass Wissenschaft „frei" zu sein habe, also „keinen vorgefassten Meinungen, keinem politischen Auftrag und keinem Verbandsinteresse unterworfen" werden dürfe und „jeder möglichen Legendenbildung" entgegenzuwirken habe[96]. Das Bild vom Historiker, das er im Folgenden entwarf, entspricht dem des neutralen, vorurteilsfreien Beobachters, der gerade aufgrund seiner Nicht-Betroffenheit im Stande sei, objektive Geschichte zu schreiben. Die Vorstellung einer von Zeitzeugen besorgten Geschichtsschreibung, die womöglich aufgrund ihrer Erfahrungen gar über eine privilegierte Erkenntnisvoraussetzung verfügten, lehnte er hingegen strikt ab, indem er die Nähe zum

[92] Ebenda.
[93] Ebenda.
[94] Ebenda. Der VdH war nicht der einzige Interessenverband, der versuchte, auf die historiographischen Projekte der frühen Bundesrepublik Einfluss zu nehmen. Beer, Im Spannungsfeld, S. 376, hat, allerdings nur am Rande, aufgezeigt, dass dies auch bei der „Dokumentation der Vertreibung" der Fall war, auf die die Landsmannschaften und Vertriebenenverbände Einfluss zu gewinnen versuchten. Vgl. auch ders., Die Dokumentation, S. 114.
[95] BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 22. 6. 1962.
[96] Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gegenstand als kaum zu überwindendes Hindernis seriöser historischer Forschung darstellte:

> „Es ist ungewöhnlich, ja, unmöglich, dass die Betroffenen ein objektives Bild erarbeiten sollen. Ihre Berichte sind subjektiv und können nur subjektiv sein. Die Wahrheit zu finden, ist Aufgabe derer, die aus der Vielzahl subjektiver Berichte ein objektives Mosaik zusammensetzen."[97]

Und er ließ es sich nicht nehmen, darauf hinzuweisen, dass „Mommsen bekanntlich eine Geschichte der Römer geschrieben" habe, „ohne selbst ein alter Römer gewesen zu sein".

In einem gewissen Spannungsverhältnis zu dieser Auffassung vom Prozess der Erkenntnisgewinnung, nach der Betroffenheit Objektivität verhindere, stand allerdings das Bekenntnis, zu dem sich Maschke im Folgenden offensichtlich genötigt sah; nämlich selbst erst im Jahr 1953 aus sowjetischer Gefangenschaft zurückgekehrt zu sein, was „wohl eine gewisse Garantie für die richtige Auswertung unserer Quellen" gewähre.

Das von Kießling geforderte „Recht auf Kontrolle" konterte Maschke mit dem Vorwurf der „Zensur", was „peinlich an die trostlose Stellung der Wissenschaft in totalitären Systemen" erinnere. Einer Zensur aber könne und wolle sich die WK unmöglich unterwerfen, ganz unabhängig davon, wie wertvoll die Zusammenarbeit zwischen WK, dem VdH und anderen Organisationen zu gewichten sei. Maschke fand zwar deutliche Worte hinsichtlich des enttäuschenden Ergebnisses der bisherigen Kooperation zwischen WK und VdH, wollte aber die Tür auf keinen Fall endgültig zuschlagen, sondern plädierte am Ende seines Schreibens dafür, in „persönlichen Gesprächen eine neue und dauerhafte Basis der Zusammenarbeit" zu finden[98].

Treffen mit der erklärten Absicht, den Konflikt beizulegen, fanden bald darauf statt. Zum einen trafen sich Mitarbeiter der WK und des VdH Anfang Juli 1962 zu einem Gespräch, das zumindest in der Wahrnehmung Maschkes zu einem positiven Ergebnis führte[99]. Auch das BMVt schaltete sich nun vermittelnd in den Konflikt ein. Das Ministerium war schon aufgrund der Forderungen Kießlings an Mischnick gezwungen, Stellung zu beziehen. Die Strategie, die das Ministerium dabei verfolgte, war zunächst auf eine Deeskalation der Situation und eine Vermittlung zwischen den beiden Konfliktparteien ausgerichtet. So hatte das BMVt den Streit um die Aufnahme des Bandes „Dem Herzen ein Haus" in die Schriftenreihe der WK dadurch zu lösen versucht, dass es eine Aufnahme als „Beiheft" vorschlug. Während die WK diesen Gedanken, auf den sie nach eigener Aussage „selbst nicht gekommen war", „für sachlich sehr glücklich" hielt[100], sah der VdH darin offensichtlich keinen gangbaren Weg. Im Gegenteil: Gegenüber

[97] Ebenda.
[98] Ebenda.
[99] BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 13. 7. 1962.
[100] Ebenda, Maschke an Kießling, 22. 6. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem Ministerium brachte Kießling nun die Bitte vor, die Sammlung gar als ersten Band der Schriftenreihe der WK zu publizieren[101].

Staatssekretär Hans Georg Schlicker (BMVt) versuchte daraufhin, Kießling in einem persönlichen Gespräch von der Unabhängigkeit der WK zu überzeugen[102]. Dieser lenkte zunächst ein, so dass der Konflikt im Sommer 1962 beigelegt schien – zumindest waren die WK und das Ministerium dieser Meinung[103]. Wie sich allerdings im September 1962 zeigen sollte, war Kießling ganz anderer Auffassung. In seinem auf dem 7. Verbandstag des VdH in Stuttgart mündlich vorgetragenen Rechenschaftsbericht erneuerte Kießling seine Kritik an der Arbeit der WK, indem er die bereits bekannten Argumente wiederholte[104].

Kießling bekräftigte auch erneut den Anspruch, auf die Konzeption der Dokumentation Einfluss nehmen zu wollen, und sprach sogar von einer Einigung, die in dieser Frage mit Maschke erzielt worden sei:

> „So haben wir mit dem Leiter der Wissenschaftlichen Kommission, Herrn Universitätsprofessor Dr. Maschke aus Heidelberg, Übereinkommen erzielt, daß sich die WK auch und vor allem in grundsätzlichen Fragen der Konzeption der Geschichtsschreibung des Rates der Experten des VdH bedienen wird.“[105]

Schließlich gab Kießling das Erscheinen des Bandes „Dem Herzen ein Haus“ unter dem Titel „Zeugnisse einer Gefangenschaft“ bekannt, stellte die Publikation der Arbeit der WK gegenüber und verband damit die Drohung, die weitere Kooperation vom baldigen Erscheinen sowie der Form der Dokumentation abhängig zu machen[106].

---

[101] BA-MA, B 205/1758, Kießling an Mischnick, 8. 6. 1962.

[102] BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Maschke, 29. 7. 1962.

[103] BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Kießling, 29. 7. 1962; ebenda, Maschke an Mischnick, 7. 8. 1962.

[104] „Wir haben die Dokumentation und die geschichtliche Wertung der Kriegsgefangenschaft als Teil des kulturellen Auftrages des Verbandes gefordert und die Wissenschaftliche Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte in München mit den uns möglichen Kräften unterstützt. Wir haben aber auch angemeldet, daß wir als Wissensträger und Organisation nicht nur die Handlanger für die Bausteine sein wollen, die schließlich den Bau der Kriegsgefangenengeschichte ergeben, sondern daß wir wissen möchten, wie das Haus gerichtet wird. Wir wollen den Wissenschaftlern, die mit dieser Arbeit beauftragt sind, in keiner Weise Vormund sein. Aber wir sind gebrannte Kinder.“ Eine Kopie des Vortrags findet sich in: BA-MA, B 205/1758. Vgl. auch Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 18, S. 2.

[105] BA-MA, B 205/1758.

[106] „Wir sind glücklich, daß wir damit einen ersten konstruktiven Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte leisten konnten und mit diesem Band hoffentlich für die WK und das federführende Bundesministerium für Vertriebene den Ansporn gegeben haben, nun recht bald mit den ersten Bänden der offiziellen Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen zu folgen. Von ihrem Erscheinen und von ihrer Form wird es entscheidend abhängen, in welcher Weise und in welchem Umfang die Heimkehrer auch künftig ihre Mitarbeit aufrechterhalten.“ In: Ebenda. Diese Erwähnung fiel trotz der Bitte Maschkes, auf die eingetretene Verzögerung der Veröffentlichung der ersten WK-Bände öffentlich nicht hinzuweisen. Vgl. VdH-Archiv, Ordner „Dokumentation“, Maschke an Kießling, 17. 9. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für diejenigen Delegierten, die über die Einzelheiten des Konflikts nicht informiert waren, musste der Eindruck entstehen, dass es der VdH war, der die Standards der Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs setzte[107]. Und nur wer diesen Standards folgte bzw. gerecht wurde, konnte auf die Mitarbeit der ehemaligen Kriegsgefangenen zählen.

Man kann dem Leiter und den Mitarbeitern der WK sicherlich nicht zum Vorwurf machen, in der Frage des Konflikts mit dem VdH keine Geduld bewiesen und nicht umsichtig reagiert zu haben. Obwohl die WK die Äußerungen des VdH sehr genau verfolgte und zur Kenntnis nahm, blieb eine Reaktion auf die harschen Äußerungen Kießlings zunächst aus[108]. Diese erfolgte allerdings nur wenig später bei einem Treffen, das der VdH für den 24. Oktober 1962 einberufen hatte und an dem, neben zahlreichen Vertretern des VdH, Maschke und Böhme für die WK sowie Schlicker für das BMVt und Legationsrat Hans Gawlik für die Zentrale Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes teilnahmen[109]. Erneut wurde über die Unabhängigkeit der WK und die Zusammenarbeit zwischen WK und VdH diskutiert, wobei die Parteien ihre bereits bekannten Positionen wiederholten und bekräftigten. Böhme ließ Kießling außerdem wissen, dass sich die WK durch seine Stuttgarter Rede „düpiert" fühle, so dass, nach einer darauf folgenden „heftigen Auseinandersetzung", die Tagung „mit einer gewissen Spannung endete"[110].

Wie der auf das Treffen folgende Schriftwechsel deutlich werden lässt, war damit der endgültige Bruch zwischen WK und VdH besiegelt. Während Maschke Kießling zunächst mitteilte, dass der Verlauf der Sitzung zwar „nicht einfach" gewesen sei, am Ende aber „die grundsätzliche Klärung über die Formen unserer Zusammenarbeit voll gelungen war"[111], vertrat Kießling in seinem Antwortschreiben eine diametral entgegengesetzte Auffassung, verzichtete nunmehr auf jegliche Höflichkeitsformel und ging zum offenen Angriff über. Er warf Maschke vor, sich nicht ausreichend für die Belange der WK einzusetzen und insgesamt mit der Position überfordert zu sein. Außerdem verwies er darauf, dass sich die Mitglieder des VdH durch die Mitarbeiter der WK herabgewürdigt fühlten und sich inzwischen eine „tiefe Verstimmung" breitgemacht habe, in deren Zusammenhang für den Abbruch der Kooperation plädiert werde[112].

Von einer konstruktiven Zusammenarbeit in Sachen Dokumentation konnte zu diesem Zeitpunkt längst keine Rede mehr sein. Auf Kießlings persönliche

[107] In diese Richtung deutet auch die hauseigene Besprechung des Bandes „Zeugnisse einer Gefangenschaft", in der die Ansicht vertreten wurde, dass mit dem Band eine „Lücke" in der Kriegsgefangenen-Forschung geschlossen werde. Der Heimkehrer 13 (1962), Nr. 20, S. 4.

[108] Eine von Böhme mit zahlreichen Unterstreichungen und Randbemerkungen versehene Kopie der Rede Kießlings auf dem 7. Verbandstag lässt deutlich werden, dass die Rede von Seiten der WK als Affront empfunden wurde, in: BA-MA, B 205/1758.

[109] BA-MA, B 205/1758, Böhme, Vermerk einer Besprechung der WK und des VdH am 24. 10. 1962 in Bad Godesberg über Grundsatzfragen bzgl. der Zusammenarbeit beider Institutionen, 29. 10. 1962.

[110] Ebenda.

[111] BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 9. 11. 1962.

[112] BA-MA, B 205/1758, Kießling an Maschke, 28. 11. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Angriffe hin wurden eine Reihe weiterer Briefe ausgetauscht, deren wesentlicher Inhalt aus gegenseitigen Anschuldigungen, Verleumdungen und der Suche nach den Schuldigen für das Scheitern der Kooperation zwischen WK und VdH auf der jeweils anderen Seite bestand, wobei die WK im Gegensatz zu Kießling nach wie vor um einen sachlichen Ton bemüht war. Insbesondere Böhme gelang dies allerdings nicht immer[113]. Am 10. September 1963 schließlich gab der VdH, nachdem es zu einem weiteren Zwischenfall gekommen war[114], im Verbandsorgan *Der Heimkehrer* die Einstellung der Mitarbeit an der Dokumentation bekannt[115]. Auch die WK hatte nach den heftigen Attacken von Kießling wenig Interesse an der Fortsetzung der Kooperation erkennen lassen. Die entsprechenden Anmerkungen im Jahresbericht 1962 können durchaus als abschließende Bilanz der Zusammenarbeit gelesen werden, die darin als „wenig erfolgreich" bezeichnet wird. Lediglich rund sechs Prozent der durch den VdH zugesagten Erlebnisberichte seien bis Ende 1962 bei der WK eingegangen. Allerdings könne die WK „ihre Aufgabe sehr gut ohne den VdH erfüllen". Aus diesen Gründen und „auch aus Gründen der Zeit- und Arbeitsersparnis" werde die WK „keine wesentlichen Anstrengungen mehr unternehmen, um zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem VdH zu kommen"[116].

Damit war die Kooperation zwischen WK und VdH endgültig gescheitert. In ihren Bemühungen um die Sicherung von Geschichte und Erinnerung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs gingen die beiden Organisationen fortan getrennte Wege. Der Einfluss des VdH auf die Geschichtsschreibung der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs blieb daher äußerst begrenzt[117]. Im Jahr 1962 erschien der von Kießling auf dem Stuttgarter Ver-

[113] BA-MA, B 205/1758, Böhme, Stellungnahme zu dem Brief des Herrn Kießling vom 28. 11. 1962 an Herrn Professor Maschke, 6. 12. 1962. Darin nannte Böhme Kießlings Vorstellungen „naiv" und „laienhaft". Böhme war allerdings von den Anschuldigungen Kießlings insofern besonders betroffen, als er erstes Ziel seiner verbalen Attacken war. Diese gipfelten in der von mehreren Personen bezeugten, von Kießling später allerdings abgestrittenen Anschuldigung, Böhme würde sich als Agent der Sowjetunion betätigen. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der Konflikt insbesondere zwischen Kießling und Böhme derart zugespitzt, dass sich das BMVt zum wiederholten Mal zum Einschreiten genötigt sah. Vgl. BA-MA, B 205/1758, Maschke an Kießling, 7. 12. 1962, Maschke an Schlicker, 10. 12. 1962, Kießling an Maschke, 11. 12. 1962, Böhme, Vermerk, 14. 12. 1962, Schlicker an Maschke, 27. 12. 1962, und Kießling an Maschke, 19. 2. 1963.

[114] Der VdH hatte kein Belegexemplar des inzwischen erschienenen ersten Bandes der Dokumentation erhalten. Die WK lastetet dieses Versäumnis allerdings dem BMVt an, das für den Druck sowie die Verteilung des Bandes verantwortlich zeichnete. Vgl. BA-MA, B 205/1728, Meese an Fischer, 6. 1. 1964.

[115] Vgl. Wer schreibt die Kriegsgefangenengeschichte?, in: Der Heimkehrer 14 (1963), Nr. 17, S. 2.

[116] BA-MA, B 205/1742, Jahresbericht 1962 der WK.

[117] Diese Feststellung klingt selbstverständlicher als sie war, denn die Geschichtsschreibung des Zweiten Weltkriegs war bis weit in die 1960er Jahre hinein deutlich von den Berichten und Memoiren ehemaliger Generale der Wehrmacht sowie den Arbeiten der aus ehemaligen hochrangigen Mitgliedern der Wehrmacht zusammengesetzten Historical Division geprägt. Vgl. dazu Bernd Wegner, Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division" und die Rekon-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bandstag angekündigte Sammelband „Zeugnisse einer Gefangenschaft“[118]. Die WK veröffentlichte kurz darauf den ersten, die Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien behandelnden Band der Schriftenreihe. Im Vergleich dieser Veröffentlichungen wird abermals deutlich, dass der VdH und die WK mit ihren Bemühungen völlig entgegengesetzte Interessen verfolgten. Weit davon entfernt, den Versuch zu unternehmen, das Spannungsverhältnis zwischen Erinnerungen und wissenschaftlichem Anspruch in einen produktiven Ansatz im Sinne etwa einer Oral History *avant la lettre* zu übersetzen, beharrte die WK auf nichts weniger als der „geschichtlichen Wahrheit“[119], zu der sie unter strengster Einhaltung wissenschaftlicher Standards auf „objektivem“ Wege gelangen wollte. Das Ergebnis war ein „sachliches, sprödes, kühles“ Werk, „nie pathetisch“ und „immer präzise“[120].

„Zeugnisse einer Gefangenschaft“ hingegen wurde vom VdH, wie der Untertitel besagt, zwar als „Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte“ verstanden, sollte jedoch „kein Erinnerungsband an die Gefangenschaft“ sein und daher auch „keine Schilderungen der Zustände und des Elends der Verzweiflung und der Gewalt geben“. Vielmehr sollte das Buch, „der Öffentlichkeit […] zeigen, welche inneren Kräfte es sind, die den Menschen, der jeglicher äußerer Form beraubt ist, für den die Zivilisation nicht mehr existiert, dazu befähigen im Angesicht des absoluten Nichts zu überstehen“[121]. Das gemeinsame Motiv der im Band versammelten Gedichte, Theaterstücke, Erzählungen und Essays bestand dementsprechend darin, vom „Überleben“ in den Kriegsgefangenenlagern zu berichten und insbesondere auf die zentrale Rolle, die der Literatur, der Musik und den anderen Künsten dabei zugekommen war, einzugehen. Insofern lässt sich die Sammlung weniger als ein Beitrag zur Kriegsgefangenengeschichte begreifen, als vielmehr eine Darstellung des Selbstverständnisses des VdH, der in seinen zahlreichen Verlautbarungen und in den unterschiedlichsten Formen explizit und implizit immer wieder darauf verwies, dass die ehemaligen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs gerade aufgrund ihrer Erfahrungen der deutschen Nachkriegsgesellschaft Wichtiges mitzuteilen hatten. Mehr noch: Der VdH beschwor ein „Ethos des Heimkehrers“[122], das auf einem in der Gefangenschaft erworbenen „unerhörten geschichtlichen Empfinden“ beruhe und das den Verband und seine Mitglieder zur „Stimme des Gewissens“, zum „Arm der Hilfe“

struktion des Zweiten Weltkriegs im Geiste des deutschen Generalstabs, in: Ernst Willi Hanse/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 287–302.

[118] Vgl. Zeugnisse einer Gefangenschaft. Ein Beitrag zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte, hrsg. vom VdH, ausgewählt von Wolfdietrich Kopelke, Bad Godesberg 1962.

[119] Maschke, Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/1, S. XIII.

[120] Vgl. die zutreffende Beschreibung in einer Besprechung der gesamten Schriftenreihe, in: Georg Meyer, Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, in: Das historisch-politische Buch XXIV (1976), S. 289–290, Zitat S. 289.

[121] So der Lektor des Bandes, Wolfdietrich Kopelke, in: VdH-Archiv, Ordner „VdH Lektorat Sammlung geistiger Zeugnisse“, Kopelke an VdH vom 17. 1. 1960.

[122] August Fischer, Macht die Kameradschaft stark, in: Der Heimkehrer 4 (1953), Nr. 10, S. 3.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und zum „Lotsen der im materiellen und immateriellen Fragenden“ mache[123]. „Gewissen“, „Arm“ und „Lotse“ sind Begriffe, die auf die Funktionen und Aufgaben von Deutungseliten verweisen. Und genau in diesem Sinn wollte der VdH seine Position im Gefüge von Gesellschaft und Politik verstanden wissen:

> „[Der VdH ist] eine neue Gemeinschaft […], die, aus den Keimzellen des Leidens in der Gefangenschaft geboren, nun immer mehr beispielgebend vor die Öffentlichkeit des ganzen Volkes tritt.“[124]

3. Zum Spannungsverhältnis zwischen Zeitgeschichte und Politik: Die Wissenschaftliche Kommission und die Bundesregierung

Versuche der Einflussnahme auf ihre Forschungen hatte die WK nicht nur aus der Richtung des VdH abzuwehren, sondern sie erfolgten auch von Seiten der Politik. Eine Verbindung der WK zur Bundesregierung bestand insofern, als das Vertriebenenministerium die WK eingesetzt und die Dokumentation in Auftrag gegeben hatte. Zudem wurde das Forschungsvorhaben vom BMVt finanziert. Einen direkten Einfluss leitete das Ministerium daraus nicht ab, jedenfalls nicht, was „Entscheidungen über die Methodik des Werkes und die Auswahl der Mitarbeiter“[125] betraf.

Das Mitspracherecht, das die Bundesregierung reklamierte, war auf einer anderen Ebene angesiedelt. Es bezog sich auf die „politischen Aspekte des Dokumentationswerkes“, in deren Zusammenhang sich die Bundesregierung vorbehielt, „die Zweckmäßigkeit der Herausgabe einzelner Bände zu überprüfen“[126]. Die WK sollte demnach in Fragen ihrer wissenschaftlichen Arbeit unabhängig sein. Die Entscheidung zur Drucklegung und Veröffentlichung behielt sich die Bundesregierung jedoch vor.

Aber bereits beim ersten zur Veröffentlichung anstehenden, die Kriegsgefangenschaft in Jugoslawien betreffenden Manuskript sollte sich zeigen, dass wissenschaftliche und politische Fragen nicht einfach zu trennen waren. Das BMVt, das das Jugoslawien-Manuskript im Januar 1962 von der WK erhalten hatte, leitete dieses an die Zentrale Rechtsschutzstelle (ZR) im Auswärtigen Amt weiter, in deren Zuständigkeit die Untersuchung der juristischen Aspekte der Kriegsverbre-

[123] Ebenda. Von einem „unerhörten geschichtlichen Empfinden […], das niemand mehr zugeflossen ist als denen, die den Krieg und die Kriegsgefangenschaft erlitten und überstanden haben“, sprach der erste Präsident des VdH, August Fischer, auch bei der Abschlusskundgebung des 1. Heimkehrer-Deutschland-Treffens 1955 in Hannover. Vgl. Die Kriegsgeneration sucht Europa: Freiheit und Vertrauen, in: Der Heimkehrer 6 (1955), Nr. 7, S. 5.

[124] Der Heimkehrer 8 (1957), Nr. 12, S. 9. Auch hier lassen sich interessante Parallelen zu den Vertriebenenverbänden aufzeigen, deren Selbstverständnis ähnlich dem des VdH um das Modell einer selbsternannten nationalen Avantgarde kreiste. Vgl. Matthias Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzung der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972, Düsseldorf 2004.

[125] BA-MA, B 205/1758, Mischnick an Kießling, 29. 6. 1962.

[126] Ebenda, Mischnick an Maschke, 29. 6. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

cherprozesse fiel und die eigens zu diesem Zweck eingerichtet worden war[127]. Von dieser Seite wurden nun erhebliche Bedenken gegen die Veröffentlichung des Manuskripts geäußert, da sich der Autor der Jugoslawien-Studie, Böhme, nicht an die aus Sicht der ZR eindeutige Arbeitsteilung zwischen WK und ZR gehalten, sondern den Themenkomplex Kriegsverbrecherprozesse in seine Studie integriert hatte. Die ZR verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass dieser Themenkomplex grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit der WK falle. Vielmehr habe die Untersuchung „von dem Augenblick an, wo es um Kriegsverbrecherprozesse ginge", „automatisch" auf die ZR überzugehen[128].

Mit der dabei vorgenommenen Unterscheidung zwischen „historischen" Aspekten der Kriegsgefangenschaft, für die nach Ansicht der ZR die WK zuständig zeichnete, und „juristischen" Aspekten, deren Bearbeitung ausschließlich der ZR vorbehalten sei, waren allerdings erhebliche Probleme verbunden. Böhme stellte die von der ZR vorgenommene Unterscheidung zwischen juristischen und historischen Aspekten der Kriegsgefangenschaft zwar nicht grundsätzlich in Frage, vertrat jedoch die Ansicht, dass diese Zuordnung vor allem im Fall der von jugoslawischer Seite angestrengten „Werschetzer Prozesse", um die sich die Unstimmigkeiten drehten, nicht zutreffend sei[129]. Er sah in den Prozessen keine juristische, sondern eine *politische* Angelegenheit,

> „eine politische Massnahme […], die zu einer blutigen Farce ausgeartet ist. […] Unterredungen mit ehemaligen Kriegsverurteilten, darunter auch mit Juristen, haben gezeigt, dass es nicht richtig wäre, den Schwerpunkt bei der Bewertung der Werschetzer Vorgänge auf das Recht zu legen. Damit käme man der jugoslawischen Behauptung, es habe sich hier um einwandfreie Gerichtsverfahren gehandelt, viel zu sehr entgegen."[130]

---

[127] Die Ursprünge der ZR gehen in das Jahr 1949 zurück, als im Auftrag des Länderrats eine „Koordinierungsstelle des Rechtsschutzes für deutsche Gefangene im Ausland" geschaffen wurde, die die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und des Deutschen Roten Kreuzes aufeinander abstimmen sollte. Deren Funktion ging ab 1950 in die Zentrale Rechtsschutzstelle im Bundesjustizministerium über. Im Dezember 1953 wurde die Stelle zum Auswärtigen Amt verschoben, 1960 erhielt sie den Auftrag zur dokumentarischen Aufarbeitung der Kriegsverbrecher-Prozesse (vgl. Gerd R. Ueberschär, Die sowjetischen Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene 1943–1952, in: Ders. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943–1952, Frankfurt a. M. 1999, S. 240–261, hier S. 252 f.). 1970 wurde die Rechtsschutzstelle aufgelöst, ohne dass eine Veröffentlichung ihrer Recherchen erfolgt wäre, was immer wieder Anlass zu Klagen unter anderem von Seiten des VdH gab. Vgl. z. B. Günther Wagenlehner, Urteil: „25 Jahre Arbeitslager". Die Prozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Kriegsgefangene. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland, deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion. Düsseldorf 1995, S. 77–84, hier S. 81.

[128] BA-MA, B 205/1742, Vermerk Schlicker über Besprechung in der ZR des AA, 20. 7. 1962.

[129] Zu den Hintergründen der „Werschetzer Prozesse" vgl. Maschke (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. I/2, S. 340–346.

[130] BA-MA, B 205/1742, Aktenvermerk Böhme, 20. 7. 1962. Später hat Böhme diese Position etwas relativiert, indem er „das Schicksal der Kriegsverurteilten (nicht der Prozesse selbst)" als

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Konflikt um den Inhalt der Jugoslawien-Studie lässt deutlich werden, dass die Antwort auf die von der ZR aufgeworfene Frage der Zuständigkeit davon abhing, wie man die Kriegsgefangenschaft und die damit in Zusammenhang stehenden juristischen Verfahren bewertete. Deutlich wird darüber hinaus, dass das Auswärtige Amt darum bemüht war, den vermeintlich oder tatsächlich in der Studie enthaltenen politischen Sprengstoff zu entschärfen, um so außenpolitischen Konflikten vorzubeugen[131]. Hinzu kam ein zweiter Aspekt: Nicht nur an „sprachliche[n] und sonstigen[n] Entgleisungen“[132] der wiedergegebenen Zeitzeugenaussagen, die „einen jugoslawischen Leser unnötig reizen müssen“[133], nahm die ZR Anstoß. Auch Textpassagen, die ein kritisches Licht auf das Verhalten der deutschen Kriegsgefangenen untereinander warfen, wurden scharf kritisiert, weil damit unnötigerweise „mit einer mit amtlichen Mitteln geförderten Publikation“ der „Gegenseite“ Argumente geliefert würden[134]; zudem bestehe die „Gefahr“, die Problematik des Nationalsozialismus erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Die politische Sensibilität des Auswärtigen Amtes im Zusammenhang mit der Dokumentation war demnach nicht nur darauf ausgerichtet, Formulierungen, die von den ehemaligen Gewahrsamsmächten als Anklage verstanden werden konnten, zu vermeiden[135]. Es ging auch darum, eine mögliche Debatte über den Nationalsozialismus und das Verhalten der Deutschen in Krieg und Gefangen-

in die Kriegsgefangenengeschichte gehörend bezeichnete. Ebenda, Böhme, Vermerk für Maschke [ohne Datum]).

[131] Gerade der Konflikt um die Jugoslawien-Studie zeigt, dass BMVt und Auswärtiges Amt in Sachen WK nicht immer gleicher Meinung waren. Während sich das BMVt für die Veröffentlichung der gesamten Studie einsetzte, sprach sich das AA nach der Prüfung des Manuskripts strikt gegen eine Veröffentlichung des zweiten Bandes aus. Vgl. BA-MA, B 205/1742, von Haeften an Mischnick, 30. 7. 1962.

[132] BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962.

[133] BA-MA, B 205/1742, von Haeften an Mischnick, 30. 7. 1962.

[134] Dies betraf, wie zu einem späteren Zeitpunkt im Zusammenhang mit der Prüfung der einzelnen Bände durch das AA deutlich wurde, auch die Sorge, dass die Darstellungen vor allem hinsichtlich von Personenangaben durch östliche Nachrichtendienste ausgewertet werden könnten. Vgl. BA-MA, B 205/1762, Böhme an von zur Mühlen, 11. 1. 1967.

[135] Diese Sorge war nicht auf Jugoslawien und andere Ostblockstaaten beschränkt. Auch von Seiten des Westens befürchtete das AA negative politische Reaktionen: „Ob gerade der in diesen Tagen mit allem Nachdruck proklamierten neugeschaffenen deutsch-französischen Freundschaft ein Dienst erwiesen wird, wenn Detailschilderungen der Leiden deutscher Gefangener in französischen Kriegsgefangenenlagern […] oder Berichte aus amerikanischen Lagern veröffentlicht werden, zu einem Zeitpunkt, wo das deutsche Schicksal von den Amerikanern abhängig ist, muß ebenfalls bezweifelt werden.“ BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962. Ähnliche Äußerungen finden sich in einem Schreiben, das Staatssekretär Karl Carstens am 28. 11. 1962 im Auftrag von Außenminister Gerhard Schröder an den Bundestagsabgeordneten Heinrich Windelen richtete (BA-MA, B 205/1742): „Gegen eine Veröffentlichung der Dokumentation, soweit sie die westlichen Länder betrifft, sind stärkste Bedenken geltend zu machen. Eine wahrheitsgemässe Darstellung könnte nicht an Tatsachen vorbeigehen, deren Herausstellung in der deutschen Öffentlichkeit schmerzliche Erinnerungen wachrufen würde. Die Erörterung des Schicksals deutscher Kriegsgefangener in den westlichen Gewahrsamsstaaten und hierbei erhobene Anklagen würden in diesen Ländern sehr unerwünschte Reaktionen und sicher auch Hinweise auf die Zustände in den deutschen Gefangenen-, Konzentrations- und

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schaft zu verhindern. Nach Auffassung des Auswärtigen Amtes war die Gefahr groß, durch die Veröffentlichung der Studie „Gegendokumentationen" heraufzubeschwören, die die Zeit des Nationalsozialismus erneut auf den Plan rufen würden:

> „Die Methoden des Dritten Reichs bei der Gefangenen-Behandlung insbesondere von ‚slawischen Untermenschen' sollten keineswegs in einer ausführlichen Gegendokumentation erneut aller Welt ins Bewußtsein gerufen werden."[136]

Diese auf eine Vermeidung außenpolitischer Konflikte angelegte Strategie der Verhinderung größerer Debatten über die Zeit des Nationalsozialismus darf allerdings nicht als grundlegende Ablehnung einer Dokumentation der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs durch das Auswärtige Amt gedeutet werden. Nicht gegen die Erstellung einer Dokumentation wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes Position bezogen, sondern ausschließlich gegen die Absicht, eine solche öffentlich zugänglich zu machen:

> „Es soll damit nicht gegen die Durchführung einer derartigen Dokumentation Stellung genommen werden, die nicht nur von historischem, sondern auch politischem Wert sein kann, wenn derartiges Material im Falle späterer Friedensverhandlungen bei der Erörterung etwaiger Reparationsansprüche bereitliegt. Im Falle Jugoslawien kann eine solche Dokumentation sogar geeignet sein, unangemessenen jugoslawischen Wiedergutmachungsansprüchen, wie sie erst kürzlich wieder erhoben worden sind, entgegengehalten zu werden oder sie abzuwehren."[137]

Einerseits rechnete das Auswärtige Amt demnach noch 1962 mit der Möglichkeit eines Friedensvertrages und wollte auf diese Eventualität vorbereitet sein. Andererseits wurde von Seiten des Amtes die These vertreten, dass eine Thematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit schädlich sei, da dadurch außenpolitische Aussöhnung und innenpolitische Konsolidierung behindert und gestört werden könnten. Die Forschungsergebnisse sollten daher möglichst unter Verschluss gehalten und ausschließlich für den internen Gebrauch genutzt werden.

Die WK verfolgte andere Interessen und bestand ihrerseits, darin unterstützt vom BMVt, auf einer Veröffentlichung der Bände und auf deren Vertrieb durch den Buchhandel. Dazu wurde dem Auswärtigen Amt ein Papier vorgelegt, in dem unter anderem das Argument bemüht wurde, wonach die ehemaligen Kriegsgefangenen „einen Anspruch auf die Veröffentlichung ihrer Geschichte" hätten[138]. Erst eine Veröffentlichung würde „das Schicksal der Kriegsgefangenen wirklich

Vernichtungslagern zur Folge haben. Damit wäre ein erneutes Aufleben antideutscher Gefühle in den westlichen Ländern verbunden."

[136] BA-MA, B 205/1742, AA an Schlicker, 14. 9. 1962.

[137] Ebenda.

[138] BA-MA, B 205/1742, Papier „Gründe für die Publikation einer Schriftenreihe zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen", 3. 10. 1962.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu einem Stück deutscher Geschichte machen"[139]. Auch der Hinweis auf die „strenge Objektivität", der sich die WK verpflichtet fühle, wurde angeführt und den Gefahren möglicher Veröffentlichungen von dritter Seite, etwa „sensationellen Reportagen über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen", gegenübergestellt. Nur mit einer „streng wissenschaftlichen Veröffentlichung", wie sie die WK plane, könne dieser Gefahr begegnet werden. Bewusst war sich die WK allerdings auch darüber, dass das Auswärtige Amt „immer den längeren Arm haben wird" und daher „ernsthafte Auseinandersetzungen" möglichst zu vermeiden seien[140].

Wie die WK schon bald feststellen musste, war der Konflikt um die Drucklegung und die Veröffentlichung der Jugoslawien-Bände erst der Beginn einer langen Reihe von Auseinandersetzungen, die mit jeder Fertigstellung eines Manuskripts erneut aufbrachen und die hinsichtlich der Genehmigung zur Drucklegung und Veröffentlichung kein im Sinne der WK positiveres Ergebnis erbrachten. Nachdem Böhme die Bände überarbeitet und dabei die vom Auswärtigen Amt unterbreiteten Einwände „in nahezu allen Fällen berücksichtigt" hatte[141], wurde von Seiten des Auswärtigen Amtes die Genehmigung zum Druck des ersten Bandes Ende 1962, des zweiten Bandes Ende 1963 erteilt. Beide Bände wurden allerdings nicht an den Buchhandel, sondern ausschließlich an verschiedene Dienststellen, darunter Ministerien, Ämter, Gerichte und Auslandsvertretungen der Bundesrepublik, sowie ausgewählte Bibliotheken ausgeliefert[142]. Für die die Sowjetunion betreffenden Bände erteilte das Auswärtige Amt zwar die Druckerlaubnis, unterband allerdings deren Auslieferung. Eine Drucklegung der Studien zum westlichen Gewahrsam wurde „nicht als opportun erachtet"[143]. An dieser Verfahrensweise und Haltung sollte sich auch zukünftig nichts Wesentliches ändern. Alle Manuskripte mussten dem Auswärtigen Amt zur Prüfung vorgelegt und dessen Änderungswünsche berücksichtigt werden[144]. Auch blieben die

[139] Ebenda. In diesem Zusammenhang wurde auch das vom VdH auf seinem Stuttgarter Verbandstag vorgebrachte Argument angeführt, nachdem die weitere Kooperation vom Erscheinen der Bände abhängig gemacht werde, allerdings ohne die darin enthaltene Drohung kenntlich zu machen. Vielmehr zeigt sich darin eine Tendenz, die auch aus anderen Schriftstücken deutlich wird. Erstens scheint die WK dem VdH – zu Recht – einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Bundesregierung und ihre Institutionen unterstellt zu haben. Zweitens versuchte die WK, wann immer es ihr opportun schien, den Einfluss des VdH für ihre Zwecke zu nutzen. Vgl. dazu das vertrauliche Schreiben von Böhme an Kießling vom 11. 8. 1961, in: BA-MA, B 205/1757, in dem Kießling um eine Stellungnahme gegenüber dem BMVt zu Gunsten der WK gebeten wurde. Eine ähnlich lautende Bitte formulierte Böhme auch im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um die Drucklegung der Jugoslawien-Bände. Vgl. BA-MA, B 205/1742, Böhme an Kießling, 20. 7. 1962.

[140] Ebenda, Böhme, Vermerk für Maschke [ohne Datum].

[141] Ebenda, Böhme an Schlicker, 31. 7. 1963.

[142] BA-MA, B 205/1742, Nahm an Schlicker, 3. 12. 1963. In den Bibliotheken wurden die Bände allerdings sekretiert. Sie wurden weder in die Kataloge aufgenommen noch waren sie frei zugänglich.

[143] Ebenda.

[144] Zum Freigabeverfahren einzelner Bände vgl. Schriftwechsel in: BA-MA, B 205/1762.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bände weiterhin nur „einer beschränkten Zahl von Bibliotheken, dem zuständigen Ausschuß des Bundestages und anderen im allgemeinen festzustellenden interessierten Stellen" zugänglich[145].

Für die WK war diese Situation insgesamt „untragbar"[146]. Bis zum Ende der Laufzeit des Projektes im Jahr 1972 unternahmen ihre Mitarbeiter daher immer wieder Vorstöße, um die Freigabe der Bände zu erreichen. Maschke erklärte im Rahmen einer dieser Initiativen, dass es „völlig sinnlos" sei,

> „aus einem organischen Gesamtplan, der einige zwanzig Bände umfassen soll, einige wenige, zufällig übrig bleibende Bände zu publizieren. Ein solcher Torso könnte von mir wissenschaftlich nicht verantwortet werden und die Öffentlichkeit würde damit nicht das Geringste anfangen können."[147]

Mit Unterstützung des BMVt versuchte die WK außerdem, über von ihr eingeholte positive Stellungnahmen aus dem westlichen Ausland eine Freigabe der Bände zu erreichen[148]. In diesem Zusammenhang argumentierte Staatssekretär Peter Paul Nahm (BMVt), dass eine Auslieferung der Bände nicht, wie das Auswärtige Amt befürchtete, negative Reaktionen des Auslands hervorrufen würde, sondern genau das Gegenteil bewirken könne:

> „Man weiß also im Ausland, daß wir Material gesammelt, ausgewertet und gedruckt haben. Aus dieser Tatsache kann nach der mir begründet erscheinenden Meinung von Professor Maschke im übrigen Ausland gefolgert werden, daß die Dokumentation unwissenschaftlich sei, Greuelnachrichten sammele und infolgedessen der Öffentlichkeit z.Zt. nicht übergeben werden könne. Aber gerade das Gegenteil sei der Fall. So räume der Rußlandband mit der Schweigelagerlegende auf und betone, daß nicht nur die deutschen Gefangenen, sondern auch die Russen gehungert und gefroren hätten."[149]

---

[145] BA-MA, B 205/1762, AA an BMVt, 22. 3. 1966. Tatsächlich bedeutete dies, dass bei Anfragen von institutioneller sowie individueller Seite für jeden Einzelfall die Genehmigung der Weitergabe der Bände eingeholt werden musste. BA-MA, B 205/1762, Böhme an von zur Mühlen (BMVt), 21. 3. 1966. Ende 1974 erhielten insgesamt 431 Empfänger die Schriftenreihe, davon 391 in der Bundesrepublik, 40 im Ausland. Neben den bereits genannten Stellen gehörten dazu Versorgungsämter, Sozial- und Arbeitsgerichte, die Bundeswehr, die Kirchen, Archive im In- und Ausland sowie 16 ausgewählte Wissenschaftler. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 35 f.

[146] BA-MA, B 205/1742, Vermerk Schlicker, 3. 12. 1963.

[147] BA-MA, B 205/1742, Maschke an Schlicker, 4. 7. 1963.

[148] Stellungnahmen in: BA-MA, B 205/5.

[149] BA-MA, B 205/1762, Nahm an Carstens, 7. 3. 1966. Die in den frühen Jahren der Bundesrepublik verbreitete Annahme der Existenz von sogenannten „Schweigelagern" in der Sowjetunion muss vor dem Hintergrund der hohen Zahl von rund 1,5 Millionen nicht geklärten Vermisstenschicksalen gesehen werden. Noch in den 1960er Jahren meldeten sich Personen zu Wort, deren Angehörige als verschollen galten und die aufgrund von Aussagen ehemaliger Soldaten und Kriegsgefangener annahmen, dass diese noch am Leben seien, deshalb jedoch kein Lebenszeichen gaben, weil ihnen in „Schweigelagern" in der Sowjetunion jeglicher Kontakt

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Auswärtige Amt zeigte sich von solchen Argumenten, die auf das kritisch-aufklärerische, einigen in der Öffentlichkeit inzwischen verfestigten Mythen entgegenwirkende Potential der Studien verwiesen, unbeeindruckt. Auch weitere Versuche der WK, das Ministerium zu einem grundlegenden Umdenken zu bewegen, blieben erfolglos[150].

Eine weitere, ebenso erfolglose Strategie bestand darin, auf die Gefahr einer möglichen Skandalisierung der Praxis des Auswärtigen Amtes hinzuweisen bzw. mehr oder weniger deutlich mit der Herstellung von Öffentlichkeit zu drohen. Nahm verwies in diesem Zusammenhang auf die „beunruhigenden" Stimmen aus den Reihen des VdH, der „ein oft bekundetes Interesse an der Veröffentlichung" habe, „über Abgeordnete in allen Fraktionen verfüge" und eine parlamentarische Anfrage in dieser Sache vorbereite[151]. Maschke seinerseits war darum bemüht, das Auswärtige Amt, nachdem es erste Unstimmigkeiten aufgrund einiger Berichte in der Presse gegeben hatte, zumindest auf eine bei Anfragen kommunizierbare Sprachregelung festzulegen, in der die Verantwortlichkeit für die verhinderte Auslieferung der Bände klar benannt werden sollte[152]. Er schlug dem BMVt in diesem Zusammenhang vor, auf Anfrage folgende Auskunft zu erteilen:

> „Die Untersuchungen über die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des 2. Weltkriegs […] sollen der Öffentlichkeit nur begrenzt zugänglich gemacht werden. Die Studien über die deutschen Kriegsgefangenen im Osten werden gedruckt, aber nur an wissenschaftliche Bibliotheken ausgeliefert. Sie stehen daher auf diesem Weg für die wissenschaftliche Benutzung zur Verfügung. Dagegen sollen die Untersuchungen über die deutschen Kriegsgefangenen in westlichen Gewahrsamsmächten infolge politischer Bedenken (auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes) nicht gedruckt werden."[153]

Dieser Vorschlag ging allerdings selbst dem BMVt zu weit. Staatssekretär Nahm ließ mitteilen, dass „keine besondere Bekanntgabe" zu erfolgen habe[154]. Insbesondere solle „davon abgesehen werden, irgendwelche Einzelheiten mitzuteilen". Auch der Hinweis auf die Belieferung ausgewählter Bibliotheken brauche „nicht besonders erwähnt zu werden", da dies ohnehin „bald bekannt werden wird"[155].

---

zur Außenwelt verboten sei. Sowohl die WK als auch der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes wiesen diese These in öffentlichen Stellungnahmen stets vehement zurück.

150 Die Schieder-Kommission war hier erfolgreicher. Auch deren Manuskripte mussten dem Auswärtigen Amt zur Begutachtung vorgelegt werden, das die Veröffentlichung zwar in einigen Fällen aus politischen Gründen verzögerte, aber nicht gänzlich unterband. Vgl. Beer, Die Dokumentation, S. 107–109.

151 BA-MA, B 205/1762, Nahm an Carstens, 7. 3. 1966. Dass diese Anfragen eher auf den Versuch einer Abrechnung mit der WK abzielten, wurde freilich nicht kommuniziert.

152 BA-MA, B 205/1742, Vermerk Maschke, 9. 1. 1963.

153 BA-MA, B 205/1742, Maschke an Schlicker, 7. 2. 1964.

154 BA-MA, B 205/1742, Schlicker an Maschke, 14. 2. 1964. Auch daran scheint sich im Verlauf der Jahre nichts Wesentliches geändert zu haben. Selbst auf eine zwei Jahre später von Böhme gestartete Anfrage ließ das BMVt wissen, dass eine Beantwortung möglicher Anfragen „hinauszuzögern" sei. Vgl. BA-MA, B 205/1762, von zur Mühlen an Böhme, 1. 4. 1966.

155 Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nahms Vermutung, dass die Öffentlichkeit auch ohne Mitteilung auf die Problematik aufmerksam werden würde, sowie die von Maschke geäußerte Sorge, dass das Interesse der Presse durch die Ablehnung von Auskünften „besonders geweckt" werden und zudem ein falsches Bild von der Arbeit der WK und dem Inhalt der Forschungsergebnisse entstehen könnte[156], sollte sich bald als zutreffend erweisen.

Im April 1969 veröffentlichte *Der Spiegel* einen umfangreichen Bericht über die deutschen Kriegsgefangenen, in dem nicht nur die verweigerte Freigabe der Bände thematisiert, sondern auch ausführlich auf die in den sekretierten Bänden dokumentierten Forschungsergebnisse der WK eingegangen wurde[157]. Die Reaktion der WK auf den *Spiegel*-Bericht war zweideutig: Einerseits war sie darum bemüht, öffentlich jegliche Beteiligung am Zustandekommen des Artikels von der Hand zu weisen. Maschke erklärte in einer „Gegendarstellung", die WK habe der *Spiegel*-Redaktion die entsprechenden Bände nicht zur Verfügung gestellt, diese sei vielmehr „auf einem der WK unbekannten Wege auf die Bände gestoßen"[158]. Andererseits war Maschke mit dem Erscheinen des Artikels hochzufrieden, da er dadurch „die Dinge doch so sehr in Gang gekommen" sah, „daß wir nun eine größere Öffentlichkeit erreichen werden". Nicht zuletzt erhoffte er sich dadurch die „Auflockerung der Sekretierung unserer Bände bei den wissenschaftlichen Bibliotheken", zumindest aber eine Behandlung „im gleichen Sinne wie die nationalsozialistische Literatur", die mit Genehmigung von Bibliotheksleitern oder Empfehlungsschreiben von Professoren zur Benutzung freigegeben war[159].

Ob die im Juli 1969 tatsächlich erfolgte Lockerung der Sekretierung mit der *Spiegel*-Veröffentlichung in Zusammenhang stand, muss dahingestellt bleiben[160]. Die Berichterstattung gab allerdings Anlass für eine Anfrage, die der Bundestagsabgeordnete Baier (CDU/CSU) in der Fragestunde des Bundestages am 25. April 1969 an Außenminister Willy Brandt richtete[161]. Darin wurde Brandt gebeten, über das Vorgehen des Auswärtigen Amtes und die Gründe für die Sekretierung der Bände Auskunft zu erteilen[162]. Brandt erklärte nun öffentlich, was den Beteiligten aus dem internen Schriftverkehr bereits seit Jahren bekannt war: Eine „massierte Publizierung des Materials" könne den Eindruck einer politischen

[156] Durch die Ablehnung von Auskünften entstehe „der Verdacht einer Geheimniskrämerei, zu dem in Wirklichkeit kein Anlass ist. Die Presse muss den Eindruck erhalten, dass die WK über politisch bedenkliches Material verfügt." BA-MA, B 205/1742, Vermerk Maschke, 9. 1. 1963.

[157] Kriegsgefangene. Skoro domoi, in: Der Spiegel vom 14. 4. 1969, S. 68–92.

[158] Gegendarstellung, in: Der Heimkehrer 19 (1969), Nr. 13, S. 4.

[159] BA-MA, B 205/1762, Maschke an Ventzki, 7. 5. 1969.

[160] Von diesem Zeitpunkt an waren die in den Bibliotheken vorhandenen Bände für wissenschaftliche Zwecke einschließlich der Anfertigung von Dissertationen zugänglich. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 36.

[161] So zumindest die Ansicht von Maschke: „Es ist mir außerordentlich interessant, daß der Aufsatz im ‚Spiegel' nun auch zu einer Anfrage im Bundestag geführt hat." BA-MA, B 205/1762, Maschke an Ventzki, 7. 5. 1969.

[162] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 5. Wahlperiode, 229. Sitzung, 25. 4. 1969, Bonn 1969, S. 12629–12631.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Absicht erwecken und eine unerwünschte Diskussion im In- und Ausland provozieren. Damit sei die Gefahr verbunden, „alte Wunden" aufzureißen. Und dies sei „der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich". Von daher habe das Auswärtige Amt beschlossen, erst nach der Fertigstellung aller Bände über deren Freigabe zu entscheiden[163]. In den Antworten auf weitere Anfragen von Bundestagsabgeordneten im Jahr 1971 wurde diese Haltung erneut bestätigt. Die Bundesregierung werde, so Staatssekretär Karl Moersch (AA), die Dokumentation der Öffentlichkeit freigeben, „wenn nach Abschluß der Dokumentation eine Überprüfung zu dem Ergebnis führt, daß gegen eine uneingeschränkte Freigabe keine Bedenken bestehen"[164]. Die Kriterien, nach denen dabei verfahren werde, seien „die Interessen der Bundesrepublik Deutschland, und die Interessen der Bundesrepublik Deutschland sind es, zu einer Versöhnungspolitik in Europa zu kommen"[165].

Zumindest innenpolitisch schien die Strategie, die das Auswärtige Amt verfolgte, nicht ganz aufzugehen. Zwar lösten die Bände, über deren Existenz die Öffentlichkeit inzwischen informiert war, keine Debatte über die nationalsozialistischen Verbrechen aus, aber einige Zeitschriften sprangen doch auf die These von der „Geheimniskrämerei" an. Damit bestätigte sich Maschkes immer wieder vorgebrachte Befürchtung, eine Sekretierung der Bände würde genau das Gegenteil von dem bewirken, was die Regierung erreichen wolle: nämlich zuallererst Misstrauen und Neugier wecken. Auch seine Sorge, dass damit ein falsches Licht auf die Forschungsergebnisse der WK falle, schien sich nun zu bewahrheiten. „Womit läßt sich die Bonner Geheimnistuerei erklären? Ist die Wahrheit über die Kriegsgefangenschaft so grausam, daß niemand sich heute traut, sie in ihrer ganzen Unmenschlichkeit offenzulegen?", fragte die *Neue Westfälische* am 9. Februar 1972. Den Höhepunkt dieser Art von Berichterstattung lieferte die *Quick*, die im März 1972 eine neunteilige Serie mit dem Titel „Keiner sollte wissen, wie sie starben. Die geheimen Dokumente über das erschütternde Schicksal von 1,5 Millionen Kriegsgefangenen" startete[166]. Mit den „geheimen Dokumenten" waren die Studien der WK gemeint, die sich die Redaktion auf unbekanntem Weg verschafft hatte. *Quick* ließ seine Leser wissen, das Thema der Serie sei „der grausame Tod von 1,5 Millionen deutschen Soldaten", über den die Gesellschaft nichts erfahren dürfe: „Wir dürfen nicht wissen, was diese elf Millionen deutschen Männer litten. Wir sollen nicht erfahren, wie 1,5 Millionen starben."[167] Die „Geheimniskräme-

[163] Ebenda, S. 12630.
[164] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 146. Sitzung, 22. 10. 1971, Bonn 1971, S. 8409.
[165] Ebenda, S. 8410. Auch eine in der 139. Sitzung behandelte schriftliche Anfrage des Abgeordneten Niegel (CDU/CSU) hatte nichts anderes ergeben. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 6. Wahlperiode, 139. Sitzung, 1. 10. 1971, S. 8073 f. Allerdings wurde der Kreis der Empfänger der Schriftenreihe nach 1969 weiter ausgedehnt. Vgl. Maschke, Deutsche Kriegsgefangenengeschichte, in: Ders. (Hrsg.), Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, Bd. XV, S. 35.
[166] Vgl. Quick vom 8. 3. 1972 bis 3. 5. 1972.
[167] Quick vom 8. 3. 1972, S. 3.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rei" der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Studien der WK sei unverständlich, da es sich dabei „um eine unbestechliche, historische Arbeit" handele, um „nichts weiter als die Wahrheit", um „schlicht und einfach ein Stück Geschichte": „Und Geschichte kann echte Versöhnung unter den Völkern nicht stören". Sogar die „Herstellung historischer Gerechtigkeit" wurde beschworen, die dazu beitragen solle, „dass die Jungen ihre Väter mit anderen Augen sehen und die Älteren an die Zeit denken, in der ihr Leben erloschen schien"[168].

Maschkes letzter Versuch, die allgemeine Freigabe der Bände zu erwirken, erfolgte auch als Reaktion auf die in seinen Augen schädliche Wirkung der *Quick*-Serie. Wieder wurden im Zusammenhang mit den deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs Mythen gestrickt, die er und seine Mitarbeiter doch gerade zu entzaubern suchten. Nur wenige Tage vor der Auflösung der WK zum Ende des Jahres 1972 richtete er ein Schreiben an Außenminister Scheel und Innenminister Genscher, in welchem er erneut auf die schädliche Wirkung der Zurückhaltung der Studie verwies und auf der Dringlichkeit der Freigabe beharrte:

> „Eben diese beschränkte Freigabe hat dazu geführt, daß die Diskussion der Bände der WK in der Öffentlichkeit ohne unser Zutun und gegen unseren Willen eine völlig falsche Akzentuierung erhalten hat, indem die Studien als zurückgehaltene Publikationen der Regierung über Verbrechen an ehemaligen deutschen Soldaten mißdeutet werden. Die Schriftenreihe als Ganzes gibt hierzu nicht den geringsten Anlaß. Die streng wissenschaftlichen, anerkannt objektiven Darstellungen des Gefangenenschicksals, für die westlichen Gewahrsamsmächte überdies ergänzt durch vertrauensvoll überlassene interne Akten dieser ehemaligen Gewahrsamsstaaten und das reiche Berichtsmaterial des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (Genf), sind von mir und meinen Autoren und Mitarbeitern ganz im Gegenteil niedergeschrieben unter dem Gesichtspunkt, zwischen den ehemals verfeindeten Völkern Brücken des gegenseitigen Verstehens zu schlagen. Das mehrfache Echo ausländischer Gelehrter und Journalisten bestätigt uns, daß diese Konzeption richtig verstanden worden ist."[169]

Ein Jahr nach der Fertigstellung des letzten Bandes wurde Maschkes dringlichem Wunsch schließlich entsprochen. Im Dezember 1975 gab das Innenministerium die Schriftenreihe für den Verkauf im Buchhandel frei[170], nachdem bis zum Ende des Jahres 1972 die verbleibenden Forschungsarbeiten auf der Basis von Werkverträgen fertiggestellt worden waren. Für die Rezeption der Bände war diese spät erfolgte Freigabe sicherlich nicht förderlich. Wer vor 1975 in die Schriftenreihe Einsicht nehmen wollte, fand zwar Mittel und Wege, wie die

[168] Ebenda.
[169] BA-MA, B 205/5, Maschke an Scheel, 28. 12. 1972, und Maschke an Genscher, 28. 12. 1972.
[170] Dies hatte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Baum, in der Fragestunde im Deutschen Bundestag am 26. 11. 1975 bekannt gegeben. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte, 7. Wahlperiode, 202. Sitzung, 26. 11. 1975, Bonn 1975, S. 14005.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Berichterstattungen im *Spiegel* und in der *Quick* zeigten. Eine größere Aufmerksamkeit fanden die Studien allerdings bis heute nicht und auch die Versuche der Skandalisierung des Vorgehens des Auswärtigen Amtes in einigen Medienberichten konnten eine solche nicht bewirken.

4. Schlussfolgerungen

Die Geschichte der Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte ist ein Lehrstück über Konflikte, die aus dem Spannungsverhältnis von Zeitgeschichtsschreibung, Erinnerung und Politik resultieren. Im Zentrum der Auseinandersetzungen um die angemessene Deutung und Darstellung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs standen die Mitarbeiter der WK, die umso vehementer auf ihrem Anspruch auf wissenschaftlicher Objektivität beharrten, je mehr von Seiten des VdH und des Auswärtigen Amtes der Versuch unternommen wurde, Einfluss auf die Studien zu nehmen. Die WK war dabei keineswegs blind gegenüber den Gefahren, die eine offene Thematisierung der Geschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft barg. Dem möglichen Vorwurf, mit ihren Studien einer Aufrechnung der nationalsozialistischen Verbrechen Vorschub zu leisten, begegneten sie zum einen mit einer Initiative, die parallele Forschungsprojekte zu den Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam anregte. Neben diesem Vorschlag einer vergleichenden Geschichtsschreibung der Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs meinten sie Verständigung zwischen den ehemaligen Gegnern des Zweiten Weltkriegs gerade durch eine offene Thematisierung auch schwieriger Aspekte der Kriegsgefangenschaft schaffen zu können. Damit sollte einer Legendenbildung auf Seiten aller beteiligten Staaten und Gesellschaften entgegengewirkt werden. Dieses Beharren auf wissenschaftlicher Objektivität verhinderte allerdings auch, dass die Mitarbeiter der WK nach methodischen Ansätzen suchten, die die Bedürfnisse der Betroffenen zumindest teilweise berücksichtigten und integrierten. Von der Interessenvertretung der ehemaligen Kriegsgefangenen unter Druck gesetzt, unternahm die WK nicht einmal den Versuch, die Erinnerungen der Betroffenen in ihr Konzept einer Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs einzubeziehen.

Die Positionen des VdH im Konflikt um das Forschungsprojekt zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte waren deutlich von der spezifischen Struktur und Funktionsweise kollektiver politischer Erinnerungen geprägt, die sich durch eine regelrechte Überhöhung von eigenen Erfahrungen, durch inhaltliche Engführung und eine ausgesprochene Intoleranz gegenüber alternativen Deutungen auszeichnete. Dem wissenschaftlichen Anspruch der WK wurde eine eindimensionale Deutung des vergangenen Geschehens gegenübergestellt, das ausschließlich auf das subjektive Erleben fokussiert blieb und darüber hinaus vollständig auf die Einordnung in den zeithistorischen Kontext und auf die Klärung von Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegsgefangenschaft des Zweiten Weltkriegs verzichtete. Darüber hinaus diente dieser ausgesprochen selektive Rückgriff auf das vergangene Geschehen der Legitimation von gegenwärtigen Interessen des

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verbandes – auch dies ein durchaus typisches Merkmal politischer Erinnerungen. Im Fall des VdH wurde damit nicht nur die kollektive Identität des Verbandes fundiert, sondern auch der Anspruch auf den Status einer Deutungselite abgeleitet. Deshalb waren die Deutungen des Verbandes weniger auf das vergangene Geschehen, sondern vielmehr fast ausschließlich auf die „Lehren" ausgerichtet, die aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen seien.

Aus der Perspektive des Auswärtigen Amtes schließlich war nicht nur die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs, sondern jede Thematisierung des Nationalsozialismus und seiner unmittelbaren Folgen ein Pulverfass, das sowohl außenpolitische Aussöhnung wie auch innenpolitische Konsolidierung gefährdete. Erst dreißig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg schien dieser politische Sprengstoff soweit entschärft, dass einer Veröffentlichung nichts mehr entgegenstand. Bis zu diesem Zeitpunkt wies die Position des Auswärtigen Amtes auch über die im Untersuchungszeitraum erfolgten Regierungswechsel hinweg eine deutliche Kontinuität auf. Die Sorge um das Gelingen außenpolitischer Versöhnung und innenpolitischer Konsolidierung veranlassten das Ministerium zu einem Vorgehen, das sich als Versuch der Unterdrückung von potentiellen Konflikterinnerungen von offizieller Seite beschreiben lässt. Sowohl die Medienberichterstattung, die Hartnäckigkeit der WK in der Frage der Veröffentlichung der Schriftenreihe als auch die Aktivitäten des VdH machen jedoch deutlich, dass der Versuch, Erinnerungen zu unterdrücken und Vergessen zu steuern, in einer Demokratie ein schwieriges, wenn nicht gar hoffnungsloses Unterfangen ist.

Angesichts der politischen Sensibilität des Auswärtigen Amtes in der Frage der möglichen Negativwirkung von Vergangenheitsdarstellungen stellt sich allerdings die Frage, was die Bundesregierung dazu veranlasste, eine Studie zur deutschen Kriegsgefangenengeschichte überhaupt in Auftrag zu geben. Die politischen Akteure, so lautet die Antwort, wollten auf die Eventualität von Friedensverhandlungen vorbereitet sein. Damit aber rückt eine zweite Vergangenheit in den Blick. Nicht ausschließlich die Nachwirkungen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Zweiten Weltkriegs auf die deutsche Nachkriegsgesellschaft waren in diesem Zusammenhang relevant. Vielmehr ging es auch um die Frage nach den „Lehren", die aus der Zwischenkriegszeit zu gewinnen waren. Die Bundesregierung zog mit der Entscheidung, eine Studie zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs in Auftrag zu geben, Konsequenzen aus den deutschen Friedensvorbereitungen für Versailles 1918/19, die nicht nur in der weithin geteilten zeitgenössischen Interpretation als misslungen galten. Wie sich am Beispiel der Geschichte der WK auch zeigen lässt, gerieten diese Lehren allerdings in ein deutliches Spannungsverhältnis zu den aus dem Zweiten Weltkrieg und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu ziehenden Erkenntnissen, die für ein politisch sensibles Vorgehen gewichtige Gründe lieferten. Diese konkurrierenden, zumindest aber in einem gewissen Widerspruch stehenden Lehren aus Vergangenheit*en* legen es nahe, die Frage nach der Wirkung vergangener Zeiten und historischer Ereignisse weiter und offener zu fassen, als dies in Studien zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der Regel geschieht.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Rechtsanwalt, Koordinator der Judenverfolgung in Frankreich und Oberbürgermeister in Celle nach 1945 – das sind die Kapriolen einer Karriere, die so oder so ähnlich tausendfach zu konstatieren ist. Die Geschichtswissenschaft steht hier vor vielen Fragen: worin besteht das innere Kontinuum? Und was bewog einen unbescholtenen hervorragenden Juristen ohne Bindung an die NS-Vernichtungsideologie, aktiv an der Judenverfolgung mitzuwirken? Martin Jungius und Wolfgang Seibel rollen einen solchen Fall auf und entdecken dabei einen neuen Typus: den Bürger als Schreibtischtäter.

Martin Jungius und Wolfgang Seibel

Der Bürger als Schreibtischtäter

Der Fall Kurt Blanke

1. Zur Charakteristik einer Tätergruppe

Die vorliegende Abhandlung befasst sich mit der Tätigkeit von Dr. jur. Kurt Blanke (1900–1997) als Kriegsverwaltungsbeamter im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers in Frankreich (MBF) in den Jahren 1940 bis 1944. Blanke, geboren am 18. November 1900 in Emden, leitete in der Zentrale der deutschen Militärverwaltung in Paris das Referat Wi I/2 (ab Frühjahr 1942 Wi I/1) mit der Bezeichnung „Entjudung". Person und Tätigkeit Blankes sind exemplarisch für den Typus des Schreibtischtäters[1]: Blanke war verantwortlich für die Errichtung und Ausgestaltung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen der Judenverfolgung in Frankreich unter deutscher Besatzung, soweit sie den wirtschaftlichen Aspekt betraf, und für die Überwachung der Ausführung der gegen die Juden gerichteten Verordnungen und Einzelmaßnahmen der Besatzungsmacht. Zum engeren Aufgabenbereich von Blanke gehörte ab dem Frühjahr 1941 insbesondere die Aufsicht über den *Service du contrôle des administrateurs provisoires* (SCAP), der französischen Behörde zur Durchführung der wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden, die im Juni 1941 in das *Commissariat général aux questions juives* eingegliedert wurde[2].

Kurt Blanke musste sich für seine Beteiligung an der Judenverfolgung in Frankreich nie vor einem Gericht verantworten. Er gehörte nicht zum Typus der

[1] Der unscharf definierte Begriff „Schreibtischtäter" umschreibt nach gängigem Verständnis diejenige Person, die die Ausführung einer Straftat anordnet, ohne an der Tatausführung selbst beteiligt zu sein. Unabhängig von der – selten in Anspruch genommenen – strafrechtlichen Definition (in Frage käme die Figur des mittelbaren Täters oder des Mittäters nach § 25 Abs. 1 und 2 StGB) beschränkt sich die Verwendung des Begriffs meist auf den Hintermann eines Massenverbrechens, weil dieses von Planung und Organisation und insofern von Schreibtischarbeit abhängig ist.

[2] Vgl. Martin Jungius, Der verwaltete Raub. Die „Arisierung" der Wirtschaft in Frankreich in den Jahren 1940 bis 1944, Ostfildern 2008.

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0010
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schreibtischtäter aus dem inneren Machtbereich der NS-Diktatur oder des SS- und Gestapo-Apparates. Zwar war Blanke seit dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP. Im Sommer desselben Jahres trat er auch in die SA ein. Gleichwohl war er kein linientreuer Nazi. Dies legt – außer den mit Vorsicht zu interpretierenden Zeugnissen von Zeitgenossen[3] – vor allem sein Austritt aus der SA nach dem Novemberpogrom 1938 nahe, der ein Nachspiel vor dem NSDAP-Gaugericht Ost-Hannover hatte[4]. Blanke war also augenscheinlich ein Mann mit Urteilsfähigkeit, Entschlusskraft und Zivilcourage. Dennoch setzte er sich als Leiter des Referats „Entjudung" beim Militärbefehlshaber in Frankreich mit besonderer Energie und Findigkeit für den Aufbau eines effektiven Apparates der wirtschaftlichen Judenverfolgung ein, in Einzelfällen trieb er auch selbst die Verfolgungsmaßnahmen entschlossen voran. Dies ergibt sich vor allem aus den einschlägigen französischen Archivbeständen[5].

Kennzeichnend für Täter wie Blanke ist ferner ein spezifischer Zusammenhang zwischen habituellen und motivationalen Grundlagen der Verfolgungstätigkeit und der Nachkriegskarriere. Gerade wegen ihrer nur schwach ideologisierten, vielmehr nüchtern-professionellen Motivlage erwies sich die Gruppe der hochqualifizierten Schreibtischtäter bei der Verfolgung der Juden als besonders effektiv. Die zugrunde liegenden Sozialisationsfaktoren waren vor dem Krieg in einem geordneten bürgerlichen Leben erworben worden, sie boten während des Krieges, in einer Zeit der Unordnung, psychologischen Rückhalt und sie waren nach dem Krieg erst recht von größter Nützlichkeit. Erst das Fehlen moralischer und

[3] Vgl. etwa Walter Bargatzky, Hotel Majestic. Ein Deutscher im besetzten Frankreich, Freiburg i. Br. 1987, S. 105. Bargatzky, Jg. 1910, war von August 1940 bis Anfang 1944 Referent für völkerrechtliche Fragen beim MBF, zuletzt als Leiter der „Gruppe Justiz".

[4] Blanke begründete seinen Austritt aus der SA mit der Formel, er habe als SA-Mann durch die Ereignisse vom 9. und 10. November 1938 durch „Gehorsam seine Ehre verloren". Das NSDAP-Gaugericht hielt die Auffassung Blankes fest, es sei „schimpflich, gegen Wehrlose vorzugehen, besonders, da die befohlene Handlung leicht die niedrigsten Instinkte auslösen könnte". Siehe Beschluss des NSDAP-Gaugerichts Ost-Hannover vom 27. 1. 1939 (ausgefertigt 31. 1. 1939), in: Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: Nds. HStA), Nds 171 Lüneburg 15355, Bl. 26–34. Das Entlassungsgesuch von Blanke wurde von der SA abgelehnt, stattdessen beantragte der Führer der Celler SA-Standarte 77 Blankes Ausschluss (sowie den seines Kollegen Hans Joachim Frisius, der die Teilnahme am Pogrom von vornherein verweigert hatte) aus der SA und der NSDAP, sowie ein sogenanntes „Ehren- und Disziplinarverfahren" bei der Anwaltskammer Hannover. Allerdings sollten aufgrund der „Anordnung des Stellvertreters des Führers vom 1. 12. 1938 [...] die Vorgänge, die um den 9. 11. 1938 gegen Juden gerichtet waren und zu Beschwerden über Parteigenossen und über Angehörige der Gliederungen geführt haben, in die Hände der Gestapo und der Parteigerichtsbarkeit gelegt werden". Beschluss des Gaugerichts Ost-Hannover vom 27. 1. 1939, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355, S. 26–34. Das zuständige Gaugericht Ost-Hannover beschloss die Entlassung Blankes aus der SA. Das Disziplinarverfahren wurde eingestellt.

[5] Es handelt sich vor allem um die Bestände des Archives nationales Paris (künftig: AN), AJ 38 (Commissariat général aux questions juives), und AN, AJ 40 (Archives allemandes de la Seconde guerre mondiale). Sie wurden im Rahmen des DFG-Projekts „Institutionalisierung und Handlungslogik der Verfolgung, 1940–1944" erstmals gemeinsam mit den betreffenden Beständen des Bundesarchivs-Militärarchiv Freiburg i. Br. (künftig: BA-MA) von Martin Jungius ausgewertet.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

politischer Urteilskraft aber machte aus den bürgerlichen Tugenden, denen Männer wie Blanke sich verpflichtet fühlten, eine Quelle von Verfolgung und Vernichtung. In ihrer Skrupellosigkeit ähnelten bürgerliche Schreibtischtäter wie Blanke jener „Generation des Unbedingten", für die namentlich die jungen Akademiker unter den Angehörigen des Reichssicherheitshauptamts stehen[6]. Von den ideologisch geprägten *parvenus* à la Eichmann trennten sie aber nicht nur höhere Intelligenz und gute Manieren, sondern auch, soweit es um das „Handwerk" der Judenverfolgung ging, weitaus universellere und damit in einem buchstäblichen Sinne gemeingefährlichere Motive. Mehr noch: Gegen die „Judenreferenten" oder „Judenberater" aus dem Geschäftsbereich des Referats IV B 4 im Reichssicherheitshauptamt hegten die Angehörigen der traditionellen Verwaltungseliten nicht selten eine auf fachliches Überlegenheitsgefühl und Standesdünkel gegründete Geringschätzung.

Beides nun, erwiesene Flexibilität und damit Fungibilität für die Judenverfolgung und die gleichwohl gepflegte Distanz gegenüber dem SD und seinen als plebejisch empfundenen Vertretern, bildet die Verbindungslinie zwischen der Täter- und der Nachkriegsbiografie dieser Personengruppe. Die Mitwirkung an der Judenverfolgung in der anonymen Maschinerie einer Besatzungsverwaltung konnte verheimlicht und verdrängt, Animositäten gegenüber SS und Gestapo konnten zu stiller Opposition umgedeutet, die bürgerlichen Tugenden konnten in Neuanfang und Wiederaufstieg investiert werden. Nicht nur die weitgehend unbehelligten und in nicht wenigen Fällen ausgesprochen erfolgreichen Lebenswege bürgerlicher Schreibtischtäter nach 1945 haben hier ihre Wurzel, sondern, nolens volens, auch die erfolgreichen Mobilisierungsversuche bürgerlicher Funktionseliten für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland[7].

In dieser Hinsicht ist der Fall Kurt Blanke besonders aufschlussreich. In seinem in der britischen Besatzungszone durchgeführten Entnazifizierungsverfahren wurde Blanke zunächst in die Kategorie IV („*nomineller Nazi-Unterstützer*") eingestuft, nach Widerspruch dann jedoch als entlastet in die Kategorie V („*keine Bedenken*")[8] – eine Wertung, die, wie wir sehen werden, der tatsächlichen Mitver-

[6] Vgl. Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamts, Hamburg 2002.

[7] Vgl. hierzu Norbert Frei u. a., Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a. M./New York 2001. Das dortige Kapitel von Marc von Miquel, Juristen: Richter in eigener Sache, S. 181– 237, konzentriert sich auf die Justiz. Was die Karrierekontinuität unter den *Verwaltungs*juristen betrifft, haben bis heute in Forschung und Öffentlichkeit im Wesentlichen nur die spektakulären Fälle von Spitzenbeamten oder Ministern (Globke, Oberländer) oder einzelner, eher atypischer Verwaltungszweige wie des Auswärtigen Dienstes Beachtung gefunden. Eine Ausnahme bildet die Studie von Alfons Kenkmann, The Looting of Jewish Property and the German Financial Administration, in: Gerald D. Feldman/Wolfgang Seibel (Hrsg.), Networks of Nazi Persecution. Bureaucracy, Business and the Organization of the Holocaust. New York/Oxford 2005, S. 148–167.

[8] Entnazifizierungs-Entscheidung des Berufungsausschusses für die Entnazifizierung in Celle vom 1. 11. 1948, Entnazifizierungsakte Kurt Blanke, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355, Bl. 71–73. Siehe auch Einreihungsbescheid (Kategorien III und IV) vom 31. 12. 1947, Entnazifizierungsakte Kurt Blanke, in: Ebenda, Bl. 68.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

antwortung Blankes für die Judenverfolgung in Frankreich Hohn spricht. Nach dieser Salvierung konnte Blanke in seiner Heimatstadt Celle nahtlos an die bürgerliche Vorkriegsexistenz als erfolgreicher Rechtsanwalt anknüpfen. Hinzu kamen ein überaus erfolgreiches kommunalpolitisches Engagement und eine umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit. Von 1948 bis 1961 war Blanke für die Deutsche Partei im Celler Stadtrat, von 1961 bis 1973 dann für die CDU. Von 1964 bis 1973 war Blanke Celler Oberbürgermeister. Er stand ferner dem Advokatenverein vor, war Mitglied eines „Waisenhaus-Kollegiums", Vorstand der Krankenhausstiftung, Verwaltungsrat einer Wohnbau- und einer Schützengesellschaft und Gründungsmitglied des örtlichen Rotary Clubs. 25 Jahre lang gehörte Blanke dem Landesprüfungsamt beim niedersächsischen Justizministerium an. Von 1957 bis 1977 war er Mitglied des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs. 1969 erhielt er das Große Bundesverdienstkreuz, 1979 das Große Verdienstkreuz des Niedersächsischen Verdienstordens. Im selben Jahr wurde ihm die Hans-Dahs-Plakette des Deutschen Anwaltsvereins verliehen[9]. Heute trägt eine Sackgasse in Celle den Namen Kurt-Blanke-Straße.

Zur eindrucksvollen Lebensbilanz Kurt Blankes nach 1945 will seine Tätigkeit als einer der Hauptverantwortlichen für die wirtschaftliche Verfolgung der Juden im besetzten Frankreich 1940 bis 1944 nicht passen. Und doch gibt gerade dieser „Bruch" Anlass zu neuen Fragen, was die verhängnisvolle Verbindung von bürgerlichen und beruflichen Tugenden mit dem verbrecherischen Charakter der nationalsozialistischen Diktatur betrifft. Die Generation Blankes, die zu Kriegsbeginn Mitte 30- bis Anfang 40-Jährigen, erlebte den Nationalsozialismus nicht als Jugendliche, sondern im gestandenen Erwachsenenalter. Sie verfügte über eine stabilisierte Sozialisation, deren prägende Phasen vor 1933 lagen. Die dort erworbenen und bewährten Verhaltensmuster dienten der Orientierung erst recht in den allfälligen Bewährungs- und Belastungssituationen des Krieges. Fachkunde, Pflichterfüllung, Verhandlungsgeschick – im Fall Blankes offenbar auch eine gewisse Bonhomie[10] – waren Einstellungsmuster und Charaktereigenschaften, die sich vor, während und nach der Kriegszeit bewährten und sowohl die Effektivität als Judenverfolger als auch die Verleugnung dieser Schattenseite der eigenen Biografie sowie die zum Teil bemerkenswerten Nachkriegskarrieren erklären[11].

---

[9] Angaben nach Hans J. Brandt, Vergangenes Heute. Historisches und Persönliches aus der Rechtsanwaltskammer in Celle, Celle 2000, S. 132–133.

[10] Vgl. Bargatzky, Hotel Majestic, S. 105.

[11] Zu dieser Gruppe gehörten in den höheren Rängen der deutschen Besatzungsverwaltung in Frankreich etwa Dr. Elmar Michel, Jg. 1897, als Leiter der Abteilungen „Wirtschaft" im Verwaltungsstab des MBF und zuletzt des Verwaltungsstabes selbst maßgeblich an der wirtschaftlichen Judenverfolgung beteiligt, und Dr. Ernst Achenbach, Jg. 1909, als Leiter der Politischen Abteilung der Deutschen Botschaft in Paris von 1940 bis 1943 einer der Hauptverantwortlichen für die Judendeportationen. Michel, ein Karrierebeamter aus dem Reichswirtschaftsministerium, war ab 1953 wieder Ministerialdirektor und Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, seit 1955 dann Vorstandsmitglied der Salamander AG. Achenbach, ab 1949 FDP-Bundestagsabgeordneter, gehörte bald zum politischen Establishment der Bundesrepublik. Zu Michel vgl. Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, und Bernhard Löffler, Soziale Marktwirtschaft. Das Bundeswirtschaftsmi-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. Besatzungsverwaltung und „Maßnahmen gegen Juden" nach dem deutsch-französischen Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940

Die deutsche Besatzungsverwaltung in Frankreich[12] war als „Aufsichtsverwaltung"[13] konzipiert: Dem intakt gelassenen französischen Regierungs- und Verwaltungsapparat stand eine deutsche Militärverwaltung mit dem „Militärbefehlshaber" an der Spitze gegenüber, die eigene Verordnungen erlassen konnte, welche im besetzten (nördlichen und westlichen) Teil Frankreichs unmittelbare Gültigkeit hatten, während sie im unbesetzten Teil des Landes durch eigene Rechtssetzungsakte der französischen Regierung, die ab August 1940 ihren Sitz in Vichy hatte, übernommen werden konnten. Ob und in welchem Umfang dies geschah, blieb Verhandlungssache. Als „Militärbefehlshaber" fungierte anfangs der Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch. Am 25. Oktober 1940 trat der reaktivierte General Otto von Stülpnagel an die Spitze des Besatzungsregimes. Ihm unterstanden fünf Militärverwaltungsbezirke (die regional gegliederten Bezirke A, B und C sowie die Stadtbezirke Bordeaux und Paris), die ihrerseits die deutschen Feldkommandanturen kontrollierten. Otto von Stülpnagel reichte nach einem Konflikt mit dem Reichssicherheitshauptamt in Person von Reinhard Heydrich im Februar 1942 seinen Abschied ein. Ihm folgte im Mai 1942 sein Vetter Carl-Heinrich von Stülpnagel, der von 1940 bis 1941 Vorsitzender der Deut-

nisterium unter Ludwig Erhard, Wiesbaden 2002, jeweils passim. Bernhard Brunner, Der Frankreich-Komplex. Die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2004, S. 111–114, beschreibt die erfolgreichen Bemühungen deutscher Regierungsstellen in den 1950er Jahren, die strafrechtliche Verfolgung Michels in Frankreich zu hintertreiben. Zu Achenbach, der erst Mitte der 1970er Jahre unter dem maßgeblich von Beate und Serge Klarsfeld erzeugten Druck aus dem politischen Leben ausscheiden musste, vgl. Miquel, Juristen, in: Frei u. a., Karrieren, S. 233 f., sowie Brunner, Frankreich-Komplex, insbes. S. 197–202 u. S. 278–282. Brunners verdienstvolle Studie über die nationalsozialistischen Verbrechen in Frankreich und die Justiz der Bundesrepublik Deutschland erwähnt Kurt Blanke nicht, offenbar, weil dieser durch die Justiz vollkommen unbehelligt blieb.

[12] Gründliche Überblicke speziell über die Besatzungsverwaltung geben neben dem Standardwerk von Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, vor allem S. 59–95, Ludwig Nestler, Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1944), Berlin 1990, S. 20–92, und Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard am Rhein 1968. Vgl. ferner ders., Nationalsozialistische Expansion 1938–1941. Strukturen der deutschen Besatzungsverwaltungen im Zweiten Weltkrieg, in: Michael Salewski/Josef Schröder (Hrsg.), Dienst für die Geschichte. Gedenkschrift für Walther Hubatsch, Zürich/Göttingen 1985, S. 163–186, und ders., Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, 1. Halbband, Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1930–1941, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart 1988, S. 54–71.

[13] So die nachträgliche Charakterisierung durch Werner Best, Großraumordnung und Großraumverwaltung, in: Zeitschrift für Politik 32 (1942), S. 406–412. Best war von 1940–1942 als „Kriegsverwaltungschef" Leiter der Abteilung „Verwaltung" des Verwaltungsstabes des Militärbefehlshabers in Frankreich. Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996, S. 251–271.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Waffenstillstandskommission mit Sitz in Wiesbaden[14] und vor seiner Einsetzung als neuer Militärbefehlshaber in Frankreich Oberbefehlshaber der 17. Armee an der Ostfront gewesen war[15].

Dem Militärbefehlshaber unterstanden zwei formell selbstständige Führungseinheiten, ein Kommandostab mit Befehlsgewalt über die Besatzungstruppen und ein Verwaltungsstab. Letzterer wurde bis Juli 1942 vom vormaligen nationalsozialistischen Minister für Inneres und Wirtschaft des Landes Württemberg, Dr. Jonathan Schmid, geleitet. Sein Nachfolger wurde der ehemalige Leiter der Abteilung „Wirtschaft" der Behörde des Militärbefehlshabers, Dr. Elmar Michel, ein 1940 zum MBF versetzter Ministerialdirigent (später Ministerialdirektor) des Reichswirtschaftsministeriums. Der Verwaltungsstab untergliederte sich in die Abteilungen „Verwaltung" und „Wirtschaft". Die Abteilung Verwaltung leitete von 1940 bis 1942 Dr. Werner Best, sein Nachfolger wurde Dr. Franz Albrecht Medicus. Die Abteilung Wirtschaft stand während der gesamten Besatzungszeit unter der Leitung von Michel, der dieses Amt behielt, nachdem er im August 1942 die Leitung des Verwaltungsstabes insgesamt übernommen hatte. Einer der beiden Stellvertreter Michels war in der hier vor allem interessierenden ersten Periode der deutschen Besatzungsherrschaft der Leiter der Abteilung Wi I, „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaftsabteilungen (Rechtsangelegenheiten), Entjudung, Feindvermögen, Presse, Statistik)", Walter Sußdorf[16]. Die Leitung des Referats „Entjudung" übernahm am 18. September 1940 im Rang eines Kriegsverwaltungsrats Dr. Kurt Blanke[17].

---

[14] Zur Waffenstillstandskommission vgl. Hermann Böhme, Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg, Erster Teil: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966, S. 147–155.

[15] Die ebenso komplexe wie tragische Persönlichkeit Carl-Heinrich von Stülpnagels und seine ambivalente Rolle in verschiedenen Funktionen schlagen sich in sehr unterschiedlichen Wertungen nieder. Für Jäckel, Frankreich, S. 72, war er „eine der glänzendsten und gebildetsten Figuren des deutschen Heeres". Christian Streit, Angehörige des militärischen Widerstandes und der Genozid an den Juden im Südabschnitt der Ostfront, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000, S. 90–103, hat hingegen Stülpnagels Rolle bei den Vernichtungsaktionen im rückwärtigen Heeresgebiet der 17. Armee im Krieg gegen die Sowjetunion rekonstruiert, die in der faktenreichen, aber insgesamt distanzlosen Darstellung von Heinrich Bücheler, Carl-Heinrich von Stülpnagel. Soldat – Philosoph – Verschwörer, Frankfurt a. M. 1989, S. 230–232, bereits erwähnt, aber bagatellisiert werden. Als Mitbeteiligter an den Vorbereitungen des Attentats auf Hitler vom 20. Juli 1944 nach Berlin beordert, wurde er, nach einem vergeblichen Versuch, sich das Leben zu nehmen und durch den gescheiterten Suizid erblindet, Ende August 1944 durch den Strang hingerichtet.

[16] Sußdorf war gleichzeitig Leiter der Abteilung Wi VI, „Wirtschaftlicher Transportbedarf"; vgl. die Organigramme im Anhang zu Umbreit, Militärbefehlshaber.

[17] Die Bezeichnung dieser Dienststelle wechselte im Verlauf der deutschen Besatzungsherrschaft mehrfach. 1940 wurde sie als Referat eingerichtet. Im Frühjahr 1942 wurde die Wirtschaftsabteilung in mehrere Abteilungen untergliedert (fortan „Abteilungen Wirtschaft"), sodass die Gruppe „Allgemeine Angelegenheiten der Wirtschaftsabteilung" nun zur Abteilung und das Referat „Rechtsangelegenheit und Entjudung" seinerseits zur Gruppe wurde. Diese änderte gleichzeitig ihre Bezeichnung von Wi I/2 in Wi I/1. Zusätzlich wurden innerhalb der Gruppe Wi I/1 drei Referate gebildet, darunter das Referat Wi I/1b, das unter der Leitung

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kennzeichnend für die Anfangsphase der Judenverfolgung in Frankreich ist, dass die Regierung in Vichy noch im Sommer 1940 von sich aus die Initiative ergriff. Daraus entwickelte sich ein Nebeneinander von deutschen und französischen Rechtssetzungsakten gegen Juden, die sich zuweilen wechselseitig hochschaukelten[18]. Zwischen Juli und September 1940 erließ die Vichy-Regierung mehrere Gesetze, die sich nicht ausschließlich, der Sachlage nach aber vor allem gegen Juden richteten[19]. Mit dem Gesetz vom 22. Juli 1940 wurde die Überprüfung aller Einbürgerungen, die seit dem 10. August 1927 vollzogen worden waren, angeordnet. Mit Verordnungen Vichys vom 17. Juli sowie 14. und 15. August und vom 10. September 1940 wurden Franzosen, deren Vater Nicht-Franzose war, aus dem öffentlichen Dienst und nachfolgend aus allen freien Berufen ausgeschlossen. Hiervon waren in großem Umfang jüdische Einwanderer oder deren Kinder betroffen. Mit Gesetz vom 23. Juli 1940 verloren Franzosen, die sich ohne öffentlichen Auftrag oder ein anderes „legitimes Motiv" außerhalb des französischen Staatsgebietes, einschließlich der Kolonien und der überseeischen Gebiete, aufhielten, die Staatsbürgerschaft. Ihr Vermögen wurde eingezogen. Auch unter dieser Maßnahme hatten vor allem Juden zu leiden, insbesondere solche, die vor den deutschen Invasionstruppen geflohen waren[20].

Die erste antijüdische Verordnung von deutscher Seite erging am 27. September 1940[21]. Sie definierte, wer als „Jude" zu gelten hatte, und machte die Registrierung der Juden sowie die Kennzeichnung ihrer Geschäfte zur Pflicht. Dieses

des „Beauftragten des Militärbefehlshabers in Frankreich für die Entjudung der Wirtschaft beim Generalkommissar für Judenfragen" stand. Diese Funktion hatte ab Mai 1941 der Jurist Georg Stenger inne. Siehe dazu Jungius, Raub, S. 25 u. S. 110.

[18] Zum politisch-institutionellen Wettbewerb als Radikalisierungsmechanismus der Judenverfolgung in Frankreich vgl. Wolfgang Seibel, A Market for mass Crime? Inter-Institutional Competition and the Initiation of the Holocaust in France 1940–1942, in: International Journal of Organization Theory and Behavior 5 (2002), S. 219–257.

[19] Sämtliche antijüdischen Gesetze und Verordnungen des Vichy-Regimes finden sich, größtenteils kommentiert, in folgenden Sammelwerken: Dominique Rémy, Les lois de Vichy. Actes dits "lois" de l'autorité de fait se prétendant "gouvernement de l'Etat français", Paris 1992; Mission d'étude sur la spoliation des Juifs de France [Mission Mattéoli], La persécution des Juifs de France 1940–1944 et le rétablissement de la légalité républicaine, Paris 2000; Les Juifs sous l'Occupation. Recueil des textes officiels français et allemands 1940–1944, hrsg. von Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France, Paris: Centre de documentation juive contemporaine 1982; Richard H. Weisberg, Vichy law and the Holocaust in France, New York 1996.

[20] Anerkennend stellte ein – mit großer Sicherheit von Kurt Blanke verfasster – Bericht des Abwicklungsstabes des Militärbefehlshabers in Frankreich an der Jahreswende 1944/45 fest: „Nicht als eigentliche Maßnahme gegen die Juden erlassen, aber von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entjudung war das Gesetz vom 23. 7. 1940, welches den Franzosen, die das französische Mutterland zwischen dem 10.5. und 30. 6. 1940 ohne hinreichenden Grund verlassen hatten, die französische Staatsangehörigkeit entzog. [...] Dieses Gesetz ist in großem Umfang bereits vor den deutschen und französischen eigentlichen Judenmaßnahmen auf die großen bekannten jüdischen Familien angewandt worden: Rothschild, Deutsch de la Meurthe und Günzburg, weil diese in erster Linie das Land verlassen hatten." Bericht „Die Entjudung der französischen Wirtschaft", undatiert [Ende 1944/Anfang 1945], in: BA-MA, RW 35/2, S. 4 f.

[21] Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 27. 9. 1940, in: Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Frankreich (künftig: VOBlF) vom 30. 9. 1940, S. 92 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dekret wurde flankiert durch das erste französische *Statut des Juifs* vom 3. Oktober 1940[22], das ebenfalls festlegte, wer „Jude" war, und ferner, dass fortan alle Unternehmen als „jüdisch" galten, deren Eigentümer, Pächter oder Gesellschafter Juden waren oder deren Kapital sich zu über einem Drittel in jüdischem Besitz befand[23]. Für die „jüdischen Unternehmen" sah die Verordnung die Ernennung von kommissarischen Verwaltern (*administrateurs provisoires)* vor, die die Geschäftsführung übernehmen und schließlich den Verkauf an Nichtjuden bzw. die Liquidation einleiten sollten. Im Zuge der damit initiierten „Arisierung" wurden während der gesamten Besatzungszeit Güter im Wert von rund 5 Milliarden Francs enteignet[24]. Anfangs gingen die Verkaufserlöse an die früheren jüdischen Inhaber. Im April und Mai 1941 wurden aber die jüdischen Geschäfts- und Privatkonten durch weitere Verordnungen des Militärbefehlshabers gesperrt. Zudem wurde ein umfassendes Berufsverbot für Juden verhängt[25].

Die deutschen Verordnungen galten lediglich in der besetzten Zone. Aus Sicht der deutschen Verfolger ergaben sich dadurch für die Juden Ausweichmöglichkeiten, die es zu unterbinden galt. Deutscher Druck und eigene Neigung Vichys führten daher im Juli 1941 zu einem umfassenden französischen „Arisierungsgesetz", das die wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden auch auf die unbesetzte Zone, ja überhaupt auf das gesamte französische Territorium einschließlich der Kolonien und der überseeischen Gebiete, ausdehnte[26]. Mit diesem Gesetz vom 22. Juli 1941 wurden sämtliche Vermögenswerte von Juden – Unternehmen, Immobilien, Wertpapiere, Barvermögen – erfasst und unter Federführung des im März 1941 gegründeten französischen *Commissariat général aux questions juives* – eine Art Staatssekretariat für Judenfragen – verwaltet und schließlich „arisiert". Für Unternehmen und Immobilien blieben die *administrateurs provisoires* zuständig, Aktien und Wertpapiere wurden von der dem Finanzministerium unterstehenden *Administation des domaines* verwaltet. Alle Erlöse, die diese Verwalter aus Verkäufen von Unternehmen, Immobilien, Aktien- oder Wertpapieren erzielten, waren von nun an auf Konten bei der staatlichen *Caisse des depôts et consignations* zu überweisen. Diese Konten wurden auf die Namen der jüdischen Eigentümer geführt, standen aber unter der Verwaltung des *Commissa-*

[22] Loi portant statut de juifs du 3 octobre 1940, in: Journal Officiel du 18 octobre 1940, S. 5323.

[23] Die wirtschaftliche Verfolgung der Juden unter deutscher Besatzung in Frankreich 1940–1944 ist mittlerweile umfassend dokumentiert. Vgl. insbes. den mehrbändigen Bericht der Mission d'étude sur la spoliation des Juifs de France [Mission Mattéoli], ferner Jean-Marc Dreyfus, Pillages sur ordonances. Aryanisation et restitution des bamnques en France 1940–1953, Paris 2003, sowie Jungius, Raub, und Philippe Verheyde, Les mauvais comptes de Vichy. L'aryanisation des entreprises juives, Paris 1999.

[24] Mission d'étude sur la spoliation des Juifs de France [Mission Mattéoli]: Antoine Prost, Rémi Skoutelsky, Sonia Étienne, L'aryanisation économique et les restitutions, Paris 2000, S. 101.

[25] Dritte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 26. 4. 1941, in: VOBlF vom 5. 5. 1941, S. 255–258; Vierte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 28. 5. 1941, in: VOBlF vom 10. 6. 1941, S. 272 f.

[26] Loi du 22 juillet 1941 relative aux entreprises, biens et valeurs appartenant aux juifs, in: Journal Officiel du 24. 8. 1941, S. 3594.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

riat général aux questions juives, ohne dessen Einwilligung keinerlei Gebrauch von den Einlagen gemacht werden konnte.

Mit dem Schlüsselgesetz vom 22. Juli 1941 waren die gesetzlichen Grundlagen für die Konfiszierung und staatliche Kontrolle sämtlicher jüdischer Vermögenswerte geschaffen. Es folgten lückenschließende Verordnungen von deutscher Seite. Die fünfte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden vom 28. September 1941[27] bestimmte die Abführung des Erlöses aus der Verwaltung jüdischer Unternehmen, Geschäftsanteile oder Aktien durch die *administrateurs provisoires* an die *Caisse des depôts et consignations*.

3. Deutsche und französische Verantwortlichkeiten der Verfolgung und die Rolle Kurt Blankes

Tatsächlich war die wirtschaftliche Verfolgung der Juden also nahezu ausschließlich eine Sache der französischen Verwaltung, jedoch nach Maßgabe deutscher Rahmenvorgaben und unter deutscher Kontrolle. Für die Koordination dieser Verfolgungsmaßnahmen war noch vor Gründung des *Commissariat général aux juives*, nämlich im Dezember 1940, auf französischer Seite eine eigene Dienststelle eingerichtet worden, deren Aufgabe vor allem in der Auswahl, Ernennung und Kontrolle der *administrateurs provisoires* sowie in der allgemeinen Überwachung der „Arisierung" von Unternehmen in jüdischem Besitz lag. Dies war der *Service du contrôle des administrateurs provisoires*[28], der sich bald zur zentralen Schaltstelle der wirtschaftlichen Verfolgung von Juden in Frankreich entwickelte. Daran änderte auch die im Juni 1941 vollzogene Eingliederung des SCAP in das *Commissariat général aux questions juives* so gut wie nichts[29].

In den Beziehungen zwischen Vichy-Regierung und deutscher Besatzungsmacht kam es folglich beim Vorgehen gegen die Juden zu einer ähnlichen „Teilidentität der Ziele", wie sie von Manfred Messerschmidt für die Beziehungen zwischen SS/SD und Wehrmacht festgestellt worden ist[30]: Vichy verfolgte namentlich mit der Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben eine Politik, die ihre Wurzeln sowohl in der traditionellen Judenfeindlichkeit der bürgerlichen Eliten als auch in den Kompensationsbedürfnissen nach der desaströsen Niederlage vom Juni 1940 hatte[31]. Gegenüber der deutschen Besatzungsmacht war das

[27] VOBlF vom 6. 10. 1941.

[28] Zur Institution und Geschichte des SCAP vgl. Jungius, Raub.

[29] Vgl. ebenda, S. 96 f.

[30] Vgl. Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat, in: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Düsseldorf 1992, S. 377–403.

[31] Kennzeichnend hierfür ist das Communiqué der Vichy-Regierung vom 17. 10. 1940 zur Rechtfertigung des Judenstatuts vom 3. Oktober: „Bei ihrem Werk der nationalen Erneuerung mußte sich die Regierung bereits in den ersten Tagen mit dem Problem der Juden und dem gewisser Ausländer befassen, die, indem sie unsere Gastfreundschaft ausnutzten, nicht wenig zu unserer Niederlage beigetragen haben. Überall, und insbesondere im öffentlichen Dienst, so wahr es ehrenwerte Ausnahmen gibt, von denen jeder ein Beispiel nennen könnte, ist der Einfluß der Juden spürbar geworden, einschmeichelnd und letztendlich zersetzend. Alle Beob-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bestreben Vichys bald darauf gerichtet, die gemeinsam mit den Deutschen betriebene wirtschaftliche Verfolgung der Juden nicht in eine direkte Einmischung der Besatzer in die französische Wirtschaftsstruktur oder gar in einen Ausverkauf französischer Unternehmen an Deutsche ausarten zu lassen[32].

Dem Kalkül der deutschen Militärverwaltung kam dies nur entgegen, weil es sowohl die Legitimationsprobleme als auch die Ressourcenprobleme bei der Judenverfolgung milderte. Der Leiter der Abteilung „Wirtschaft" im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers, Elmar Michel, brachte dies in einem Rundschreiben an die Feldkommandanturen vom 1. November 1940 klar zum Ausdruck:

> „Beim Vorgehen gegen die Juden auf wirtschaftlichem Gebiet sind zwei Gesichtspunkte maßgebend. Einmal muss dafür gesorgt werden, daß die Verdrängung der Juden auch Bestand hat, wenn die Besetzung aufhört. Außerdem kann von deutscher Seite kein der großen Anzahl jüdischer Unternehmungen entsprechender Apparat eingesetzt werden. Beide Erwägungen haben dazu geführt, bei der Verdrängung der Juden französische Behörden weitgehend heranzuziehen. Es wird auf diese Weise die Mitverantwortung der französischen Stellen erreicht und es steht der französische Verwaltungsapparat zur Verfügung. […] Aufgabe der deutschen Militärverwaltungsbehörden wird es daher sein, die Tätigkeit der französischen Behörden in dieser Hinsicht aufmerksam zu überwachen und zu kontrollieren."[33]

Die hier angesprochene Überwachung und Kontrolle war genau jene Aufgabe, die im Verwaltungsapparat des Militärbefehlshabers Kurt Blanke zufiel. Dabei stand auf deutscher Seite die wirtschaftliche Verfolgung der Juden, im Unterschied zu den Absichten Vichys, von Anfang an im Zusammenhang mit der „Endlösung der Judenfrage". So wie sich im Verlauf des Jahres 1941 der Prospekt der „Endlösung" von erzwungener Auswanderung und Umsiedlung zum Konzept von Deportation und Massenmord wandelte[34], diente die wirtschaftliche Verfolgung der Juden zunächst ihrer gesellschaftlichen Isolierung und ihrer forcierten Auswanderung, dann der vollständigen – nämlich in den Sammel- und Vernichtungslagern – auch noch die letzte persönliche Habe erfassenden Ausplünderung und

---

achter sind sich einig in ihrem Urteil über die fatalen Auswirkungen ihres Wirkens in den letzten Jahren, während der sie unsere Angelegenheiten in führenden Positionen leiteten. Die Tatsachen liegen auf der Hand, sie diktieren die Reaktion der Regierung, der die dringliche Aufgabe der Erneuerung Frankreichs obliegt […]. Es geht hier nicht einfach um Rache, sondern um unabdingbare Sicherheit." Zit. nach Marc Oliver Baruch, Das Vichy-Regime. Frankreich 1940–1944, Stuttgart 1999, S. 51 f.

[32] Vgl. zu dieser Disposition Vichys Philippe Verheyde, The Looting of Jewish Property and Franco-German Rivalry, 1940–1944, in: Feldman/Seibel (Hrsg.), Networks, S. 69–87; Marc Olivier Baruch, Perpetrator Networks and the Holocaust: The Spoliation of Jewish Property in France, 1940–1944, in: Ebenda, S. 189–212; Jungius, Raub, S. 60; Dreyfus, Pillages.

[33] Der Militärbefehlshaber in Frankreich, Verwaltungsstab, Wirtschaftsabteilung, Wi I 426/40, 1. 11. 1940, in: Centre de documentation juive contemporaine (künftig: CDJC), CL-1.

[34] Vgl. Christopher Browning, Die Entfesselung der „Endlösung". Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus, München 2003, S. 449–603.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit der Vernichtung erst der bürgerlichen, dann der physischen Existenz der jüdischen Opfer[35]. Als Leiter des Referats „Entjudung" saß Kurt Blanke an einer Schaltstelle dieses Radikalisierungsprozesses im besetzten Frankreich[36].

Bemerkenswert ist die lange Verweildauer Blankes im Verwaltungsstab des deutschen Militärbefehlshabers, die er mit seinem Vorgesetzten Elmar Michel teilte. Blanke war nahezu die gesamten vier Jahre der deutschen Besatzungszeit in Paris tätig. Seine Rolle ist im Wesentlichen seit Jahrzehnten bekannt, ebenso seine fortgesetzten Bemühungen um eine Verschärfung der antijüdischen Maßnahmen und die Schließung von Gesetzeslücken, die den Juden zugute kommen mochten[37]. Die Tatsache, dass seine verhängnisvolle Tätigkeit in Frankreich bislang weder in der Forschung noch in der Öffentlichkeit – namentlich auch in seiner Heimatstadt Celle – größere Aufmerksamkeit gefunden hat, dürfte vor allem auf die entlegenen Fundstellen der französischen Quellen zurückzuführen sein.

Seinem Werdegang nach kann Blanke als typischer Vertreter der deutschen Verwaltungselite im besetzten Frankreich gelten. Blanke war der Sohn eines evangelischen Pfarrers. Nach dem Abitur am humanistischen Gymnasium in Emden und kurzem Wehrdienst am Ende des Ersten Weltkriegs – ein Fronteinsatz blieb ihm erspart – studierte er Rechtswissenschaft in Würzburg, Münster, München und Göttingen, wo er 1922 zum Dr. jur. promoviert wurde[38]. Anschließend war Blanke als Amtsrichter in Bremerhaven und Hannover, ab 1926 als „Hilfsrichter" in Celle tätig. 1931 trat er in die Kanzlei des Celler Anwalts und Notars Hodo von Hodenberg ein, der sich nach 1945 im „Heidelberger Kreis" intensiv für die Freilassung deutscher Kriegsverbrecher einsetzen[39] und in Blankes Entnazifizierungsverfahren für diesen eine Ehrenerklärung („Persilschein") abgeben sollte[40]. 1933

[35] Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2005, vor allem S. 209–308, liefert eine schlüssige Interpretation dieses Zusammenhangs, die allerdings durch die zahlreichen sachlichen Fehler, die seine Darstellung nicht zuletzt für den Fall Frankreich enthält, entwertet wird. Vgl. Wolfgang Seibel, Rechnungen ohne Belege. Götz Alys scheingenauer Bestseller, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 7. 2005.

[36] Die zentrale Stellung Blankes im Verfolgungsapparat wurde auch durch das im Rahmen des von der Volkswagen-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Holocaust und Polykratie in Westeuropa 1940–1944" und die mit Förderung der Fondation pour la mémoire de la Shoah, Paris, an der Universität Konstanz angefertigten Netzwerkanalysen von Jörg Raab u. a. belegt. Vgl. Aurélie Audeval/Martin Jungius/Marie Muschalek/Jörg Raab, „Arisierungsnetzwerke". Akteurskonstellationen, Arbeitsteilung und Interessenkonflikte bei der „Arisierung" größerer Unternehmen in Frankreich 1940–1944, in: Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte 32/3 (2005), S. 101–138.

[37] Blanke und seine Rolle bei der Radikalisierung der Judenverfolgung auf wirtschaftlichem Gebiet wurde bereits in dem dreibändigen Werk von Joseph Billig, Commissariat général aux juives, (1941–1944), Bd. III, Paris 1960, S. 87–89, S. 94–96, S. 101–103, S. 134–136, S. 152–154, S. 158–165 u. S. 298–300, ausführlich gewürdigt.

[38] Vgl. Brandt, Vergangenes, S. 132 f., sowie Blankes Entnazifizierungsakte, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355.

[39] Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München ²2003, S. 164.

[40] Erklärung von Hodo von Hodenberg vom 14. 6. 1946, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355, Bl. 46 f.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trat Blanke in die NSDAP, in den NS-Rechtswahrerbund und in die SA ein. Zu seiner SA-Mitgliedschaft schrieb Blanke während seines Entnazifizierungsverfahrens, er habe hierdurch einer verstärkten Inanspruchnahme durch die NSDAP entgehen wollen[41]. Offenbar ist er in der SA bis zu seinem Austritt nach dem Novemberpogrom 1938 kaum in Erscheinung getreten, auch scheint er dort keinen höheren Rang bekleidet zu haben. Blankes Austrittsgesuch wurde im Januar 1939 stattgegeben[42].

Im April 1940 wurde Blanke zur Wehrmacht einberufen. Zunächst war er im Wehrmeldezentrum Celle tätig, im Juli 1940 wurde er zur Rechtsabteilung der Wehrkreisverwaltung Hannover versetzt, wo er unter anderem einen Lehrgang zum Intendanturdienst absolvierte[43]. Vermutlich aufgrund seiner Französischkenntnisse[44] wurde der hochqualifizierte Jurist im September 1940 zur Militärverwaltung in Paris versetzt[45].

a) Etablierung des Verfolgungsapparates

Mitte Oktober 1940 trat Kurt Blanke zum ersten Mal als Leiter des Referats „Entjudung" in Erscheinung. Zu diesem Zeitpunkt stand die „Zweite Verordnung über Maßnahmen gegen Juden" der deutschen Militärverwaltung vom 18. Oktober 1940 kurz vor der Veröffentlichung. Diese Verordnung machte die Deklarierung wirtschaftlicher Unternehmen von Juden bei den Unterpräfekten bzw. in Paris beim Polizeipräfekten und die Anmeldung von Aktien, Gesellschaftsanteilen, Beteiligungen und Darlehen an Unternehmen zur Pflicht. Sie regelte ferner, dass für „jüdische wirtschaftliche Unternehmen" ein kommissarischer Verwalter bestellt werden konnte. Es ist wahrscheinlich, dass Blanke an der Vorbereitung der Verordnung unmittelbar beteiligt war[46]. In diesem Zusammenhang wurden auf französischer Seite erstmals Ängste vor einer „Germanisierung" der französischen Wirtschaft artikuliert[47].

Am 17. Oktober 1940 kam es daher zu einer deutsch-französischen Besprechung in Paris, an der auf französischer Seite der General Fornel de la Laurencie

[41] Schreiben von Blanke an den Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Celle vom 21. 1. 1946, in: Ebenda, Bl. 43.

[42] Beschluss des Gaugerichts [der NSDAP] Ost-Hannover vom 13. 1. 1939, in: Ebenda, Bl. 26–34; vgl. auch Anm. 4.

[43] Diese Angaben enthält der von Kurt Blanke ausgefüllte Fragebogen der britischen Militärverwaltung vom 22. 8. 1946, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355.

[44] Auskunft von Dr. Edzard Blanke (Sohn) vom 9. 8. 2004.

[45] AN, AJ 40 455, Akte „Überführung des zweckmäßigen Kräfteeinsatzes durch den Sonderbeauftragten d. Führers General d. Inf. von Unruh", namentliche Liste der beschäftigten männlichen Reichsdeutschen in der Militärverwaltung, o. D., Stichtag 28. 6. 1943, Bl. 72.

[46] Ein Aktenvermerk des Verwaltungsstabs des MBF vom 14. 10. 1940 zur Vorbereitung der am 18. 10. 1940 erlassenen „Zweiten Verordnung gegen Juden" wurde vom Referat Wi I erstellt, das von Blanke geleitet wurde. Vgl. BA-MA, RW 35 772.

[47] So im Schreiben des Vertreters der Regierung in Vichy beim deutschen Militärbefehlshaber, General Fornel de la Laurencie, an die Direction des services d'armistice (Vichy) vom 16. 10. 1940, in: AN, AJ 41 176, „Dossiers juifs".

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und einige Beamte und auf deutscher Seite der Ministerialrat Westphal als Leiter der Wirtschaftsabteilung beim Chef des Militärverwaltungsbezirks Paris (nicht zu verwechseln mit dem Militärbefehlshaber) und eben Kurt Blanke teilnahmen. Über den Verlauf dieser Unterredung berichtet ein Schreiben de la Laurencies an die Direction des services d'armistice in Vichy vom 19. Oktober 1940[48]. Danach betonten Blanke und Westphal, dass es dem Militärbefehlshaber mit der fraglichen Verordnung nicht um die „Germanisierung", sondern ausschließlich um die Entjudung der französischen Wirtschaft gehe und dass zudem vorwiegend französische kommissarische Verwalter ernannt werden sollten. Daraufhin erklärte sich de la Laurencie bereit, die Präfekten der besetzten Zone zur Umsetzung der deutschen Verordnung anzuhalten[49]. Die Präfekturen wurden damit anfangs zur zentralen Koordinierungsinstanz der „Arisierung" in der Provinz. Sie hatten die „jüdischen Unternehmen" zu registrieren, kommissarische Verwalter auszuwählen und, ab dem Frühjahr 1941, auch zu ernennen[50]. In Paris wurden diese Funktionen, wie erwähnt, von der Polizeipräfektur ausgeübt. Bis zum 14. November 1940, also innerhalb von knapp vier Wochen, sollen auf diese Weise in der besetzten Zone 14.000 Unternehmen angemeldet worden sein[51]. Die Umsetzung der „Zweiten Verordnung gegen Juden" konnte also auf deutscher Seite als Erfolg gewertet werden.

Formeller Kern der „Arisierung", wie die Verdrängung der jüdischen Eigentümer aus ihren Unternehmen bald auch in der Vichy-Verwaltung genannt wurde (*aryanisation*), war die Einsetzung der kommissarischen Verwalter (*administrateurs provisoires*). Die Präfekturen konzentrierten sich in den Monaten nach Erlass der „Zweiten Verordnung gegen Juden" zunächst auf die Banken und größeren Unternehmen[52]. Ernennung und Instruktion der kommissarischen Verwalter erfolgten auf der Grundlage einer Anordnung des Militärbefehlshabers an die Chefs der Militärverwaltungsbezirke vom 12. November 1940, die bis zum Ende der deutschen Besatzung Gültigkeit behielt[53]. Darin waren drei Arten der „Arisie-

[48] AN, AJ 41 176, „Dossiers juifs".

[49] Schreiben von de la Laurencie an die Präfekturen der besetzten Zone, 27. 10. 1940, in: CDJC, XXXIV-1.

[50] Bis Juli 1942 unterlag die Tätigkeit der Präfekturen bei der „Arisierung" der Aufsicht der deutschen Feldkommandanturen, bis diese aufgrund wiederholter Abstimmungsprobleme und Personalmangels aufgehoben wurde. Vgl. Jungius, Raub, S. 326–331. Zur „Arisierung" in der französischen Provinz unter deutscher Besatzung vgl. Julien Ducastelle, L'aryanisation économique: expropriation et spoliation des Juifs dans l'agglomération Rouennaise (1940–1944), unveröffentl. Magisterarbeit, Rouen 1997; Jungius, Raub, S. 160–169 u. S. 326–331; Claude Toczé, L'antisémitisme économique. Aryanisation de l'économie et spoliation des Juifs en Bretagne de 1940 à 1944, unveröffentl. DEA-Arbeit, Rennes II 1990.

[51] Angabe nach Renée Poznanski, Les Juifs en France pendant la Seconde Guerre mondiale, Paris 1997, S. 61.

[52] Vgl. Dreyfus, Pillages; Verheyde, Mauvais comptes.

[53] Schreiben des Militärbefehlshabers [Otto von Stülpnagel] an die Chefs der Militärverwaltungsbezirke (Az. Wi I 615/40) vom 12. 11. 1940, mit Anlage „Instruktionen an die kommissarischen Verwalter jüdischer Unternehmen", in: CDJC, CL-1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung“ vorgesehen, nämlich der „freiwillige“ Verkauf des Unternehmens, der erzwungene Verkauf und die Liquidation.

Das einschlägige Entscheidungsverfahren änderte sich während der gesamten Besatzungszeit nur unwesentlich. Zunächst ernannte die französische Verwaltung oder in besonders bedeutenden Fällen auch der Militärbefehlshaber selbst einen kommissarischen Verwalter, dessen Amtsantritt im nationalen Amtsblatt, dem *Journal oficiel*, bekannt gemacht wurde. Nach ihrer Ernennung suchten die kommissarischen Verwalter in der Regel „ihr“ Unternehmen auf, wo sie die Schlüssel übernahmen und gegebenenfalls eine Inventur durchführten. Anschließend schickte der Verwalter einen Bericht an die zuständigen französischen Stellen – dies war ab März 1941 der SCAP –, der einen Vorschlag enthielt, wie mit dem Unternehmen zu verfahren sei. Dort wurde der Bericht geprüft und der Vorschlag des kommissarischen Verwalters an das Referat „Entjudung“ beim Militärbefehlshaber weitergeleitet. Blanke, der Leiter des Referats, bestätigte den Entscheidungsvorschlag oder änderte ihn ab. Daraufhin konnte der Verkauf bzw. die Liquidation vollzogen werden. Im Laufe der Zeit verlagerte die deutsche Militärverwaltung ihre Kontrolle auf große Unternehmen. Die „Arisierungsverfahren“ mittelständischer Betriebe wurden ab 1942 nur noch stichprobenweise überprüft. Bei kleinen und Kleinstunternehmen (z. B. Einmannbetriebe) fand überhaupt keine deutsche Kontrolle statt[54]. Die Erlöse des Verkaufs oder der Liquidation wurden bis Juli 1941 noch an die zwangsenteigneten jüdischen Besitzer ausgezahlt. Nach Erlass des Gesetzes vom 22. Juli 1941 wurden sie auf Sperrkonten bei der *Caisse des depôts et consignations* überwiesen, über die die zwangsenteigneten Juden nur mit Genehmigung des *Commissariat général aux questions juives* in eingeschränktem Maß verfügen konnten[55].

Die Gründung des *Services du contrôle des administrateurs provisoires* war ebenfalls das Ergebnis einer komplementären Interessenlage auf französischer und deutscher Seite. Während sich in der Vichy-Verwaltung die Befürchtung verstärkte, dass die Deutschen über die *administrateur provisoires* zunehmend Einfluss auf die französische Wirtschaft gewinnen könnten, war die deutsche Militärverwaltung an der Errichtung einer zentralen Koordinierungsstelle auf französischer Seite interessiert, die der Ausübung der eigenen Kontroll- und Aufsichtstätigkeit nur dienlich sein konnte. So warnte der Kabinettschef des Produktionsministers, Jacques Barnaud, seinen Minister René Belin in einem Vermerk vom 16. November 1940 davor, die Kontrolle über die „Arisierung“ aus der Hand zu geben[56]. Vielmehr müsse nun schnell gehandelt und eine französische Dienststelle ins Leben gerufen werden, die die Ernennung und vor allem die Kontrolle der kommissarischen Verwalter in französischer Hand bündeln könne. Zugleich stand der Militärbefehlshaber, also Otto von Stülpnagel, unter erheblichem Druck des

[54] Details zum deutschen Kontrollregime finden sich bei Jungius, Raub, S. 113–140 u. S. 260–266.

[55] Zu den Einzelheiten des „Arisierungsverfahrens“ vgl. ebenda, S. 82–84.

[56] Schreiben von Barnaud an das Ministère de la production industrielle vom 16. 11. 1940, in: AN, F 37 38, Akte „Généralités“. Vgl. dazu Jungius, Raub, S. 58–60.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oberkommandos des Heeres (OKH), die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden zu intensivieren. Der Oberbefehlshaber des Heeres und Vorgänger als Militärbefehlshaber in Frankreich, von Brauchitsch, drängte von Stülpnagel in einem Schreiben vom 12. November 1940, „der Behandlung der Judenfrage in der Wirtschaft der besetzten Gebiete" seine „besondere persönliche Aufmerksamkeit" zu widmen[57]. Dabei spielte, wie schon im Rundschreiben Michels an die Bezirkschefs der Militärverwaltung vom 1. November 1940, die Erwartung eines nahen Kriegsendes und der damit schwindenden Einwirkungsmöglichkeiten auf die französischen Verhältnisse eine Rolle. Ebenfalls am 12. November 1940 hatte aber, wie erwähnt, Stülpnagel bereits ein eigenes Rundschreiben an die Chefs der Militärverwaltungsbezirke mit der „Instruktion für die kommissarischen Verwalter jüdischer Unternehmen" geschickt.

Die Militärverwaltung genügte daher sowohl den eigenen Bedürfnissen als auch denjenigen der französischen Seite, als sie am 9. Dezember 1940 in einem von Stülpnagel unterzeichneten Schreiben an das Ministerium für industrielle Produktion ihr Einverständnis zur Bildung einer französischen „Arisierungsdienststelle" gab[58]. Die Einrichtung einer solchen zentralen Stelle versprach eine aus Sicht der Militärverwaltung ebenso wie für Vichy hochwillkommene Lösung, die zugleich die Effektivität der wirtschaftlichen Judenverfolgung steigerte, ohne die knappen deutschen Personalressourcen übermäßig zu beanspruchen. Tatsächlich war damit eine wesentliche und, wie sich zeigen sollte, nachhaltige Institutionalisierung der französischen Verwaltungskompetenz bei der wirtschaftlichen Judenverfolgung vollzogen. Die „Arisierung" der großen Unternehmen behielt sich die Militärverwaltung allerdings weiterhin selbst vor, und die Kontrolle der allgemeinen Durchführung der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden verblieb ihr ohnehin.

Zwischen der deutschen und der französischen Seite war also, was die wirtschaftliche Verfolgung der Juden betraf, ein sowohl hinsichtlich der Arbeitsteilung als auch hinsichtlich der politisch sensiblen Frage der Kompetenzregelung tragfähiger Kompromiss zustande gekommen. Bei der praktischen Umsetzung bildeten die jeweils zuständigen deutschen und französischen Behörden die Scharnierstellen. Auf deutscher Seite war dies das Referat „Entjudung" unter der Leitung von Kurt Blanke. Die Handlungsspielräume waren beträchtlich. Die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden konnten selbst im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen graduell abgemildert oder verschärft werden. Viel hing dabei von den verantwortlichen Personen, ihrem politischen und moralischen Urteilsvermögen, ihrer Entschlusskraft und Zivilcourage ab. Das Verhalten Blankes lässt erkennen, dass er die Weisung des OKH, die „Behandlung der Juden-

[57] Schreiben von Brauchitschs an Stülpnagel, 12. 11. 1940, in: BA-MA, RW 35/2. Vgl. auch Herbert, Best, S. 264.

[58] Schreiben des MBF an das Ministerium für industrielle Produktion vom 9. 12. 1940, in: CDJC, CL-1. Das Original des Schreibens befindet sich in: AN, AJ 40 548, Kladde Nr. 1, „Verordnungen des MBF über Maßnahmen gegen Juden", Bl. 65–67.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

frage in der Wirtschaft der besetzten Gebiete“ nunmehr „energisch in den Vordergrund“ zu rücken, zur Leitlinie seines Handelns machte.

b) Beginn der „Arisierung“

Tatsächlich kam es im Dezember 1940 und im Januar 1941 zur ersten großen Welle von Ernennungen kommissarischer Verwalter bei Banken und Unternehmen in jüdischem Besitz. Damit rückte auch Blanke ins Zentrum der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden. Schon im Januar 1941 setzte ein reger Kontakt zwischen dem SCAP und Blanke ein. Die französische Seite machte allein schon durch die Besetzung der Spitzenpositionen im SCAP deutlich, welch hohe Bedeutung sie dieser neuen Einrichtung beimaß. Erster Leiter wurde der ehemalige Gouverneur der Banque de France, Pierre-Eugène Fournier, der einige seiner früheren Mitarbeiter für Leitungsfunktionen im SCAP mitbrachte[59]. Fournier war vermutlich nur als symbolträchtige Übergangsbesetzung gedacht. Er war Präsident der französischen Eisenbahngesellschaft SNCF, ein Amt, das er bis zu seinem Rücktritt als Chef des SCAP im April 1941[60] beibehielt. Der Leiter der wichtigen Abteilung Banken, Yves Regelsperger, war zuvor Inspecteur de la Banque de France im Elsaß gewesen[61]. Diese hochkarätigen Besetzungen signalisierten der deutschen Seite, dass man in Vichy die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden ebenso sehr als politisches wie als fachliches Problem betrachtete und dass robuster Widerstand gegen eine Instrumentalisierung der „Arisierung“ für deutsche Einmischungen in die französische Wirtschaft zu erwarten war.

Umso deutlicher machte Blanke von Beginn an, dass es der deutschen Besatzungsverwaltung auf die konsequente Ausschaltung der Juden in der französischen Wirtschaft ankomme. „Bei der Arisierung“, so Blanke in einem Schreiben an den SCAP vom 8. Februar 1941, sei „darauf zu drängen, dass die jüdische Beteiligung voll ausscheidet“. Das Ziel solle stets die „vollständige Beseitigung des jüdischen Einflusses bleiben“[62]. Auch Schenkungen jüdischer Eltern an ihre nichtjüdischen Kinder könnten, so Blanke, nur dann genehmigt werden, wenn die „Eltern bereits ein hohes Alter“ hatten und ein „weiterer Einfluss auf das Geschäft nicht zu fürchten“ war[63]. Ebenso wenig könne die „Rede davon sein, dass [ein] jüdischer Eigentümer sein Warenlager“ nach der „Arisierung“ behalten dürfe[64]. In einem Fall erklärte Blanke kurzerhand eine karitative Organisation, die jüdische Arbeiter und Künstler unterstützte, zu einem Wirtschaftsunterneh-

[59] Bericht von Kriegsverwaltungsinspektor Amon (Sachbearbeiter beim Beauftragten des Militärbefehlshabers in Frankreich beim Service du contrôle) an den MBF vom 25. 4. 1941, in: AN, AJ 40 591, Kladde Nr. 7, Akte „Grundsätzliche Judenfragen“; vgl. auch Jungius, Raub, S. 62–67.
[60] Vgl. ebenda, S. 63.
[61] AN, Z6 NL 19166, Bl. 30, Lebenslauf Regelsperger.
[62] Schreiben von Blanke (Wi I Az. 5634/41) an den SCAP vom 8. 2. 1941, in: AN, AJ 38 338.
[63] Ebenda
[64] Schreiben von Blanke (Wi I Az. 5685/41) an den SCAP vom 17. 2. 1941, in: Ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

men, das der „Zweiten Verordnung gegen Juden" unterliege, da sich diese Einrichtung an der „Güterverteilung" beteilige – eine an Willkür grenzende und jedenfalls besonders rigide Auslegung der deutschen Verordnung[65].

Diese Einzelfallentscheidungen und Interpretationsanweisungen in der ersten Phase des Vollzugs der „Zweiten Verordnung gegen Juden" waren offensichtlich darauf ausgerichtet, der durchaus selbstbewusst und mit bedeutender personeller Besetzung auftretenden französischen Seite die radikale deutsche Linie unmissverständlich klar zu machen. Auf welche Weise Blanke die Radikalisierung der Judenverfolgung auf wirtschaftlichem Gebiet vorantrieb, zeigt sich besonders deutlich in seinen Anweisungen zum Umgang mit „jüdischem Immobilienbesitz". Die „Zweite Verordnung gegen Juden" nahm auf Immobilienbesitz nicht ausdrücklich Bezug, Blanke hätte die Frage also getrost ignorieren können. Stattdessen insistierte er in einem Schreiben an den SCAP vom 3. März 1941: „Land und Häuser, die nicht zum Wohnen dem Eigentümer selbst dienen, sondern verpachtet und vermietet" würden, stellten „ein wirtschaftliches Unternehmen i. S. der Verordnung dar" und müssten somit „arisiert" werden[66]. Bis 1944 wurden nach Maßgabe dieser Grundsatzentscheidung etwa 15.300 „jüdische Immobilien" in der besetzten Zone unter kommissarische Verwaltung gestellt[67].

Blanke ließ keinen Zweifel daran, dass er gewillt war, die deutsche „Arisierungsverordnung" mit allen Mitteln durchzusetzen. Er wies den SCAP an, ihn im Fall von Widerstand jüdischer Inhaber umgehend zu benachrichtigen, damit die Militärverwaltung mit „polizeilicher Unterstützung" die Enteignung durchsetzen könne[68]. Blanke stellte also in seinem Zuständigkeitsbereich die Verknüpfung von wirtschaftlicher und polizeilich-repressiver Verfolgung der Juden her, wie sie für die „Endlösung der Judenfrage" insgesamt charakteristisch war. „Polizeiliche Unterstützung" bedeutete regelmäßig die Verhaftung der Betroffenen und in vielen Fällen deren Einweisung in ein französisches Konzentrationslager. Von dort wurden jüdische Insassen ab März 1942 in die Vernichtungsstätten Osteuropas deportiert[69].

Blanke zögerte auch nicht, jüdische Unternehmer, die gegen die „Zweite Verordnung" verstießen, festnehmen zu lassen. Als er im September 1941 darüber informiert wurde, dass ein früherer jüdischer Geschäftseigentümer seinen alten Betrieb ohne kommissarischen Verwalter im Verborgenen weiter leitete und dass sich zudem im Keller des Hauses der Sohn und der Neffe des Besitzers versteckt hielten, gab Blanke diese Information umgehend an den Beauftragten des Militärbefehlshabers beim SCAP mit der Anweisung weiter, „eine überraschende

[65] Schreiben von Blanke (Wi I Az. 5448/41) an den SCAP vom 6. 2. 1941, in: Ebenda.
[66] Schreiben von Blanke (Wi I Az. 6111/41) an den SCAP vom 3. 3. 1941, in: AN, AJ 38 339.
[67] Prost u. a., Aryanisation, S. 264.
[68] Schreiben von Blanke (Wi I Az. 3930/41) an den SCAP vom 19. 2. 1941, in: AN, AJ 38 338.
[69] Vgl. Ulrich Herbert, Die deutsche Militärverwaltung in Paris und die Deportation der französischen Juden, in: Ders. (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1933–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998, S. 185–193; Ahlrich Meyer, Der Beginn der „Endlösung" in Frankreich – offene Fragen, in: Sozial.Geschichte 18 (2003), H. 3, S. 35–82.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachprüfung zu veranlassen“[70]. Für die festgenommenen Juden bedeutete dies die Internierung in einem französischen Konzentrationslager, später unter Umständen die Deportation und den Tod in der Gaskammer[71].

Blanke beschränkte sich allerdings nicht auf die Verschärfung der Anwendungspraxis der „Zweiten Verordnung gegen Juden“, er leitete auch eigene Beobachtungen bzw. die seiner Dienststelle an den SCAP weiter und mahnte entsprechende Sanktionen an[72]. In einem Fall hatte er offenbar persönlich an der Inspektion von 30 „jüdischen Geschäften“ teilgenommen. Spitz stellte er gegenüber dem SCAP fest, dass sich die von diesem eingesetzten kommissarischen Verwalter in vielen Fällen nicht vor Ort befunden hätten, ja dass sie mitunter den jüdischen Besitzern noch nicht einmal bekannt gewesen seien[73]. Der SCAP, so Blanke, solle nun umgehend Maßnahmen gegen diese Verwalter ergreifen.

Bis zum Herbst 1941 hatte Kurt Blanke auf diese Weise dafür gesorgt, dass die nach Gründung des SCAP zu entwickelnden Arbeitsroutinen und Entscheidungsstandards auf die rigorose Verfolgung der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet ausgerichtet und Verstöße gegen die einschlägigen deutschen Verordnungen scharf geahndet wurden. Dabei traf Blanke seine Entscheidungen weitgehend selbstständig. Seine direkten Vorgesetzten, die Leiter der Abteilung Wi I, Wilhelm Buhrandt und dessen Nachfolger Walter Sußdorf, und der Leiter der Abteilung „Wirtschaft“ des Verwaltungsstabes, Elmar Michel, griffen nur bei übergeordneten oder politisch brisanten Fragen in den Zuständigkeitsbereich Blankes ein[74]. In seinem Entnazifizierungsverfahren gab Blanke dagegen wie zahllose andere Täter des Holocaust an, er habe nur auf Anweisung seiner Vorgesetzten gehandelt und ständig mit diesen Rücksprache gehalten[75]. Diese Darstellung ist schon aufgrund des enormen Arbeitsanfalls im Referat „Entjudung“ und der notorischen Überlastung der Leitungsstellen vollkommen abwegig.

---

[70] Schreiben (Unterschrift unleserlich) vom 11. 9. 1941 (handschriftlich), darunter der entsprechende Vermerk von Blanke mit Anweisung an Stenger (Beauftragter des MBF beim SCAP) und Unterschrift Blankes, in: AN, AJ 40 619.

[71] Was die jüdischen Geschäftsleute erwartete, die entgegen der Verordnung ihre Geschäfte weiterhin betrieben, zeigt folgende Pressemitteilung vom Herbst 1941: „Kürzlich erfolgte Nachprüfungen haben ergeben, dass eine gewisse Anzahl jüdischer Geschäftsleute weiterhin ihrer gewohnten Beschäftigung nachging und trotz des ausdrücklichen Verbots des Service du Contrôle des Administrateurs Provisoires und der über die Presse veröffentlichten Bekanntmachungen weiterhin direkten Kontakt zur Kundschaft pflegte. Auf Anweisung des Judenkommissars wurden die Delinquenten umgehend in ein Internierungslager eingewiesen.“ Pressemitteilung (o. D.), dem SCAP vom BMBF am 17. 9. 1941 zugesandt, in : AN, AJ 38 117.

[72] Siehe z. B. Schreiben von Blanke (Wi I Az. 6751/41) an den SCAP vom 28. 4. 1941, in: AN, AJ 38 339.

[73] Schreiben (mit Inspektionsbericht) von Blanke (Wi I Az. 7719/41) an den SCAP vom 26. 6. 1941, in: AN, AJ 38 342.

[74] Etwa bei der Vereinbarung mit dem französischen Produktionsministerium über die Vergütung der „kommissarischen Verwalter“. Schreiben der Abteilung Wi I (Az. 5331, gez. Buhrandt) an das Produktionsministerium vom 23. 1. 1941, in: AN, AJ 38 338.

[75] Auskunft von Blanke über seine Tätigkeit beim Militärbefehlshaber in Frankreich, 14. 1. 1946; Entnazifizierungsakte Kurt Blanke, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355, Bl. 1.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

c) Ausbau des Service du contrôle des administrateurs provisoires, Verstetigung der deutschen Aufsicht und Einzelinitiativen Blankes

Im ersten Halbjahr 1941 wurde der SCAP zügig ausgebaut, die Zahl der Mitarbeiter stieg allein zwischen März und Juli von 60 auf 250[76]. Damit nahm auch der Kontrollaufwand der deutschen Militärverwaltung beträchtlich zu. Seit Januar 1941 war ein Verbindungsmann des Verwaltungsstabes des Militärbefehlshabers beim SCAP tätig. Es handelte sich um den Wirtschaftsprüfer Hans Kadelbach, der als direkter Ansprechpartner der französischen Seite vor Ort die „Entscheidungen des Militärbefehlshabers […] beschleunigen und überflüssige Rückfragen vermeiden" sollte[77]. Kadelbach war jedoch gleichzeitig mit dem Aufbau der deutschen Treuhand- und Revisionsstelle, einer Clearingstelle für die Konfiszierung und Verwertung von „Feindvermögen", befasst[78], sodass er die ihm zugedachte Tätigkeit beim SCAP vermutlich vernachlässigen musste. Darauf deuten auch die fortgesetzten direkten Interventionen Blankes in diesem Zeitraum hin.

Am 26. April 1941 wurde die „Dritte Verordnung über Maßnahmen gegen Juden" erlassen, die den Katalog der wirtschaftlichen Tätigkeiten, von denen Juden künftig ausgeschlossen waren, noch einmal drastisch erweiterte und den kommissarischen Verwaltern zudem die Möglichkeit einräumte, die Anteile und Aktien von Wirtschaftsbetrieben aus jüdischem Besitz zu veräußern. Im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers hielt man nun das bisherige Provisorium einer Verbindungsstelle beim SCAP nicht mehr für ausreichend. Am 7. Mai 1941 wurde die Dienststelle des „Beauftragten des Militärbefehlshabers beim Service du contrôle" (BMBF) eingerichtet[79]. Leiter wurde Kriegsverwaltungsrat Georg Stenger[80], dem ein Sachbearbeiter (Fritz Amon) und ein Karteiführer (Bernhard Carmon) zugeteilt wurde. Die Dienststelle des BMBF befand sich im Gebäude des SCAP selbst, an der Place des Petits-Pères. Stenger war ermächtigt, „Arisierungsverkäufe" und Liquidationen im Namen des Militärbefehlshabers zu genehmigen und die Ernennung der kommissarischen Verwalter vorzunehmen. In Abstimmung mit Blanke war er zudem für die Ausführung der „Arisierungsrichtlinien" in Einzelfällen zuständig. Er konnte auch bereits erfolgte Verkäufe und Liquidationen für ungültig erklären[81]. Das Alltagsgeschäft der Überwachung und Steue-

[76] Vgl. Jungius, Raub, S. 415.

[77] Schreiben von Michel (Wi I Az. 1279/41) an das Ministère de la production industrielle vom 12. 1. 1941, in: AN, AJ 38 338.

[78] Zur Treuhand- und Revisionsstelle Paris vgl. den Abwicklungsbericht des Referats „Feindvermögen" des Verwaltungsstabs des Militärbefehlshabers in Frankreich (Verfasser: Joachim Rinke), vermutlich Ende 1944/Anfang 1945, in: BA-MA, RW 35 257. Siehe auch Jungius, Raub, S. 125–130.

[79] Schreiben von Michel an den SCAP vom 7. 5. 1941, in: AN, AJ 38 340. Zur Einrichtung des BMBF vgl. Jungius, Raub, S. 118–125.

[80] Der Jurist Stenger, Jg. 1907, war seit dem 1. 5. 1937 Mitglied der NSDAP. Bundesarchiv Berlin, NSDAP-Mitgliederkartei, Stenger, Georg.

[81] So die Festlegungen des Leiters der Abteilung „Wirtschaft" im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers, Michel, in einem Schreiben an den SCAP vom 7. 5. 1941, in: AN, AJ 38 340.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rung des SCAP verlagerte sich damit vom Referat „Entjudung“ (Blanke) auf den BMBF, womit auf deutscher Seite ausdrücklich die Hoffnung verbunden war, eine Balance zwischen der Verlagerung der eigentlichen „Arisierungaufgaben“ auf die französischen Stellen und deutscher Kontrolle zu erreichen[82].

Stenger führte die Geschäfte des BMBF im Sinne der rigiden Vorgaben Blankes. So verweigerte er etwa der jüdischen Inhaberin eines kleinen Gemischtwarenladens die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung mit der Begründung, dass es der „Antragstellerin“ immerhin frei stehe, sich um „eine Arbeit zu bemühen, in der sie nicht mit Publikum in Berührung“ komme[83]. Als in einem anderen Fall nach Auffassung des SCAP die „jüdische Herkunft“ zweier Personen unklar war, entgegnete der BMBF, dass allein schon die Namen der Betroffenen (Wolfsheim und Polak) „die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse vermuten“ ließen und sie deswegen „als Jude[n] zu behandeln“ seien[84]. Der BMBF setzte auch die Praxis Blankes fort, die Festnahme jüdischer Ladenbesitzer zu veranlassen, die gegen die deutschen „Verordnungen über Maßnahmen gegen Juden“ verstoßen hatten[85].

Während Stenger die Aufsicht über das Massengeschäft der „Arisierung“ führte, behielt sich Blanke Grundsatzentscheidungen und die Bearbeitung wichtiger Einzelfälle vor[86]. Dazu gehörte nicht nur die „Arisierung“ großer Unternehmen, etwa des Pariser Kaufhauses Galeries Lafayette[87], sondern auch die Enteignung von Rüstungsunternehmen, die in jüdischem Besitz waren. Bei der „Arisierung“ des metallverarbeitenden Unternehmens van Leer etwa fiel Blanke die Schlüsselrolle zu. Bis zum Abschluss des Verfahrens, das sich fast über die gesamte deutsche Besatzungszeit hinzog, war Blanke nicht nur der entscheidende Koordinator, sondern, wie eine netzwerkanalytische Auswertung der Dokumente zeigt[88], auch derjenige, der die wichtigsten Entscheidungen traf.

Ein aufschlussreicher Einzelfall ist die „Arisierung“ des Kompressorenwerkes Turbomeca. Bei dieser rüstungswirtschaftlich bedeutsamen Firma hatte Blanke den kommissarischen Verwalter persönlich ernannt. In Abstimmung mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab Frankreich, einer Dependance des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes des OKH, war die Wahl auf den Leiter des Pariser Büros der „Vereinigten Deutschen Metallwerke“, den Deutschen Adolf Rieger,

[82] Vermerk Stenger vom 10. 10. 1941 (Az. 012/41 St/Fg) über einen Vortrag bei Michel im Beisein von Sußdorf und Blanke am 9. 10. 1941, in: AN, AJ 40 615, Akte „H-Akte: 012 – Beauftragter des Militärbefehlshabers in Frankreich“, Bl. 16.

[83] Schreiben von Frau F., Paris, an den Militärbefehlshaber in Frankreich vom 28. 10. 1941, in: AN, AJ 38 347; Schreiben des BMBF (aufgesetzt durch Bührig, unterzeichnet von Stenger) an den SCAP (Az. 2/41 Bü/Fg) vom 26. 11. 1941, in: Ebenda.

[84] Schreiben des BMBF (aufgesetzt von Amon, unterzeichnet von Stenger) an den SCAP (Az. 233 a/13/A/G) vom 28. 3. 1942, in: AN, AJ 38 354.

[85] Schreiben des BMBF (Bührig an Dannecker [Theodor Dannecker, SS-Hauptsturmführer, „Judenberater“ beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD]) vom 28. 7. 1942, in: AN, AJ 40 616.

[86] Vgl. Jungius, Raub, S. 130–140.

[87] Siehe Verheyde, Mauvais comptes, S. 131–149.

[88] Vgl. Audeval/Jungius/Muschalek/Raab, „Arisierungsnetzwerke“.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gefallen[89]. Rieger entwickelte sich im Bündnis mit dem Wehrwirtschafts- und Rüstungsstab zum Sachwalter des Status quo und damit indirekt der Interessen der jüdischen Eigentümer, weil die von Turbomeca produzierten Kompressoren auch von der Wehrmacht abgenommen wurden und eine Veränderung der Eigentümerverhältnisse in jedem Fall Turbulenzen auslösen musste. Blanke, dem solche Überlegungen als Angehörigem der Wirtschaftsabteilung im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers aus fachlicher Sicht plausibel sein mussten, reagierte gleichwohl „politisch": Die von Rieger vorgetragenen Bedenken gegen die „Arisierung" eines kriegswichtigen Betriebes, so Blanke, müssten „hinter dem allgemeinen Interesse" zurückstehen[90]. Man könne nicht, so Blanke weiter, die französische Seite stets zu einer rascheren Vorgehensweise bei der „Arisierung" ermahnen, selbst aber mit schlechtem Beispiel vorangehen[91]. Dennoch scheute sich Rieger nach dem Krieg nicht, Blanke einen „Persilschein" auszustellen[92] – eine Gefälligkeitslüge, die für die Entnazifizierungsverfahren nicht untypisch war.

d) Bewältigung des Kontrolldilemmas

Mit dem Vichy-Gesetz vom 22. Juli 1941 wurde die „Arisierung" nach Maßgabe der vorherigen deutschen Verordnungen auf die unbesetzte Zone ausgedehnt[93]. Zu diesem Zeitpunkt war es Blanke nicht nur gelungen, weitgehend funktionierende Verwaltungsroutinen für die „Arisierung" zu etablieren, sondern auch durch eine konsequente und gleichwohl personalsparende Kontrollpolitik die französische Verwaltung maßgeblich an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden zu beteiligen. Dies war überhaupt die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Ausdehnung der wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen auf die unbesetzte Zone, in der die deutsche Kontrolle *eo ipso* nicht greifen konnte (übrigens auch nicht nach dem Vorrücken deutscher Truppen in die unbesetzte Zone im November 1942, die nach der alliierten Landung in Nordafrika vorrangig militärische Zwecke verfolgte und das Besatzungsstatut auf der Grundlage des Waffenstillstandsvertrages vom 22. Juni 1940 nicht berührte).

[89] Schreiben des Wehrwirtschafts- und Rüstungsstabes an die Abt. Wi I/1 vom 9. 7. 1941, in: AN, AJ 40 612 B, Akte „Turbomeca", Bl. 95.

[90] Schreiben von Blanke an Rieger vom 16. 9. 1941, in: Ebenda, Bl. 72–74.

[91] Zu einer „Arisierung" der Firma Turbomeca kam es dennoch nicht, da sich das Unternehmen wegen der Aufteilung seiner Standorte auf die besetzte und die unbesetzte Zone als unverkäuflich erwies und schließlich 1943 im Zuge der als „Aktion Koch" bekannt gewordenen Demontage französischer Industriebetriebe demontiert und abtransportiert wurde. Schreiben von Rieger an Blanke vom 25. 8. 1943, in: AN, AJ 40 612 B, Akte „Turbomeca", Bl. 17 f. Vgl. auch Jungius, Raub, S. 135.

[92] „Ich erkläre ausdrücklich, dass Herr Dr. Kurt Blanke mich mit allen Mitteln unterstützt hat, die Arisierung [der Firma Turbomeca] zu verhindern und es mit sein Verdienst ist, wenn das Werk im Besitz des rechtmäßigen Inhabers blieb." Schreiben von Adolf Rieger vom 13. 8. 1946 im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens gegen Dr. Kurt Blanke, in: Nds. HStA, Nds 171 Lüneburg 15355, Bl. 58.

[93] Journal Officiel du 26 août 1941, S. 3594–3595. Zu den Einzelheiten dieses Schlüsselgesetzes der wirtschaftlichen Judenverfolgung in Frankreich und seiner Vorgeschichte vgl. Seibel, Market, S. 226–229.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gleichwohl zeigte sich Blanke mit der deutschen Kontrollintensität unzufrieden. Mitte Oktober 1941 arrangierte er eine Unterredung mit dem Leiter der Abteilung „Wirtschaft", Elmar Michel, der bei dieser Gelegenheit zustimmte, einen weiteren Sachbearbeiter (Herbert Bührig) zum Beauftragten des Militärbefehlshabers beim SCAP abzustellen[94]. Auch dies hielt Blanke jedoch noch nicht für ausreichend. Bescheidene Personalverstärkungen beim BMBF seien, so Blanke in einem Vermerk für seinen Vorgesetzten Walter Sußdorf Anfang Februar 1942, lediglich ein „Palliativmittel"[95]. Entweder, so Blanke, müsse die Militärverwaltung die „Arisierung" in vollständiger Eigenregie durchführen oder sie langfristig ganz an die französischen Stellen übertragen. Ansonsten könne man nicht ausschließen, dass letztere irgendwann die Kooperation verweigerten[96].

Blanke zeigte damit ein waches Verständnis für die Interessenkonflikte zwischen der deutschen und der französischen Seite und die zugleich existierenden wechselseitigen Abhängigkeiten. Er musste aber auch wissen, dass keine der von ihm angesprochenen Lösungen praktikabel war. An eine rein deutsche „Arisierung" war aufgrund des notorischen Personalmangels nicht zu denken und gegen eine rein französische Lösung sprach, wie Blanke schon im November 1941 festgestellt hatte, dass die Franzosen die Verfolgungsmaßnahmen nicht in der von der Militärverwaltung gewünschten Form – sprich: nicht mit der auf deutscher Seite erwünschten und von Blanke betriebenen Radikalität – umsetzten[97]. Zwar trat an der Spitze des *Commissariat général aux questions juives*, in das der SCAP seit Juli 1941 eingegliedert war, im Februar 1942 auf deutschen Druck eine Veränderung ein: Der als rabiater Antisemit, zugleich aber als deutschfeindlicher Nationalist bekannte Xavier Vallat wurde durch den weitaus radikaleren und zugleich auf strikte Kollaboration orientierten Louis Darquier de Pellepoix ersetzt[98]. An dem aus deutscher Sicht schleppenden Verlauf der „Arisierung" änderte dies jedoch nichts.

Die Militärverwaltung wählte daher einen Mittelweg. Stenger wurde Mitte Februar 1942 angewiesen, sich ab sofort nicht mehr mit „allen Angelegenheiten zu befassen", sondern sich mit „Stichproben" zu „begnügen"[99]. Diese Anweisung kam zwar von Michel, sie wurde jedoch sehr wahrscheinlich von Blanke vorberei-

[94] Vermerk vom 10. 10. 1941 von Stenger (Az. 012/41 St/Fg) über einen Vortrag bei Michel in Gegenwart von Sußdorf und Blanke am 9. 10. 1941, in: AN, AJ 40 615, Akte „H-Akte: 012 – Beauftragter des Militärbefehlshabers in Frankreich", Bl. 16.

[95] Vermerk von Blanke an Sußdorf (Wi I/2, Az. 9173/41) vom 4. 2. 1942, in: AN, AJ 40 612 A.

[96] Siehe dazu Jungius, Raub, S. 262.

[97] Vermerk von Blanke an Fuhrmans (Wi I) vom 19. 11. 1941, in: CDJC, LXXIXa-20.

[98] Vgl. Laurent Joly, Vichy dans la „solution finale". Histoire du Commissariat général aux questions juives 1941–1944, Paris 2006, S. 277–327. Joly belegt, dass Blanke, Michel und Stenger zusammen mit dem „Judenrefenten" des SD, Dannecker, Vallat unter massiven Druck setzten, die Radikalisierung der Judenverfolgung im Winter 1941/42 mit zu vollziehen; vgl. ebenda, S. 286–294.

[99] Schreiben von Michel (Wi I/2, Az. 9173/41 [sic!]) an den BMBF vom 18. 2. 1942, in: AN, AJ 40 615, Akte „Beauftragter des Militärbefehlshabers in Frankreich, H-Akte: 012", Bl. 33–35.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet, zumal der Übergang zu Stichproben zuvor von Stenger selbst gegenüber Blanke angeregt worden war[100]. Damit wurde die – ohnehin fiktive – flächendeckende Kontrolle auf deutscher Seite aufgegeben, sodass von einer „deutschen Omnipräsenz“[101] spätestens ab 1942 keine Rede mehr sein konnte[102]. Bei der „Arisierung“ der zahllosen kleinen „jüdischen Unternehmen“ – in der großen Mehrzahl Straßengeschäfte und kleine Werkstätten – gab es ab diesem Zeitpunkt offenbar kaum noch deutsche Interventionen, die Liquidation dieser Betriebe lag vollständig in französischer Hand. Die dadurch entstehenden Handlungsspielräume wurden von der Vichy-Verwaltung keineswegs genutzt, um das Los der Juden, deren bürgerliche Existenz mit diesen kleinen Gewerbebetrieben verbunden war, zu erleichtern[103]. Vielmehr hatte sich 1942 die „Arisierung“ auf französischer Seite, also auch in der unbesetzten Zone, zum „Selbstläufer“[104] entwickelt. Insofern war die Rechnung der Deutschen aufgegangen. So wie Blanke in der Anfangsphase der „Arisierung“ durch gezielte Eingriffe und Grundsatzentscheidungen die bestehenden Ermessensspielräume jedes Mal zu Ungunsten der Juden eingeengt hatte, nutzte nun auch die Vichy-Verwaltung ihre Kompetenzen regelmäßig zum Nachteil der Juden[105].

4. Blankes Rolle bei der Verhängung der „Geldbuße“ von 1 Milliarde Francs im Dezember 1941 und die Einmündung der wirtschaftlichen Judenverfolgung in die „Endlösung“

Kurt Blanke bearbeitete die Grundsatzangelegenheiten und bedeutenden Einzelfälle der „Arisierung“ auch nach der im Sommer 1941 abgeschlossenen Etablierung des Verfolgungsapparates. Er hatte dabei offensichtlich das Ziel, die Maßnahmen gegen die Juden so effektiv wie möglich durchzusetzen[106]. Ein exempla-

[100] Vermerk vom 10. 10. 1941 von Stenger (Az. 012/41 St/Fg) über einen Vortrag bei Michel in Gegenwart von Sußdorf und Blanke am 9. 10. 1941, in: AN, AJ 40 615, Akte „Beauftragter des Militärbefehlshabers in Frankreich, H-Akte: 012“, Bl. 16.

[101] Siehe u. a. Jean Laloum, Les Juifs dans la banlieue parisienne des années 20 aux années 50, Paris 1999, S. 154–155 (« L'omniprésence allemande dans l'aryanisation économique »). Laloum beruft sich unter anderem auf einen älteren Aufsatz von Henry Rousso (L'aryanisation économique. Vichy, l'occupant et la spoliation, in: YOD [Revue des études hebraïques et juives modernes et contemporaines] 15–16 (1982), S. 59). Die gleiche These wird auch noch von den Autoren Prost, Skoutelsky und Étienne im Bericht der Mission Mattéoli aus dem Jahr 2000 vertreten; vgl. Prost u. a., Aryanisation, S. 20 ff.

[102] Vgl. Jungius, Raub, S. 110–140 u. S. 260–266.

[103] Zu diesem Ergebnis kommt auch die detaillierte Studie über die „Arisierung“ der französischen Lederbranche von Florent Le Bot, La réaction industrielle. Mouvements anti-trust et spoliations antisémites dans la branche du cuir, 1930–1950, Phil. Diss., Université de Paris VIII 2004.

[104] Jungius, Raub, S. 266.

[105] Diese bereits von Michael Marrus/Robert Paxton, Vichy et les Juifs, Paris 1981, insbes. S. 217–229, formulierte These wird durch die Quellen eindeutig gestützt; vgl. auch Jungius, Raub, dort zur französischen Praxis der „Arisierung“ in der unbesetzten Zone insbesondere S. 181–233.

[106] Ab April 1942 wurde Blanke dabei von dem Juristen Dr. Georg-Wilhelm Knoke unterstützt, der ebenfalls aus Celle kam.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rischer Vorfall sowohl für die politische als auch für die administrative Verschärfung der Judenverfolgung war dabei die Verhängung einer kollektiven Geldstrafe in Höhe von 1 Milliarde Francs in der besetzten Zone am 14. Dezember 1941.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war es in Frankreich durch die verstärkte Aktivität kommunistischer Widerstandsgruppen zu zahlreichen Anschlägen auf Wehrmachtsangehörige und Wehrmachtseinrichtungen gekommen, auf die das Besatzungsregime mit scharfen Repressalien gegen „Juden und Kommunisten" antwortete. Als am 21. August 1941 ein deutscher Soldat in Paris erschossen wurde, erklärte die Militärverwaltung alle von ihr inhaftierten Personen pauschal zu Geiseln, die bei weiteren Anschlägen als „Sühnemaßnahme" hingerichtet werden konnten[107]. Nach weiteren Attentaten kam es tatsächlich serienweise zu solchen Geiselerschießungen.

Der Militärbefehlshaber, zu dieser Zeit Otto von Stülpnagel, sah sich auf der einen Seite noch weitergehenden Forderungen nach Vergeltung aus Berlin, zum Teil von Hitler selbst, ausgesetzt. Auf der anderen Seite führten die Repressalien zu einer ernsten Krise in den Beziehungen mit der Vichy-Regierung und ihrer Verwaltung[108]. Stülpnagel versuchte nun, seinen Handlungsspielraum zu erweitern, und er tat dies, wie Ulrich Herbert[109] dargelegt hat, gezielt auf Kosten der Juden. In einem Schreiben an das Oberkommando des Heeres schlug er am 1. November 1941 vor, statt der von Hitler und Keitel geforderten summarischen Massenerschießungen inhaftierter Geiseln – gefordert wurde die Exekution von 50 oder gar 100 Geiseln je getöteten Wehrmachtsangehörigen – „50 Juden und Kommunisten" zur Hinrichtung auszuwählen, ansonsten aber die „Internierung und Deportierung nach dem Osten von in einem kriminellen oder deutschfeindlichen Zusammenhang hervorgetretenen Juden" vorzusehen. Außerdem regte Stülpnagel bei dieser Gelegenheit die „Auferlegung einer Buße von 1 Mrd. Francs für die Juden von Paris" an[110], was mit dem Erlass vom 14. Dezember 1941 dann auch geschah. Allerdings konnte die Deportation wegen mangelnder Transportkapazität zunächst nicht ausgeführt werden. Sie erfolgte erst am 27. März 1942 und stand damit am Anfang der 1942 einsetzenden Massendeportationen der Juden aus Westeuropa nach Auschwitz[111].

Die „Geldbuße der Juden" – nach dem von den Deutschen festgelegten Wechselkurs 50 Millionen Reichsmark[112] – folgte offensichtlich dem Vorbild jener „Kontribution an das Deutsche Reich" in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark, die

[107] Vgl. Regina M. Delacor, Attentate und Repressionen. Ausgewählte Dokumente zur zyklischen Eskalation des NS-Terrors im besetzten Frankreich 1941/42, Stuttgart 2000, S. 5–60.

[108] Vgl. Herbert, Militärverwaltung, in: Ders. (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik; Jäckel, Frankreich, S. 180–198; Seibel, Market, S. 229–232; Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 124–142.

[109] Vgl. Herbert, Militärverwaltung, in: Ders. (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik, insbes. S. 185–193.

[110] Bericht „Das Geiselverfahren im Bereich des Militärbefehlshabers in Frankreich vom August 1941–Mai 1942", in: BA-MA, RW 35/524.

[111] Vgl. Meyer, Endlösung in Frankreich, S. 39 f.

[112] Vgl. Umbreit, Militärbefehlshaber, S. 263.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den deutschen Juden nach dem Novemberpogrom von 1938 auferlegt worden war. Auch in den deutsch besetzten Gebieten Osteuropas gehörten „Kontributionen", die von den Juden einzelner Städte oder von Ghetto-Bewohnern zu entrichten waren, 1941/42 zur gängigen Praxis[113]. War die Maßnahme als solche also gewissermaßen bereits ein integraler Bestandteil deutscher Verfolgungspolitik, so führte ihre Ausgestaltung unter den speziellen Verhältnissen des deutschen Besatzungsregimes in Frankreich zu einem weiteren Radikalisierungsschub und nicht zuletzt auch der institutionellen Konsolidierung der Judenverfolgung. An diesem Prozess war Kurt Blanke maßgeblich beteiligt[114].

Blanke befasste sich mit der ins Auge gefassten „Milliardenbuße" bei einer Unterredung mit dem Leiter des Verwaltungsstabs beim Kommandanten von Groß-Paris am 6. Dezember 1941[115]. Er befürwortete die Maßnahme, weil ein „an Mitverantwortung grenzender […] Zusammenhang […] zwischen Juden und Tätern [Urhebern von Anschlägen gegen Wehrmachtsangehörige]" vorliege[116]. Allerdings, so Blanke, müsse darauf geachtet werden, dass bei der Eintreibung der Buße möglichst wenig „Unordnung" entstehe[117]. Dies lege nahe, „Gegenstände zu wählen, die möglichst leicht zu verwerten" seien, nämlich die bei der *Caisse des depôts et consignations* geführten sowie die gesperrten Privat- und Geschäftskonten der Juden[118].

Blanke schlug damit nichts anderes vor als die Überführung der bisherigen Blockierung jüdischer Vermögenswerte in formalisierten Raub. Davon sollten nach seiner Vorstellung in erster Linie wohlhabende Juden betroffen sein, vermutlich, weil man glaubte, so auf eine höhere Akzeptanz der Willkürmaßnahme in der Bevölkerung hoffen zu dürfen. Bezeichnend ist, dass Blanke von Maßnahmen gegen die nichtjüdische französische Bevölkerung abriet, da dies durch die Haager Landkriegsordnung nicht gedeckt sei[119]. Die willkürliche Bestrafung der Juden dagegen hielt er offenbar für völkerrechtlich unbedenklich.

Am 11. Dezember 1941 legte Blanke den Entwurf einer Verordnung vor, die der direkten Massenenteignung von jüdischem Besitz den Weg ebnen sollte. Da es der deutschen Besatzungsverwaltung faktisch unmöglich war, die Geldbuße selbst einzutreiben, schlug Blanke vor, hierfür die *Union de générale des Israélites de France* (UGIF), die soeben auf deutsche Veranlassung gegründete Zwangsvereini-

[113] Vgl. Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1997; Thomas Sandkühler, „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiative von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996.

[114] Schon Billig, Commissariat, Bd. III, S. 223, hatte Blanke als Urheber der einschlägigen Memoranden des Militärbefehlshabers vermutet, zu Recht, wie die hier aufgearbeiteten Dokumente belegen.

[115] Vermerk (Wi I/2 506/41 geh.) vom 6. 12. 1941, gez. Blanke, in: AN, AJ 40 612 A, Dossier „Questions juives – Amende", Bl. 54–57. Siehe dazu Jungius, Raub, S. 254.

[116] Ebenda.

[117] Ebenda.

[118] Ebenda.

[119] Vgl. ebenda.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gung der Juden in Frankreich, einzuspannen[120]. Diese Regelung fand sich dann auch in der am 17. Dezember 1941 erlassenen „Verordnung über eine Geldbuße der Juden“:

> „Die durch die Bekanntmachung des Militärbefehlshabers in Frankreich vom 14. Dezember 1941 den Juden im besetzten Gebiet auferlegte Geldbuße von einer Milliarde Franc ist von der durch Gesetz vom 29. November 1941 errichteten Vereinigung der Juden in Frankreich (Journal Officiel de l'État Français 1941 S. 5181) nach näherer Anweisung des Militärbefehlshabers in Frankreich auf das im besetzten Gebiet befindliche Vermögen der Juden umzulegen, einzuziehen und an die Reichskreditkasse in Paris auf das Konto des Militärbefehlshabers in Frankreich abzuführen.“[121]

Die scheinbar simplen Regelungen dieses Erlasses lösten eine regelrechte Kaskade von Entscheidungen und Arrangements auf französischer Seite aus. Mit einem Erlass vom 22. Dezember 1941, unterzeichnet vom Chef der Abteilung „Wirtschaft“, Michel, forderte der Militärbefehlshaber die *Association professionnelle des banques*, den Dachverband der französischen Banken, unter Hinweis auf die den Juden auferlegte Zwangsabgabe auf, die Banken in der besetzten Zone zu veranlassen, die von Juden gehaltenen Konten, Aktiendepots und Schließfachinhalte offenzulegen[122]. Daraufhin kam es am 26. Dezember 1941 in Paris zu einer hochrangig besetzten Konferenz von Regierungsvertretern und Banken, an der auch der Generalsekretär für Judenfragen, Xavier Vallat, teilnahm[123]. Hauptsorge der französischen Bürokratie und Hochfinanz war erneut, dass die Besatzungsbehörden sich direkten Zugriff auf französische Wirtschaftsgüter verschaffen könnten. Auf der Sitzung wurde ein Bankenkonsortium unter Führung der *Banque française d'acceptation* (BFA) gebildet. Die bei der *Caisse des dépôts et consignations* auf der Grundlage des Gesetzes vom 22. Juli 1941 bestehenden Guthaben aus „Arisierungserlösen“ und sonstigen Vermögenstransaktionen reichten nämlich für die Zwangsabgabe noch nicht aus[124]; in diesem Punkt hatte die Kalkulation Blankes also auf schwachen Füßen gestanden. Das Konsortium unter Führung der BFA sollte der *Union de générale des Israélites de France* einen Kredit einräumen, der dann aus den wachsenden Sperrguthaben von Juden bei der *Caisse des depôts et consignations* getilgt werden sollte. Dieses Verfahren wurde von

[120] Aktenvermerk (Wi I/2 Az. 9255/41) vom 11. 12. 1941, gez. Blanke, in: AN, AJ 40 612 A, Dossier „Questions juives – Amende“, Bl. 29–33. Die UGIF war erst am 29. 11. 1941 gegründet worden – der Gründungserlass wurde im Journal Officiel veröffentlicht (Ausgabe vom 2. 12. 1941, S. 5181) – und war folglich Mitte Dezember 1941 noch keinesfalls arbeitsfähig.

[121] Verordnung über eine Geldbuße der Juden vom 17. 12. 1941, in: VOBlF, 20. 12. 1941, S. 325.

[122] Der Erlass findet sich faksimiliert im Zwischenbericht der Mission d'étude sur la spoliation des Juifs de France [Mission Mattéoli]: Manuel de recherche sur la spoliation et le restitution des avoirs déposés dans les établissements de crédit et les entreprises d'investissement. Service du Premier Ministre, 31 décembre 1998, S. 66.

[123] Vgl. Verheyde, Mauvais comptes, S. 36 u. S. 484.

[124] Vgl. Billig, Commissariat, Bd. III, S. 217–218; Verheyde, Mauvais comptes, S. 36.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Vichy-Regierung am 16. Januar und 21. Januar 1942 gesetzlich etabliert[125]. Damit war der von der Besatzungsmacht verordnete staatliche Raub jüdischer Vermögenswerte legalisiert. Die beteiligten staatlichen und privaten Banken ließen sich ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit der Aufbringung der Zwangsabgabe in der Regel mit 2 Prozent der Vertragssumme vergüten[126].

Der geschilderte Ablauf macht die schuldhafte Verstrickung des französischen Staates und des Bankensektors in die wirtschaftliche Verfolgung der Juden deutlich, wobei die zynische Instrumentalisierung der Zwangsvereinigung der Juden für deren eigene Verfolgung nachweislich von Kurt Blanke[127] vorgeschlagen worden ist. Die Beitreibung der Milliardenbuße wurde durch den Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers und damit insbesondere durch Kurt Blanke und das von ihm geleitete Referat „Entjudung" streng überwacht. Als selbst der „Generalsekretär für Judenfragen", Vallat, der die Aufsicht über die *Union de générale des Israélites de France* führte, im Februar 1942 einen Aufschub der Zahlungen zu erreichen suchte, wurde er nach eigenem Bekunden von Blanke brüsk abgewiesen[128].

Blanke tat sich also nicht nur als findiger Ideengeber bei der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden hervor, er erwies sich auch als Scharfmacher, wenn es darum ging, die Ermessensspielräume auszudehnen und gegenüber der Vichy-Verwaltung auf der strikten Durchsetzung der antijüdischen Verordnungen zu bestehen[129]. Der *modus operandi*, den er für die Erhebung der Geldbuße von 1 Milliarde Francs für die Juden in der besetzten Zone erdacht hatte, war der entscheidende Schritt zum legalisierten Raub jüdischen Vermögens. Er stand nicht nur zeitlich, sondern auch sachlich in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einleitung der Massendeportationen in die Vernichtungslager. Denn die Geldbuße war Bestandteil eines Maßnahmenpakets zur „Sühnung" der Anschläge auf deutsche Militärangehörige, zu dem vor allem auch die „Deportierung nach dem Osten von in einem kriminellen oder deutschfeindlichen Zusammenhang hervorgetretenen Juden" – so Stülpnagel in seinem Vorschlag an das OKH vom 1. November 1941 – gehörte, die am 27. März 1942 vollzogen wurde[130]. Kurt Blanke

[125] Journal Officiel du 16 janvier 1942, S. 239–240, du 22 mars 1942, S. 1120.

[126] Caisse des dépôts et consignations. Groupe de travail sur les spoliations et les restitutions des „biens juifs". Rapport d'étape, Janvier 1999. Paris: Caisse des dépôts et consignations, S. 95.

[127] Vgl. Jungius, Raub, S. 253.

[128] Vgl. Joly, Vichy dans la „solution finale", S. 288. Joly zitiert aus einem Gesprächsvermerk Vallats nach einer Besprechung mit Blanke am 3. 2. 1942. Danach hatte Vallat Blanke darauf hingewiesen, dass sich die Beitreibung der im November 1938 in Deutschland gegen die Juden verhängten Geldbuße nach seinen Informationen immerhin über ein ganzes Jahr erstreckt habe. Blanke habe geantwortet, die Umstände im besetzten Frankreich seien nun einmal andere, eine Streckung der Zahlung der Geldbuße komme nicht in Frage.

[129] Vgl. Jungius, Raub, S. 110–140, S. 260–266 u. S. 321–326; Billig, Commissariat, Bd. III, S. 234, S. 254, S. 298–300 u. S. 307; Joly, Vichy dans la „solution finale", S. 168–171 u. S. 255–261.

[130] Es handelte sich um 1124 männliche Juden aus dem besetzten Gebiet. Mit demselben Transport wurden außerdem 34 Juden aus dem inzwischen von Deutschland zerschlagenen Jugoslawien deportiert. Vgl. Serge Klarsfeld, Vichy – Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich, Nördlingen 1989, S. 45.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

war in dieses Geschehen unmittelbar eingebunden. Die Deportation konnte ihm nicht nur nicht verborgen geblieben sein, er selbst war Protagonist einer Politik, bei der nach der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942 die wirtschaftliche Verfolgung und die physische Eliminierung der Juden in Frankreich Hand in Hand gingen.

Bei der Umsetzung des Deportationsprogramms in Frankreich kam dem Reichssicherheitshauptamt zugute, dass Heydrich im Frühjahr 1942 während des Interregnums nach dem Rücktritt Otto von Stülpnagels einen Positionsgewinn gegenüber der Militärverwaltung erzielen konnte. Er erreichte im Mai 1942 nämlich die Einsetzung eines Höheren SS- und Polizeiführers in Frankreich (Carl-Albrecht Oberg), den er persönlich in sein Amt einführte[131] und dem nunmehr alle deutschen Sicherheitskräfte einschließlich der Geheimen Feldpolizei und sonstigen Repressionsorgane unterstanden. Die Deportation der Juden aus Westeuropa nach Auschwitz wurde ab April 1942 durch Adolf Eichmann in mehreren Planungskonferenzen koordiniert[132]. Die Etablierung und Konsolidierung des Apparates für die wirtschaftlichen Verfolgungsmaßnahmen – auf deutscher Seite im Wesentlichen das Werk Kurt Blankes – hatte dazu geführt, dass die Juden in ihren Möglichkeiten, sich dem Zugriff der Verfolger zu entziehen, entscheidend eingeschränkt waren, und dass ihr Vermögen mit der Deportation in die Hand ihrer deutschen und französischen Peiniger fiel.

In welchem Umfang Blanke über den Massenmord an den Juden und den wahren Charakter der „Endlösung der Judenfrage" informiert war, lässt sich nicht feststellen, aber dass er nichts darüber wusste, kann ausgeschlossen werden. Blanke nahm nach eigener Aussage[133] wiederholt an den „Dienstagsbesprechungen" teil, die zur Koordination von Politik und Verwaltungspraxis des Militärbefehlshabers, der Deutschen Botschaft und der Organe von Sicherheitspolizei und SD abgehalten wurden[134]. Anzunehmen ist zwar, dass Blanke in erster Linie dann hinzugezogen wurde, wenn es um wirtschaftliche Fragen der Judenverfolgung ging. Er muss aber spätestens im ersten Halbjahr 1942 vom Massenmord an den Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion erfahren haben, als der ihm aus seiner Heimatstadt Celle vermutlich bekannte Juristenkollege Georg Wilhelm Knoke in den Verwaltungsstab des MBF eintrat. Knoke war als Soldat Zeuge des Massenmords von Babij Jar geworden, worüber er auch im Hotel „Majestic", dem

[131] Vgl. ebenda, S. 54–56; Bernd Kasten, „Gute Franzosen". Die französische Polizei und die deutsche Besatzungsmacht im besetzten Frankreich 1940–1944, Sigmaringen 1993, S. 26–28.

[132] Vgl. Marus/Paxton, Vichy et les Juifs, S. 305–391; Klarsfeld, Vichy – Auschwitz, S. 83–87.

[133] Aussage des Zeugen Dr. Kurt Blanke bei der Kriminalpolizei Celle vom 24. 10. 1984 im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Karl Kübler und Ernst Waldemar, in: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen-Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg (künftig: ZStL-BAL), AR-Z 1783, Bd. I, Bl. 14–19.

[134] Dokumentiert ist eine gemeinsame Sitzung des „Judenreferenten" bei der Dienststelle von Sicherheitspolizei und SD, Theodor Dannecker, dem Referenten für „Judenfragen" bei der Deutschen Botschaft, Carltheo Zeitschel, ferner Dr. Stortz vom Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers und Blanke vom 10. 6. 1941, die auf Einladung Danneckers stattfand; Protokoll der Sitzung vom 10. 6. 1941, gez. Stortz, in: CDJC, LXXVI-16.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sitz des Militärbefehlshabers und seiner Verwaltung, offen sprach[135]. Knoke wurde im Herbst 1943 Nachfolger von Georg Stenger als Beauftragter des Militärbefehlshabers beim SCAP; er hat also jahrelang eng mit Blanke zusammengearbeitet.

Dreierlei kann als gesichert gelten: Aufgrund der ihm zugänglichen Informationen konnte sich ein Mann von der Intelligenz und Erfahrung Blankes 1942 keinerlei Zweifel hingeben, dass die Politik des NS-Regimes „im Osten" zur systematischen physischen Vernichtung der Juden führte. Ihm war, zweitens, selbstverständlich bekannt, dass der Massenmord an den Juden und die Vorbereitung der Massendeportationen aus Frankreich durch ein und dieselbe Befehlszentrale gesteuert wurden, nämlich vom Reichssicherheitshauptamt, mit dessen zuständigem Referatsleiter, Adolf Eichmann, Blanke auch mindestens einmal konferierte – was bei keinem Beteiligten Zweifel am verbrecherischen Charakter der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden lassen konnte. All dies hielt, drittens, Kurt Blanke nicht davon ab, die wirtschaftliche Verfolgung der Juden und damit deren Ausschaltung aus dem bürgerlichen Leben als Vorstufe zur „Endlösung der Judenfrage" mit professionellem Eifer und persönlichem Ehrgeiz voranzutreiben.

5. Motivlage und Effektivität eines Schreibtischtäters: Zwischen bürgerlichen Tugenden und Antisemitismus

Kurt Blanke spielte bei der Judenverfolgung in Frankreich eine Schlüsselrolle. Er war verantwortlich für alle Verfolgungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, für den Ausschluss der Juden aus dem Wirtschaftsleben und die Konfiszierung ihrer Vermögenswerte, die, in Kollaboration mit der Vichy-Regierung, in legalisierten Raub mündete. Dieser Aufgabe stellte sich Blanke mit der professionellen Fertigkeit des erfahrenen Juristen und mit einem Ehrgeiz, dem Loyalität gegenüber der NS-„Judenpolitik" zugrunde lag. Wie kann man Blankes Verhalten erklären, und welche Rückschlüsse lässt es auf den Zusammenhang von persönlichen

[135] Vgl. Bargatzky, Hotel Majestic, S. 102 f. Bargatzky fügt hinzu: „Von da an gibt es auch im ‚Majestic' kein Nichtwissen mehr." (Ebenda, S.103). Bargatzky irrt sich an dieser Stelle jedoch hinsichtlich des Zeitpunkts der Ankunft Knokes in Paris („Ende 1941"). Tatsächlich traf Knoke erst im April 1942 in Paris ein. Vgl. „Namentliche Liste der beschäftigten männlichen Reichsdeutschen in der Militärverwaltung", o. D., Stichtag 28. 6. 1943, in: AN, AJ 40 455, Akte „Überführung des zweckmäßigen Kräfteeinsatzes durch den Sonderbeauftragten d. Führers General d. Inf. von Unruh", Bl. 79. Blanke bestätigte in mehreren Zeugenverhören in den 1970er und 1980er Jahren, dass er während seiner Tätigkeit im Verwaltungsstab des Militärbefehlshabers von den Massenerschießungen von Juden in der Sowjetunion gehört hatte (Aussage Dr. Kurt Blanke bei der Kriminalpolizei Celle vom 24. 10. 1984 im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Karl Kübler und Ernst Waldemar, in: ZStL-BAL, AR-Z 1783, Bd. I, Bl. 14–19; vgl. hierzu Jungius, Raub, S. 252). In einer von Ahlrich Meyer, Täter im Verhör. Die „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich 1940–1944, Darmstadt 2005, S. 58 u. S. 370, zitierten Aussage gab Blanke ausdrücklich an, dass er vermutet habe, „dass die Juden aus Frankreich ein gleiches Schicksal [wie die Opfer der Massenerschießungen in Russland] erleiden könnten". Aussage vom 3. 5. 1973, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Rep. 158, Nr. 1562, Bl. 4218–4228.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und strukturellen Faktoren bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik zu?

Obwohl der eigentliche Kern von Blankes Tätigkeit in der rassistisch motivierten Verfolgung der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet bestand, lassen seine eigenen überlieferten Äußerungen expressis verbis weder antisemitische noch wirtschaftliche Motive erkennen. Der Eifer und die professionelle Sachkunde, mit der Blanke als Leiter des Referats „Entjudung" beim Militärbefehlshaber in Frankreich zu Werke ging, hatten erstem Anschein nach ihre Wurzeln eher in der familiären und beruflichen Sozialisation. Blanke stammte aus gutbürgerlichen Verhältnissen in einer norddeutschen Kleinstadt, wo er als promovierter Jurist und Sozius einer führenden Anwaltskanzlei vermutlich schon vor 1939 zu den örtlichen Honoratioren zählte. Sein Austritt aus der SA nach dem Novemberpogrom 1938 lässt auf entsprechendes Selbstbewusstsein und sozialen Rückhalt, aber auch auf Urteilsvermögen und Zivilcourage schließen. Eben dies lässt sein Verhalten als Referent für „Entjudung" auf den ersten Blick als rätselhaft erscheinen.

Und doch ist es naheliegend, gerade in der Verbindung von Geradlinigkeit und Pflichtbewusstsein eine Motivlage zu sehen, die Blankes Weg zu einem effektiven Schreibtischtäter des Holocaust ebnete. Die von ihm vorbereiteten Erlasse und Verwaltungsrichtlinien, die von ihm getroffenen Grundsatz- und Einzelentscheidungen sind durch ein hohes Maß an Konsistenz und Kontinuität gekennzeichnet. Blanke hat den Generalauftrag, die Juden aus der französischen Wirtschaft vollständig zu verdrängen, nicht nur strikt befolgt, sondern auch die nötigen Voraussetzungen zu seiner Umsetzung geschaffen[136]. Die ersten Verhandlungen mit der Vichy-Verwaltung über die zwangsweise Kennzeichnung und Anmeldung von Wirtschaftsbetrieben in jüdischem Besitz, die Einschwörung der französischen „Arisierungsbehörde", des *Service du contrôle des administrateurs provisoires*, auf einen radikalen Kurs nach deutschen Vorstellungen, die administrative Umsetzung einer Willkürmaßnahme, wie es die Erhebung der „Geldbuße der Juden" in Höhe von 1 Milliarde Francs im Dezember 1941 war, das ständige Insistieren auf den zügigen Abschluss der „Arisierungsverfahren" und die strikte Anwendung der antijüdischen Verordnungen – durch all diese Vorgänge zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen Blankes, keine halben Sachen zu machen. Blanke zeigte sich hier als derselbe versierte Jurist und loyale Beamte, der er zuvor schon annähernd zwei Jahrzehnte lang im Beruf gewesen sein muss. Neben die bürgerliche Sozialisation treten hier also die Anpassungszwänge eines Berufes, dessen Verhaltensstandards und Korpsgeist im Dienste der Militärverwaltung noch durch die Befehlshierarchie und den Loyalitätsethos des Offizierskorps verstärkt wurden.

[136] So noch die Formulierung in dem Abschlussbericht „Die Entjudung der französischen Wirtschaft" für den Abwicklungsstab des Militärbefehlshabers in Frankreich, dessen Autorenschaft Blanke zugerechnet werden muss: „[...] so lässt sich doch zusammenfassend sagen, während der vier Jahre deutscher Besatzung sind im besetzten Gebiet die Juden vollständig aus der französischen Wirtschaft ausgeschaltet worden." BA-MA, RW 35/2, „Die Entjudung der französischen Wirtschaft", S. 37.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bürgerliche Sozialisation und professioneller Pflichtethos überlagerten die politische, moralische und juristische Urteilskraft jedoch nicht total, sondern nur in dem Maße, wie dies der persönlichen Interessenlage entsprach. Die Sensibilität für die rechtlichen und politisch-moralischen Implikationen der Judenverfolgung stieg mit der Wahrscheinlichkeit, für die eigene Mitwirkung belangt zu werden. Darauf mussten sich die deutschen Besatzungsbeamten seit dem Rückzug aus Frankreich im August 1944 und der Auflösung der Dienststellen des Militärbefehlshabers einstellen. Dass und wie sie dies taten, wird mit verblüffender Deutlichkeit in den Akten deutlich. Die besondere Verantwortung der Schreibtischtäter vom Typ Blankes liegt darin, dass sie sich trotz des dort dokumentierten Urteilsvermögens zur Judenverfolgung bekannten, dass sie versuchten, diese mit den Kategorien des Kriegsvölkerrechts und den Gebräuchen der Verwaltungsnormalität zu fassen und damit zu rechtfertigen.

Unter den zwischen Herbst 1944 und Frühjahr 1945 erstellten Teilberichten des Abwicklungsstabes des Militärbefehlshabers in Frankreich ist naturgemäß der Bericht über die „Entjudung der französischen Wirtschaft" besonders aufschlussreich, als dessen Autor nur Kurt Blanke infrage kommt[137]. Leiter des Abwicklungsstabes war, konsequenterweise, Ministerialdirektor Dr. Elmar Michel, der seit 1940 Leiter der Abteilung „Wirtschaft" des Verwaltungsstabes des Militärbefehlshabers in Frankreich und ab 1942 Leiter des Verwaltungsstabes selbst gewesen war. Adressat des Berichts blieb das OKH und dort die Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister unter der Leitung des Kriegsverwaltungschefs (so der Beamtentitel) Dr. Franz Albrecht Medicus, der, wie erwähnt, ab September 1942 als Nachfolger Michels Leiter der Abteilung „Verwaltung" und Michels Stellvertreter als Leiter des Verwaltungsstabes gewesen war. Michel seinerseits war – und blieb vermutlich bis Mai 1945 – zum OKH abgeordneter Beamter des Reichswirtschaftsministeriums. Dort hatte er sich am 30. September 1944 bei Staatssekretär Franz Hayler zurückgemeldet, wie aus einem Vermerk Michels vom 2. Oktober 1944 hervorgeht, in dem er die Ergebnisse des Gesprächs mit Hayler zusammenfasste. Offenbar in der Absicht, die Fortdauer seiner Abordnung an das OKH aktenkundig zu machen und zu rechtfertigen, ging Michel auf den politischen Zweck des Abschlussberichts ein: Es komme

> „einem solchen Schlussbericht nicht nur eine kriegsgeschichtliche Bedeutung, sondern bereits in der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der Rechtfertigung vieler

[137] BA-MA, RW 35/2. Dass Blanke Mitglied des Abwicklungsstabes des Militärbefehlshabers in Frankreich war, geht aus der Liste „Militärverwaltungsbeamte, die ab 1. 11. 1944 dem Abwicklungsstab angehören" hervor, die sich im Bestand OKH, Gen.Qu., Die Auflösung der Militärverwaltung in Frankreich 1944–1945, in: BA-MA, RW 6/194, Bl. 62, findet. Im selben Aktenbestand (Bl. 139 f.) findet sich eine „Notiz über Dienstreisen nach Potsdam [Sitz des Abwicklungsstabes; MJ/WS] am 23. 1. 1945", datiert mit „24. Januar 1945", in der vermerkt ist: „Jede Abteilung macht einen für sich geschlossenen Bericht [...] Stand im Einzelnen: [...] b) Arisierung (MV Oberrat Blanke) fertig, MVChef Medicus bereits übergeben." Damit konnte nur der 46-seitige Bericht „Entjudung der französischen Wirtschaft" gemeint sein, der im Bestand BA-MA, RW 35/2, überliefert ist. Der nicht unterzeichnete Bericht stammt also mit größter Wahrscheinlichkeit von Blanke und er wurde vermutlich an der Jahreswende 1944/1945 fertig gestellt.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

> Maßnahmen und in Zukunft unter dem Gesichtspunkt der Klarstellung der Sachverhalte in vielen kritischen Fällen eine hohe praktische und auch politische Bedeutung zu." Die Abfassung erfordere „viel Vorsicht, Fingerspitzengefühl und Geschick"[138].

Dies war eine bemerkenswert klare Anspielung auf die Rechtfertigungsnotwendigkeiten, die sich im besiegten Nachkriegsdeutschland[139] ergeben mochten. Hier schrieb derselbe Mann, der vier Jahre zuvor gemeint hatte, es müsse „dafür gesorgt werden, dass die Verdrängung der Juden auch Bestand hat, wenn die Besetzung aufhört"[140]. Unter der Vorgabe Michels[141] betont daher der Abschlussbericht über „Die Entjudung der französischen Wirtschaft" zunächst ausführlich die Kollaboration der französischen Seite:

> „Von vornherein wurde vor Erlass der Maßnahmen mit der französischen Regierung Fühlung gehalten. Diese stellte die von ihr geforderte Hilfe zur Verfügung, ohne jemals – sei es bei den mündlichen Vorbesprechungen, sei es später – einer der Maßnahmen zu widersprechen oder bei der Waffenstillstandskommission die Berechtigung der deutschen Maßnahmen in Zweifel zu ziehen. Sie hat vielmehr über die von der Militärverwaltung geforderten Maßnahmen hinaus von sich aus eigene Maßnahmen getroffen, welche dieselbe Richtung hatten."[142]

---

[138] Michel an Staatssekretär Hayler, Reichswirtschaftsministerium. [OKH] Gen.Qu., Die Auflösung der Mil.Verw. in Frankreich 1944–1945, in: BA-MA, RW 6/194, Bl. 69 f.

[139] Michel, der zu diesem Zeitpunkt nach der Auflösung der deutschen Militärverwaltung in Frankreich und der Flucht des gesamten Stabes ins Reichsgebiet dramatische Wochen hinter sich hatte – bizzare Details dazu finden sich bei Bargatzky, Hotel Majestic, S. 155–159, „[...] einzig beherrscht von dem überwältigenden – trügerischen – Bewusstsein, die letzten Tage des Krieges seien angebrochen" (S. 158) –, dürfte zu diesem Zeitpunkt seinerseits von einem nahen Kriegsende ausgegangen sein.

[140] Der Militärbefehlshaber in Frankreich, Verwaltungsstab, Wirtschaftsabteilung, Wi I 426/40, 1. 11. 1940, in: CDJC, CL-1.

[141] Ähnliche Äußerungen bzw. Ermahnungen finden sich verstreut im Schriftverkehr des Abwicklungsstabes und der Abteilung Kriegsverwaltung des OKH, etwa in einem Schreiben von Medicus an Rademacher vom 13. 1. 1945: „Ich höre mit Freuden, dass Min.Dir. Dr. Michel mit Ihnen bereits in Verbindung getreten ist wegen Ihrer Hilfestellung bei der Erstellung des Abschlussberichts [...]. Immerhin müsste man diesem Bericht berücksichtigen a) die erbrachten Leistungen, b) die Gesichtspunkte, die vom Gegner [eingefügt: dereinst] aufgegriffen werden und wegen derer wir bei späteren Verhandlungen [!] übel wollender Kritik oder gar Angriffen ausgesetzt sein dürfte [sic!]. [...] Schließlich haben wir alle das gleiche Interesse – abgesehen davon, dass es jedem von uns erwünscht sein muß, daß das zu seiner Zeit und unter seinem Befehl Geschaffene angemessen und richtig zur Darstellung kommt." Gen.Qu., Die Auflösung der Mil.Ver. in Frankreich 1944–1945, in: BA-MA, RW 6/195, Bl. 134. Beim Adressaten handelte es sich um Franz Rademacher, bis 1943 Leiter des „Judenreferates" in der von Unterstaatssekretär Martin Luther geleiteten Deutschland-Abteilung des Auswärtigen Amts und Urheber des „Madagaskar-Plans" zur Deportation aller europäischen Juden auf die seinerzeit zum französischen Kolonialreich gehörende Insel. Rademacher koordinierte im Auswärtigen Amt die politischen und konsularischen Fragen, die mit den Massendeportationen der Juden aus den besetzten Gebieten zusammenhingen.

[142] „Die Entjudung der französischen Wirtschaft", in: BA-MA, RW 35/2, S. 3 f.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Darstellung war vollkommen korrekt. Dann aber ging der Autor – also wohl Blanke – auf die „völkerrechtliche[n] Grundlagen" ein und gelangte dabei zu einem bemerkenswerten Eingeständnis:

> „Maßnahmen der getroffenen Art gegen einen großen Teil der Bevölkerung eines besetzten Gebietes sind eine neuartige, aus der Rassenpolitik des nationalsozialistischen Staates hervorgegangene Erscheinung und daher auf dem Gebiet des Völkerrechts noch nicht behandelt worden. *Es mag sein, dass die völkerrechtliche Berechtigung zu solchen Maßnahmen in Zweifel gezogen werden wird* ."[143]

Dann folgte eine gewundene, jedoch aufschlussreiche Argumentation, warum die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden dennoch mit dem Völkerrecht, hier insbesondere der Haager Landkriegsordnung, in Einklang gestanden hätten[144]:

> „Die Judenpolitik des Deutschen Reiches vor dem Krieg musste notwendigerweise zur Folge haben, dass die Juden Deutschland feindlich gegenüber standen und seine Niederlage wünschten."

Dies war eine pragmatische Begründung, die dem formellen Adressaten, dem OKH, gegenüber ganz überflüssig gewesen wäre, weil dort der schlichte Verweis auf die angeordnete „Endlösung der Judenfrage" vollkommen ausgereicht hätte. Hier schrieb also jemand, dem die Fragwürdigkeit des eigenen Handelns vollkommen klar war und der wusste, dass es auf völkerrechtliche Rechtfertigungen sehr bald ankommen würde. Es hieß dann weiter:

> „Juden mit wirtschaftlichem Einfluss hinter der deutschen Front bedeuteten daher eine Gefahr für die Truppe [...]. Die Sicherung der Besatzungstruppen, zumal bei einem sich über Jahre hinaus erstreckenden Krieg, verlangte daher, dass die Juden für immer aus der französischen Wirtschaft ausgeschaltet würden. Die in Art. 46 der HLKO [Haager Landkriegsordnung] vorgeschriebene Achtung des Privateigentums hat ihre Grenze in der Sicherung der Besatzungstruppen."

Als ob er sich bereits vor einem alliierten Vernehmungsoffizier oder gar vor den Schranken eines Gerichts befinden würde, fuhr der Autor fort:

> „Es ist anerkannt, dass jeder Eingriff in das Privateigentum erlaubt ist, wenn die Erfordernisse der Kriegsführung dies dringend erheischen."

Unvermeidlich mündete die Rechtfertigungsschrift dann in Beschönigung und Lüge:

> „Die Eingriffe der deutschen Militärverwaltung in das Privateigentum der Juden haben sich, was die Entjudung der Wirtschaft anbelangt, in den Grenzen des für

[143] Ebenda, S. 8 (Hervorhebung durch die Verfasser).
[144] Ebenda, S. 9.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

> diesen Zweck unbedingt Notwendigen gehalten. Sie beschränkten sich daher auf das in wirtschaftlichen Unternehmen angelegte Vermögen und ließen Privatvermögen ungestört, insbesondere auch Wertpapiere, die keine Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen darstellten. Bei den angeordneten Veräußerungen sind die bisherigen Eigentümer durch den Kaufpreis voll entschädigt worden. Auch die mit der Zeit angeordnete Hinterlegung des Erlöses diente nur dem Zweck, zu überwachen, dass die Juden das Geld nicht gegen die Besatzungsmacht anwandten. Der Erlös wurde auf den Namen des bisherigen jüdischen Berechtigten hinterlegt. Schmälerungen dieser Summe gingen auf rein französische Bestimmungen zurück. Eine Einziehung von Privateigentum ohne Entschädigung, wie Art. 46 Absatz 2 der HLKO sie verbietet, ist im Zuge der Entjudung der Wirtschaft nicht vorgesehen und auch nicht vorgekommen."[145]

Dies las sich endgültig nicht mehr wie ein Bericht, mit dem man die Führung des Regimes oder auch nur das Reichssicherheitshauptamt beeindrucken wollte. Hier ging es offenkundig um notdürftige Rechtfertigungsversuche gegenüber den künftigen Siegern. Dass der Rückgriff auf die „Sicherung der Besatzungstruppen" als Grund für die „vollständige Ausschaltung der Juden aus der französischen Wirtschaft" an den Haaren herbeigezogen war, muss einem Kurt Blanke vollkommen klar gewesen sein. So geben die sorgfältig ziselierten juristischen Wendungen im Abschlussbericht über „Die Entjudung der französischen Wirtschaft" nur neuerliche Hinweise auf den scharfen Verstand, die realistische Wahrnehmung und politische Urteilskraft des Autors. Die Frage nach den eigentlichen Handlungsmotiven bei der rigorosen Verfolgung der Juden auf wirtschaftlichem Gebiet stellt sich damit noch schärfer: Wenn dem Juristen Blanke die Unrechtmäßigkeit seines Tuns bewusst war und er sich über den tatsächlichen Charakter der „Endlösung der Judenfrage" keine Illusionen mehr machen konnte – warum hat er dann nicht jene Spielräume, die ihm doch gerade die unsichere Rechtsgrundlage des deutschen Vorgehens gegen die Juden eröffnete, im Sinne der Menschlichkeit genutzt?

Es bleibt bei einem Mann, der, wie Blanke, seine Urteilsfähigkeit und auch seinen Mut unter Beweis gestellt hatte, kaum eine andere Schlussfolgerung, als dass er – ungeachtet des sachlichen, alle antisemitischen Stereotypen meidenden Stils seiner schriftlichern Äußerungen – die Ziele der nationalsozialistischen Politik gegen die Juden letztlich teilte. Mochte er sich in seiner Heimatstadt Celle gegen die „Gewalt der Straße" und die anarchische Zerstörung des Eigentums ihm persönlich bekannter jüdischer Mitbürger mutig gewehrt und mit dem Austritt aus der SA einen in privater wie in beruflicher Hinsicht riskanten Schritt vollzogen haben – im besetzten Frankreich hatte Blanke keine Hemmungen, vielen Tausenden jüdischer Gewerbetreibender die Existenzgrundlage zu nehmen und sie gegenüber den Zugriffen von SS und Gestapo und ihrer französischen Kollaborateure wehrlos zu machen.

[145] Ebenda, S. 10.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei der Abwägung der persönlichen und strukturellen Faktoren, die das Handeln Blankes erklären mögen, überwiegt somit letztlich das persönliche Versagen vor den ethischen Herausforderungen. Um das Richtige zu tun, wäre keineswegs besondere Zivilcourage nötig gewesen, wie er sie mit seinem bemerkenswerten Protest gegen das Pogrom im November 1938 unter Beweis gestellt hatte. Er hätte im Dickicht der Besatzungsbürokratie mit ihren notorischen Kompetenzrangeleien und Auseinandersetzungen unter konkurrierenden Dienststellen auf deutscher wie auf französischer Seite mannigfach Gelegenheit gehabt, „Dienst nach Vorschrift" zu machen. Er hätte eigene Passivität in der Judenverfolgung, zumal auf dem komplexen Gebiet der Wirtschaftsverwaltung, hinter dem Schleier von Sachzwängen und unter Verweis auf die nur Experten zugänglichen Fachfragen verstecken können. Diesen Weg hat Kurt Blanke nicht beschritten. Er hat sein Fachwissen, seine hohe Intelligenz und seine Energie ungeschmälert in den Dienst der Verfolgung gestellt.

Dass für Blanke das Bild von der Banalität des Bösen[146] nicht passt, liegt somit auf der Hand. Hier handelte kein in der Alltagsroutine aufgehender Bürokrat, sondern ein phantasievoller und tatkräftiger Verfolgungsmanager. Ebenso wenig bestätigt der Fall Blanke die These Zygmunt Baumanns, wonach die Anonymität moderner Großorganisationen und die damit einhergehende Distanz zwischen Verwaltungstätern und ihren Opfern eine wesentliche Voraussetzung planmäßigen Massenverbrechens sei, als dessen Prototyp der Holocaust gilt[147]. Blanke, der persönlich Kontrollbesuche in den Geschäften jüdischer Besitzer durchführte und selbst die Ahndung von Verstößen gegen antijüdische Verordnungen befahl, wusste genau, mit wem er es zu tun hatte und wen die von ihm angeordneten Maßnahmen trafen.

Eben hier könnte der Schlüssel zum Verständnis der Motivlage von Kurt Blanke liegen. Sein besonderes Engagement bei der „Ausschaltung" der Juden aus der französischen Wirtschaft ist durch die Professionalität des Verwaltungsjuristen und Besatzungsbeamten allein nicht zu erklären. Die Professionalität seines Handelns wurde aufgeladen durch die Energie eines Überzeugungstäters. In Frankreich waren seine Opfer eben nicht jüdische Nachbarn aus bürgerlichem Milieu, die er in seiner Heimatstadt Celle gekannt hatte, sondern kleine jüdische Gewerbetreibende in den Pariser Vorstädten, viele von ihnen osteuropäischer Herkunft[148], oder aber die wenigen begüterten und oft genug prominenten Juden, die der Abschlussbericht zur „Entjudung der französischen Wirtschaft" besonders hervorhob. Dies waren die stereotypen Zielgruppen des bürgerlichen Antisemitismus in Deutschland, und Blankes Taten sprechen dafür, dass er diese antisemitischen Klischees teilte, auch wenn wir über seine Motive nur mutmaßen können.

---

146 Vgl. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.

147 Vgl. Zygmunt Baumann, Modernity and the Holocaust, Ithaca 1989.

148 Über das jüdische Milieu der Pariser Vorstädte und die dortigen Gewerbetreibenden unterrichtet eindrucksvoll Laloum, Juifs dans la banlieue.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kurt Blanke steht so für eine Tätergruppe, der ein ideologisch motivierter Wille zur physischen Vernichtung der Juden nicht zugeschrieben werden kann, deren Tätigkeit aber gleichwohl für die „Endlösung“ durch Massenmord konstitutiv war. Blanke gehörte zu den unverzichtbaren Bürokraten des Holocaust, aber keineswegs zu „Eichmanns willigen Vollstreckern“[149]. Höhere Beamte in deutschen Besatzungsverwaltungen waren weder bloße Befehlsempfänger noch rabiate Antisemiten, in der Regel jedenfalls nicht. Kennzeichnend für Blanke ist vielmehr die aktive und engagierte Beteiligung an der Umsetzung der zentralen Berliner Vorgaben, *ohne* dass erkennbare „eliminatorische“ (Daniel Goldhagen) Absichten vorgelegen hätten. Blankes Motive speisten sich allem Anschein nach aus unpolitischem Pflichtethos, beruflichem Ehrgeiz und allgemeiner Loyalität gegenüber der politischen Führung. Antisemitische Klischees mögen hinzugekommen sein, sie hätten sich aber ohne den Rahmen der NS-Diktatur wohl kaum voll entfalten und zu schrecklichen verbrecherischen Konsequenzen führen können.

Dieser Befund mindert indes keineswegs die Verantwortung der bürgerlichen Schreibtischtäter vom Schlage eines Blanke. Ganz im Gegenteil. Täter wie Blanke hätten Juden wohl auch ohne antisemitische Motive skrupellos behandelt, und antisemitische Klischees konnten die Dynamik der Verfolgung auch dann ins Mörderische steigern, wenn sie „harmlos“ erschienen und in keiner Weise auf die physische Vernichtung der Juden angelegt waren.

[149] Vgl. Yaacov Lozowick, Hitlers Bürokraten, Eichmann, seine willigen Vollstrecker und die Banalität des Bösen, Zürich/München 2000.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Begriff „Neoliberalismus" ist in aller Munde. Dass es eine neoliberale Wende gegeben hat, ist mittlerweile zu einer politischen Glaubensweisheit geworden, ohne dass sich aber sagen ließe, wann sie eingetreten ist und worin sie genau besteht. Martin Werding, Ökonom am ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, bestreitet nun, dass es diese Wende überhaupt gegeben hat. Welche Argumente vermag er dafür aufzubieten?

Martin Werding

Gab es eine neoliberale Wende?

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland ab Mitte der 1970er Jahre

Einleitung

Die Forschung zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wendet sich derzeit verstärkt dem Umschwung von der Periode des Wiederaufbaus und des anschließenden Booms, der bis Mitte der 1970er Jahre anhielt, zur nachfolgenden Periode verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums und stark steigender Arbeitslosigkeit, die nüchtern betrachtet bis zur Gegenwart andauert, zu[1]. Wirtschaftliche Fakten allein dürften zwar sowohl für die Selbstauslegung einer Epoche als auch für ihre spätere zeitgeschichtliche Analyse und Einordnung nicht entscheidend sein. Dasselbe gilt *a fortiori* für wirtschaftswissenschaftliche Erklärungen und Theorien, zumal wenn sie in einem selbst innerhalb der Disziplin nicht vollends gelösten Meinungsstreit stehen. Trotzdem mag die Sicht eines Ökonomen auf diese Phase des Umschwungs die aufkommende Fachdiskussion unter Zeithistorikern und Vertretern anderer, näher mit diesen benachbarter Disziplinen ergänzen und im Idealfall sogar bereichern.

Der erste „Ölpreis-Schock" vom Herbst 1973, der sich bis 1975 zu einer nach damaligen Begriffen handfesten Wirtschaftskrise ausgewachsen hatte, stellt im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland eine klare Zäsur dar. In dem Maße, wie sich dadurch auch die politische Agenda änderte, und zwar keinesfalls nur im Bereich der Finanz- und Arbeitsmarktpolitik, sondern auch in der Außenpolitik, der Sozial- und Innenpolitik, der Verkehrs- und Umweltpolitik sowie – zumindest potentiell – der Bildungspolitik, und sich alle Bundesbürger in ihrem täglichen Leben rasch mit sichtbaren Zeichen

[1] Vgl. etwa Anselm Doering-Manteuffel, Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970, in: VfZ 55 (2007), S. 559–581; vgl. auch die Beiträge einer Tagung im Institut für Zeitgeschichte in München, 21.–23. 3. 2007, in: Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland in den globalen Transformationsprozessen der 1970er und 1980er Jahre, erscheint 2008.

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0011
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des Umschwungs konfrontiert sahen, wurde daraus auch für die Gesellschaft als ganze die Erfahrung eines Einschnitts, die in ihrer Intensität später bestenfalls noch – und vielleicht sogar weniger universell – durch die demokratische Wende in der DDR und die deutsch-deutsche Wiedervereinigung erreicht worden ist. Fraglich ist jedoch, auch und gerade aus der Sicht eines Ökonomen, ob es beim Umschwung vom Boom zur Krise Mitte der 1970er Jahre um mehr geht als eine bloße, wenn auch deutliche Zäsur, einen diskontinuierlichen Sprung im Laufe des kontinuierlichen Strukturwandels. Möglicherweise hat sich dieser nur vorübergehend beschleunigt, wurde dabei für die eine oder andere erforderliche Anpassung zu schnell und schlug aufgrund gewandelter Rahmendaten auch eine etwas andere Richtung ein als zuvor. Zu fragen ist, mit anderen Worten, ob sich in diesem Umschwung darüber hinaus eine echte Zeitenwende in der Geschichte der Bundesrepublik und anderer, wirtschaftlich hoch entwickelter Länder abzeichnet.

Anselm Doering-Manteuffel[2] spricht angesichts derselben Frage zunächst differenziert von „Brüchen und Kontinuitäten" in der Zeit vor und nach 1975 und weist auf einige interessante Widersprüche diverser Entwicklungen in dieser Phase hin. Er legt sich dann aber, unter anderem mit dem Hinweis auf einen „Paradigmenwechsel" innerhalb der von privaten Unternehmen dominierten Wirtschaft, der auch das Zusammenspiel von Wirtschaft und Staat erfasst habe, darauf fest, von einem Übergang zwischen zwei verschiedenen „Gesellschaftsmodellen" zu sprechen. Das eine, auslaufende Modell bezeichnet er als „keynesianisch" – oder „fordistisch-keynesianisch", unter Anspielung auf gewisse Analogien zwischen den seinerzeit tonangebenden Methoden zur betriebswirtschaftlichen Produktionssteuerung und zur makroökonomischen Globalsteuerung des Wirtschaftsgeschehens –, während er das andere, neu heraufziehende Modell, vorläufig und nicht ohne Zögern, mit dem Begriff „neoliberal" belegt.

Eine überzeugende Antwort auf die zugespitzte Frage nach der Existenz einer neoliberalen (Zeiten-)Wende wird der vorliegende Aufsatz schuldig bleiben. Ihrer Natur nach lässt sie sich wohl generell erst in der längeren Rückschau einer Klärung zuführen. Gleichwohl ergeben sich aus der Perspektive eines Wirtschaftswissenschaftlers eine Reihe von Beobachtungen, die Licht auf diese – für Ökonomen ohne Zweifel ungewohnte – Thematik werfen. Diese Beobachtungen sollen hier aneinandergereiht und in Form von drei Thesen und einer Hypothese zusammengefasst werden.

Wirtschaftlicher Umschwung in den 1970er Jahren: Übergang zur Normalität

Die Diskussion über die Bedeutung der Zäsur, die der Umschwung vom Boom zur Krise Mitte der 1970er Jahre für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ohne Zweifel bedeutete, ist in vielen Feldern getragen von

[2] Vgl. Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 563, S. 567, S. 569–571 u. S. 574–576.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einem bemerkenswerten Grad an „Kulturpessimismus“[3]. Die Zeit bis 1975 erscheint dabei als „Goldenes Zeitalter“[4], die anschließende Phase hingegen als eine Zeit des Verlustes – an Aufstiegsmöglichkeiten, Einkommensaussichten und Konsummöglichkeiten, an Arbeitsplatzsicherheit, an Stabilität in einem umfassenderen Sinn, vermittelt durch gewohnte Strukturen von Erwerbsleben und gesellschaftlichem Leben im ganzen – und der fortschreitenden Ökonomisierung vieler Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens.

Aus ökonomischer Sicht muss man diesem verklärenden Rückblick auf die Vergangenheit zuallererst eine nüchterne Feststellung entgegenhalten, noch ohne damit zur eigentlichen Frage dieses Beitrags Stellung zu nehmen. Was immer die Zeit des wirtschaftlichen Booms charakterisiert und was immer seine Dynamik trieb, diese Zeit war keine Zeit der Normalität, zumindest nicht im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung.

> 1. These: Die Zeit des Wiederaufbaus und des anhaltenden wirtschaftlichen Booms bis Mitte der 1970er Jahre stellt aus ökonomischer Sicht das Außergewöhnliche dar, die anschließende Phase mit einer weit weniger günstigen wirtschaftlichen Entwicklung eher das Normale.

Die deutschen Erfahrungen in der Zeit von Wiederaufbau und anschließendem Boom sind zwar nicht singulär, aber geprägt von einem im internationalen Vergleich besonders hohen Wachstum. Gleichzeitig hat sich die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland in der Folgezeit stärker verlangsamt als in anderen entwickelten Volkswirtschaften. Beides lässt sich etwa mit ökonometrischen Untersuchungen belegen, bei denen aus den tatsächlich beobachteten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts der Jahre 1950–2004 konjunkturell bedingte Abweichungen vom langfristigen Wachstumstrend herausgefiltert und die zugrunde liegenden Trendwachstumsraten selbst, jeweils für mehrjährige Zeiträume, isoliert werden (vgl. Abbildung 1)[5]. Stellt man die Trendwachstumsraten (West-)Deutschlands denjenigen anderer EU-Länder und der USA gegenüber, zeigt sich zwar fast überall dasselbe Muster von „Boom“ und „Krise“, aber es ist nirgends so ausgeprägt wie hierzulande. Am wenigsten deutlich ist dieses Muster in den USA, wo sich eher ein fast kontinuierlicher Trend der wirtschaftlichen Entwicklung zeigt, dessen Niveau bis zur Gegenwart ausgesprochen hoch ist. Die Erfahrung des Umschwungs ist in Deutschland so gesehen überzeichnet.

[3] Ebenda, S. 578.

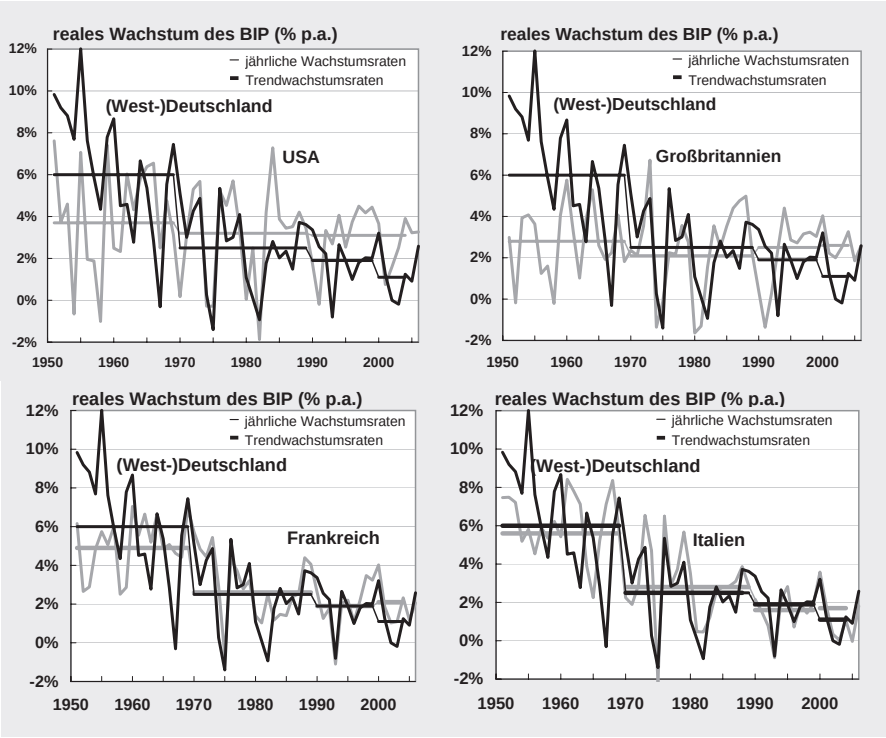
[4] Vgl. Eric Hobsbawm, The Age of Extremes: The Short Twentieth Century, 1914–1991, London 1994, der unter diesem Titel die Periode von 1950 bis 1975 abhandelt.

[5] Vgl. Harm Bandholz/Gebhard Flaig/Johannes Mayr, Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst 58 (2005), H. 4, S. 28–36.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abb. 1: Wachstum und Trendwachstum des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten Ländern (1950–2004)



Quellen: GGDC Total Economy Database; Bandholz, Flaig und Mayr, 2005.

Einen weiteren Beleg für die Non-Normalität der Boom-Phase liefert die Tatsache, dass in empirischen Arbeiten zu den Determinanten langfristigen wirtschaftlichen Wachstums in entwickelten Volkswirtschaften die Zeit bis 1960 und manchmal sogar bis 1965 – nicht nur wegen einer schwierigeren Datenlage als für die jüngere Vergangenheit – häufig als offenkundig „irreguläre" Aufbauphase ausgeblendet wird[6]. Von 1965 bis zum Ende des fortgesetzten Booms sind es jedoch nur noch wenige Jahre, und der in dieser Vorgehensweise liegende Vorbehalt müsste für Deutschland zudem in besonderer Weise gelten.

Zu beachten ist schließlich, dass sich in Westdeutschland in der Zeit von 1950 bis 1975 zwar eine besondere Dynamik des Wachstums von Beschäftigung, Bruttoinlandsprodukt und anderen makroökonomischen Größen zeigt. Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, gemessen etwa am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf

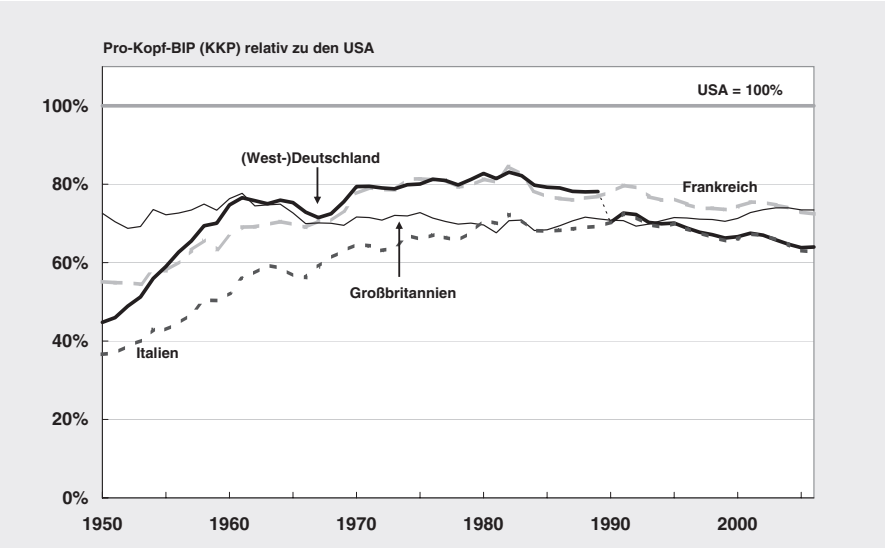
[6] Vgl. etwa William Easterly/Ross E. Levine, It's not Factor Accumulation: Stylized Facts and Growth Models, Central Bank of Chile Working Papers Nr. 164, June 2002; Avner Ahituv, Be Fruitful or Multiply: On the Interplay between Fertility and Economic Development, in: Journal of Population Economics, Nr. 14, 2001, S. 51–71.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Wohnbevölkerung, war im Vergleich zu dem anderer entwickelter Volkswirtschaften zumindest am Ausgangspunkt dieser Entwicklung aber nicht hoch (vgl. Abbildung 2). Die 1950er und 1960er Jahre waren so gesehen in Deutschland durchaus kein „Goldenes Zeitalter". Vielmehr war die Bundesrepublik, als sie sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder in das internationale Wirtschaftsgeschehen einschaltete, selbst ein „Niedriglohn-Land"[7], das genau diesen Wettbewerbsvorteil – der aus der Sicht der Beschäftigten durchaus auch seine Nachteile hat – erfolgreich ausspielte und gerade dadurch und erst bis Anfang der 1970er Jahre zu relativem Wohlstand gelangte.

Abb. 2: Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens in ausgewählten Ländern (1950–2006)



Quellen: GGDC Total Economy Database; Berechnungen des Autors.

Warum ist die Zeit des „Wirtschaftswunders" und des fortgesetzten Booms in der Erinnerung, vielleicht sogar schon im Erleben, so vieler Menschen dann aber so positiv besetzt, die anschließende Phase mit hohem, aber tendenziell stagnierendem Entwicklungsstand hingegen nicht? Eine überzeugende Antwort darauf liefert auch die ökonomische Forschung nicht. Es zählt jedoch zu den Standardannahmen der elementaren, ökonomischen Konsumtheorie, dass Individuen weniger die absolute Höhe ihres Einkommens und ihrer Konsummöglichkeiten schätzen als vielmehr Verbesserungen ihrer relativen Einkommensposition –

[7] Unter US-amerikanischen Arbeitnehmern erzeugte dies seinerzeit Rufe nach protektionistischen Maßnahmen, die aber ungehört verhallten. Offenbar überwog nach Ansicht der politisch Verantwortlichen der Vorteil, aus Deutschland billige, qualitativ hochwertige Maschinen und Werkzeuge für die US-Industrie zu beziehen. Daran erinnert Hans-Werner Sinn, Die Basar-Ökonomie – Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht?, München 2005, S. 53 f. u. S. 172.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sowohl im Vergleich zu anderen Mitgliedern derselben Gesellschaft als auch im internationalen Vergleich – und ihres bisher erreichten Einkommens- und Konsumniveaus[8]. Bestätigt werden diese Annahmen durch zahlreiche Resultate des sogenannten „*Happiness Research*", eines vergleichsweise neuen, empirischen Forschungszweiges der Ökonomie[9]. Die dort gemessenen, individuell bekundeten Glückszustände kann man letztlich weiterhin entweder als subjektive Wahrheit oder als Resultat einer kognitiven Verzerrung ansehen. Zugunsten der hier aufgestellten These sprechen in jedem Fall die Befunde, dass das wirtschaftliche Wachstum in (West-)Deutschland um 1970 besonders stark fluktuierte und dass das bis dahin sehr hohe Wachstum per se noch nicht Reichtum im Sinne eines hohen wirtschaftlichen Entwicklungsstandes bedeutet, die anschließende Stagnation hingegen mitnichten Verarmung oder gar wirkliche Armut.

Paradigmenwechsel in der nationalökonomischen Ideengeschichte

Von einer „keynesianischen Gesellschaft" oder gar einem „keynesianischen Gesellschaftsmodell" zu sprechen[10] ist für den Wirtschaftswissenschaftler befremdlich. Er kennt John Maynard Keynes als brillanten Ökonomen und den Keynesianismus als ein auf dessen Arbeiten gegründetes, von deren Differenziertheit und Kasuistik aber immer stärker losgelöstes makroökonomisches Gedankengebäude, das wegen seiner scheinbar einfachen Politikimplikationen für eine gewisse Zeit großen Einfluss auf die praktische Wirtschafts- und Finanzpolitik vieler entwickelter Volkswirtschaften hatte. Die das Leben und auch das Selbstverständnis einer Gesellschaft prägende Dimension des Wirtschaftsgeschehens oder darauf bezogener politischer Konzepte und Handlungen hält er sich aber kaum je vor Augen – eine Verengung der Perspektive, die für die Theoriebildung und die Entwicklung von Politikempfehlungen ihre Vorteile haben mag, im Hinblick auf die Umsetzbarkeit und konkrete Umsetzung seiner Ideen aber auch ihren Preis hat.

Verfolgen lässt sich der Keynesianismus aus ökonomischer Sicht immerhin ausgehend von der Ideengeschichte der eigenen Wissenschaft über die wissenschaftliche Politikberatung bis hin zu den Konzepten und Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Akteure. Angesichts der dabei zutage tretenden Befunde erscheint es als verfehlt, für die gesamte wirtschaftliche Boom-Phase von 1950 bis 1975 von einer keynesianisch geprägten Periode zu sprechen und erst anschließend einen Paradigmenwechsel mit einer Wende zum Neoliberalismus zu konstatieren.

---

[8] Dies sind, knapp ausgedrückt, die zentralen Aussagen der „relativen Einkommenshypothese" von Duesenberry und der „permanenten Einkommenshypothese" von Friedman. Vgl. James S. Duesenberry, Income, Saving, and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge/MA 1949; Milton Friedman, A Theory of the Consumption Function, Princeton/NJ 1957.

[9] Vgl. Bruno S. Frey/Alois Stutzer, What Can Economists Learn from Happiness Research?, CESifo Working Paper Nr. 503, June 2001; Richard Layard, Happiness: Lessons from a New Science, London 2005.

[10] Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 568.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

2. These: In der ökonomischen Theorie hat sich Mitte des letzten Jahrhunderts in der Tat ein Paradigmenwechsel vom Keynesianismus hin zum Monetarismus und Neoliberalismus vollzogen, der mit großer zeitlicher Verzögerung und auch nur teilweise auf die praktische Wirtschaftspolitik durchschlug. Dass dieser Wechsel dort gerade zum Ende des wirtschaftlichen Booms eintrat, ist kein reiner historischer Zufall. Erneut erscheint der „Vulgär-Keynesianismus", an dem sich die Politik effektiv nur in der kurzen Phase von 1966–75 versucht hat, jedoch als das Anormale, ja Seltsame.

Dass der Paradigmenwechsel in der ökonomischen Ideengeschichte einen etwas anderen zeitlichen Verlauf hat als die Trendwende der wirtschaftlichen Entwicklung, ergibt sich schon aus der Chronologie der Arbeiten der wichtigsten Autoren. John Maynard Keynes schrieb sein Hauptwerk in den 1930er Jahren, die Hauptwerke von Milton Friedman für den Monetarismus und von Friedrich August von Hayek für den Neoliberalismus entstanden in der Zeit zwischen 1945 und 1960[11].

Im Übrigen vertraute Keynes – wie seine Vorgänger, die neoklassischen Ökonomen – zunächst grundsätzlich auf die Selbstheilungskräfte des Marktes. Auch in seiner Sicht war es zuallererst das Zusammenspiel zahlloser Entscheidungen von Unternehmen, Kapitalgebern, Arbeitnehmern und Konsumenten, das immer aufs Neue eine Bewältigung ökonomischer Anpassungsprozesse und Krisen ermöglicht. Der Extremfall der Weltwirtschaftskrise von 1929 brachte ihn jedoch auf den Gedanken, dass der Marktprozess unter Umständen in ein „Unterbeschäftigungsgleichgewicht" führen kann, das sich durch einen geschickten Einsatz geld- und fiskalpolitischer Instrumente des Staates zur Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage überwinden ließe. Als Denkmöglichkeit skizzierte er sogar Spezialfälle solcher Krisen, in denen allein staatliche Fiskalpolitik, also eine gezielte Variation von Staatsausgaben und Steuern, eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung bewirken kann. Durch eine Vielzahl angewandter Schriften hat Keynes anschließend ohne Zweifel selbst zur Vulgarisierung seiner Theorie, mit einer sehr einseitigen Konzentration auf fiskalpolitische Instrumente und ihrer ungeprüften Anwendung in jedem Fall verlangsamten „Wachstums" beigetragen[12].

[11] Vgl. John M. Keynes, The General Theory of Employment, Interest, and Money, London 1936; Milton Friedman, The Quantity Theory of Money – A Restatement, in: Ders. (Hrsg.), Studies in the Quantity Theory of Money, Chicago/IL 1956; ders., Theory of the Consumption Function; Friedrich A. von Hayek, The Use of Knowledge in Society, in: American Economic Review 35 (1945), S. 519–530; ders., The Constitution of Liberty, Chicago/IL 1960.

[12] Viele Diskussionen über dieses Thema, auch unter Ökonomen, wären vermeidbar, wenn der konzeptionelle Unterschied zwischen langfristigem „Wachstum" (des jeweils produzierbaren Angebots an Gütern und Dienstleistungen) und mittelfristig wirksamer „Konjunktur" (d. h. der Auslastung der Produktionskapazitäten durch die Nachfrage) klarer beachtet würde. Eine Stimulierung der Nachfrage wirkt dabei immer nur auf das zweite dieser Phänomene. Die üblicherweise gemessenen „Wachstumsraten" des Bruttoinlandsprodukts oder ähnlicher Aggregate vermischen beide Aspekte.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In der praktischen Wirtschaftspolitik Deutschlands und vieler anderer entwickelter Länder hatte dieser Vulgär-Keynesianismus, mit dem Gedanken der Machbarkeit günstiger ökonomischer Entwicklungen, allerdings nur eine kurze Spanne ungeteilter Unterstützung. Erste Spuren davon finden sich im Sachverständigenratsgesetz von 1963. Nachdem die „Krise" von 1966/67 auf der Basis einer keynesianischen Rezeptur mit Hilfe erhöhter, kreditfinanzierter Staatsausgaben mühelos überwunden worden zu sein schien, erhielt eine solche Politik im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 dann eine echte gesetzliche Grundlage. Die darin festgelegten Maßnahmen zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wurden allerdings bis zur Krise von 1973/74 zunächst nicht mehr benötigt.

Bereits vorher, nämlich im Jahresgutachten 1972/73, das im Herbst 1972 veröffentlicht wurde, zeigten sich bei den Mitgliedern des Sachverständigenrates allerdings schon Anzeichen eines Rückzugs von den einfachen wirtschaftspolitischen Empfehlungen Keynes' und seiner zahlreich gewordenen Nachfolger; im Jahresgutachten 1974/75, geschrieben unter dem Eindruck der sich entfaltenden Ölkrise, die nicht so leicht überwunden werden konnte wie die kurze Rezession von 1966/67, ist die Abkehr der offiziellen wirtschaftspolitischen Berater der Bundesregierung vom Keynesianismus dann klar erkennbar[13]. Auch die Bundesbank, die auf die parallel dazu eingetretene Krise der internationalen Währungsordnung nach dem Bretton-Woods-System 1973 mit einer Freigabe des DM-$-Wechselkurses reagiert hatte, wandte sich anschließend definitiv von keynesianischen Konzepten der Stabilisierungspolitik ab. Als erste Zentralbank der Welt stützte sie ihre Politik ab 1974 auf ein Geldmengenziel und folgte damit einer der zentralen Empfehlungen des Monetarismus[14]. Schwerer einzuordnen ist der Kurs der Finanz- und Wirtschaftspolitik, den die Bundesregierung nach 1975 steuerte. Das Jahr 1976 war schon wieder ein neues Boomjahr. Die nächste größere konjunkturelle Krise stand erst 1982/83 an, und für diesen Zeitraum kann jedenfalls nicht mehr von einer offen proklamierten und lupenrein betriebenen keynesianischen Politik gesprochen werden. Letztlich lässt sich die Phase des Keynesianismus in der praktischen Wirtschaftspolitik somit auf zwischen zwei (1966/67) und zwölf Jahren (1963–75) eingrenzen.

In der Rückschau erscheint das Vertrauen in die exakte kurzfristige Steuerbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung, das Ökonomen, politisch Verantwortliche und Öffentlichkeit in dieser Phase zeigten, als seltsam. Die Basis dafür war, bewertet nach heutigen wissenschaftlichen Standards, äußerst schmal. Der wissenschaftliche Keynesianismus, der sich von 1936 bis in die 1960er Jahre als Denkschule entfaltete, stellt eine intellektuell durchaus spannende makroökonomische Theo-

[13] Vgl. Franz Holzheu, Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung am Beispiel 25 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium 18 (1989), H. 5, S. 230–237; Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Gleicher Rang für den Geldwert (Jahresgutachten 1972/73), Stuttgart 1972; ders., Vollbeschäftigung für Morgen (Jahresgutachten 1974/75), Stuttgart 1974.
[14] Vgl. Otmar Issing, Einführung in die Geldpolitik, München [6]1996, S. 274.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rie dar, die jedoch ohne Mikrofundierung formuliert worden war[15], für die es, abgesehen von fallweiser Evidenz, keine nennenswerte empirische Untermauerung gab und die auch weitgehend ohne Reflexion der Handlungsbedingungen der Politik – Informationsdefizite, Komplikationen politischer Entscheidungsprozesse und vor allem Anreize der politischen Akteure zu wirklich *anti*zyklischem Verhalten – auskam. Insbesondere der letzte dieser Punkte dürfte für die Umsetzung keynesianischer Empfehlungen in der praktischen Wirtschaftspolitik eine entscheidende Schwäche darstellen. Die Überwindung all dieser Defizite ist aus der Sicht der wirtschaftswissenschaftlichen Theoriebildung und Forschung in mehr als einer Hinsicht ein Nobelpreis-würdiger Fortschritt gewesen. Das Verhältnis der Volkswirtschaftslehre zur praktischen Wirtschaftspolitik ist kompliziert – hier gibt es auf beiden Seiten Eitelkeiten und Verständigungsprobleme und nach der kurzen Phase des Keynesianismus lange Zeit so etwas wie eine wechselseitige Abkehr –, aber wenn und soweit auch dort der Kurswechsel vollzogen wurde, ist das aus der Sicht eines Ökonomen ebenfalls begrüßenswert.

Paradigmenwechsel in der praktischen Wirtschaftspolitik?

Nach 1975 haben sich das weltwirtschaftliche Umfeld Deutschlands, die dort wirkenden Kräfte und selbst die Sphäre des wirtschaftlichen Wettbewerbs nachhaltig geändert. Es begann eine Phase, die üblicherweise kurz mit dem Begriff der Globalisierung gekennzeichnet wird, mit zunehmenden internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen, ablesbar an Umfang und Gewicht des internationalen Handels und internationaler Kapitalbewegungen, während einer Ausweitung der Arbeitskräftemigration zunächst sowohl die wenig günstige wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern und dann im wachsenden Maße administrative Hürden entgegenstanden. Im Wesentlichen handelt es sich bei der Globalisierung um einen kontinuierlichen Prozess, der – speziell aus der Sicht einzelner Länder und Weltregionen – jedoch auch singuläre Sprünge („Schocks") aufweist[16]. „Die" Wirtschaft, d. h. Unternehmen und Arbeitnehmer – letztere zumindest, soweit sie noch beschäftigt sind –, haben die damit einhergehenden Änderungen mal aktiver, mal eher reaktiv, umfassend mit vollzogen. Zu den Anpassungen gehören die Internationalisierung der Aktivitäten und auch der Strukturen vieler deutscher Unternehmen, häufig in Verbindung mit einer erfolgreichen Weltmarkt-Nischenstrategie. Auch alle Beobachtungen allgemeiner Unrast und Beschleunigung[17] sowie einer Spaltung der Erwerbspersonen in total Flexible

[15] Der Einwand, dass sich die zentralen makroökonomischen Funktionen der keynesianischen Theorie nicht ohne Weiteres aus dem Zusammenspiel rationaler Entscheidungen einzelner Individuen herleiten lassen, steht als sogenannte „Lucas-Kritik" am Beginn der Entwicklung einer neuen Makroökonomik. Vgl. Robert E. Lucas, Econometric Policy Evaluation: A Critique, in: Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, Bd. 1, 1976, S. 19–46.

[16] Vgl. European Economic Advisory Group, Report on the European Economy 2005, München 2005, Kap. 2 u. S. 56; Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, München 2003, Kap. 2, der die „Schocks der Globalisierung" für (West-)Deutschland nachzeichnet.

[17] Vgl. Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 575.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Immobile, Überbeschäftigte und Arbeitslose etc. treffen im Kern zu[18]. Ein Akteur hinkt in diesem Prozess jedoch nach: der Staat bzw. das Gefüge wirtschaftspolitischer Institutionen in Deutschland, und diese Asymmetrie dürfte zu den Wachstumsproblemen der vergangenen zehn bis 15 Jahre nicht unwesentlich beigetragen haben.

> 3. These: In weiten Teilen der praktischen Wirtschaftspolitik, speziell in Politikbereichen, die für die Bürger als Arbeitnehmer, Steuerzahler oder Transferempfänger am stärksten fühlbar sein dürften, ist dieser Paradigmenwechsel allerdings gar nicht vollzogen worden – weder Mitte der 1970er Jahre noch, teilweise, bis heute. Spätere Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Finanz- und Sozialpolitik gehorchen eher dem Diktat mangelnder Tragfähigkeit der bisherigen Politik als irgendwelchen paradigmatischen Neuerungen.

Zwar gab es in Westdeutschland 1982/83 eine politische „Wende", mit dem Wechsel von der sozial-liberalen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt zur christlich-liberalen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Mit leichter zeitlicher Verzögerung scheint dieser Wechsel einem internationalen Trend zu folgen, der durch den Amtsantritt der Regierung Thatcher in Großbritannien 1979 angeführt wird und sich mit dem Amtsantritt von Präsident Reagan in den USA 1981 fortsetzt. In aktuellen Politikdebatten in Deutschland – etwa über die Arbeitsmarktreformen, die hier ab 2002 ergriffen wurden – hört man dementsprechend gelegentlich die These, zwanzig Jahre neoliberaler Angebotspolitik seien ohne sichtbaren Erfolg am Arbeitsmarkt geblieben, vielleicht sogar vielmehr der Grund für die immer weiter gewachsene Arbeitslosigkeit[19]. Manche Bürger, die sich im „Brave new world of economics" der Gegenwart nicht gut aufgehoben fühlen, mögen das in der Tat so empfinden. Was eine konsequente und grundlegende Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik betrifft, ist diese Sicht jedoch schlicht falsch.

Der Monetarismus brachte vor allem eine theoretisch klar fundierte Entzauberung des vermeintlichen Trade-off zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung, d. h. der Austauschbarkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit. Er implizierte damit in erster Linie neue Regeln für die Gestaltung der Geldpolitik. Es wurde bereits vermerkt, dass sich die Bundesbank – letztlich als einziger politischer Akteur – voll darauf eingelassen hat. Dies dürfte ein Teil ihres Erfolges in der Zeit bis 1999 sein, und die Unabhängigkeit von der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Bundesregierungen, die sie dabei bewies, hat das

[18] Vgl. dazu etwa Dieter Sauer, Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Soziologische Deutungen in zeithistorischer Perspektive, in: VfZ 55 (2007), S. 309–328.

[19] Vgl. Gustav Horn, Ursachen der Wachstumsschwäche und Beschäftigungskrise, in: Informationen zur Wirtschafts- und Strukturpolitik, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Ausgabe 3/2005, S. 7–14; DGB-Bundesvorstand, Ein neues Bündnis für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit, Pressemitteilung vom 6. 10. 1998. Auf Nachweise für dieselbe These in zahlreichen Internet-Foren und Flugschriften zu diversen Anlässen aus den vergangenen zehn Jahren wird hier verzichtet.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesbankgesetz anschließend zum Modell für die Zentralbank-Verfassung der EZB werden lassen. Versucht man, Rhetorik und Gegenrhetorik beiseite, einen „neoliberalen" Kurs der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu definieren, so lässt sich die allgemeine Chiffre einer „Entstaatlichung" der Wirtschaft in Gestalt folgender Elemente ausbuchstabieren: Steuersenkungen, Reduktion staatlicher Transfers und Subventionsabbau, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – d. h. Abbau staatlicher Regulierungen und Zurückdrängen der Gewerkschaften – sowie die Privatisierung staatlicher Leistungen der Daseinsvorsorge.

Was davon ist denn, in Deutschland, wirklich geschehen, erst recht nach Mitte der 1970er Jahre? Natürlich hat es in Deutschland seither von Zeit zu Zeit Steuerreformen gegeben, die schon zur Vermeidung „kalter Progression" – einer steigenden proportionalen Belastung nominal wachsender Steuerbemessungsgrundlagen bei progressiven Steuern wie der Einkommensteuer – immer wieder erforderlich sind und teilweise auch die Steuerstruktur geändert haben, etwa um wachsende Steuerumgehungsmöglichkeiten und Steuerflucht zu verhindern, in gewissem Maße auch um Leistungsanreize zu verbessern. Ebenso gibt es eine lange Reihe von Sparmaßnahmen in zahlreichen Feldern staatlicher Ausgaben, die aber vor allem ergriffen wurden, um einem endogenen Aufwärtsdruck auf die betroffenen Ausgabenprogramme zu begegnen oder konjunkturell bedingte Einnahmenverluste ohne allzu stark steigende Neuverschuldung zu bewältigen. Eine von den politisch Verantwortlichen konsistent und systematisch über längere Zeit betriebene Politik der Verringerung der Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen lässt sich daran jedoch nicht ablesen.

Noch deutlicher ist das Bestreben mehrerer Bundesregierungen, trotz enormer Anspannung möglichst lange Business as usual zu betreiben, in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Von einer gezielten Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes kann, bei gewissen Veränderungen am Rande dieses Regulierungsfeldes, bis 2002 keine Rede sein. So hat sich der OECD-Indikator für die Strenge des nationalen Bestandsschutzes für Beschäftigungsverhältnisse im Falle Deutschlands seit den 1980er Jahren (und länger zurück) bis heute zwar leicht reduziert; dies liegt aber vor allem an Neuregelungen bezüglich befristeter Beschäftigung und Leiharbeit, während die beiden anderen Sub-Indikatoren für den Kündigungsschutz bei regulären Arbeitsverträgen und für Sonderregelungen bei Massenentlassungen praktisch unverändert blieben[20]. Auch die Reichweite kollektiver Lohnverhandlungen gemessen am Anteil davon erfasster Beschäftigungsverhältnisse ist in Deutschland, trotz eines laufenden Rückgangs des Organisationsgrades der Beschäftigten, unverändert hoch[21]. Die sogenannte passive Arbeitsmarktpolitik, mit Lohnersatzleistungen für Arbeitslose, wurde ab den 1980er Jahren zunächst eher noch ausgebaut, um die schlechte Arbeitsmarktsituation u. a. durch vermehrte Frühverrentungen zu akkomodieren. Auch wurde in diesem Bereich an einem unter Anreizgesichtspunkten wie administrativ höchst fragwürdigen Neben-

[20] Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development, OECD Employment Outlook 2006: Boosting Jobs and Incomes, Paris 2006, Kap. 3.
[21] Vgl. dies., OECD Employment Outlook 2004, Paris 2004, Kap. 3.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einander von unbefristet gewährter Arbeitslosenhilfe mit Leistungen, die sich am jeweils letzten Arbeitsentgelt orientierten, und der Sozialhilfe als allgemeiner Absicherung des sozio-kulturellen Existenzminimums festgehalten. Auch im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik, mit Maßnahmen, die eigentlich zur Mobilisierung Arbeitsloser dienen sollen, gab es bis vor wenigen Jahren zwar zahlreiche Programme, die jedoch vor allem je nach politischen Opportunitäten zur Bereinigung der Arbeitslosenstatistik eingesetzt wurden und im Wesentlichen zur „Aufbewahrung" Arbeitsloser dienten, während der Mut zu einer Evaluierung ihrer tatsächlichen Effektivität und einer Neuausrichtung fehlte[22]. Erst ab 2002 wurde unter dem Eindruck einer immer weiter gewachsenen Sockelarbeitslosigkeit und gestiegener Staatsausgaben für die soziale Absicherung und die Wiedereingliederung Arbeitsloser in all diesen Bereichen umgesteuert, mit einigen, sicherlich korrigierbaren handwerklichen Fehlern und noch ungewissen Aussichten.

Reformen, die sich mittlerweile zu einer kleinen Serie ausgewachsen haben, gab es ab 2001 (danach 2004 und 2007) auch im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung, die perspektivisch vor allem mit dem Problem der Bewältigung des demographischen Wandels konfrontiert ist. Zuvor erschloss die Politik vor der wahren Dimension dieses Problems jedoch weitgehend die Augen[23]. Mitte der 1990er Jahre führte sie mit der sozialen Pflegeversicherung sogar noch einen weiteren Zweig des deutschen Sozialversicherungssystems ein, der von denselben Problemen aller Voraussicht nach eher noch stärker getroffen wird. Zwar ist der Bedarf an einer Lösung zur Finanzierung der wachsenden Pflegebedürftigkeit in einer alternden Gesellschaft unstrittig. Der ganzen Form der Umsetzung nach ist die Pflegeversicherung aber ein Kind der Epoche vor 1975. Der schon wieder aufgelaufene Reformdruck in diesem System wie auch der Bedarf an grundlegenden Strukturreformen der gesetzlichen Krankenversicherung sind bis heute zwar ständig auf der politischen Agenda; eine Lösung zeichnet sich aber nicht ab.

Grundlegende, zeitlich andauernde Kurswechsel im weiten Feld der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik lassen sich auch international nur schwer namhaft machen. Das deutlichste Beispiel dafür liefert wohl Großbritannien während der langen Thatcher-Ära, mit einer echten Wende zur Angebotspolitik, die auch die späteren Labour-Regierungen nicht mehr rückgängig zu machen versuchten. Ansonsten erschweren schon gewisse Doppeldeutigkeiten einzelner politischer Maßnahmen eine klare Einordnung. Häufig kommen Widersprüche zwischen erklärter und tatsächlicher Politik hinzu. So können umfassende Steuersenkungen, wie diejenigen unter Präsident Reagan in den USA während der frühen 1980er Jahre, sowohl als Politik zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für

[22] Vgl. dazu Werner Eichhorst/Eric Thode/Frank Winter, Benchmarking Deutschland 2004, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bericht der Bertelsmann Stiftung, Berlin/Heidelberg/New York 2004; Hans-Werner Sinn/Christian Holzner/Wolfgang Meister/Wolfgang Ochel/Martin Werding, Redesigning the Welfare State. Germany's current agenda for an activating social assistance, Cheltenham u. a. 2006, insbes. Kap. 2 und 4.

[23] Vgl. Martin Werding, Social Insurance: How to pay for pensions and health care?, in: Ingrid Hamm/Helmut Seitz/Martin Werding (Hrsg.), Demographic Change in Germany: The Economic and Fiscal Consequences, Berlin/Heidelberg/New York 2007, S. 89–128.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das gesamtwirtschaftliche Angebot angesehen werden als auch als keynesianisch motiviertes Programm zur Stärkung der privaten Nachfrage. Genauso lässt sich die Schuldenfinanzierung der deutschen Einheit Anfang der 1990er Jahre als keynesianischer Impuls völlig ungekannter Stärke interpretieren, der allerdings ohne erkennbare Wirkung für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland blieb[24]. Vor diesem Hintergrund hatten schließlich auch die in Deutschland und in anderen Ländern erfolgten Privatisierungen – abgesehen von den in einer günstigen Stunde erfolgenden Versteigerungen von UMTS-Lizenzen im Jahre 2000, die erst im Gefolge der Privatisierung des Telekommunikations-Sektors möglich wurden – keine nennenswerten Effekte für Staatsquote und öffentliche Finanzen, weil andere Budgetkomponenten im Zeitablauf ständig wachsenden Raum beanspruchten. In Deutschland haben zunehmende Arbeitslosigkeit und frühe Wirkungen des demographischen Wandels beispielsweise den Anteil von steuerfinanzierten Zuschüssen zum Sozialversicherungssystem am Bundeshaushalt zwischen 1970 und 2005, bei einem kontinuierlichen Wachstums des Haushaltsvolumens, von ca. 32 Prozent auf zuletzt rund 45 Prozent ansteigen lassen[25].

Einfache Kennziffern für die Finanzpolitik eines Landes können vielleicht noch am ehesten Auskunft darüber geben, ob dort Mitte der 1970er Jahre oder in der Folgezeit ein grundlegender wirtschaftspolitischer Kurswechsel stattgefunden hat. Ein zentraler Aspekt keynesianischer Politik ist, dass sich die laufende staatliche Nettokreditaufnahme in Rezessionsphasen – sei es durch diskretionär getätigte Mehrausgaben, sei es durch gezielte Einnahmensenkungen – erhöhen und insgesamt antizyklisch schwanken sollte. Aufgrund des Wirkens „automatischer Stabilisatoren", mit entgegengerichteten konjunkturellen Bewegungen der Staatsausgaben für Arbeitslose einerseits und der Staatseinnahmen aus einkommensabhängigen Steuern andererseits, sind zwar auch bei einer eher angebotsorientierten Politik gewisse Schwankungen zu erwarten. Letztere sollten aber kleiner ausfallen als bei der Anwendung einer keynesianischen Rezeptur. Abbildung 3 zeigt daher den zeitlichen Verlauf der staatlichen Nettokreditaufnahme für Deutschland, einige andere EU-Länder und die USA, jeweils gemessen in Prozent des laufenden Bruttoinlandsprodukts, seit 1970. Im Falle Deutschlands ergibt sich, dass die Rekordhöhe der jährlichen Nettokreditaufnahme des Staates im Krisenjahr 1975 in der Folgezeit zwar nie wieder erreicht wurde. Nach diesem Höhepunkt des keynesianischen Einflusses auf die praktische Wirtschaftspolitik lässt sich jedoch kein wirkliches Abflauen der konjunkturellen Dynamik der jährlichen Neuverschuldung erkennen[26]. Noch weniger ist ein finanzpolitischer Kurswechsel ab Mitte der 1970er Jahre in Frankreich zu ersehen, und in den USA ist

[24] Vgl. Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, Kap. 5.

[25] Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen (Jahresgutachten 2006/07), Wiesbaden 2006.

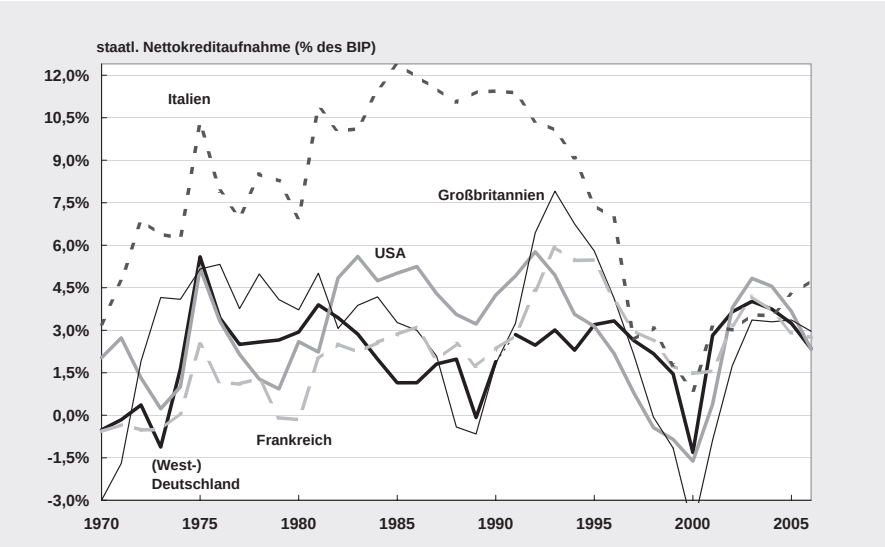
[26] Die Tatsache, dass die Neuverschuldungs-Quoten nicht um Null schwanken, weist außerdem darauf hin, dass die öffentlichen Finanzen in Deutschland dauerhaft ein gewisses strukturelles Defizit aufweisen, das durch das konjunkturelle Auf und Ab mal erhöht, mal gesenkt wird, aber nur mit den Sondereinnahmen des Jahres 2000 (UMTS-Lizenzvergabe) zu jährlichen Überschüssen führt.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es vor allem die lang anhaltende Phase starken Wachstums in den 1990er Jahren, die vorübergehend für ein günstiges Bild sorgt. In Großbritannien hinterlässt die Thatcher-Ära der 1980er Jahre Spuren in Gestalt einer kontinuierlich sinkenden Nettokreditaufnahme; anschließend ergibt sich jedoch auch hier wieder ein enormes Defizit unter der konservativen Regierung Major, das erst unter der Blair-Regierung wieder deutlich zurückgeführt wird. Nochmals anders liegen die Dinge in Italien, das zwischen 1970 und 1990 durchgängig exzessive und sogar trendmäßig steigende Haushaltsdefizite aufweist. Anschließend, in der Phase der Vorbereitung auf das Europäische Währungssystem und mit der Chance vor Augen, der Gemeinschaftswährung Euro beizutreten, wird hier ein auch im internationalen Vergleich bemerkenswerter Kurswechsel sichtbar, dessen Impuls zuletzt jedoch verbraucht zu sein scheint.

Abb. 3: Jährliche Neuverschuldung des Staates in ausgewählten Ländern (1970–2006)



Quellen: OECD Main Economic Indicators.

Die exakte Höhe jährlicher Defizitquoten unterliegt allerdings gewissen Zufälligkeiten, und ihre finanzpolitische Bedeutung variiert ebenfalls. So ist die im Nenner dieser Quoten enthaltene Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP), gerade bei konjunkturellen Trendwenden, nicht genau vorhersehbar. Außerdem kann auch eine prima facie niedrige Defizitquote den kumulierten Schuldenstand des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen, wenn das BIP-Wachstum gleichzeitig ebenfalls schwach ausfällt, und umgekehrt[27]. Abbil-

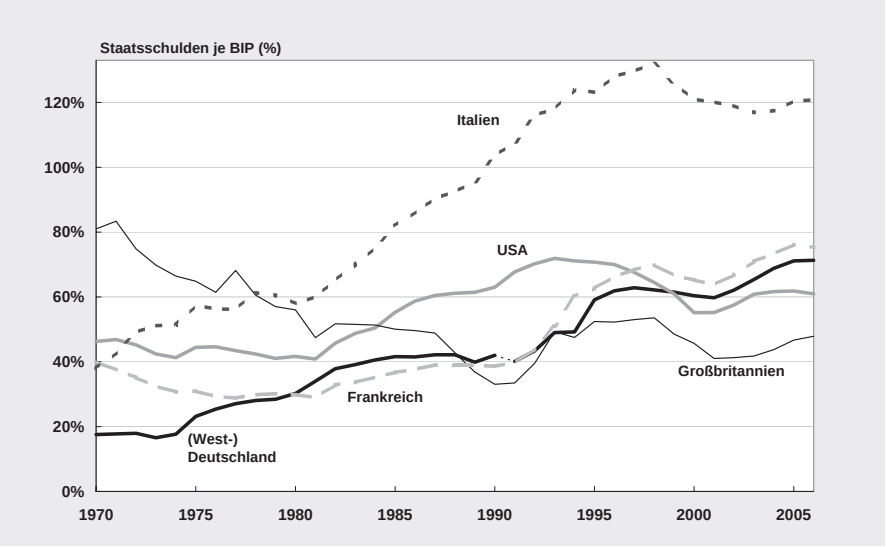
[27] Wenn die Defizitquote eines Jahres kleiner ausfällt als die BIP-Wachstumsrate desselben Jahres, multipliziert mit der Schuldenstandsquote (kumulierte Staatsschuld in Prozent des BIP) des Vorjahres, reduziert sich die Schuldenstandsquote im laufenden Jahr.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung 4 zeigt daher, für dieselben Länder wie zuvor, die Verläufe der kumulierten Staatsschuld, wiederum in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die keinen unerwarteten, kurzfristigen Schwankungen unterliegen und eine Art Langzeitgedächtnis für Ausrichtung und Effekte der Finanzpolitik eines Landes darstellen. Das einzige, hier betrachtete Land, dem eine klare Senkung des Schuldenstandes gegenüber 1970 gelungen ist, ist Großbritannien. In den USA und auch in Italien zeigen sich – auf unterschiedlichem Niveau – immerhin phasenweise Reduktionen der Schuldenstandsquote. In Frankreich und vor allem in Deutschland gab es hingegen ab Mitte der 1970er Jahre bestenfalls kurze Phasen annähernder Stagnation; trendmäßig ist die Schuldenstandsquote in beiden Ländern aber klar gestiegen.

Abb. 4: Kumulierter Stand der Staatsschuld in ausgewählten Ländern (1970–2006)



Quellen: OECD Main Economic Indicators; OECD Historical Indicators.

Dabei ist abzusehen, dass sich dieser Trend in Zukunft nicht weiter fortsetzen kann, sondern dass die Neuverschuldung in Deutschland strukturell zurückgeführt werden muss und der Schuldenstand sich nicht weiter erhöhen kann. Dafür sorgen nicht nur die oft einer gewissen Willkür geziehenen Regeln des EU-Stabilitäts- und Wachstumspaktes, besser bekannt als „Maastricht-Regeln", die die jährliche Nettokreditaufnahme auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzen und eine Reduzierung des Schuldenstands auf (unter) 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts fordern. Bei weiter wachsender Schuldenstandsquote hat die jährliche Neuverschuldung vielmehr entweder rasch keinerlei Nettofinanzierungseffekt mehr oder der Schuldenstand explodiert in Relation zum laufenden Brutto-

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

inlandsprodukt[28]. Wenn sich die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik neuerdings, wenn auch bislang mit ungewissem Ausgang bezüglich der Nachhaltigkeit dieser Bestrebungen, in diesem Punkt um eine klare Trendwende bemüht, liegt daher auch darin kein paradigmatischer Politikwechsel. Eine Fortsetzung der Politik der Vergangenheit ist schlicht nicht möglich. Prospektiv ergeben sich durch den demographischen Wandel und seine Effekte für die Finanzen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und mittelbar für die gesamten öffentlichen Finanzen neue Herausforderungen, für die sich die deutsche Finanzpolitik rüsten muss[29].

Zäsur oder Zeitenwende? Versuch einer Deutung

Das hier bisher entrollte Bild ist erneut eines von Brüchen und Kontinuitäten der Entwicklung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland um die Mitte der 1970er Jahre. Es führt insgesamt nicht zu einem klaren Urteil darüber, ob sich dort zu dieser Zeit bloß eine merkliche Zäsur zeigt oder eine wirkliche Zeitenwende vollzieht bzw. – im letzteren Fall – immerhin sichtbar wird. Abschließend soll hier der Versuch gemacht werden, es nicht ganz bei diesem lockeren Einerseits-Andererseits bewenden zu lassen. Dazu soll noch ein wenig tiefer als bisher in das Terrain der Historiker vorgedrungen werden, mindestens in dem Sinne, dass zunächst noch weiter in die Vergangenheit verwiesen wird. Ökonomische Daten lassen den Beobachter dabei weitgehend im Stich, daher wird an ihre Stelle eine spekulative Deutung längerfristiger Entwicklungslinien und Zusammenhänge von Wirtschaft und Politik gesetzt, die als solche nicht zwingend sein, aber – so ist zu hoffen – einen gewissen Grad an Plausibilität erreichen kann.

> Hypothese: Wenn und soweit für Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 1970er Jahre eine Periode zu Ende gegangen ist, war dies eine Interimsperiode, ein historisches Intermezzo. Was seither heraufzieht, knüpft möglicherweise an weiter zurückliegende Entwicklungen an, die im 20. Jahrhundert, vorübergehend, abgeschnitten wurden.

[28] Bei einem Schuldenstand von 60 % des BIP und einem Nominalzins von 5 % beläuft sich allein schon der jährliche Schuldendienst auf 3 % des BIP. Eine Neuverschuldung in dieser Höhe sorgt also überhaupt nicht mehr für größere Spielräume zur Finanzierung ordentlicher Ausgaben des Staates, sondern dient allein zur Finanzierung ungedeckter Ausgaben der Vergangenheit. Will sich der Staat durch zusätzliche Schulden darüber hinaus noch Haushaltsmittel verschaffen, kann die Schuldenstandsquote durch Zinseszinseffekte in Relation zum BIP exponentiell wachsen.

[29] Vgl. Martin Werding/Anita Kaltschütz, Modellrechnungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, München 2005, insbes. Kap. 4; Werding, Social Insurance, in: Hamm/Seitz/Werding (Hrsg.), Demographic Change, Abschn. 5. Die erste dieser Arbeiten bildet eine wesentliche Grundlage des „Ersten Tragfähigkeitsberichts" des Bundesfinanzministeriums von 2005, die zweite bietet aktualisierte Berechnungen, die auf weniger optimistischen Annahmen zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und gesamtwirtschaftlichem Wachstum beruhen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Falls es angesichts allfälliger Pfadabhängigkeiten von wirtschaftlichen wie von historischen Entwicklungen überhaupt so etwas gäbe, könnte man sagen, dass das 20. Jahrhundert ein „verlorenes Jahrhundert" war. Bereits im 19. Jahrhundert entfaltete sich nämlich eine erste Globalisierung unter dem Britischen Empire und der aufkommenden Weltwirtschaftsmacht USA, mit massiven internationalen Migrationsprozessen, aber auch mit internationalem Handel und Kapitalverkehr von beachtlichen Ausmaßen. Dabei traten im Übrigen auch ganz ähnliche Probleme auf wie heute. So verdrängte die Industrialisierung der Textilproduktion in Deutschland, die eine Reaktion auf wachsende internationale Konkurrenz war, die in Heimarbeit fertigenden schlesischen Weber; im nächsten Schritt hatte die Textilproduktion in Indien Rückwirkungen auf die heimische Produktion in Großbritannien usw. Diese frühe Phase zunehmender, weltwirtschaftlicher Integration, wohin immer sie geführt hätte, wurde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sukzessive abgeschnitten. Die wichtigsten Einschnitte bildeten dabei der Erste Weltkrieg, die anschließende Phase von Hyperinflation und Weltwirtschaftskrise und dann der Zweite Weltkrieg.

Der anschließende Versuch, eine neue Weltordnung herzustellen, lief dabei – zumindest was Ansätze zur wirtschaftlichen Integration betrifft – zunächst auf die Schaffung einer „Inselgruppe der Seligen" hinaus, zu der wenige, relativ hoch entwickelte Staaten gehörten, die einen begrenzten Wettbewerb nur innerhalb ihrer Sphäre zuließen. Möglich wurde dieses Unternehmen auch durch einige historische Zufälle, etwa das politische und wirtschaftliche Chaos, in das sowohl Lateinamerika als auch viele, zu dieser Zeit unabhängig werdende Kolonien versanken, oder die Tatsache, dass sich die COMECON-Staaten und China in der Nachkriegszeit fast völlig aus der internationalen Arbeitsteilung ausblendeten.

Praktisch alle zeitgenössischen Institutionen wirtschaftlicher Zusammenarbeit und Integration begannen als vergleichsweise exklusive Clubs weniger, recht homogener Länder, die ihre internationalen Wirtschaftsbeziehungen intensivieren oder reaktivieren wollten und dabei nach außen ein gerüttelt Maß an Protektionismus an den Tag legten, am sichtbarsten wohl in den Bereichen des Textil- und Agrarhandels, was entwicklungspolitisch und aus der Sicht vieler anderer Länder durchaus nachteilig war. Die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development), hervorgegangen aus dem Marshall-Plan und der 1947 gegründeten OEEC (Organization for European Economic Co-operation) mit 18 europäischen Mitgliedstaaten, wurde 1961 mit 20 Mitgliedstaaten gegründet, die alle in Nordamerika und Westeuropa lagen. Heute zählt sie 30 Mitgliedstaaten, wobei die „neuen" Mitglieder vorrangig aus Ostasien und Ozeanien und in jüngerer Zeit aus Osteuropa kommen. Die Europäische Union wurde 1957 als EWG-6 gegründet und hat sich sukzessive immer weiter zur EU-27 ausgedehnt, erst nach Norden, dann nach Süden und zuletzt ebenfalls nach Osten. Was heute G8-Gipfel heißt und von den Schwellenländern immerhin Russland einschließt, begann 1975 als G-6, wiederum mit Mitgliedstaaten allein in Nordamerika und Westeuropa.

Der wirtschaftliche Erfolg dieses Bestrebens, zum Teil aber auch die politische Hegemonie dieser Clubs über einen im Zeitablauf immer größer werdenden Teil der Welt, lockte offenbar nach und nach Imitatoren und zusätzliche Konkurren-

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten an, die mit ihren Mitteln Zugang zum Weltmarkt bzw. zu einem Teil der dort erzielten Einkommen suchten. Der wohl sichtbarste neue Player war dabei vielleicht die OPEC (Organization of the Petroleum Exporting Countries), die ab den 1970er Jahren recht erfolgreich eine der wichtigsten Ressourcen für die entwickelten Volkswirtschaften kartellisierte und für die tiefe Zäsur der wirtschaftlichen Entwicklung Mitte dieses Jahrzehnts mitverantwortlich war. Es folgten die Tiger-Staaten in Südostasien, die ab den 1980er Jahren eine immer stärker spürbare Niedriglohnkonkurrenz bei der Produktion einfacher Industriegüter aufbauten. Im Jahrzehnt danach traten nach der Auflösung des COMECON (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) osteuropäische Länder mit vergleichsweise hoch qualifizierten Arbeitskräften und relativ geringen Lohnansprüchen in den Weltmarkt ein, und auch Indien und China suchten mit erhöhtem Tempo, den Rückstand hinsichtlich des durchschnittlichen Entwicklungsstandes gegenüber den Industrieländern zu reduzieren. Die beiden letztgenannten Länder weisen dabei, vor dem Hintergrund enorm großer Gesamtpopulationen und dualer Ökonomien, mittlerweile entwickelte Sektoren auf, in denen Bevölkerungsanteile wirtschaften, die sich ihrer Größe nach durchaus mit mittelgroßen bis großen OECD-Ländern messen können.

Begünstigt wurde dieser Prozess der Ausweitung der Sphäre internationalen Wettbewerbs dabei möglicherweise nicht nur durch politische Entwicklungen, etwa in Osteuropa und China, welche frühere Friktionen exakt wieder umkehrten, sowie durch bestimmte geopolitische Interessen der entwickelten Volkswirtschaften, die dafür sprachen, die fortschreitende wirtschaftliche Integration zuzulassen und aktiv voranzutreiben. Hinzu kommt unter Umständen eine gemeinsame, inhärente Tendenz des westlichen Freihandelsmodells, politischer Demokratie und nicht zuletzt westlicher Sozialphilosophie zu Reziprozität und zu einem gewissen Grad an Universalismus, die im Widerspruch zur Organisation des weltweiten Wettbewerbs in Form exklusiver Clubs stehen. Was vorübergehend eine Inselgruppe der Seligen dargestellt haben mag, war im Zuge dieser Entwicklung immer weniger isoliert, aber auch immer weniger geschützt.

Wenn die hier aufgestellte Hypothese zutrifft, wird mit dieser Entwicklung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts letztlich zu einem Grad an Globalisierung, an internationaler Verflechtung und Konkurrenz zurückgekehrt, den es dreißig Jahre, fünfzig Jahre oder noch länger nicht gegeben hat. Ein solcher Prozess kann aus vielerlei Gründen nicht exakt dort anknüpfen, wo er zuvor gestoppt wurde. Gleichwohl mag es einige noch weiter aufzudeckende Parallelen zu Globalisierungstendenzen im 19. Jahrhundert geben, die zu studieren sich für Historiker wie für Ökonomen lohnen könnte. In jedem Fall hält der Prozess der (neuerlichen) Globalisierung noch an und erzeugt dabei durch verschieden stark verzögerte Reaktionen der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Akteure möglicherweise genau jene Ungleichzeitigkeiten und Anachronismen – nicht zuletzt in Deutschland, vor und nach der Wiedervereinigung – wie sie hier, noch ohne Bezug zu einem übergreifenden Gesamtbild, angesprochen wurden.

Der als abschließende Hypothese vorgetragene Gedanke kann und soll hier nicht weiter verfolgt werden, da er zunächst durch verfügbare Quellen verschie-

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denster Art, nicht zuletzt auch durch vielleicht nicht ganz leicht zugängliche, aber durchaus existierende wirtschaftliche Daten belegt werden müsste. Wenn er sich erhärten ließe, könnte er immerhin auch gewisse Implikationen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands haben, speziell für die Identifikation möglicher Grundlagen von Prosperität in Zeiten der fortschreitenden – oder wieder aufgenommenen – Globalisierung sowie der wichtigsten Anachronismen, die dem hierzulande entgegenstehen. Dem Aufruf an die zeitgeschichtliche Forschung, die Epoche der frühen Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, des bis in die 1970er Jahre dauernden Booms, entschlossen zu historisieren[30], ist vor dem Hintergrund der hier aufgestellten Thesen wie der daran anknüpfenden Spekulation in diesem Sinne voll zuzustimmen.

[30] Vgl. Doering-Manteuffel, Nach dem Boom, S. 581.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alle Welt wurde vom Bankrott der DDR und der Wiedervereinigung überrascht. Auch der BND? Was wusste der Geheimdienst von den Erosions- und Zerfallserscheinungen in der DDR? Wie arbeitete er und zu welchen Ergebnissen gelangte er? Und wie versuchte er, seine Erkenntnisse in den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess einzuspeisen? Hermann Wentker, langjähriger Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte, und Karl Feldmeyer, Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, stellen diese Fragen im Gespräch mit Hans-Georg Wieck, der von 1985 bis 1990 den Bundesnachrichtendienst leitete.

Hermann Wentker

Die DDR in den Augen des BND (1985–1990)

Ein Interview mit Dr. Hans-Georg Wieck

Als die DDR 1989 zusammenbrach, war dies von kaum jemandem vorausgesehen worden. Die seit 1982 regierende CDU/CSU-FDP-Koalition in Bonn pochte zwar auf die trotz der Teilung weiterhin bestehende Einheit der Nation, setzte ansonsten aber auf Kontinuität in der Deutschlandpolitik[1]. Genauso wie sein Vorgänger Helmut Schmidt bekannte sich Helmut Kohl 1983 zu den durch das Grundgesetz vorgegebenen deutschlandpolitischen Positionen und forderte von der DDR, die am 9. Oktober 1980 vorgenommene Erhöhung des Zwangsumtauschs zurückzunehmen. Wenngleich die beiden Milliardenkredite von 1983 und 1984 auf finanzielle Nöte Ost-Berlins verwiesen, änderte dies nichts an der Auffassung innerhalb der Bundesregierung, dass die DDR, fest eingebunden in den Warschauer Pakt, politisch und wirtschaftlich einer der stabilsten Staaten des Ostblocks war[2].

Zwischen dem Honecker-Besuch 1987 und dem Mauerfall wandelte sich diese Einschätzung nur graduell. Der Führung in Bonn bot sich kein einheitliches Bild: Auf der einen Seite standen steigende Besucherzahlen aus der DDR, was eher auf Lockerungen als auf eine Verhärtung der Führung hindeutete, auf der anderen Seite Massenverhaftungen im Rahmen der Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 17. Januar 1988 sowie Repressionen gegenüber Regimegegnern[3]. Zwar hatte Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble im Juni 1988 den Eindruck, die Lage in der DDR habe sich „nach eini-

[1] Vgl. den Auszug aus der Regierungserklärung vom 13. 10. 1983, in: Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986, S. 130 f., hier S. 130.

[2] Vgl. die Äußerung Kohls gegenüber Karl-Rudolf Korte, in: Ders., Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1988, Stuttgart 1998, S. 386.

[3] Vgl. ebenda, S. 378; Hanns Jürgen Küsters, Entscheidung für die deutsche Einheit. Einführung in die Edition, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann, München 1998, S. 40.

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0012
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Schwierigkeiten eher wieder stabilisiert"; durch den weiter anhaltenden Ausreisedrang und öffentliche Reformdiskussionen sei die DDR-Führung indes „einem rasch steigenden Druck ihrer Bevölkerung ausgesetzt". Am 9. September betonte er vor den Botschaftern der drei Westmächte, dass sich die innerdeutschen Beziehungen seit dem Honecker-Besuch zwar erfolgreich entwickelt hätten; gleichzeitig habe sich jedoch „die innere Situation in der DDR in dieser Zeit verschlechtert, zwar möglicherweise nicht objektiv, aber subjektiv in den Augen der Bevölkerung"[4]. Hinter diesen Äußerungen verbirgt sich eine erhebliche Unsicherheit bei der Beurteilung der Lage. Von ihrer Politik, alles zu vermeiden, was eine Destabilisierung der DDR beförderte, wich die Bundesregierung aber nicht ab. Veränderungen konnten in der DDR nach ihrer Einschätzung nicht durch eine Bewegung „von unten" erfolgen, sondern nur durch Reformen „von oben".

Neben den Berichten der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, der politischen Abteilung des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in West-Berlin konnte der Bundeskanzler für Informationen aus der DDR auf den Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach zurückgreifen. Wie wurde dort die geostrategische Gesamtlage und, in deren Rahmen, die DDR eingeschätzt? Auf welche Weise gelangte der BND an Informationen über die DDR? Auf welche Resonanz stieß der BND mit seinen Berichten im Bundeskanzleramt? Der „Dienst" hat zwar in den letzten Jahren erste Archivalien an das Bundesarchiv abgegeben, die zum Teil auch schon für die wissenschaftliche Forschung genutzt worden sind[5]. Zu den genannten Themen werden dessen Akten jedoch wohl noch auf lange Sicht verschlossen bleiben und jene des Bundeskanzleramts erst nach der gesetzlich vorgeschriebenen Sperrfrist für die Forschung vollständig zugänglich sein, so dass wir zur Beantwortung dieser Fragen einstweilen auf Auskünfte der damals beteiligten Personen angewiesen sind. Vor diesem Hintergrund können die Einblicke, die Hans-Georg Wieck, Präsident des BND von 1985 bis 1990, in dem im Folgenden abgedruckten Gespräch in seine damaligen Analysen sowie in die Arbeitsweise des „Dienstes" mit Blick auf die DDR gewährt, bereits heute weiterhelfen.

Hans-Georg Wieck wurde am 28. März 1928 in Hamburg geboren. Dort absolvierte er auch seine Schullaufbahn und, von 1947 bis 1952, sein Studium der Geschichte, Philosophie und des Öffentlichen Rechts, das er mit einer Promotion über „Die Entstehung der Christlich-Demokratischen Union und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945"[6] abschloss. Zunächst setzte er seine Studien zur Parteienlandschaft der Bundesrepublik als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hamburg fort[7], 1954 entschied er sich aber für eine Laufbahn

[4] Alle Zitate nach Korte, Deutschlandpolitik, S. 387 f.

[5] Vgl. Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärspionage in der DDR, Berlin 2007.

[6] Gedruckt 1953 unter diesem Titel als Band 2 der Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

[7] Vgl. Hans-Georg Wieck, Christliche und freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945–1946, Düsseldorf 1958.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Auswärtigen Dienst. Hier machte er rasch Karriere, die ihn anfangs an das Generalkonsulat in Antwerpen (1955/56), an die Botschaft in London und in das Referat Sowjetunion im Auswärtigen Amt führte (1957–1959). In dieser Funktion wirkte er in Moskau an den Verhandlungen über den ersten Handelsvertrag und ein Konsularabkommen mit; dabei wurde auch die diffizile Frage der Zusammenführung von im Krieg auseinandergerissenen deutschstämmigen Familien berührt. Nach seiner Tätigkeit bei der bundesdeutschen Beobachter-Mission bei den Vereinten Nationen in New York (1959/60) kam er in die politische Abteilung der Botschaft in Washington (1961–1965). Im Oktober 1965 kehrte er nach Bonn zurück, wo er stellvertretender Leiter des Referats „Wiedervereinigung" wurde. Noch vor Ausbruch der Regierungskrise im Herbst 1966 betraute ihn Außenminister Gerhard Schröder mit der Leitung seines Ministerbüros[8]; die Einweisung in die entsprechende Planstelle erfolgte im November 1966. Schröder übernahm nach Bildung der Großen Koalition im Dezember desselben Jahres das Verteidigungsministerium; Wieck wurde vom Auswärtigen Amt in das Ministerium auf der Bonner Hardthöhe abgeordnet, wo er ebenfalls das Büro des Ministers leitete. Nach dem erneuten Regierungswechsel im Oktober 1969 und der Übernahme des Verteidigungsministeriums durch Helmut Schmidt wurde dort schon im Dezember ein Planungsstab unter dem Journalisten Theo Sommer von der Wochenzeitung „Die Zeit" eingerichtet. Obwohl Wieck der CDU angehörte, wurde er zu Sommers Stellvertreter und nach dessen Rückkehr zur „Zeit" im Juli 1970 von Schmidt zum Leiter des Planungsstabes ernannt. Im Februar 1974 kehrte Wieck ins Auswärtige Amt zurück. Ende Mai ging er als Botschafter nach Teheran – nach der Ölkrise von 1973 einer der wichtigsten Auslandsposten im Auswärtigen Dienst. Seine nächste Verwendung führte ihn Anfang März 1977 als Botschafter nach Moskau. Im Oktober 1980 wechselte Wieck als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik zum NATO-Rat nach Brüssel[9].

Schon vor 1985 war Wieck seiner eigenen Aussage zufolge einmal gefragt worden, ob er das Präsidentenamt beim BND übernehmen wolle; 1985 habe er „aus übergeordneten nationalen Gründen den Ruf nicht abweisen können" (S. 331). Der am 1. August 1985 als Nachfolger von Eberhard Blum ernannte BND-Präsident Heribert Hellenbroich, der vorher das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geleitet hatte, musste bereits wenige Wochen später zurücktreten. Denn am 19. August war der Leiter der Referatsgruppe Nachrichtendienste der DDR in der Abteilung IV (Spionageabwehr) im BfV, Hansjoachim Tiedge, aufgrund persönlicher Probleme in die DDR übergelaufen, wo er sein gesamtes Wissen dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) preisgab. Die Bundesregierung versetzte daraufhin Hellenbroich in den einstweiligen Ruhestand. Er hatte, folgt man den Aussagen Wiecks, Tiedge gedeckt, obwohl dieser von der Sicherheitsabteilung

[8] Mitteilung von Hans-Georg Wieck vom 29. 3. 2007.

[9] Zum Lebenslauf Wiecks vgl. Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv, 29/2001; zu den einzelnen Stationen im Auswärtigen Dienst vgl. auch die Personenregister in den einschlägigen Jahresbänden der Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

des BfV als Sicherheitsrisiko eingestuft worden sei (S. 330). In dieser Situation wurde Hans-Georg Wieck zum BND-Präsidenten ernannt, am 4. September trat er sein neues Amt an. Mit Wieck wurde erstmals ein Karrierediplomat Präsident des Bundesnachrichtendienstes. Bei den Motiven, Wieck und keinen „Insider" zu wählen, mag auf der einen Seite dessen eingehende, langjährige Beschäftigung mit der Sowjetunion und auf der anderen Seite die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass er als damaliger NATO-Botschafter „das Vertrauen der wichtigsten Partnerdienste besaß" (S. 330).

Der BND[10] verfügte zu Beginn der achtziger Jahre nach mit aller Vorsicht zu genießenden Schätzungen über rund 6500 und 1990 über rund 7000 Mitarbeiter. Über den ihm zur Verfügung stehenden Etat ist wenig bekannt: In der Amtszeit von Präsident Kinkel (1979–1982) wird er auf 650 bis 700 Mio. DM geschätzt, von denen rund 80 Mio. für operative Zwecke eingesetzt wurden[11]. Der „Dienst" war dem Bundeskanzleramt unterstellt. Mit dem „Organisationserlaß" von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 29. Januar 1975 wurde der Chef des Bundeskanzleramts, damals Staatssekretär Manfred Schüler, zum Beauftragten für die Nachrichtendienste – eine Maßnahme, mit der vor allem die Kontrolle der Nachrichtendienste verbessert und deren Zusammenarbeit optimiert werden sollte[12]. Zu Beginn von Helmut Kohls Kanzlerschaft erhielt Waldemar Schreckenberger als Staatssekretär im Kanzleramt die Zuständigkeit für die Geheimdienste. Als der Bundespräsident 1984 Wolfgang Schäuble zum Bundesminister für besondere Aufgaben und zum Chef des Kanzleramts ernannte, blieb Schreckenberger prinzipiell für die Geheimdienste zuständig; die Verantwortung für den BND behielt sich Schäuble jedoch vor[13]. Unterhalb der Staatssekretärsebene war bereits zum 1. Januar 1975 ein Spitzenbeamter als „Beauftragter für die Nachrichtendienste" eingesetzt worden, der die Dienstaufsicht über den BND führte und den „Ständigen Ausschuß Nachrichtendienste" leitete: Dieser setzte sich aus den zuständigen Abteilungsleitern im Kanzleramt, Innen- und Verteidigungsministerium sowie den Leitern der drei Nachrichtendienste zusammen. Von Juli 1983 bis Ende 1991 war diese Position mit Ministerialdirigent Hermann Jung besetzt[14]. Durch die vom Bundestag aufgrund eines Gesetzes von 1978 geschaffene Parlamentarische Kontrollkommission konnte auch das Parlament Kontrollrechte gegenüber dem BND geltend machen.

---

[10] Das Problem bei der Literatur über den BND besteht darin, dass es sich dabei aufgrund der mangelnden Zugänglichkeit zu Quellen des Dienstes überwiegend entweder um journalistische „Enthüllungsliteratur" oder um Arbeiten von ehemaligen Angehörigen des gegnerischen Staatssicherheitsdienstes handelt. In Ermangelung anderer Titel musste indes für die folgenden Darlegungen darauf zurückgegriffen werden.

[11] Vgl. Erich Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger. Klaus Kinkel und der BND, Düsseldorf 1995, S. 45 u. S. 251; ders., Schnüffler ohne Nase. Der BND. Die unheimliche Macht im Staate, Düsseldorf 1993, S. 74.

[12] Vgl. Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 248 f.

[13] Vgl. Korte, Deutschlandpolitik, S. 31 f., S. 34 u. S. 522, Anm. 87.

[14] Vgl. Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 306.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit BND-Präsident Wieck, der die Tatsache, dass er den BND nicht von innen kannte, durchaus als „Handicap" empfand (S. 331), kehrte frischer Wind in Pullach ein. Sein „Arbeitseifer" war berüchtigt; von seinen Mitarbeitern verlangte er viel. Daneben hielt er es für erforderlich, dass sich der „Dienst" neu präsentierte. Umbaumaßnahmen in Pullach gingen Hand in Hand mit einer Politik der begrenzten Öffnung nach außen: Parlamentarier, Wirtschaftsvertreter und vor allem Journalisten wurden in weitaus größerem Umfang als zuvor zum „Briefing" eingeladen. Hinzu kam, dass Wieck die Kontakte des BND mit der Politik und mit dem Ausland stärker pflegte als seine Vorgänger[15].

Im Rahmen der Tätigkeit des BND war die Aufklärung der Sowjetunion und der DDR immer schon eine Aufgabe von herausragender Bedeutung gewesen. Dies sollte auch unter Wieck so bleiben: zum einen wegen seiner mehrjährigen Erfahrung mit der Sowjetunion und zum anderen wegen der in ihren Auswirkungen nur schwer einzuschätzenden, vom neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow angestoßenen Reformen. Wieck selbst war bereits 1984 davon überzeugt, dass das sowjetische „Hegemonialkonzept in Osteuropa […] gescheitert" sei; die Sicherheitsinteressen Moskaus seien besser durch „Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie in Ostmitteleuropa" zu wahren[16]. Daraus folgerte er, dass die Bundesrepublik ein sehr viel wichtigerer Partner für die Sowjetunion sei als die DDR (S. 333).

Eine erhebliche Steigerung der Geheimdienstaktivitäten gegenüber der DDR wird Wieck von den unterschiedlichsten Seiten attestiert[17]. Diese richteten sich, erstens, gegen das MfS und andere Sicherheitsorgane der DDR: So versuchte der BND 1986, möglichst ranghohe Mitarbeiter des gegnerischen Geheimdienstes zur Kooperation zu gewinnen[18]. Zweitens verstärkte der BND damals die Rekrutierung von Mitarbeitern in der DDR, nachdem er 1986 eine Reihe von Quellen in der DDR aufgrund von Verhaftungen durch das MfS verloren hatte. 1987 registrierte die Spionageabwehr des MfS: „Der BND hat aus diesem Grunde [wegen eines ineffektiven Agentennetzes] gezielte Maßnahmen konzeptioneller, struktureller und personeller Art eingeleitet, um die Agenturarbeit qualitativ zu verbessern."[19] Drittens unternahm der BND seit 1986 systematische Befragungen unter

[15] Vgl. Gabriele Gast, Kundschafterin des Friedens. 17 Jahre Topspionin der DDR beim BND, Frankfurt a. M. 1999, S. 277 ff.; Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 339 f., Zitat S. 339.

[16] Hans-Georg Wieck, Die Sowjetunion und die Zukunft der West-Ost-Beziehungen, in: NATO-Brief 2/1984, S. 26.

[17] Vgl. Peter F. Müller/Michael Mueller, Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte, Reinbek 2002, S. 438; Helmut Wagner, Schöne Grüße aus Pullach. Operationen des BND gegen die DDR, Berlin 2000, S. 155 ff.; Werner Großmann, Bonn im Blick. Die DDR-Aufklärung aus der Sicht ihres letzten Chefs, Berlin 2001, S. 141–145.

[18] Vgl. Günter Möller/Wolfgang Stuchly, Zur Spionageabwehr (HA II im MfS/Abt. II der BV), in: Reinhard Grimmer u. a. (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Bd. 1, Berlin 2002, S. 495 f. Das Vorhaben sei angeblich aufgrund der gut ausgebauten Spionageabwehr des MfS gescheitert.

[19] Zit. nach Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 77; zur Vorgeschichte vgl. Wagner, Schöne Grüße, S. 145–166.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Bewohnern der DDR, zu denen er in der Bundesrepublik Zugang besaß – beispielsweise bei den Befragungsstellen der Notaufnahmelager oder bei Besuchern in der Bundesrepublik.

Auch diese Aktivitäten entgingen dem MfS nicht, das feststellte, dass der BND im zweiten Quartal 1986 begonnen habe, Personendossiers über Reisende in dringenden Familienangelegenheiten anzulegen[20]. Wieck wollte auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogens überprüfen, ob und inwieweit sich die DDR-Bürger mit ihrem Staat identifizierten. Im halbjährlichen Rhythmus zog der BND Bilanz anhand von jeweils 600 Befragungen. Diese ergaben laut Wieck, „dass sich zwischen 72 und 78 Prozent aller Befragten die Vereinigung wünschten". Die Menschen hätten mehrheitlich das SED-Regime abgelehnt, wenngleich man „Begeisterung für die demokratische Ordnung" nicht habe feststellen können. Ein wesentlicher Faktor, der zur Aufrechterhaltung des gesamtdeutschen Bewusstseins beigetragen habe, sei der Wunsch nach dem Lebensstandard der Westdeutschen gewesen (S. 339).

Der BND ermittelte indes nicht nur die Stimmung in der Bevölkerung, sondern analysierte auch die wirtschaftliche Situation der DDR. Wieck legt dar, dass der BND zwar über die Verschlechterung der Wirtschaftslage berichtet, sich aber „nicht systematisch im kritischen Sinne mit den statistischen Angaben der DDR befaßt" habe (S. 347). Die Entscheidung der Bundesregierung, von 1969 an in dem „Bericht über die Lage der Nation" die statistischen Angaben der DDR zugrunde zu legen, habe zu einer Verzerrung des Bildes geführt. Die NATO hingegen habe die ökonomische Situation im Ostblock auf der Grundlage nachrichtendienstlicher Erkenntnisse beurteilt.

Schließlich berichtete der BND Wieck zufolge auch über „die menschliche Dimension der DDR". Dazu gehörte etwa die Ermittlung der Zahl der politischen Gefangenen und die der Übersiedlungsanträge in die Bundesrepublik. Der BND sei Ende der achtziger Jahre irrtümlich von 500 000 Anträgen ausgegangen, womit er zwar nicht den Fehler beging, den zu niedrigen Angaben Manfred Stolpes zu vertrauen, aber zu hoch gegriffen habe (S. 341). Die Forschung hat aufgrund der MfS-Unterlagen von rund 120 000 solcher Anträge in den Jahren 1988/89 Kenntnis[21].

Der neue BND-Präsident intensivierte darüber hinaus die Bemühungen, die Erkenntnisse des „Dienstes" in Bonn an den Mann zu bringen. Dazu nutzte er die von Eberhard Blum eingeführten „BND-Informationen" über bestimmte Länder. Dies waren Gesamtlageberichte, die auf den Berichten der Fachreferate beruhten, im Hinblick auf die Interessen der Bundesregierung aufbereitet und dem Bundeskanzler oder einzelnen Ministern vor Besuchen im Ausland oder Staatsbesuchen in Bonn vorgelegt wurden. Wieck versandte solche Informationen vermehrt an den Bundeskanzler, die Minister und Staatssekretäre[22]. Zu den sich

[20] Vgl. Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 81.
[21] Vgl. Jens Gieseke, Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945–1990, München 2006, S. 232.
[22] Vgl. Gast, Kundschafterin, S. 273 f. u. S. 280.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bietenden Gelegenheiten flog er nach Bonn, um dort Regierung und Parlament zu unterrichten. Anders als seinen Vorgängern gelang es ihm auch, die Erkenntnisse des „Dienstes" dem Kanzler persönlich vorzutragen[23].

Trotz seiner vielfältigen Bemühungen um die Verbreitung der BND-Erkenntnisse beklagt sich Wieck über die mangelnde Akzeptanz seiner Berichte in Bonn. Hintergrund sei das „gespannte ‚Nicht-Verhältnis' zwischen Bonn und Pullach" gewesen (S. 344), wofür er vor allem das wechselseitige Mißtrauen verantwortlich macht, das „mit der jahrzehntelang gehegten Auffassung zu tun [hatte], ‚dass der Dienst sowieso nichts tauge'" (S. 346). Bereits Helmut Schmidt hatte den BND als „Dilettanten-Verein" bezeichnet[24]. Bei den Erkenntnissen, die der BND durch seine Befragung von DDR-Bürgern zutage gefördert habe, ist Wieck der Auffassung, dass die für die DDR zuständige Abteilung im Bundeskanzleramt zum einen keinen Kontakt mit dem BND wollte; zum anderen sei es ihr und der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin „fast ausschließlich um die Frage der ‚menschlichen Erleichterungen für die Menschen in der DDR'" gegangen. Diese Einrichtungen seien fest von der Dauerhaftigkeit der Zweistaatlichkeit ausgegangen; da die Ergebnisse der BND-Befragungen dem widersprochen hätten, seien sie hier auch nicht zur Kenntnis genommen worden. Anders sei dies bei den Mitgliedern des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages, beim Leiter des Gesamtdeutschen Instituts, Detlef Kühn, und bei Kohl und Genscher gewesen. Letztere hätten die Ergebnisse „mit großem Interesse" registriert, da diese mit ihrer Einschätzung der Stimmung in der DDR weitgehend übereingestimmt hätten (S. 346). Kohl bezieht sich auch in seinen Erinnerungen auf eine solche „geheime Umfrage in der DDR [...], wonach sich 80 Prozent der Befragten für die deutsche Einheit aussprachen", fügt aber hinzu: „Doch war der Umfrage zu trauen, war sie nach wissenschaftlichen Kriterien zustande gekommen?"[25]

Welche Rolle diese und andere Berichte des BND für die Deutschlandpolitik Helmut Kohls spielten, muss allerdings offen bleiben. Karl-Rudolf Korte zufolge hat der BND keineswegs die Schlussfolgerung nahegelegt, „dass zur ersten Priorität der DDR-Bevölkerung die Wiederherstellung der Einheit gehörte". Kohl habe zwar „die zum Teil für ihn extra farblich markierten Textstellen der BND-Berichte zur Kenntnis" genommen; sein DDR-Bild hätten sie indes nicht verändert[26]. Eine für Historiker befriedigende Klärung des Sachverhalts wird – wenn überhaupt – erst möglich sein, wenn alle zu diesen Vorgängen verfügbaren Quellen zugänglich sein werden.

Wiecks Tätigkeit als BND-Präsident endete am 2. Oktober 1990. Er hatte sich 1985 gegenüber Kohl verpflichtet, die Leitung des BND für drei Jahre zu übernehmen. Seine Ablösung war daher überfällig, als er nun, zwei Jahre später als vereinbart, ins Auswärtige Amt zurückkehrte[27], um von November 1990 bis 1993

[23] Vgl. ebenda, S. 281 f.
[24] Zit. nach Schmidt-Eenboom, Der Schattenkrieger, S. 259.
[25] Helmut Kohl, Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 317 f.
[26] Korte, Deutschlandpolitik, S. 386.
[27] Brief von Wieck an den Verfasser, 5. 2. 2007.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das vereinigte Deutschland als Botschafter in Indien zu vertreten. Im Ruhestand fungierte er zeitweise als Berater der Bundesregierung bei Präsident Eduard Schewardnadse in Georgien, von 1997 bis 2001 leitete er außerdem die OSZE-Berater- und Beobachtergruppe in Weißrussland, und schließlich nahm er Gastprofessuren und Lehraufträge in Eichstätt, München, Berlin und Lublin wahr.

Aufzeichnung eines Gesprächs von Hans-Georg Wieck mit Karl Feldmeyer[28] und Hermann Wentker am 21. März 2005

Wentker:
Warum wurden Sie 1985 zum BND-Präsidenten ernannt? Sie kamen ja nicht aus dem Bundesnachrichtendienst, sondern aus dem Auswärtigen Dienst und hatten dort hohe Posten innegehabt als Botschafter in Moskau und bei der NATO. Was war also der Beweggrund für die Regierung, Sie 1985 zum Präsidenten des BND zu ernennen?

Wieck:
Aus Sicherheitsgründen konnte der erst im Sommer 1985 in das Amt des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes berufene bisherige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich[29], nicht im Amt belassen werden. Er hatte einen von der Sicherheitsabteilung des Bundesamtes als Sicherheitsrisiko eingestuften hochrangigen Mitarbeiter gedeckt. Kurz nach dem Übergang Hellenbroichs zum BND wechselte der Leiter der Gegenspionage im BfV, Hansjoachim Tiedge[30], auf die Seite der DDR nach Ost-Berlin, und Hellenbroich trat zurück. Die Bundesregierung musste umgehend einen Mann in das Amt des Präsidenten des BND berufen, der auch das Vertrauen der wichtigsten Partnerdienste besaß. Nach Lage der Dinge war das bei einem Diplomaten der Fall, der als Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikrat (NATO) tätig war, auf hochrangige Verwendungen im diplomatischen Dienst zurückschauen konnte, u. a. als Botschafter in Moskau und in Teheran, und im militärpolitischen Bereich – als Leiter des Planungsstabes im Bundesministerium der Verteidigung – eigene Erfahrungen hat sammeln können. Ich bin sicher, dass eine weitere Überlegung, die aus meiner Sicht von professioneller Relevanz war, bei der Entscheidung der Bundesregierung keine Rolle spielte, dass nämlich die mehrjährige unmittelbare Erfahrung mit der Sowjetunion zur adäquaten Beurteilung dieses komplexen Raumes – Sowjetunion und ostmitteleuropäischer Satelli-

[28] Feldmeyer war von 1971 bis 2005 politischer Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.
[29] Heribert Hellenbroich, Jahrgang 1937, Jurist und Staatswissenschaftler, war seit 1966 beim BfV tätig. 1981 wurde er zum Vizepräsidenten, 1983 zum Präsidenten des BfV ernannt. Am 1. 8. 1985 wechselte er als Präsident zum BND und trat infolge der Flucht Tiedges bereits am 27. 8. 1985 zurück.
[30] Hansjoachim Tiedge, Jahrgang 1937, war seit 1966 beim BfV tätig und zuletzt zuständig für die Abwehr der DDR-Spionage. Aufgrund persönlicher Probleme floh er am 19. 8. 1985 in die DDR, wo er sein gesamtes Wissen über das BfV preisgab.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tenraum – Wichtiges würde beitragen können. Ich habe diese Komponente während meiner Tätigkeit im Bundesnachrichtendienst immer als sehr wichtig angesehen. Der BND war sich des Umstandes bewusst, dass er nur wenige Mitarbeiter hatte, die im Rahmen ihres diplomatischen Dienstes auch osteuropäische Erfahrungen haben sammeln und während ihrer Abordnung vom Auswärtigen Dienst in den BND meinungsbildend haben wirken können.

Die Abläufe der Regierungsarbeit und der Ministerien waren nur wenigen Mitarbeitern des BND geläufig. Mit Klaus Kinkel[31], einem politischen Vertrauensmann und Berater von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher[32], war erstmals ein Mann aus Bonn Präsident des BND geworden; jetzt kam zum zweiten Mal ein Mann aus dem Bonner Apparat nach Pullach. Beide hatten mit dem Handicap zu leben, dass sie den BND von innen nicht kannten. Aus persönlicher Sicht muss ich hinzufügen, dass ich bereits früher gefragt wurde, ob ich nicht das Amt übernehmen könne. Ich lehnte damals ab. Im Jahre 1985 konnte ich aus übergeordneten nationalen Gründen den Ruf nicht abweisen. Ich machte mir keinerlei Illusion darüber, dass es sich für die Bundesregierung um eine taktische Entscheidung handelte und dass der Bundesregierung nichts ferner lag, als den Dienst so zu reformieren, dass er das Informationsbedürfnis der Bundesregierung jederzeit und zwar rechtzeitig würde befriedigen können. Dieser Aspekt besaß für die damalige Bundesregierung keinerlei Priorität.

Wentker:
Mit welcher Einschätzung der Sowjetunion und der DDR kamen Sie dann 1985 zum BND?

Wieck:
Im März 1985 war Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt worden. Er suchte auf hoher politischer Ebene den Kontakt, den Dialog mit dem Westen. Symptomatisch dafür war die Ablösung des sowjetischen Außenministers Andrei Gromyko[33] durch den Ersten Sekretär der Kommunistischen Partei in Georgien, Eduard Schewardnadse[34]. Gorbatschow sprach von der Reform in der Sowjetunion im Wege von Glasnost – Offenheit – und Perestroika – Umbau. Er

[31] Klaus Kinkel, Jahrgang 1936, promovierter Jurist, war seit 1968 im Bundesministerium des Innern tätig. 1974 wechselte er mit Minister Genscher ins Auswärtige Amt, wo er zuletzt den Planungsstab leitete. Von 1979 bis 1982 war er Präsident des BND, von 1982 bis 1991 Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, von 1991 bis 1992 Bundesjustizminister, von 1992 bis 1998 Außenminister. Seit 1991 ist er Mitglied der FDP, von 1993 bis 1995 war er deren Bundesvorsitzender.

[32] Hans-Dietrich Genscher, Jahrgang 1927, war seit 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1969 bis 1974 Bundesinnenminister und von 1974 bis 1992 Außenminister. Seit 1952 Mitglied der FDP, von 1974 bis 1985 deren Bundesvorsitzender.

[33] Andrei Andrejewitsch Gromyko, 1909–1989, von 1957 bis 1985 Außenminister der Sowjetunion, von 1985 bis 1988 Vorsitzender des Obersten Sowjet.

[34] Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse, Jahrgang 1928, von 1985 bis 1990 Außenminister der Sowjetunion, von 1995 bis 2003 Präsident Georgiens.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sprach vom „Gemeinsamen Haus Europa“[35] und von der Abrüstung. Konnte diesen Absichtserklärungen Glauben geschenkt werden – nach einer mehr als sechzigjährigen Epoche des ideologischen, politischen und auch militärpolitischen Ringens mit dem Westen, unterbrochen nur durch den von Deutschland ausgelösten 2. Weltkrieg und die dadurch ausgelöste Kriegsallianz zwischen den USA, Großbritannien und der Sowjetunion?

Handelte es sich nicht nur um ein taktisches Manöver, um gewisse Umstrukturierungen in der Sowjetunion ohne internationale Störungen durchbringen zu können, um dann danach die ideologische und politische, ja auch militärpolitische Offensive wieder zu ergreifen? Sollten doch ernste Reformabsichten dahinter stehen, um welche handelte es sich? Was sollte aus Moskauer Sicht erreicht werden – vor allem auf der internationalen Ebene?

Die Auswertung Sowjetunion[36] ging sehr vorsichtig mit der Perspektive der Gorbatschow-Reformen um. Zwar war dem Generalsekretär die Führungsrolle zugeordnet, aber die Reformbegriffe – Offenheit und Umbau sowie das „Gemeinsame Haus Europa“ – boten viel Raum, sie in der einen oder anderen Weise zu interpretieren. Man musste mit Bewertungen warten, bis konkrete Entscheidungen getroffen wurden – in den Richtlinien für die KPdSU, für die Neufassung des Fünfjahresplanes, für die Beziehungen mit den „Bruderstaaten“, im Afghanistan-Krieg und bei den Abrüstungsfragen mit dem Westen. Würde der Apparat den Reformvorhaben des neuen Generalsekretärs folgen? War nicht gegebenenfalls mit Gegenreaktionen zu rechnen – vor allem in dem Augenblick, in dem sich nationale Unabhängigkeitsbestrebungen in einigen Unionsrepubliken bemerkbar machen sollten? Und daran mangelte es nicht, auch nicht an aufkommenden Versorgungsengpässen für die Bevölkerung und einer nie gekannten Inflation. Die Zeituhr tickte.

In Verbindung mit der in regelmäßigen Abständen zu vereinbarenden militärischen Lagebeurteilung der Sowjetunion und des Satellitenraumes, zu der alle NATO-Mitgliedstaaten aus eigenem Vermögen beitrugen, und deren Beratungen zu einvernehmlichen Feststellungen – gelegentlich mit abweichenden Voten einzelner Mitgliedstaaten – führten, wurde stets auch eine Einschätzung der inneren Lage im Satellitenraum und in der Sowjetunion sowie eine Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Sowjetblock abgegeben. Diese Lagebeurteilung ließ sich in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre in dem Wort „Große Stagnation“ zusammenfassen. D. h., „jeder“ – damit ist die Staatsklasse im Sowjetblock gemeint – war sich darüber im Klaren, dass etwas geschehen musste, um die im Planungsprozess erstickende Sowjetunion wieder in Bewegung zu brin-

[35] Zum ersten Mal äußerte sich Gorbatschow in einem Interview mit dem französischen Fernsehen am 30. 9. 1985 mit Blick auf Europa wie folgt: „Wir leben in einem Haus, wenn wir dieses Haus auch durch verschiedene Eingänge betreten. Wir müssen in diesem Haus zusammenarbeiten und uns verständigen.“ Zit. nach Michail Gorbatschow, Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin (Ost) 1988, S. 487.

[36] Referat des BND innerhalb der Abteilung 3 (Auswertung). Vgl. Gliederung des Bundesnachrichtendienstes 1988, in: Schmidt-Eenboom, Schnüffler, S. 57.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen, und dass die internationale Lage, insbesondere die Abspaltungstendenzen im europäischen Vorfeld, eine grundlegende Veränderung des Verhältnisses zum Westen verlangten. Man musste von der Konfrontation und der Koexistenz im Zustand beiderseitiger Abschreckung zu einem Miteinander auf der Basis beiderseitiger Verteidigungsfähigkeit, zu einem friedlichen Wettbewerb der wirtschaftspolitischen Grundannahmen – hier Sozialismus, da Kapitalismus – gelangen, ohne den Frieden zu gefährden. Es oblag dem neuen, im besten Mannesalter stehenden Generalsekretär Gorbatschow, der die Phalanx der Greise in der Funktion des Parteichefs im März 1985 ablöste, dem Land, den Menschen und der „sozialistischen" Welt eine neue, konstruktive Perspektive zu eröffnen. Das Land schien bereit dazu – aber gab es dafür Konzepte? Auf andere politische Kräfte als die der Kommunisten und der diversen Machtapparate (KGB, Streitkräfte und andere bewaffnete Kräfte), sicherlich kaum auf die verschiedenen nationalen Kräfte in der Sowjetunion konnte Gorbatschow nicht zurückgreifen. Die politische Verfolgung der Dissidenten wurde zwar eingestellt, aber ein geistiger Brückenschlag zu den Gegnern des Sowjetsystems im eigenen Lande wurde nicht gewagt.

Die prekäre Lage in Polen war weltweit bekannt, ebenso die abweichlerischen Tendenzen in Ungarn und die Dissidentenszene in der DDR, die sich an der Betonriege des SED-Chefs Honecker rieb.

Diese Zusammenhänge waren mir während meiner Moskauer Jahre, aber auch in Verbindung mit dem sehr intensiven Gedankenaustausch innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses geläufig geworden. Anfang des Jahres 1984 veröffentlichte ich im NATO-Brief einen Artikel über die Perspektiven des Ost-West-Verhältnisses und meinte, dass Moskau bei realistischer Einschätzung der Lage zu dem Ergebnis gelangen könne, dass „legitime" Sicherheitsinteressen der Sowjetunion langfristig wahrscheinlich wirksamer durch Ost-West-Absprachen und Verträge als durch die gewaltsame Aufrechterhaltung einer politisch-militärisch-ideologischen Hegemonie in Ostmitteleuropa gewahrt werden könnten. „Das Hegemonialkonzept in Osteuropa ist, wie die Geschichte der letzten 40 Jahre zeigt, gescheitert", heißt es in dem Aufsatz wörtlich[37]. Während meiner Moskauer Jahre hatte ich mehrfach zu dem Schluss kommen müssen, dass die Bundesrepublik Deutschland für die Sowjetunion ein sehr viel wichtigerer Partner auf der internationalen Bühne war, als es die DDR je sein konnte.

Wentker:
Waren das Einsichten, die Sie gewonnen hatten, bevor Sie Ihren Dienst im BND antraten?

Wieck:
Alles, was ich bis jetzt gesagt oder in Erinnerung gerufen habe, stellte die Beurteilung der Lage in der Sowjetunion und ihrem Vorfeld dar, mit der ich meine

[37] Die Sowjetunion und die Zukunft der Ost-West-Beziehungen, in: NATO-Brief 2/1984, S. 21–26, Zitat S. 26.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Arbeit beim BND aufgenommen habe. Und das, was ich zu der Deutschlandsituation gesagt habe, geht schon auf meinen Vortrag bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn[38] am 17. November 1980 zurück, einen Vortrag, mit dem ich den Zuhörern die Erfahrungen meiner Moskauer Jahre vermitteln konnte.

Wentker:
Das Jahr 1985, in dem Sie BND-Präsident wurden, war ja auch eine Zäsur in der Entwicklung der Sowjetunion: Gorbatschow wurde Generalsekretär. Wie würden Sie, auch vor dem Hintergrund dessen, was Sie gerade gesagt haben, seine Bedeutung für die Innen- und Außenpolitik der Sowjetunion einschätzen bzw. wie haben Sie sie damals eingeschätzt?

Wieck:
Ich war noch NATO-Botschafter, als der Führungswechsel in der Sowjetunion stattfand. Der „Aufbruch in eine neue Epoche" war mit dem Namen Gorbatschow verbunden: Die neue Politik sollte die „große Stagnation" der beiden letzten Jahrzehnte überwinden und sie musste das Verhältnis zu den ostmitteleuropäischen Staaten neu ordnen, die sich in einer deutlichen Absetzbewegung von der sowjetischen Vormacht befanden. Dem Westen war bekannt, dass das sowjetische Oberkommando im Vorfeld Planungen für militärische Operationen ohne Beteiligung von Streitkräften der Satellitenländer unternahm. Es war nicht besonders schwierig, auf geheimdienstlichem Wege sowjetisches Kriegsmaterial aus den Beständen der Staaten des Warschauer Pakts zu erwerben und in den Westen zu bringen. Das misslungene und verlustreiche militärische Engagement der Sowjetunion in Afghanistan[39] lastete auf dem ganzen Land.

Eigentlich stellte sich nur die Frage: War die Sowjetführung fähig, substantielle Kurskorrekturen durchzusetzen, ohne das eigene Haus zum Einsturz zu bringen? War die sogenannte Breshnew-Doktrin[40], die eine militärische Intervention des Warschauer Paktes in einem abtrünnigen Land des Warschauer Paktes legitimierte und ja auch verschiedentlich praktiziert worden war, zuletzt 1968 in der Tschechoslowakei, noch relevant? War sie noch eine Drohung? Im Polen der

[38] Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik ist eine der großen deutschen Mittlerorganisationen für Fragen der internationalen Politik und der Außen- und Sicherheitspolitik.

[39] Am 25. 12. 1979 waren sowjetische Truppen in Afghanistan einmarschiert, um den dortigen Bürgerkrieg mit der Etablierung eines von ihnen abhängigen Regimes zu beenden. Da dies nicht gelang und sich der afghanische Widerstand gegen die sowjetischen Truppen wandte, wurden diese in lang anhaltende, verlustreiche Kämpfe verwickelt. Zwischen dem 15. 5. 1988 und dem 15. 2. 1989 erfolgte deren Abzug.

[40] Die sogenannte Breshnew-Doktrin wurde in einem gemeinsamen Brief der Generalsekretäre der kommunistischen Parteien der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, der DDR und Polens an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei aus Warschau vom 15. 7. 1968 formuliert; abgedruckt in: Boris Meissner, Die „Breshnew-Doktrin". Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus" und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus". Dokumentation, Köln 1969, S. 47–52.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

achtziger Jahre stellte sich die Frage nicht so radikal, weil ja sowjetische Truppen zur Sicherung der Transportwege für die sowjetischen Streitkräfte in der DDR im Lande standen. Immerhin, es erfolgten sowjetische Truppenkonzentrationen an der sowjetisch-polnischen Grenze, die aber nach damaliger alliierter Auffassung lediglich als Drohgebärde aufzufassen waren.

Hatten nicht auch die kommunistischen Parteien Europas im Jahre 1976 bei ihrer Tagung in Ost-Berlin beschlossen, dass jede Partei ihren eigenen Weg zur kommunistischen, zur sozialistischen Gesellschaft und zum sozialistischen Staatswesen finden müsse und dürfe[41]? Legitimierte diese Formel nicht den Ausstieg aus dem sozialistischen System? Auf keinen Fall legitimierte sie noch die militärischen Interventionen der Paktstreitkräfte, wie man sie mehrfach in der Vergangenheit hatte erleben müssen.

Das Nordatlantische Bündnis war in einer relativ guten Verfassung, weil es den Doppelbeschluss in der kontroversen Frage der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern auf dem europäischen Festland und in Großbritannien durchgesetzt hatte[42]. Sorgen bereiteten die Pläne der USA für ein aufwendiges strategisches, weltraumgestütztes Abwehrsystem gegen interkontinentale Raketen[43]. Die Allianzpartner unterstützten politisch und moralisch, zum Teil auch materiell die Unabhängigkeitsbestrebungen von Solidarność in Polen[44] und anderen ostmitteleuropäischen Ländern.

Wentker:
Das hat ja auch die historische Forschung bestätigt, dass die Sowjetunion 1980/81 in Polen gar nicht eingreifen wollte[45].

Dann schließt die nächste Frage ganz logisch an: Was bedeutete das jetzt für Ihre Einschätzung des sowjetisch-ostdeutschen Verhältnisses? Das haben Sie ja

[41] Auf ihrer Tagung vom 29./30. 6. 1976 hatten die kommunistischen und Arbeiterparteien unter dem Titel: „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa" ein gemeinsames Dokument verabschiedet, in dem es hieß: „In diesem Sinne werden sie ihre internationalistische, kameradschaftliche, freiwillige Zusammenarbeit und Solidarität auf der Grundlage der großen Ideen von Marx, Engels und Lenin entwickeln, bei strenger Wahrung der Gleichberechtigung und souveränen Unabhängigkeit jeder Partei, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Achtung der freien Wahl verschiedener Wege im Kampf um fortschrittliche gesellschaftliche Umgestaltungen und für den Sozialismus." In: Neues Deutschland, 1. 7. 1976, S. 3.

[42] Der sogenannte Doppelbeschluss der NATO vom 12. 12. 1979 bot dem Warschauer Pakt auf der einen Seite Verhandlungen über eine beidseitige Begrenzung sowjetischer und US-amerikanischer Mittelstreckenraketen an; auf der anderen Seite kündigte er die Aufstellung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Westeuropa an für den Fall, dass die Verhandlungen zu keiner Einigung führen würden.

[43] Gemeint ist die Strategic Defense Initiative (SDI), eine von Präsident Ronald Reagan ins Leben gerufene, am 23. 3. 1983 offiziell angeordnete Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen Interkontinentalraketen.

[44] Solidarność (deutsch: Solidarität) war eine aus Streiks im August 1980 hervorgegangene unabhängige polnische Gewerkschaftsbewegung.

[45] Vgl. Matthew J. Ouimet, The Rise and Fall of the Brezhnev Doctrine in Soviet Foreign Policy, Chapel Hill/London 2003.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zum Teil schon angesprochen. Würde die Sowjetunion die militärische Garantie für die DDR aufrechterhalten? Die andere Frage bezieht sich auf die ostdeutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. Im Nachhinein ist es klar, dass die Sowjetunion seit Anfang der 80er Jahre die Alimentierung der DDR schrittweise zurückfahren wollte. Wie wurde das vom BND – Mitte der 80er Jahre – wahrgenommen?

Wieck:
Die Vorstellung, die der BND Anfang der achtziger Jahre von der DDR hatte, war in gewissem Umfang politisch vorgegeben: Ungeachtet sich ausbreitender Unzufriedenheit in der Bevölkerung, einer Unzufriedenheit, die zum großen Teil auf der Deutschlandberichterstattung der westdeutschen Radio- und Fernsehanstalten beruhte, herrschte im BND die Lehrmeinung vor, dass das Regime fest im Sattel sitze und willens sowie in der Lage sein würde, Unruhen im Keime zu ersticken, und dass sich das Regime im Notfall auf die sowjetische Hilfe verlassen könne – wie im Jahre 1953[46]. Die prekäre wirtschaftliche Lage der DDR, die Verschuldung gegenüber der Sowjetunion und der Zwang zur Manipulation der Währungsreserven zum Zwecke der Verbesserung der internationalen Kreditwürdigkeit auf dem Europäischen Finanzmarkt waren dem BND, waren der Bundesregierung bekannt. Dies erklärte auch die deutschen Beistandskredite für die DDR in Milliarden-Höhe, die in den achtziger Jahren eingeräumt wurden[47].

In allen Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen baute die sowjetische Führung letztlich auf den Umstand, dass darüber zu gegebener Zeit die vier Deutschlandmächte zu entscheiden hätten und dass dabei die in Deutschland bestehenden Regierungen zu Gehör kommen müssten. Angesichts der Moskauer Bereitschaft, politische Veränderungen in Ostmitteleuropa hinzunehmen, musste sie sich die Frage stellen, wie sie sich im Falle von Unruhen oder der öffentlichen Artikulation des Wiedervereinigungswillens in der DDR verhalten sollte und könnte. Es überwog die strategische Zielsetzung, das Grundverhältnis zu den USA und zum Westen zu verbessern und dieses strategische Ziel nicht durch militärische Gewaltanwendung zur Erhaltung des hegemonialen Herrschaftsanspruchs im sowjetischen Vorfeld oder durch militärische Stützung eines dem Untergang geweihten Regimes in Gefahr zu bringen. Nichts belegt diese Deutung der sowjetischen Interessen eindeutiger als die Null-Lösung für die sowjetischen und die amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa (und gegenüber Japan und Korea) im Jahre 1987 und die Entscheidung über den einseitigen

[46] Anspielung auf den Volksaufstand in der DDR vom 17. 6. 1953, der nur mit Hilfe sowjetischer Truppen niedergeschlagen werden konnte.
[47] Es handelte sich um zwei Bankenkredite, die der DDR unter bundesdeutscher Vermittlung gewährt wurden und für die die Bundesrepublik die Garantie übernahm. Der erste Kreditvertrag über eine Mrd. DM wurde am 1. 7. 1983, der zweite über 950 Mio. DM am 25. 7. 1984 unterzeichnet.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abbau der konventionellen sowjetischen Überlegenheit in Europa[48]. Die Sowjetunion unternahm auch nichts, um den Strom von DDR-Flüchtlingen durch Ungarn nach Österreich zu unterbinden, und ließ die DDR-Führung wissen, dass sie keine Waffen zu seiner Erhaltung einsetzen werde. Die von der Sowjetunion vertretene Rechtsposition in Bezug auf Deutschland und Berlin entsprach der Haltung der USA, Frankreichs und Großbritanniens.

Aber die unbeabsichtigte vollständige Öffnung der Mauer am Abend des 9. November 1989 mit dem nun unbegrenzten Strom von Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland schuf neue Tatsachen, die nicht mehr ohne Gewaltanwendung zu korrigieren, also zurückzuschrauben waren. Die neue Lage ließ im Sinne der normativen Kraft des Faktischen die in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Zukunft Deutschlands zu Abwicklungsverhandlungen über die von den vier Mächten in Deutschland genutzten Installationen werden.

Der Druck im Kessel hatte freie Bahn bekommen und entschied die Frage der deutschen Einheit. Dabei hatte es Jahrzehnte hindurch nicht so ausgesehen, dass dieses Ergebnis auf friedlichem Wege und im Einvernehmen der Beteiligten je hätte erzielt werden können. Wer hätte je den Willen der vier Deutschlandmächte so beeinflussen können, dass eine deutsche Einheit gleichsam „en passant“ herbeigeführt werden könnte? Daher breitete sich ja auch auf beiden Seiten in Deutschland Resignation oder Realismus aus, unter den offensichtlich nicht abzuändernden strategischen Verhältnissen jedenfalls den demokratischen Umbau der DDR und Osteuropas zu erreichen. Aus taktischen oder realistischen Gründen war die Substanzfrage verdrängt worden und waren neue Konzeptionen eines Friedens in Europa auf der Grundlage des geteilten Deutschland erdacht worden und mit moralischen Argumenten legitimiert worden: Ein vereinigtes Deutschland – das wäre gleichbedeutend mit der Wiederkehr imperialer wilhelminischer Politik oder eines aggressiven Deutschland nach der Art Hitlers.

Bei meinen ersten im Oktober 1985 stattfindenden Besprechungen über die Lage in der DDR wurde mir klar, dass die DDR-Auswertung im BND von der zunehmenden Staatlichkeit der DDR ausging – nach objektiven Tatsachen zu urteilen, aber auch im subjektiven Bewusstsein der Bevölkerung. Das letztere galt es als erstes zu hinterfragen – im Wege von nun einzuleitenden Gallup-Umfragen[49] unter der Bevölkerung der DDR – in den Befragungsstellen, bei Familienbesuchen und an anderen sich bietenden Stellen – auf der Grundlage eines sorgfältig ausgearbeiteten Fragebogens.

In Bonn herrschte Mitte der achtziger Jahre die Auffassung vor, dass auf absehbare Zeit mit der Teilung Deutschlands zu leben sei und dass mit der DDR ein

[48] Anspielung auf den am 8. 12. 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion unterzeichneten Vertrag über die Vernichtung aller Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (500 bis 5500 km) sowie auf die Rede Gorbatschows vor den Vereinten Nationen vom 7. 12. 1988, in der er einseitige Reduzierungen der sowjetischen Streitkräfte ankündigte.

[49] Anspielung auf das von George Horace Gallup 1935 gegründete „American Institute of Public Opinion“, das wöchentlich Befragungen über politische, soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten von öffentlichem Interesse veranstaltet.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

noch geregelteres Verhältnis zu entwickeln sei, als es durch den Grundlagenvertrag schon geschehen war. Das ging bis hin zu der besonders in der SPD diskutierten und von etlichen anderen Politikern befürworteten These, dass man ein zweites Staatswesen anerkennen sollte. Das erlaube der DDR eine großzügigere Haltung in der Frage der Bewegungsfreiheit ihrer Bürger. Diese These entsprach wohl den Vorstellungen derjenigen Teile in der DDR, die überhaupt über Reformen nachdachten, also den Dissidentengruppen. Eine nicht mehr durch die offene deutsche Frage belastete DDR könne den anderen osteuropäischen Ländern mit inneren Reformen folgen. Teile der sozialdemokratischen Partei sahen auch in der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland den Königsweg, um die DDR aus der vollständigen Abhängigkeit von der sowjetischen Politik herauszulösen.

Für diese Tendenz wäre eine BND-Berichterstattung über den in der Bevölkerung fortbestehenden Willen zur Wiederherstellung der Einheit nicht hilfreich gewesen. Daher ist diese Fragestellung wohl auch nach 1961 niemals vom BND aufgegriffen worden.

Ein wichtiger Adressat für die DDR-Berichterstattung war die DDR-Abteilung des Bundeskanzleramtes[50]. Und der wichtigste Partner für diese Abteilung des Kanzleramtes war die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin[51], die in der Koexistenz mit dem System lebte und diese Koexistenz stabilisieren wollte. Dafür gab es in der Öffentlichkeit, also in der westdeutschen Öffentlichkeit, zunehmend Unterstützung. Denn es gab diesseits und jenseits der deutschen Grenzen die Befürchtung, dass eine deutsche Vereinigung mit dem so geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Potential erneut zu einem politischen, ja auch sicherheitspolitischen Problemkind Europas werden könnte. Mit der völkerrechtlichen Anerkennung des zweiten deutschen Staates könnte eine reformorientierte Entwicklung in Osteuropa möglich werden und der Westen von der offenen Frage Deutschlands befreit werden.

In der FDP wurde vor allem der Standpunkt vertreten, dass man die Teilung nur auf der Grundlage einer freien Entscheidung der DDR-Bevölkerung hinnehmen könne.

In der CDU gab es keine Unterstützung für eine Änderung des Status quo zugunsten der DDR. Die deutsche Frage sollte offen gehalten, und menschliche Erleichterungen für die Menschen in der DDR sollten angestrebt werden. Diese „harte Haltung“ war aber auch in der CDU nicht unumstritten.

---

[50] Zuständig für die DDR war im Bundeskanzleramt die Abteilung 2, die seit 1982 Horst Teltschik unterstand; im engeren Sinne war die „Gruppe 22“, eine von Ministerialdirigent Ernst Günter Stern geleitete Unterabteilung, für Beziehungen zur DDR zuständig. Darüber hinaus bestand in der Abteilung der Arbeitsstab Deutschlandpolitik, der direkt für den Staatsminister im Bundeskanzleramt arbeitete. Vgl. Korte, Deutschlandpolitik, S. 39–42 u. S. 118.

[51] Da die Bundesrepublik die DDR völkerrechtlich nicht anerkannte, konnten beide Staaten in dem jeweils anderen nach dem Grundlagenvertrag keine Botschaften errichten. Stattdessen eröffneten sie am 2. 5. 1974 in Ost-Berlin bzw. Bonn Ständige Vertretungen, die bis zur Wiedervereinigung am 3. 10. 1990 bestanden.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich habe die Befragung der Bevölkerung auch als ein Mittel eingeleitet, um die Lage im Lande systematischer zu analysieren. Es gab viele Deutsche, die Auskunft geben konnten – Westdeutsche, die in die DDR reisten, und DDR-Bürger, die zu Besuch in den Westen kamen: Jeder erzählte von den Engpässen im Leben und von der Frustration der DDR-Bürger mit und über das DDR-Regime. Das waren die Reaktionen von einzelnen Menschen. Die Einzelberichte waren nicht systematisiert worden und konnten daher nicht Grundlage einer allgemeinen Beurteilung sein. Und solange man die sporadisch gesammelten Berichte nicht zu einer Beurteilungsgrundlage verdichtete, musste jede Äußerung in dieser Hinsicht als subjektiv eingeordnet werden. Auch Frau Hannelore Kohl[52] reiste oft in ihre Heimat und berichtete von der verzweifelten Lage der Menschen. Solche Einzelberichte konnten nicht die qualifizierte Grundlage für Stimmungsberichte über die Lage und Denkweise der Bevölkerung sein.

Der BND hat daher seit 1986 die systematischen Befragungen unternommen, um herauszufinden, welche Grundstimmung in der Bevölkerung über eine dauerhafte Existenz der DDR besteht, welche Variationen die Menschen in der DDR zu dieser Grundfrage ihrer Existenz bevorzugen würden und was sie für wahrscheinlich halten. Und da hat sich dann herausgestellt, dass zwischen 72 und 78 Prozent aller Befragten die Vereinigung wünschten. Das Ergebnis wiederholte sich mit etwa den gleichen Prozentsätzen alle sechs Monate. Den Analysen lagen jeweils etwa 600 Befragungen zugrunde. Die befragten Bürger der DDR lehnten mehrheitlich die Besatzungsmacht und das SED-Regime ab und wünschten sich vor allem den Lebensstandard der Bundesrepublik Deutschland.

Ausdrückliche Begeisterung für die demokratische Ordnung anstelle der autoritären Ordnung war nicht festzustellen. Nach der mehr als sechzigjährigen Geschichte mit totalitären und autoritären Systemen konnte sich kaum ein Bürger eine konkrete Vorstellung von freien und fairen Wahlen und einem unabhängigen Rechtssystem machen.

Die zweite Dimension der DDR, die aufzugreifen war, bezog sich auf ihre Wirtschaft und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Bezüglich der DDR-Wirtschaftsdaten hatte die Bundesregierung nach Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 entschieden, bei dem alljährlich dem Deutschen Bundestag zu erstattenden „Bericht über die Lage der Nation“ auch die statistischen Angaben der DDR zugrunde zu legen und nicht mehr die Beurteilungen der Geheimdienste zu verwenden. Es ist hinzuzufügen, dass auch die OECD[53], die Vereinten Nationen, ja auch die Europäische Gemeinschaft ihre Lagebeurteilungen und statistischen Übersichten auf der Grundlage der offiziellen statistischen Angaben der zum Ostblock gehörenden Staaten, also auch der DDR, erstellten. Und damit war eine falsche Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der DDR unausweichlich. Die NATO nahm ihre Beurteilung auf der Grundlage der nachrichtendienstli-

[52] Hannelore Kohl (1933–2001), Ehefrau von Bundeskanzler Helmut Kohl, war in Leipzig aufgewachsen.

[53] Organisation for Economic Cooperation and Development, internationale Organisation mit Sitz in Paris.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Erkenntnisse vor und konnte daher ein sehr viel realistischeres Bild der Stärken und Schwächen der Wirtschaft der Sowjetblockstaaten entwickeln. Aber diese Bewertungen waren unter Verschluss und erreichten nur in den seltensten Fällen die Öffentlichkeit. Nach diesen Beurteilungen zeichnete sich für Mitte der neunziger Jahre in der Sowjetunion ein Zielkonflikt zwischen der von Breschnew eingeleiteten Stärkung des Konsums und den Erfordernissen des Militärs für die Modernisierung der Streitkräfte ab. Die Modernisierung war unverzichtbar, wollte man an der Strategie festhalten, im Kriegsfalle in Europa mit der ersten und der zweiten Staffel bis zum Atlantik vorzudringen – mit oder ohne Einsatz von nuklearen Waffen. Die Lage verschärfte sich noch dadurch, dass die Militärs auch Planungen für Operationen in Europa ohne die Beteiligung der Streitkräfte anderer Warschauer-Pakt-Staaten begannen. Das spricht für meine Beurteilung und auch die der sowjetischen Führung, dass die Warschauer-Pakt-Streitkräfte nicht mehr als zuverlässige Bündnisstreitkräfte eingeordnet werden konnten.

Die wirtschaftliche Lage in der DDR wurde im Westen offiziell so gesehen, wie sie – auf der Grundlage der DDR-Statistiken – statistisch errechnet worden war. In Wirklichkeit war die Lage der DDR sehr viel schlechter, als es dem offiziellen Beobachter erschien. In den Statistiken von Wirtschaftsinstituten und internationalen Organisationen nahm die DDR den 12. oder 13. Rang unter den Industrienationen der Welt ein.

Den Erkenntnissen des BND lagen die Berichte qualifizierter Überläufer aus der akademischen Lehre und aus dem Management von DDR-Betrieben zugrunde, z. B. über die Umweltschäden der mit hoher Priorität betriebenen, Braunkohle gestützten Energieerzeugung und über die Manipulation von Investitionsvorhaben sowie im Zusammenhang mit der administrativ herbeigeführten Verschuldung der Betriebe, die tatsächlich gar nicht erzielte Gewinne an die Staatsbank abführen mussten.

Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der DDR spiegelte sich nicht in den politischen Erklärungen der Bundesregierung wider. Das war für mich in gewissem Maße verständlich, weil mit der Schilderung der tatsächlichen Lage in der DDR die deutsche Frage auf die internationale Tagesordnung gelangt wäre – und zwar sofort. Da die Vereinigung international nicht gefördert wurde, hätte die katastrophale Lage der DDR-Wirtschaft die Bereitstellung enormer Kredite oder Darlehen der Bundesrepublik Deutschland an die DDR-Führung zur Folge gehabt. Das konnte nicht die Lösung sein, weil die aufgekommenen Engpässe und Defizite ja die zwangsläufigen systemimmanenten Folgen der Entwicklung und nicht die Folge vorübergehender Rückschläge waren. Der Dienst konnte mit seiner kritischen Beurteilung der Wirtschaftslage in der Bundesregierung nicht sehr viel erreichen.

Die menschliche Dimension der DDR orientierte sich an den Zahlen der politischen Gefangenen, die in mehr oder minder regelmäßigen Abständen freigekauft werden mussten, und an der Frage nach den Besucherzahlen und der Übersiedlungsanträge. Da ist der BND vielleicht – sage ich retrospektiv – auch Opfer der überzogenen Berichte der Kreisleitungen der SED an die Zentrale geworden, die Reformdruck auf die Zentrale ausüben wollten: „Ihr müsst jetzt

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reformen machen, denn hier wächst uns der Ansturm der Übersiedleranträge über den Kopf, über das Erträgliche hinaus!“ hieß es in den Meldungen nach Berlin. Die Kreisleitungen rundeten die Zahlen nach oben ab. Auf der anderen Seite neigte Herr Stolpe[54] als Verbindungsmann der Evangelischen Kirche zum Regime und zur Öffentlichkeit, also auch zur westlichen Presse, dazu, den Ernst der Lage zu verniedlichen. Er sprach von etwa 50000 Übersiedlungsanträgen. Der BND sprach auf Grund der ihm vorliegenden Berichte von einem Personenkreis von 1,5 Millionen Menschen oder 500000 Anträgen (3 Personen pro Antrag).

Die Dissidenten in der DDR waren mehrheitlich nicht Anhänger der Vereinigung Deutschlands. Sie waren Anhänger einer Reform-DDR. Sie suchten den „dritten Weg“ der Liberalisierung und Humanisierung des Systems und die Aufrechterhaltung einer so reformierten SED-freien DDR. Und in der DDR war es die Dissidentenszene, die sich mit dem Repressionsapparat der DDR beschäftigte, aber kaum mit der Vereinigungsthematik oder dem Lebensstandard. Nun trat mit den Befragungsergebnissen, die die Stimmung der großen Masse der schweigenden Mehrheit in der DDR wiedergaben, die auf den Vereinigungsprozess setzte, ein neues Element in das Gesamtbild. Das war eine wichtige, eine neue Dimension, die den Politikern in beiden Teilen Deutschlands bis dahin weitgehend verborgen geblieben war, aber mit den Demonstrationen vom Herbst 1989 und dann mit voller Wucht am 9. November bei der Öffnung der Mauer plötzlich in den Mittelpunkt des Geschehens rückte. Der Frieden in Europa wurde nun durch die Vereinigung Deutschlands sicherer, nicht durch seine permanente Teilung, aber die momentane Labilität der Lage war nicht zu übersehen.

Wentker:
Und wie schätzte der BND diese Prozesse ein?

Wieck:
Der BND hat nach der Wahl von Michail Gorbatschow sehr früh die Auffassung vertreten, dass seine neue Politik als ein bahnbrechender Reformkurs anzusehen sei. Gestützt auf die Revision der bisherigen Interventionspolitik gegenüber dem Vorfeld, gestützt auf die sich abzeichnende Beseitigung der Immobilität des sowjetischen Führungssystems und gestützt auf den Willen der neuen Führung, im Verhältnis zum Westen an alte russische Traditionen nach dem napoleonischen Kriege anzuknüpfen, strebte Gorbatschow an, im Wege von neuen internationalen Sicherheitsvereinbarungen (Pariser Vertrag von 1990 über die Höchst-

[54] Manfred Stolpe, Jahrgang 1936, Kirchenjurist in der DDR, von 1969 bis 1981 Leiter des Sekretariats des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK), von 1981 bis 1990 Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, von 1982 bis 1989 zusätzlich stellvertretender Vorsitzender der BEK. In diesen Funktionen konnte er zahlreiche Kontakte zu Politik und Kirche in der Bundesrepublik pflegen. Von 1990 bis 2002 war er Ministerpräsident von Brandenburg, von 2002 bis 2005 Bundesverkehrsminister.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

grenzen der konventionellen Streitkräfte in Europa[55], Null-Lösung für die nuklearen Mittelstreckenraketen[56]) die gleichberechtigte und konstruktive Mitwirkung der Sowjetunion im Kreis der zum „Club" gehörenden großen Mächte zu erreichen. Das könnte bedeuten: Kooperation und Wettbewerb anstelle von Konfrontation und Unterwerfung.

Der BND konnte eine solche Perspektive nicht als nachrichtendienstlich gestützte Erkenntnis erhärten, er konnte aber die der neuen sowjetischen Politik innewohnenden Tendenzen beschreiben und damit Denkanstöße für die deutsche und die alliierte Außenpolitik geben. Das hat der BND nicht nur gegenüber der eigenen Regierung, sondern auch in den wichtigsten westlichen Hauptstädten einschließlich Brüssel (NATO) getan. Ich erinnere an einen Vortrag über die Reformen in der Sowjetunion im Hause des früheren Außen- und Verteidigungsministers Gerhard Schröder[57] im Jahre 1987. Mit großer Skepsis wurde meine These aufgenommen, dass Gorbatschow das Ziel verfolge,

- als vertrauenswürdiger Vertreter der im Reformprozess befindlichen Sowjetunion in die westlichen Gremien aufgenommen zu werden, und dass er
- zu diesem Zweck das Vorfeld, das ideologisch schon verloren und militärisch nicht mehr zu sichern war (außer allenfalls in der DDR),
- sowie die militärische Überlegenheit der Sowjetunion in Europa preiszugeben bereit sei und daher
- neue Sicherheitsverträge in und für Europa anstrebe.

Die Politik von Gorbatschow scheiterte nicht wegen der neuen sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik, sondern wegen der Widersprüche der Reformpolitik im Inneren des Landes.

Wentker:
Sie haben bisher sehr viel berichtet über die Sicht des BND auf die DDR-Bevölkerung. Wie hat aber der BND die DDR-Führung eingeschätzt? Hat man da bestimmte Kreise gesehen, die gegeneinander gearbeitet haben? Hat man auch Interna gekannt?

Wieck:
Direkte Zugänge zu den Personen im Politbüro gab es in den achtziger Jahren nicht. Doch hat man den Konflikt innerhalb des Apparates wegen der von der Sowjetunion geforderten Reformen deutlich wahrgenommen. Das Regime – von Honecker angeführt – verteidigte seine Haltung gegenüber dem sowjetischen Drängen auf Reformen mit dem Hinweis, dass die DDR mit dem Programm der Bürgergesellschaft schon die Reformen durchgeführt habe, die in Moskau und

[55] Es handelt sich um den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der am 19. 11. 1990 in Paris von den 22 Regierungschefs der NATO- und der Warschauer-Pakt-Staaten unterzeichnet wurde. Am 9. 11. 1992 trat er endgültig in Kraft.
[56] Vgl. Fußnote 42.
[57] Gerhard Schröder (1910–1989), CDU-Politiker, von 1953 bis 1961 Bundesinnenminister, von 1961 bis 1966 Außenminister, von 1966 bis 1969 Verteidigungsminister.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anderen ostmitteleuropäischen Ländern noch anstanden. Der sogenannte Reformflügel, zu dem man gemeinhin Hans Modrow[58], Markus Wolf[59] und Wolfgang Berghofer[60], wohl kaum Egon Krenz[61] rechnete, machte keineswegs gemeinsame Sache mit den doch beachtenswert starken, meist von den Kirchen gestützten Dissidentengruppen in der DDR, sondern eher mit dem Gorbatschow-Flügel in Moskau. Außer mehr Freizügigkeit im Reiseverkehr hatten die Reformer wenig anzubieten. Die Wirtschaft ertrug schon den jetzigen Stand der Sozialabsicherung und die Verbesserung des Lebensstandards nicht. Die nationale Karte stand den SED-Reformern nicht zur Verfügung. Persönliche Rivalitäten spielten auch eine Rolle. Die Honeckergruppe, die versteinerte DDR-Zementriege, baute auf das Scheitern des Gorbatschow-Reformkurses und auf die Rückkehr zur Politik der Konfrontation gegenüber dem Westen. Sie begrüßte die gewaltsame Niederwerfung des Studentenaufstandes auf dem Tienanmen-Platz in Peking[62] und befürwortete ein ähnliches Vorgehen gegen die Solidarność-Bewegung in Polen. Der Besuch von Gorbatschow in Ost-Berlin anlässlich der 40-Jahr-Feier der DDR[63] stellte einen herben psychologischen Rückschlag für das Regime dar. Die Bevölkerung rief dem Moskauer Gast zu: „Gorbi, hilf uns!“ Vor diesem Hintergrund konnten sich die Montagsdemonstrationen vor allem in Leipzig und Dresden bis zu Deutschland-Parolen hin entfalten. Die Bevölkerung machte keinen Unterschied zwischen dem Regime und den Reformern innerhalb des Regimes. Der Protest, der sich auch bei der Durchfahrt der DDR-Flüchtlinge aus Prag und Warschau[64] massiv manifestierte, hatte den Charakter einer Volksbewegung angenommen. Die sowjetischen Erklärungen, gegebenenfalls keine Waffenhilfe zu leisten, disziplinierten das Regime. Andererseits konnten die Dissidenten angesichts dieser Volksbewegung keine Kampagne zugunsten eines zweiten deut-

[58] Hans Modrow, Jahrgang 1928, SED-Funktionär, von 1973 bis 1989 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, von 1989 bis 1990 Vorsitzender des DDR-Ministerrats.

[59] Markus Wolf (1923–2006), seit 1953 Leiter der Auslandsaufklärung (seit 1956 „Hauptverwaltung Aufklärung“) des Ministeriums für Staatssicherheit.

[60] Wolfgang Berghofer, Jahrgang 1943, FDJ- und SED-Funktionär, von 1986 bis 1990 Oberbürgermeister von Dresden.

[61] Egon Krenz, Jahrgang 1937, FDJ- und SED-Funktionär, von 1973 bis 1981 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats, von 1983 bis 1989 Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees, von Oktober bis Dezember 1989 Generalsekretär der SED.

[62] Im Frühsommer 1989 demonstrierten Studenten friedlich für Demokratie und Freiheit auf dem Tienanmen-Platz (dem „Platz des Himmlischen Friedens“) in Peking; die Demonstration entwickelte sich zu einer wochenlang anhaltenden Protestbewegung großer Bevölkerungsteile, auch in anderen Städten. Sie wurde von chinesischen Kampftruppen am 3./4. 6. 1989 blutig niedergeschlagen.

[63] Gorbatschow hielt sich vom 6. bis zum 7. 10. 1989 an der Spitze einer Partei- und Regierungsdelegation anlässlich der Feiern zum 40. Jahrestag der DDR in Ost-Berlin auf.

[64] Im Sommer 1989 hatten ausreisewillige DDR-Bürger unter anderem in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau Zuflucht gefunden. Nach Verhandlungen der Bundesregierung durften diese Flüchtlinge in zwei Wellen, am 1. und am 4. 10. 1989 über das Gebiet der DDR in Zügen in die Bundesrepublik ausreisen. Am 4. 10. 1989 besetzten zur Ausreise entschlossene DDR-Bürger Gleise und Bahnhöfe entlang der Fahrtstrecke und versuchten die Züge zu stürmen.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen, aber demokratischen Staates in Gang setzen, also einen Staat ohne SED-Regime.

Wentker:
In Anknüpfung an Ihre letzten Bemerkungen sollten wir den Blick nach Bonn richten. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede wiesen die BND-Beurteilungen mit denen anderer Einrichtungen auf? Welche Chancen hatte die BND-Berichterstattung, sich gegenüber den ganzen anderen Bonner Perzeptionen durchzusetzen?

Wieck:
Man muss von einem gespannten „Nicht-Verhältnis" zwischen Bonn und Pullach ausgehen, das Jahrzehnte hindurch bestanden hat. Mehrere Faktoren bestimmten dieses Nicht-Verhältnis:

- Die Organisation Gehlen[65], die aus der Zusammenarbeit des früheren Chefs der Heeres-Aufklärung „Fremde Heere Ost"[66] und den US-Besatzungsstreitkräften und später der CIA[67] hervorgegangen war, wurde 1956 ohne eine systematische Reorganisation als Bundesnachrichtendienst übernommen und weitergeführt[68]. Bonn vermutete auch nach Übernahme der Einrichtung als Bundesnachrichtendienst im Jahre 1956 weiterhin einen dominierenden Einfluss der USA auf den BND.
- Der BND blieb auch nach seiner Übernahme als Bundesoberbehörde in seinen Dienstgebäuden in Pullach. Daher konnte kein persönliches und dienstliches Vertrauensverhältnis zwischen den leitenden Männern in Bonn und in Pullach entstehen. Die führenden Beamten des Bundesamtes für Verfassungsschutz mit Sitz in Köln waren in Bonn eingeführt und bekannt. Auf dieses Personalreservoir griff man häufig zurück, um Leitungspositionen in Pullach zu besetzen.
- Dem BND haftete der zum Teil berechtigte Verdacht an, dass er von sowjetischen und ostdeutschen Agenten unterlaufen sei. Zu diesem schlechten Ruf hatte der Fall Felfe[69] Anfang der sechziger Jahre beigetragen, aber auch US-Hinweise auf fehlende Wachsamkeit beim BND bzw. bei der Organisation Gehlen.
- Abgesehen vom militärischen Bereich, der über verschlüsselte Fernmeldeverbindungen unmittelbar mit der Bundeswehr und dem Bundesministerium der

[65] Die Organisation Gehlen wurde am 1. 4. 1946 von amerikanischen Besatzungsbehörden in der amerikanischen Zone aus deutschem Personal gebildet. Geleitet wurde sie von Reinhard Gehlen.
[66] Die Abteilung „Fremde Heere Ost" war im Zweiten Weltkrieg ein dem Generalstab des Heeres unterstellter, ab 1942 von Reinhard Gehlen geführter militärischer Nachrichtendienst. Bedeutende Teile davon gingen in die „Organisation Gehlen" über.
[67] Central Intelligence Agency, Auslandsnachrichtendienst der USA.
[68] Zur Vorgeschichte des BND vgl. Mary Ellen Reese, Organisation Gehlen. Der Kalte Krieg und der Aufbau des Deutschen Geheimdienstes, Berlin 1992.
[69] Heinz Felfe, Jahrgang 1918, spionierte seit 1950 für den KGB und war von 1951 zunächst in der Organisation Gehlen, ab 1956 im BND, zuletzt als Leiter des Referats Gegenspionage Sowjetunion, tätig. 1961 wurde er enttarnt, 1963 zu 14 Jahren Haft verurteilt; 1969 gelangte er im Rahmen eines Agententauschs nach Ost-Berlin.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verteidigung verbunden war, wurde die Berichterstattung auf den anderen Feldern umständlich über Kuriere nach Bonn gebracht und kam in der Regel zu spät, um noch von Bedeutung für die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung der Regierung zu sein.

- Bonn blieb dem BND gegenüber wegen des Umstandes misstrauisch, dass während der Gehlen-Jahre auch im eigenen Land Aufklärung gegen politische Parteien unternommen worden war.
- In allen wichtigen Aufklärungsbereichen – im Verhältnis zur Sowjetunion und zum Vorfeld – wurden die Bewertungen im Allianzbereich erarbeitet und dann von den Regierungen, also auch von der Bundesregierung, übernommen. Der BND trug zur Meinungsbildung bei der NATO in Brüssel direkt bei. Schrittweise weitete er – auf der Grundlage entsprechender Bedarfsanmeldungen der Bundesregierung – seine Berichterstattung auf andere Krisengebiete, vor allem im Nahen Osten, aus.

Bei den Immediatvorträgen, die von Zeit zu Zeit im kleinsten Kreis beim Bundeskanzler stattfanden, entwickelte sich selten ein vertiefendes Gespräch. In der Regel handelte es sich um Sachvorträge zur Entwicklung in der Sowjetunion und in der DDR. Es war wichtig für den Dienst zu wissen, dass seine Berichterstattung auch gelegentlich dem Kanzler vorgetragen worden war. Die entsprechenden Gespräche mit dem Bundesminister des Auswärtigen, Genscher, waren immer dialogbestimmt, sachbezogen; die Gespräche mit dem Verteidigungsminister sachlich und problembezogen. Unmittelbare Kontakte mit den Bundesministern des Inneren und für Wirtschaft fanden nur selten statt und zwar aus gegebenem Anlass, zum Beispiel bei Geiselnahmen oder im Falle von kritischen Ausfuhren im Rüstungsbereich.

Die herrschende Meinung lässt sich mit der Wiedergabe eines Gespräches mit dem angesehenen liberalen Abgeordneten Burkhard Hirsch[70] belegen, eine Aussage, die auch dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt in den Mund gelegt wird: „Ich kann die Zeitung – insbesondere die Neue Zürcher Zeitung – aufschlagen, dann weiß ich, was in der Welt passiert. Der BND bringt darüber hinaus nichts Relevantes." Eine solche Aussage wirft eher ein bezeichnendes Bild auf die Kompetenz der Autoren in Sachen internationaler Entwicklungen denn auf die Nichtrelevanz oder Relevanz des Dienstes in Sachfragen der internationalen Entwicklungen. Denn was der Dienst berichtet, zeichnet sich ja nicht dadurch aus, dass man neue Namen erfindet, sondern dass etwas Aktuelles berichtet und bewertet wird, das auf der langjährigen Analyse des Landes, der in Frage stehenden Problematik und auf dem Austausch mit anderen geheimen Nachrichtendiensten beruht. Eine solche Berichterstattung soll verhindern, Entscheidungen auf unzureichende Grundlagen abzustützen, z. B. auf zweifelhafte Berichte von Emigranten über die Existenz von Massenvernichtungswaffen in einem anderen Land (z. B. Irak), also auf Berichte, deren Relevanz politisch überbewertet wurde.

[70] Burkhard Hirsch, Jahrgang 1930, FDP-Politiker, war Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1975 bis 1980 Innenminister von Nordrhein-Westfalen und von 1994 bis 1998 Vizepräsident des Deutschen Bundestages.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heute muss die Bundesregierung ständig in den Vereinten Nationen, im Nordatlantischen Bündnis und in der Europäischen Union zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in Fragen des Krisenmanagements in vielen Teilen der Erde beitragen, wo sie sich mit finanziellen Mitteln, mit politischem Prestige, mit Streitkräften, Polizeibeamten und Entwicklungsfachkräften und mit politischen Festlegungen engagiert und ihren Einfluss geltend macht. Die Bundesregierung muss aus eigenem Interesse ihre Entscheidungen auf so verlässliche Grundlagen wie nur möglich abstützen. Das können Zeitungen und Botschaftsberichte nicht gewährleisten. Ein Bericht des BND ist ja nicht eine einzelne Nachricht aus dem Nähkästchen des Herrn Putin oder Ulbricht oder Honecker, sondern ist eine Unterlage, die sich auf mehrere unabhängig voneinander bestehende Quellen und die Abstimmung mit den befreundeten Diensten abstützt. Es kommt also zu einer Einschätzung, bei der es z. B. heißen kann: Diese Einschätzung wird auch von amerikanischen Diensten mitgetragen, nicht aber von den Franzosen.

Das vom beiderseitigen Misstrauen getragene Nicht-Verhältnis Bonn–Pullach hatte wenig mit den beteiligten Personen zu tun, sondern vor allem mit der jahrzehntelang gehegten Auffassung, „dass der Dienst sowieso nichts tauge“. Es ist interessant zu registrieren, dass die ersten, die sich mit den auf Gallup-Umfragen abgestützten Lagebeurteilungen der DDR beschäftigten, die Mitglieder des Innerdeutschen Ausschusses des Deutschen Bundestages waren. Für die mit DDR-Fragen befasste Abteilung im Bundeskanzleramt und die Ständige Vertretung in Ost-Berlin ging es fast ausschließlich um die Frage der „Erleichterungen für die Menschen in der DDR“ und die Konzessionen, die von westdeutscher Seite in diesen Fragen gemacht werden mussten. Die DDR-Abteilung suchte nicht das Gespräch mit dem BND – im Gegenteil, sie hielt ihn bewusst auf Distanz und hielt sich bedeckt. Unter keinen Umständen wollte man einen BND-Mann verdeckt in der Ständigen Vertretung beschäftigen. Der Umschwung in der Meinung und Haltung der Abteilung im Kanzleramt trat, so meine ich mich zu erinnern, nach dem Gorbatschow-Besuch in der DDR im Oktober 1989 ein.

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher registrierten im persönlichen Gespräch die Ergebnisse der Gallup-Umfragen unter der DDR-Bevölkerung mit großem Interesse und stellten fest, dass dieses Ergebnis ihre Einschätzung der Haltung der großen Mehrheit der Bevölkerung in der DDR widerspiegele. Der BND fügte bei diesen Analysen stets hinzu, dass die vier beteiligten Deutschland-Mächte, also auch die Sowjetunion, von der Notwendigkeit von Verhandlungen der vier Mächte mit einer wie auch immer gearteten Beteiligung der beiden Regierungen in Deutschland ausgehen. Schwierige Verhandlungen würden bevorstehen, zumal aus sowjetischer Sicht die Abrüstungsfragen im Verhältnis der Sowjetunion zu den USA und in Europa (Reduktion der konventionellen Streitkräfte in Europa auf die Verteidigungsfähigkeit) im Vordergrund standen. Die sich abzeichnende Volksbewegung in der DDR und die sich verschlechternde Wirtschaftslage der DDR würden allerdings auf eine rasche positive und wirtschaftlich zur Besserung führende Lösung drängen und in den internationalen Verhandlungen neue Prioritäten setzen können.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feldmeyer:
Ich würde gern noch mal auf den Vortrag zurückgreifen, den Sie zur DDR aus der Sicht des BND 2004 im Institut für Zeitgeschichte gehalten haben[71], und bitte um Nachsicht für einige Nachfragen. Warum hat die Bundesregierung nicht die Erkenntnisse der Geheimdienste – und damit ja auch die des BND – zur Grundlage ihrer Beurteilung gemacht, sondern die offiziellen, wie wir heute wissen, falschen Angaben der DDR? Das ist eine Frage, die man eigentlich an die Bundesregierung richten müsste. Aber ich frage in diesem Zusammenhang, welche Rolle hat das Thema im Verhältnis BND/Bundesregierung gespielt?

Wieck:
Der BND hat an den Beratungen der Bundesrepublik Deutschland mit der DDR auch nicht als verdeckter Beobachter teilgenommen. Das war ein großes Defizit, da ja solche Verhandlungen Einblicke in die Hintergründe der Position der anderen Seite zulassen, z. B. in Gesprächen am Rande der Verhandlungen. Eine indirekte Teilnahme von geheimen Nachrichtendiensten ist auf dem internationalen Parkett üblich. Im Falle der Verhandlungen mit der DDR gab es das nicht – aus Gründen des Misstrauens der Bundesregierung gegenüber dem BND.

Der BND hat über die Verschlechterung der Wirtschaftslage berichtet; er hat sich nicht systematisch im kritischen Sinne mit den statistischen Angaben der DDR befasst – allenfalls im Einzelfall. Die Bundesregierung hat aber im tatsächlichen Leben die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse richtig gesehen und gegenüber der DDR Vorschläge gemacht, die an den Strukturschwächen der DDR etwas ändern sollten (Umweltproblematik; Absicherung von zwei der Währungsstabilität dienenden Bankenkrediten in Höhe von rund zwei Mrd. DM[72]). Aber die Bundesregierung hat gezögert – aus Gründen der wahrscheinlichen Reaktion der Öffentlichkeit und der westlichen Verbündeten –, die Lage so düster zu zeichnen, wie sie eigentlich gezeichnet werden musste, weil dann die Frage der sofortigen substantiellen finanziellen Hilfe ohne politische Bedingungen oder aber die Möglichkeit des Ausschlusses der DDR aus dem EG-Kontext aufkommen konnte, oder die deutsche Frage selbst. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung – sowohl die CDU- als auch die SPD-geführte Regierung – aus verschiedenen Gründen gezögert, an die Öffentlichkeit heranzutreten. Immerhin, als die Mauer gefallen war, hat die Bundesregierung sich geweigert, der undemokratisch zustande gekommenen Regierung Modrow den erbetenen Kredit zu geben[73].

Feldmeyer:
Wenn ich etwas zuspitze: Die Bundesregierung hat sich seit 1969 quasi dazu verpflichtet, oder zumindest akzeptiert, ein von der DDR gemaltes Bild ihrer Wirk-

[71] Vortrag „Die DDR aus der Sicht des BND 1985–1990“, gehalten am 20. 4. 2004.
[72] Vgl. Fußnote 47.
[73] Bei seinen Treffen mit Kohl am 19. 12. 1989 in Dresden und am 13. 2. 1990 in Bonn bat Modrow um einen Kredit über 15 Mrd. DM.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichkeit entgegenzunehmen und zur Grundlage ihrer eigenen Beurteilung der Lage im geteilten Deutschland zu machen, zumindest nach außen.

Wieck:
Ja.

Feldmeyer:
Intern war es nicht unbedingt so, sondern man wusste, es war wahrscheinlich schlechter, aber man wollte es nach außen nicht wahrhaben, um daraus keine Konsequenzen ziehen zu müssen.

Wieck:
Und man systematisierte die Erkenntnisse über die wirkliche wirtschaftliche und finanzielle Lage der DDR nicht.

Feldmeyer:
Warum war, wie Sie festgestellt haben, eine offene Diskussion der wirtschaftlichen Lage der DDR nur im NATO-Rahmen, also nicht innerhalb der Bundesregierung, möglich?

Wieck:
Im NATO-Rahmen gehörte die Befassung mit der wirtschaftlichen Lage der Sowjetunion und der Mitgliedstaaten des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW[74]) zu der Erarbeitung der geheimen Lagebeurteilung, die wiederum Grundlage der politischen Strategie und der militärischen Verteidigungsmaßnahmen des Bündnisses und seiner Mitgliedstaaten war. Für die militärischen Planer des Bündnisses war es wichtig zu ermitteln, ein wie hoher Prozentsatz des Bruttosozialprodukts – umgerechnet in Kaufkraft auf der Basis des US-Dollar – wirklich in der Sowjetunion und im Vorfeld für verteidigungsrelevante Aufwendungen aufgebracht wurde. Dazu musste man ein kompliziertes Verrechnungssystem entwickeln, das zuließ zu ermitteln, was der sowjetische Verteidigungsaufwand in westlichen Preisen kosten würde und welche Komponenten des gesamten Verteidigungsaufwands in der Sowjetunion in Wirklichkeit dem Verteidigungshaushalt zuzurechnen waren und damit den Gesamthaushalt und das Bruttosozialprodukt belasteten (Forschung, Entwicklung, Produktion, Beschaffung, Wartung, operative Kosten, Pensionen etc). Eine systematische Untersuchung über die Art und Weise, wie die manipulierten statistischen Ansätze im Statistischen Jahrbuch der DDR zustande kamen, wurde meines Erachtens erst nach der Wende unternommen. Im NATO-Kontext war nur das von den Medien aufmerksam angenommene jährliche Wirtschaftsforum mit Berichten über die wirtschaftliche Entwick-

[74] Der RGW war der wirtschaftliche Zusammenschluss der sozialistischen Staaten. Ihm gehörten die Sowjetunion, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, die Tschechoslowakei, die DDR, Kuba, die Mongolei, Vietnam und Albanien an.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lung des Ostblocks und über seine Rüstungsaufwendungen offen. Dabei gab es aber keinen besonderen Schwerpunkt DDR.

Feldmeyer:
Das kann doch nicht heißen, dass die Bundesregierung, die ja in allen NATO-Gremien präsent ist und einen Anspruch darauf hat, dass ihre Vertreter ihr auch die Lage berichten, auf den Erkenntnisgewinn, der sich an dieser Stelle – und zwar nur an dieser Stelle – ergibt, verzichtete?

Wieck:
Die Ressorts außer dem Verteidigungsministerium haben sich um diese Lagebeurteilungen eigentlich wenig gekümmert.

Feldmeyer:
Sie erwähnen, CDU und FDP wollten – und das ist ein Zitat aus ihrem Vortrag – „nicht zur Unzeit die deutsche Frage auf die Tagesordnung setzen müssen". Meine Fragen: Ist der Begriff „Unzeit" Ihnen gegenüber je definiert worden? Wissen Sie, welche Überlegungen im Hintergrund dieser Formulierungen standen? Und warum formulierten Sie in Ihrem Vortrag, die Bundesregierung wollte verhindern, die deutsche Frage zur Unzeit auf die Tagesordnung setzen zu müssen? Vor wem hatte sie, ich sage mal Angst, dazu gezwungen werden zu können, und was wollte sie damit vermeiden?

Wieck:
Mit dem Hinweis darauf, dass die CDU und die FDP die deutsche Frage nicht zur „Unzeit" auf die internationale Tagesordnung setzen wollten, zitiere ich keinen ausdrücklichen Beschluss einer deutschen Partei, sondern fasse alle Überlegungen darüber zusammen, unter welchen Voraussetzungen die deutsche Frage im Sinne einer Wiedervereinigung oder Vereinigung würde gelöst werden können. Mit Bismarck möchte ich sagen, man muss das Aufkommen einer Möglichkeit zur Lösung einer umstrittenen Frage, eines von allen als Problem angesehenen Ziels einer Nation abwarten, aber sie dann entschlossen beim Schopfe ergreifen, wenn sie sich dann – meist unerwartet – auftut. Man kann das Zustandekommen dieser Möglichkeit nicht erzwingen, aber man kann vieles tun, um die Chancen für das Eröffnen einer solchen Möglichkeit zu verbessern oder das Auftun einer solchen Möglichkeit zu erschweren. Das glaubwürdige Offenhalten der deutschen Frage hat das Zustandekommen einer solchen Möglichkeit befördert. Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR und die der getrennten Staatsangehörigkeit hätten die möglichen Öffnungen zu einer solchen Möglichkeit eher verschüttet.

Die Tatsache, dass die Bundesregierung, aber auch andere Regierungen, über die Grundströmungen in der DDR-Bevölkerung zur deutschen Wiedervereinigung unterrichtet waren, hat die Bereitschaft zum Handeln befördert, als sich eine entsprechende Möglichkeit eröffnete, bzw. als sich die Notwendigkeit ergab, die Vereinigung hinzunehmen. Das internationale Ansehen der Bundesrepublik

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland, das sich in den vierzig Jahren ihrer Existenz weltweit, aber auch europabezogen und in Moskau selbst entwickelt hatte, gab den Ausschlag zugunsten der internationalen Unterstützung für diesen Prozess, als die Volksbewegung am 9. November 1989 die Mauer niederriss. Vor allem die USA und Russland waren disponiert zur Unterstützung des Vereinigungsprozesses, die europäischen Nachbarn Deutschlands zögerten, vor allem Paris und London.

Die DDR-Führung war nicht von vornherein dazu disponiert, wurde aber von der allgemeinen Volksbewegung zu einem „Runden Tisch“[75] gezwungen; die Dissidenten, die eigentlich einen zweiten deutschen demokratischen Staat anstrebten, mussten dem Grundstrom der Bevölkerung folgen, brachten aber später Vorschläge für Besonderheiten der neuen Bundesländer ein – zum Beispiel die Nichteinbeziehung der Bundesländer in die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Später fragten mich Mitarbeiter der Auslandsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit: „Herr Präsident, Sie müssen doch zugeben, dass wir besser waren als der BND!“ Ich antwortete: „Das weiß ich nicht, ob Sie methodisch oder mechanisch oder technologisch besser waren als der BND. Sie hatten natürlich leichtere Zugänge in der Bundesrepublik Deutschland, wo Sie sich überall einmischen und einnisten konnten, anders als wir zu Ihrem geschlossenen System. Aber richtig gelegen haben Sie nicht, während wir richtig gelegen haben, sogar zum Leidwesen der Bundesregierung. Wir haben nämlich der Bundesregierung gesagt, dass die Bevölkerung in der DDR sich wie gefangen fühlt. Sie wollte die Vereinigung Deutschlands. Ist das nicht eine gute, solide Grundaussage für das, was sich dann am 9. November und schon davor abgespielt hat? Wir haben also nicht auf die Dissidenten gebaut, die zwei Deutschlands wollten. Wir haben nicht auf die Sowjetunion nach Ihrer Vorstellung gebaut, die unter allen Umständen das verhindern wollte, sondern auf eine Sowjetunion, die die Bundesrepublik Deutschland als wichtigstes Land in Europa ansah und ansieht – in der Phase der Teilung wie in der Zeit nach der Vereinigung.“ Nein, die deutsche Frage war nicht das Kernstück der sowjetischen Reformbewegung. Aber die sowjetische Reformbewegung hat die deutsche Frage nicht gestoppt oder unmöglich gemacht. Das entsprach unserer Analyse der sowjetischen Interessenlage. Man sagte vielmehr: Falls es zu einem vereinigten Deutschland kommt, dann sind wir an einem Tisch mit den anderen drei Deutschland-Mächten, wo man Einfluss auf den Prozess und das Ergebnis nehmen kann. Aber wir – die Sowjetunion – werden die Wiedervereinigung nicht ver- oder behindern.

Feldmeyer:
Die früh gewonnene Einsicht oder Beurteilung, dass der Status quo aus sowjetischer Sicht konditioniert ist mit der strategischen Grundentscheidung, die

[75] Einen „Runden Tisch“ hatten die oppositionellen Bürgerbewegungen zur Beratung und Kontrolle der DDR-Regierung gefordert. Am 7. 12. 1989 trat er unter Moderation von Kirchenvertretern zusammen. Je zur Hälfte waren daran Vertreter der „alten Kräfte“ und der neuen bzw. oppositionellen Parteien und Gruppen beteiligt.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damals herrschte und nicht ad infinitum fortbestehen würde, hat dem BND-Präsidenten den Blick geöffnet für die tatsächlich sich anbahnende Veränderung und für die Analyse, die Sie eben gegeben haben. Das wirft natürlich auch die interessante Frage auf, inwieweit die politischen Kräfte der alten Bundesrepublik zu denjenigen gehört haben, die nur auf die Zweier-Lösung hin fixiert waren und die Fähigkeit verloren oder ausgeschlossen hatten, die Option der Wiedervereinigung zu denken.

Wieck:
Ich will nur einen Satz dazu sagen: Die Frage der deutschen Einheit war in der alten Bundesrepublik „unpopulär" geworden. Deshalb konnten Gedankenspiele mit einem vereinigten Europa auf der Basis zweier deutscher demokratischer Staaten praktiziert werden. Der Reformkurs von Gorbatschow mit der Freigabe des sowjetischen strategischen Vorfelds brachte auch die deutsche Frage auf die Tagesordnung. Die grundsätzliche Disponiertheit der Sowjetunion zu dieser strategischen Kurskorrektur eliminierte eine wichtige Grundannahme der Zwei-Staaten-Konzeption über die Sowjetunion – dass sie eben unter keinen Umständen das Vorfeld preisgeben würde.

Feldmeyer:
Sie teilten uns in Ihrem Vortrag mit, insbesondere in der entsprechenden Abteilung des Bundeskanzleramtes – das wäre ja dann die Abteilung 2 gewesen, oder meinten Sie konkret das Referat 22[76], das sich mit den Beziehungen zur DDR und mit dem innerdeutschen Ministerium zu befassen hatte? – und in der Ständigen Vertretung sei die Ansicht vertreten worden, in der DDR habe sich ein getrenntes Staatsbewusstsein entwickelt. Können Sie diese Aussage noch etwas konkretisieren? Wer war das in Bonn? Das waren ja Personen. Und wer war das in Ost-Berlin? Und wie stellten sich der damals zuständige Kanzleramtsminister und der Bundeskanzler zu dieser Bewertung? Teilten sie diese Bewertung? Wer war der Hauptexponent, wenn ich das so formulieren darf, dieser Beurteilung? Nahm das Auswärtige Amt damals Einfluss auf diese Sicht? Und wenn ja, wie?

Wieck:
Das sind jetzt natürlich Fragen, die sich auf das innere Gefüge der Bundesrepublik Deutschland, noch genauer auf das innere Gefüge des Kanzleramtes und seiner Abteilung 2, bzw. der Unterabteilung 22, beziehen, über die ich keine zuverlässigen Aussagen machen kann. Die Ständige Vertretung und auch die Deutschlandabteilung haben stets große Distanz zum BND gewahrt. Die mit diesen Fragen verantwortlich umgehenden Beamten waren stets auf die menschlichen Erleichterungen für DDR-Bewohner konzentriert in einer Gesamtlage, die sich in absehbarer Zeit – wenn überhaupt jemals – nicht ändern könne. Noch in einem

[76] Vgl. Fußnote 50.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gespräch am 8. November 1989 bei den Vereinten Nationen, wo Herr Bräutigam[77], einer der Ständigen Vertreter der Bundesregierung in Ost-Berlin, als deutscher UN-Vertreter tätig war, hielt er eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Deutschlandfrage für ausgeschlossen. Dies lässt vermuten, dass ihm die dauerhafte, die völkerrechtlich verankerte Teilung Deutschlands aus gesamtstrategischen Gesichtspunkten als unvermeidbar erschien. Ihm und anderen erschien mit dem Aufschwung der Dissidenten-Bewegung eine Entwicklung in der DDR möglich, die zu einer „DDR mit einem menschlichen Gesicht", vielleicht sogar einmal zu einer Demokratie führen könnte.

Das Auswärtige Amt hatte ja eigentlich keine Eigenkompetenz in der DDR-Frage, sondern nur eine Kompetenz in der Vier-Mächte-Frage. Es konnte sich zur inneren Entwicklung in der DDR nicht auf der Grundlage eigener systematischer Arbeit äußern. Die innerdeutschen Beziehungen waren sehr fixiert auf die Gefangenenfreikäufe und die Erleichterung der Reise- und Übersiedlermöglichkeiten für Bürger der DDR. Ein Gespräch ist mir in Erinnerung mit Herrn Detlef Kühn, dem Leiter des früheren Gesamtdeutschen Instituts[78]. Herr Kühn erhielt die BND-Berichte über die Stimmungslage in der DDR zur Stellungnahme. Er sagte mir, er habe diese Berichte positiv bewertet. Das ist keine Überraschung, denn er traf die Menschen, die dem breiten Strom der unterschwelligen Meinungsbildung in der DDR zuzurechnen waren. DDR-Mandatsträger und andere Funktionäre durften ja nicht aus Familiengründen in den Westen reisen. Die Schwachstelle der Protagonisten bestand darin, dass sie die Bevölkerung und die Wirkung der Befreiung Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns vom sowjetischen Joch ausblendeten, schließlich auch die Wirkung der Ankündigung des Abzugs der sowjetischen Truppen aus der DDR. Was konnte von der DDR bleiben? Fast nichts. Aber das ist die BND-Sicht gewesen, vielleicht war es die Sicht des Hans-Georg Wieck, die dem BND vermittelt wurde. Das will ich nicht ausschließen. Die Menschen waren dort sehr dem tradierten Denken verhaftet, dass es realistischer sei, von der Existenz der DDR auszugehen und nicht von ihrem Verschwinden. Und dass es nicht zu erwarten sei, dass die Sowjetunion sich jemals verändern werde. Das ist ein unhistorisches Denken: Jede Generation mischt die vorhandenen Rahmenbedingungen neu.

Wentker:
Noch eine Sache, die jetzt vielleicht nicht so sehr die internationalen Beziehungen im Blick hat, sondern die Verhältnisse in der DDR. Dort hat es ja den bekannten Ausspruch gegeben von dem hochrangigen ZK-Mitarbeiter Otto Rein-

[77] Hans Otto Bräutigam, Jahrgang 1931, promovierter Jurist, war seit 1962 im Auswärtigen Amt, später im Bundeskanzleramt, von 1982 bis 1989 Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, von 1989 bis 1990 UN-Botschafter, von 1990 bis 1998 Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten in Brandenburg.
[78] Detlef Kühn, Jahrgang 1936, Jurist, FDP-Mitglied, war von 1970 bis 1972 im Bundesinnenministerium und von 1972 bis 1991 Präsident des Gesamtdeutschen Instituts.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hold, der sinngemäß vor dem Fall der Mauer gesagt hat: „Die DDR wird entweder sozialistisch sein oder gar nicht sein.“[79] Womit er ja Recht hatte.

Wieck:
Ja.

Wentker:
Das heißt, da war ja doch letztlich auch für die Beobachter im Westen klar: Es kann eine reformierte DDR, so wie sich das einige eben vorstellen, doch gar nicht geben. Das hätte doch auch von jemandem wie Herrn Bräutigam oder anderen gesehen werden müssen.

Wieck:
So weit sind sie nicht vorgestoßen. Sie konnten sich eine DDR ohne sowjetische Truppen als ein Denkmodell nicht vorstellen. Die Sowjetunion würde da nie weggehen. Ich brauchte mich deshalb nicht mit der Frage zu beschäftigen, was passiert, wenn die Sowjetunion aus der DDR ihre Truppen zurückzieht. Während meine kleine einfache Befragungsaktion schon klar gemacht hatte, wenn wir die Sowjets weghaben, dann verschwindet das DDR-System im gleichen Atemzuge. Und wir kommen an die Brotkörbe. Die DDR war ein Artefakt von Umständen und nicht ein lebensfähiges Eigenwesen, wenn alle anderen drum herum eine freie Wahl haben. Ich gehe jetzt ein Stück weiter und sage, Deutschland versuchte – auch Westdeutschland – aus der Geschichte zu fliehen. Das Umfeld lässt uns nicht. Nicht in dem Sinne, dass es uns in das Gefängnis von 1945 zurücktreibt, aber in dem Sinne, dass es uns aus dem geistigen Gefängnis herausführt, und wir dann wie die anderen auf dem europäischen Kontinent leben – mit der Bevölkerung von rund 80 Millionen Menschen, einem demokratischen Staats- und Rechtswesen, einer sozialen Marktwirtschaft und mit dem Gewicht, das ein solches Land einbringen kann, ohne sich ständig nach links und rechts verbeugen oder entschuldigen zu müssen. Der US-Präsident Reagan rief den Sowjetführer Gorbatschow auf: „Machen Sie die Mauer auf[80]!“ Es geschah – mit zeitlichem Abstand

[79] Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK, sagte am 19. 8. 1989: „Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistische, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromißlos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist.“ Zit. nach Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 57.

[80] Ronald Reagan wandte sich am 12. 6. 1987 in einer Rede vor dem Brandenburger Tor mit folgenden Worten an Gorbatschow: “General Secretary Gorbachev, if you seek peace, if you seek prosperity for the Soviet Union and Eastern Europe, if you seek liberalization: Come here to this gate! Mr. Gorbachev, open this gate! Mr. Gorbachev, tear down this wall!“ Zit. nach Helmut Trotnow/Florian Weiß (Hrsg.), Tear down this Wall. US-Präsident Reagan vor dem Brandenburger Tor, 12. Juni 1987 (Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung), Berlin 2007, S. 219.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und nicht auf Weisung des sowjetischen Staatspräsidenten. Der Fall der Mauer machte den Frieden in Europa und den umfassenden Einigungsprozess möglich.

Feldmeyer:
Bei Ihrem Dienstantritt in München hatten Sie 1985, wie Sie berichtet haben, den Eindruck, dass die DDR-Auswertung im BND sehr stark von der Doktrin vom Wandel durch Annäherung vorbestimmt sei und dass in dieses Konzept Einigungsbestrebungen der Bevölkerung auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze nicht hineinpassten. Welche konkreten Beobachtungen, Aussagen oder sonstigen Eindrücke liegen dieser Aussage zugrunde?

Wieck:
Dieser im BND (Auswertung DDR) vorherrschenden Auffassung lag die Beobachtung zugrunde, dass Bevölkerung und Staatsführung in der DDR im Vergleich mit den anderen RGW-Staaten ein hohes Selbstwertgefühl hatten. Sie nahmen für sich in Anspruch, alle relevanten Bestandteile eines modernen Staates zu besitzen, seien es die Institutionen des Staates, der Gesellschaft (Gewerkschaften, Frauenverbände) und des Sports. Bei bedeutenden sportlichen Ergebnissen in aller Welt konnte sich der Staat im Lichte seiner Erfolge darstellen und Ansehen gewinnen. Er verdrängte die demokratischen Defizite – die Opposition musste sich unter den Schutz der Kirchen stellen – und das schwerwiegende Defizit der fehlenden eigenen Nation. Die von mir reklamierte Relativierung des DDR-Staatsbewusstseins hatte ihren Ursprung, ihre Grundlage in Faktoren, die außerhalb des Beobachtungsfeldes der DDR-Auswerter lagen! Sie konzentrierten sich voll und ganz auf das Phänomen der DDR, wie es sich ihnen darstellte, ohne die Hintergründe auszuleuchten und das Sichtbare zu relativieren.

Die Spannungen zwischen DDR und Sowjetunion waren immer relativer Natur, aber nie prinzipieller Natur. Die Gegensätze prinzipieller Art entwickelten sich erst im Zusammenhang mit der von Gorbatschow eingeleiteten Reformpolitik, sie waren in nuce in der strategischen Reflektion stets ein mitschwingender Faktor!

Feldmeyer:
Die Frage nach den möglichen NPD-Propagandisten bei den 89er Demonstrationen in der DDR ist ja schon aufgegriffen worden. Darf ich da noch mal nachfragen? Sie sagten, diese Anfrage sei aus Bonn gekommen.

Wieck:
Aus dem Kanzleramt – auf der Arbeitsebene!

Feldmeyer:
Sie sagten auch, die Ständige Vertretung habe die Lage offenkundig anders eingeschätzt als der BND. Was meinten Sie mit dieser Anmerkung, wollte ich Sie fragen. Das hat sich jetzt aus dem, was Sie gesagt haben, glaube ich schon, weitgehend ergeben. Dann möchte ich noch zu einer anderen Frage übergehen: Sie erwähnten unterschiedliche Beurteilungen in Bezug auf das Meinungsbild zur

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einheit oder „bessere-DDR-Schaffen“ und auf die Frage der Umsiedleranträge, wo BND und SED von 500 000 Anträgen wussten, die Kirche aber von 50 000 sprach, und Sie weisen schließlich darauf hin, dass der BND aus den deutschdeutschen Gesprächen ausgeschlossen war. Hat dies eine gemeinsame Wurzel, etwa eine politische Zielsetzung in Bezug auf die Beibehaltung der Teilung? Und die Befürchtung, der BND könne unerwünschte Erkenntnisse beisteuern?

Wieck:
Normalerweise wird der Geheimdienst bei der Vorbereitung von Verhandlungspositionen beteiligt. Im Falle von DDR-Verhandlungen wurde auf strikte Abschirmung gegenüber dem BND Wert gelegt, um störenden Einflüssen nicht ausgesetzt zu sein. Um den Abfluss eventueller Gespräche zwischen Regierung und BND nicht über Spione, die man im BND wähnte, aber nicht bei sich im Kanzleramt, zu vermeiden – ein weiteres Beispiel des dem damaligen deutschen Regierungssystem inhärenten Misstrauens gegenüber dem Dienst.

Feldmeyer:
Die Stimmung der DDR-Bevölkerung war dem BND bei Ihrer Amtsübernahme ja, wie gesagt, nur punktuell bekannt. Sie führten als erster eine systematische Befragung ein und sie zeigte, dass die Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Wiedervereinigung wollte und die DDR-Staatsbürgerschaft ablehnte. Mich hat diese Aussage sehr gewundert. Wie erklären Sie sich dieses schwere Versäumnis Ihrer Vorgänger, die diese Befragung nicht durchgeführt hatten? Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass diese Umfragen wegen der sich dann ja auch einstellenden Erkenntnisse nicht erwünscht waren, weil man eben diese Erkenntnisse befürchtete, die der eigenen Politik, die auf eine Koexistenz mit der DDR zielte und ein möglichst spannungsfreies Verhältnis, zuwider gelaufen wären?

Wieck:
Wahrscheinlich hat die jahrzehntelange Beschäftigung mit den verschiedenen Aspekten der deutschen Frage und die persönliche Begegnung mit vielen Menschen in der DDR – bei Durchreisen aus der Sowjetunion – meine Neugierde angeheizt, hinter die Kulissen zu schauen, die uns präsentiert wurden. Tatsächlich war ich schockiert, als mir die Bewertung der DDR aus der Sicht des BND vorgetragen wurde, und ich suchte nach Mitteln, diese Beurteilung in Frage zu stellen – nicht mit persönlichen Eindrücken, sondern mit einer fundierten Antwort. Ich sagte mir auch, dass dies wohl eine Aufgabe des BND sei, weil ja sonst keiner verdeckt Befragungen durchführen kann. Die alliierten Militärmissionen[81] und die alliierten

[81] Die Einrichtung von Militärmissionen wurde im Rahmen der Europäischen Beratenden Kommission vor Ende des Zweiten Weltkriegs beschlossen. Sie sollten ursprünglich die reibungslose Kommunikation zwischen Vertretern der drei Westmächte und der Sowjetunion sichern; de facto hatten sie aufklärerische Aufgaben. Offizieller Dienstsitz der westlichen Militärmissionen in der SBZ/DDR war Potsdam; die sowjetischen Militärmissionen waren in Frankfurt a. M., Bünde und Baden-Baden stationiert. Sie bestanden bis 1990.

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Botschaften in der DDR hatten vor allem Interesse an substantiellen Erkenntnissen über die sowjetischen Streitkräfte und an bilateralen Fragen, aber keinerlei Interesse daran, jetzt zu ermitteln, wie die DDR-Bevölkerung über die Vereinigungsfrage denkt, sondern allenfalls daran, ob es zu einer Aufstandssituation kommen könne, eine Fragestellung, die im NATO-Rahmen für den ganzen Warschauer-Pakt-Bereich immer wieder gestellt wurde.

Feldmeyer:
Nachdem Ihre Erkenntnisse nach Bonn und nach Ostberlin an die Ständige Vertretung gemeldet worden waren, da gab es ja zunächst ein Zögern, sich darauf einzulassen, mit der Begründung mangelnder wissenschaftlicher Systematik. Gab es, nachdem sich die Ergebnisse im Halbjahresrhythmus bestätigten und damit auch als seriös erwiesen, eine differenzierte Reaktion darauf? Es ist ja möglich, dass es Leute gegeben hat, die sich darüber gefreut haben, und andere, die gesagt haben, da haben wir ein Problem. Wie war die Reaktion?

Wieck:
Die zunächst skeptische Reaktion wandelte sich im Wege der Gewöhnung zur positiven Rezeption. Man gewöhnte sich an die Ergebnisse und nahm sie dann so, wie sie sind. Auch Bundeskanzler Kohl erwähnt diese Berichte in dem zweiten Band seiner Memoiren[82]. Die friedlichen Demonstrationen in der DDR kreisten in ihren Forderungen nicht nur, was man erwartet hatte, um Ausreisemöglichkeiten und Humanisierung des Systems, sondern plötzlich auch um die nationale Frage. Für die Empfänger der Umfrageergebnisse war das allerdings keine Überraschung.

Feldmeyer:
Sie erwähnten, dass der Innerdeutsche Ausschuß des Bundestages „Hoppla" gesagt hat, also aufgehorcht hat, was ja eine positive Reaktion einschließt auf den Befund; war das in der Ständigen Vertretung, war das im Kanzleramt anders?

Wieck:
Kanzler und Außenminister haben im persönlichen Gespräch die Berichte über die Meinungsumfragen positiv aufgenommen – als eine Bestätigung ihrer eigenen Einschätzung. Der Kanzler bezog sich auf die von seiner Frau bei Reisen in die DDR gewonnenen Eindrücke, der Außenminister auf seine Gespräche mit Hallensern, also mit Bürgern aus seiner Heimatstadt. Und der Innerdeutsche Ausschuß sagt: „Ja, das ist das, was wir, wenn wir da reisen, auch sehen." Ich sagte: „Das weiß ich." Aber mit dem punktuell gewonnenen Eindruck kann man keine Erkenntnisse begründen. Dazu braucht man eine Mindestzahl von Befragten und die Wiederholung derselben Fragestellung in gewissen Zeitabständen.

[82] Vgl. Kohl, Erinnerungen 1982–1990, S. 318.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Feldmeyer:
Als Sie diese Fakten vorlegten, da gab es die beschriebene Situation auf der politischen Ebene und es gab, wie aus Ihrer Rede hervorgeht, die Reaktion der Fachebene im BND, die sich nicht vorstellen konnte, dass das kommunistische Zwangssystem sozusagen seine eigene Abschaffung hinnehmen würde. Kann man das so zusammenfassen: Ihre Befunde stießen auf Ungläubigkeit im eigenen Haus, weil die aufgrund ihrer jahrzehntelangen Erfahrungen sich das Ende des Systems nicht mehr vorstellen konnten? Aber auch die politische Ebene war nicht begeistert, um es vorsichtig zu formulieren, weil diese Erkenntnisse keine Bestätigung dessen bedeuteten, was sie zur Grundlage Ihrer eigenen operativen Politik gemacht hatten?

Wieck:
Ja. Das ist wohl so gewesen. Der Schlüssel zum Verständnis für die Veränderung war die Vorstellungswelt von Gorbatschow, einschließlich der Analyse der Lage seines eigenen Landes. Gorbatschow stellt in Frage, weil er etwas anderes wollte – nämlich die Beseitigung des Antagonismus mit den USA und die Beseitigung des Zugzwangs zur Intervention nach der Breschnew-Doktrin in Ostmitteleuropa. Dazu gehörte auch die DDR, aber wegen der fortbestehenden Viermächte-Verantwortung und -Rechte in Deutschland in einer anderen Weise.

Feldmeyer:
Wiedervereinigung war in Bonn nun kein Tabu mehr.

Wieck:
Ich will mal so sagen, die Wiedervereinigung war auch nach dem Mauerfall immer noch mit sehr hohen Risiken versehen.

Feldmeyer:
In der Beurteilung.

Wieck:
Nicht nur in der Beurteilung der Lage. Es gab auch reale Gefahren – die des ungeplanten Schusswechsels oder der gewaltsamen Demonstrationen gegen sowjetische Installationen. Worüber haben sich Gorbatschow und Kohl nach dem Mauerfall am Telefon unterhalten? Natürlich über die Frage, wie man Gewaltanwendung in dieser labilen Zeit verhindern könne. Das war die entscheidende Frage. In den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte wurde ein Aufsatz über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen 1953 und 1989 veröffentlicht[83], ein Aufsatz, den man auch immer wieder mal lesen muss. In diese Sorge, dass diese Sache kippen und daraus ein militärischer Konflikt entstehen könnte, drückte sich auch die Sorge um den zukünftigen Kurs Deutschlands im europäi-

[83] Vgl. Walter Süß, Von der Ohnmacht des Volkes zur Resignation der Mächtigen. Ein Vergleich des Aufstandes in der DDR 1953 mit der Revolution von 1989, in: VfZ 52 (2004), S. 441–477.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Kontext aus. Welche Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Mächte in Europa mussten erwartet oder befürchtet werden?

Feldmeyer:
Gab es so was wie einen mentalen Vorbehalt gegenüber der Einheit, denn die Einheit bedeutete die Rückkehr in die Kontinuität der Geschichte?

Wieck:
Ja. Aber der Weg führte über sehr dünnes Eis. Mitterrand und Gorbatschow, die sich zu besonderen Gesprächen trafen, hatten in dieser Hinsicht gemeinsame Interessen, teilten gemeinsame Sorgen. Jetzt komme ich auf den Eingangspunkt, den ich gemacht habe, zurück: Im Rahmen des Reformprozesses hatte die Sowjetunion auf eher langwierige Vierer-Verhandlungen mit deutscher Beteiligung über Deutschland gebaut – keine unrealistische Erwartung. Und dann kam es anders. Am 9. November 1989 fiel die Mauer – als Folge einer nicht vorgesehenen Interpretation des Politbüro-Beschlusses vom gleichen Tage über eine neue Ausreiseregelung. Die SED hatte die Kontrolle über das Land und seine Bewohner verloren. Die Teilung Deutschlands war de facto auf friedlichem Wege beendet worden – im Wege der normativen Kraft des Faktischen. Die Vier-Mächte-Verhandlungen mit zwei deutschen Regierungen hatten nur noch die Bedeutung einer Verhandlung über den Abwicklungsvertrag für die bisherigen Rechte der vier Mächte in Deutschland.

Feldmeyer:
Also kam es in der DDR zum gewaltfreien Kollaps. Das glückliche Ende war gewaltfrei, sonst wäre alles schiefgelaufen.

Wieck:
So ist es. Dazu hat die strategische Entscheidung der sowjetischen Führung, auf Gewaltanwendung zur Unterstützung der sozialistischen Regime in Ostmitteleuropa, einschließlich der DDR, zu verzichten, in ihrem eigenen Interesse den entscheidenden Beitrag geleistet.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Systemstabilität und die Entkoppelung der Gewalt

Ludolf Herbst zum 65. Geburtstag

Das Institut für Zeitgeschichte und die Bundesrepublik sind ungefähr gleich alt. Nach beinahe 60 Jahren lassen sich ihre Kanzler und seine Direktoren noch immer fast an einer Hand abzählen. Ludolf Herbst, der am 21. März 2008 sein 65. Lebensjahr vollendet hat, leitete das Münchener Institut just während des politischen Umbruchs 1989/90 kurz und kommissarisch. Als amtierender Direktor erledigte er seinen Job auf der Brücke des Flaggschiffs der deutschen Zeitgeschichtswissenschaft, dessen Wanten in dem historischen Seebeben nur leicht erzitterten, mit Umsicht und Geschick. Die von ihm initiierte und im Weiteren sehr nützliche Grundsatzerklärung zu „Aufgaben und Perspektiven der Zeitgeschichtsforschung nach der politischen Umwälzung in Osteuropa und in der DDR" wurde vom Präsidenten des Bundesarchivs und dem Doyen der DDR-Forschung Hermann Weber mit unterzeichnet und noch im Sommer 1990 in den Vierteljahrsheften veröffentlicht[1]. Kurz nach der Wiedervereinigung folgte Herbst einem Ruf in die Hauptstadt der Bundesrepublik. Seit 1991 nimmt er an der Humboldt-Universität zu Berlin den Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Zeitgeschichte ein.

Die Adresse Unter den Linden hätte sich für die Errichtung eines Präzeptorentums mit Dauerpräsenz in den Regierungsfluren und auf dem Gesellschaftsparkett bestens geeignet. Seine wissenschaftliche Ernsthaftigkeit bewahrte Herbst aber vor derlei Versuchungen. Die „Öffentlichkeitsfixierung" der Disziplin Zeitgeschichte und ihre Neigung, „pointierte Thesen" in die Welt zu setzen, „um öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen", wie er einmal monierte[2], muss sich schon auf seinem ureigenen Forschungsfeld oder vor seiner Haustür ausleben, um ihm einen Zeitungsartikel wert zu sein[3].

Ludolf Herbst ging bei Reinhard Wittram, Rudolf von Thadden und Rudolf Vierhaus in die Lehre und von Göttingen 1983 direkt als Stellvertretender Direktor an das Institut für Zeitgeschichte, wo ihm mit innovativen Projektvorhaben zur Integration Westdeutschlands in den Westen[4], zur Wiedergutmachung

[1] VfZ 38 (1990), S. 509–514.

[2] Ludolf Herbst, Komplexität und Chaos. Grundzüge einer Theorie der Geschichte, München 2004, S. 15 f.

[3] So etwa „Jeder Deutsche hat profitiert. Götz Aly erklärt ‚Hitlers Volksstaat' zu einer effizienten Zustimmungsdiktatur", in: Der Tagesspiegel vom 16. 3. 2005, oder „Anleitung unnötig. Das Gedenken braucht keinen Direktor", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 3. 2005.

[4] Vgl. u. a. Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990; Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990; Werner Bührer, Westdeutschland in der OEEC. Eingliederung, Krise, Bewährung 1947–1961, München 1997.

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0013
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nationalsozialistischen Unrechts[5] oder etwa zu den deutsch-tschechischen Beziehungen[6] rasch profilierende Akzentsetzungen gelangen; alle drei deutschen Hauptautoren sind inzwischen Lehrstuhlinhaber[7]. Weniger aufmerksamkeitsträchtig, aber ebenso vorteilhaft wirkte sich für das Institut seine stille Teilrenovierung solcher Großunternehmen wie „Akten der Parteikanzlei der NSDAP“[8] und „Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933“[9] aus, mit denen man den Neuen sogleich beladen hatte. Doch ebenso wie in München vermag ihn auch in Berlin die Leitung mehrköpfiger Forscherteams – eines befasst sich beispielsweise mit der Geschichte der Commerzbank im Dritten Reich[10] – nicht davon abzuhalten, selbst in die Archive zu gehen und Publikationen vorzulegen, die niemals deskriptionslastig oder gar luftig ausfallen.

Man darf wohl sagen, dass Politik-, Ideologie-, Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte in der Zeitgeschichtsforschung nicht eben häufig so eng miteinander verschränkt sind wie im Œuvre von Herbst. In seinem Empirie und Theorie konsequent verknüpfenden Werk tritt eine geradezu bohrende Intensität zutage, die uferlose Komplexität vergangener Gegenwart mit breitem sozialwissenschaftlichen Instrumentarium zu strukturieren und kontrolliert zu reduzieren, um auf diese Weise die Basisprozesse und Kernstrukturen historischer Arrangements herauszupräparieren und in größtmöglicher Präzision zu erklären.

Seine Dissertation von 1974 war denn auch eine „Strukturanalyse“ monarchischer Solidarität[11] und nicht lediglich die Beschreibung unerquicklicher Bestrebungen der Ersten Internationale während der Reichsgründungszeit. Auch seine viel beachtete Kritik an Timothy W. Mason, die er bald danach veröffentlichte[12], zeigt neben scharfsinniger Quellenkritik das Bestreben, systemtheoretische Ansätze für die Zeitgeschichtswissenschaft fruchtbar zu machen – jedoch gerade nicht in einem mechanistischen Sinne, sondern explizit unter Einbeziehung der

[5] Vgl. Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik, München 1989; als weiteres Projektergebnis Constantin Goschler, Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945–1954), München 1992.

[6] Siehe Christoph Boyer, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938), München 1999; Jaroslav Kučera, Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918–1938, München 1999.

[7] Christoph Boyer ist Professor für Europäische Zeitgeschichte an der Universität Salzburg; Christoph Buchheim ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Mannheim; Constantin Goschler ist Professor für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

[8] Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, München 1983–1992.

[9] Hitler-Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, München 1992–1998.

[10] Als erste Projektergebnisse siehe beispielsweise Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hrsg.), Die Commerzbank und die Juden 1933–1945, München 2004, oder Ingo Loose, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007.

[11] Die Erste Internationale als Problem der deutschen Politik in der Reichsgründungszeit. Ein Beitrag zur Strukturanalyse „monarchischer Solidarität“, Göttingen 1975.

[12] Die Krise des nationalsozialistischen Regimes am Vorabend des Zweiten Weltkrieges und die forcierte Aufrüstung. Eine Kritik, in: VfZ 26 (1978), S. 347–392.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bewusstseinsprozesse, ohne die die Dynamik von Hitlers Mobilisierungs- und Kriegsstaat, der Hauptgegenstand seines Nachdenkens, unerklärlich bliebe.

Seine Habilitationsschrift ließ ihn dann in die erste Reihe der NS-Forscher aufrücken. Herbst sucht hier in der Lehre vom totalen Krieg und den daraus abgeleiteten Mobilmachungspostulaten und biologistischen Regenerationsutopien einen Hauptstrang nationalsozialistischer Weltanschauung auf und stellt vor diesem Hintergrund die Ordnung der Wirtschaft als Problem von Politik, Ideologie und Propaganda in den Mittelpunkt seiner Analyse, die ihm unter der Hand zur ersten umfassenden Untersuchung des Nationalsozialismus im Krieg geriet[13]. Sie zeigt, dass bei dessen Protagonisten „das Bewusstsein für den Widerspruch zwischen Ideologie und Wirklichkeit" als Problem der Systemstabilität zwar „weit verbreitet"[14], eine Umkehr gleichwohl unmöglich war.

Das „ubiquitäre"[15] Phänomen der Stabilisierung und der Destabilisierung moderner Systeme, seien es demokratische Rechtsstaaten oder diktatorische Regime, steht im Mittelpunkt der empirischen und theoretischen Untersuchungen von Ludolf Herbst. Auch seine Arbeiten über die westdeutsche „Option für den Westen"[16] und die westeuropäisch-atlantische Verflechtung nach 1945 sind diesem Grundinteresse verpflichtet, wie unter anderem die Abhandlung über die zeitgenössische Integrationstheorie und ihre Wechselbeziehung mit der internationalen Politik Ende der vierziger Jahre zeigt[17]. Der Marshallplan, „Herrschaftsinstrument zum Abbau von Herrschaft"[18], ist für ihn das stabilisierende „Schlüsselereignis"[19] der westdeutschen Nachkriegspolitik und der forcierten westeuropäischen Integration, die das vom Ordnungswillen der Vormacht USA getragene Reintegrationskonzept ergänzen – zweifellos eine hochgradig interventionistische Politik, konträr zu der scheinintegrativen Entwicklung des Ostblocks[20], aber eben doch eine von der Zustimmung der betroffenen Völker und Regierungen getragene „kooperative Hegemonie"[21].

Integration ist in Herbsts Verständnis „diejenige ständige, nicht erlahmende Interaktion von Subsystemen im Systemganzen, die nötig ist, um die Systemstabili-

[13] Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982.

[14] Die Mobilmachung 1938/39 als Problem des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Wolfgang Benz, Hermann Graml (Hrsg.), Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg, Stuttgart 1979, S. 62–106; hier S. 103.

[15] Herbst, Komplexität, S. 249.

[16] Option für den Westen. Vom Marshallplan bis zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989.

[17] Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung, in: VfZ 34 (1986), S. 161–205.

[18] Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument? Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik, Berlin 1993, S. 17.

[19] Option für den Westen, S. 47.

[20] Die DDR und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks in den sechziger Jahren, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995, S. 363–380.

[21] Vom Marshallplan zur EWG, S. XXVIII.

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tät zu bewahren und die Systemkrise zu vermeiden"[22]. Wie die Schwerpunktsetzung in seinem Schaffen und seine theoretischen Schriften[23] ausweisen, ist es die Genese von Systemkrisen, die ihn am meisten interessiert. Im Grunde geht es Herbst um nichts weniger als um eine Erklärung der Katastrophen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dazu nimmt er die generellen Funktionsbedingungen komplexer Industriegesellschaften in den Blick, die wesentlich durch ihre Selbstorganisationsfähigkeit und ihre inhärenten Gegengewichtsstrukturen (Rückkopplungen) in einem prekären Gleichgewicht gehalten werden, um vor diesem Hintergrund dann am Beispiel des Nationalsozialismus zu erläutern, wie ein permanenter, von einer hochgradig reduktionistischen Ideologie befeuerter Interventionismus zur Zerbrechung ebendieser Gleichgewichtszustände und schließlich zur „Entkoppelung der Gewalt"[24] geführt hat. Für solche Entkoppelungsprozesse bestehen in Diktaturen „bessere Voraussetzungen"[25] als in Demokratien, da sie umstandslosere Interventionsmöglichkeiten bereitstellen. Im nationalsozialistischen Deutschland führten nach Herbst zwei früh ausgelöste Anfangsinterventionen zu störenden, sich in dichten Vernetzungsstrukturen immer rascher fortpflanzenden und schließlich zerstörerische Kraft gewinnenden Impulsen, die das 1933 noch funktionierende System interdependenter Rückkopplungen schließlich zerbrachen: die aus dem unbedingten Kriegswillen nach innen und außen gespeisten Eingriffe in die Wirtschaft zum Zwecke der sogenannten Wiederwehrhaftmachung sowie die Aufhebung von Rechtsstaatlichkeit und Freiheitsrechten[26].

Dezidiert nicht-deterministisch analysiert Herbst anhand dieser theoretischen Grundvorstellung nicht nur das ambivalente Potential der einzelnen Regimephasen, sondern er arbeitet auch die systemischen Grundcharakteristika des NS-Staates heraus. Danach trieben die erwähnten Interventionen einerseits eine exponentiell wuchernde Bürokratisierung und damit eine allerdings nur unzureichende Substitution der Selbstorganisationsfähigkeit durch Lenkungsbehörden und immer neue Sonderbevollmächtigte voran („Bypass-Strukturen"[27]); unter Effizienzgesichtspunkten schwächte das den Hitler-Staat im Vergleich zu den Westmächten. Andererseits zog das lediglich „teiltotalisierte"[28] NS-System gegenüber durchorganisierten Regimen sowjetischen Typs Vorteile aus seiner Fragmentierung. Denn es erreichte durch die Etablierung des Führerprinzips auf allen Ebenen einen ungebremsten Ämterdarwinismus und durch die ständige charis-

[22] Integrationstheorie, S. 168.
[23] Vgl. Komplexität, S. 15 f., sowie Entkoppelte Gewalt – Zur chaostheoretischen Interpretation des NS-Herrschaftssystems, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXVIII (1999), S. 117–158.
[24] Ebenda, S. 118.
[25] Herbst, Komplexität, S. 257.
[26] Vgl. Ludolf Herbst, Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg, Frankfurt a. M. 1996, S. 14 ff.
[27] Ebenda, S. 22.
[28] Ludolf Herbst, Der Fall Hitler – Inszenierungskunst und Charismapolitik, in: Wilfried Nippel (Hrsg.), Virtuosen der Macht. Herrschaft und Charisma von Perikles bis Mao, München 2000, S. 189.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

matische Durchbrechung der selbst in Gang gesetzten Verbürokratisierung ein höheres Maß an „Flexibilität“[29] und damit – allerdings prinzipiell nicht dauerhafte – „sekundäre Stabilisierungen“[30]. Historiker, die das NS-System „für ineffizient halten, irren“, befindet Herbst[31].

Die Summe seiner in diesen Denkrahmen eingebetteten Studien zum Nationalsozialismus zog Ludolf Herbst in der Gesamtdarstellung „Das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Die Entfesselung der Gewalt: Rassismus und Krieg“[32]. Sie beschreibt, wie und wie lange die charismatische Herrschaft Hitlers die komplexen Prozesse einer vernetzten Industriegesellschaft „beherrschbar“ halten konnte[33]. Dieses Buch steht in einer Reihe mit den Standardwerken von Karl Dietrich Bracher und Hans-Ulrich Thamer[34].

Das Plädoyer von Ludolf Herbst, der die methodischen Standards der Zeitgeschichtswissenschaft als „schwach ausgebildet“[35] beklagt, geht dahin, „den Stier bei den Hörnern zu packen“ und die Komplexität historischer Prozesse „selbst zum Ausgangspunkt methodischer und theoretischer Reflexion zu machen“[36]. Dabei verweist er immer wieder auf die nicht allein ethisch-normative, sondern gerade auch auf die *funktionale* Bedeutung der Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und der Freiheitsrechte. Eine „funktionale Prozesstheorie“[37] wirke nicht nur dem Trend in den Geschichtswissenschaften „zu immer größerer Isolierung ihrer Gegenstände“[38] entgegen, sie sei auch auf jede moderne Staats- und Gesellschaftsform anwendbar und könne überdies von einem „petrifizierte[n]“[39], auf der Makroebene bloß phänomenologisch vergleichenden Totalitarismusmodell weg und hin zu einer funktionalen Totalitarismustheorie führen[40].

Das ist ein hoher Anspruch. Man mag ihm darin folgen oder nicht. Ludolf Herbst stellt sich seinen eigenen Ansprüchen jedenfalls. Dadurch dient er beidem: der Verbreiterung der empirischen Grundlagen und der Erweiterung des theoretischen Horizonts der Zeitgeschichtswissenschaft.

Klaus-Dietmar Henke

---

29 Herbst, Krise, S. 370.
30 Ebenda, S. 389.
31 Herbst, Der Fall Hitler, in: Nippel (Hrsg.), Virtuosen der Macht, S. 189.
32 Herbst, Deutschland, S. 14 ff.
33 Ebenda, S.12.
34 Vgl. Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969; Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986.
35 Herbst, Komplexität, S. 9.
36 Ebenda, S. 17.
37 Das nationalsozialistische Herrschaftssystem als Vergleichsgegenstand und der Ansatz der Totalitarismustheorien, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung, Dresden 1999, S. 24.
38 Herbst, Komplexität, S. 17.
39 Ebenda, S. 87.
40 Vgl. Herbst, Das nationalsozialistische Herrschaftssystem, in: Henke (Hrsg.), Totalitarismus, S. 24.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erste Ergebnisse eines Großprojekts

Die Vorstellung des ersten Bandes der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945" in Berlin

Am 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, wurde im Jüdischen Museum in Berlin der erste Band der Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945" im Beisein von Bundespräsident Horst Köhler der Öffentlichkeit vorgestellt. Damit konnten bereits drei Jahre nach Beginn des Projekts Anfang 2005 die ersten Ergebnisse einer der größten zeitgeschichtlichen Forschungsanstrengungen in Deutschland in Buchform vorgelegt werden. Die Edition wird gemeinsam vom Bundesarchiv, dem Institut für Zeitgeschichte München–Berlin und dem Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg getragen und von acht Herausgebern betreut. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft sorgt für die finanzielle Förderung als Langfristvorhaben. Das Projekt ist auf 16 Bände angelegt, die im Laufe von etwa 10 Jahren erscheinen sollen. Fünf Bände sind in Vorbereitung. Die überwiegende Zahl der Dokumente wird hier zum ersten Mal veröffentlicht. Das Werk ist als wissenschaftliche Edition, die auch einem breiten Leserkreis zugänglich sein soll, und als Schriftdenkmal für die verfolgten und ermordeten Juden gedacht.

Nachdem fast alle großen deutschen Tageszeitungen ausführlich und sehr positiv über das Buch berichtet hatten, wurde der Inhalt von Band 1 in einer Lesung, mitorganisiert vom Institut für Zeitgeschichte und vom Oldenbourg Verlag, vor einem großen Publikum präsentiert. Nach einem Grußwort durch Cilly Kugelmann vom Jüdischen Museum skizzierte Götz Aly als einer der Mitherausgeber die Grundstruktur der Edition und dankte dem Bundespräsidenten für dessen ideelle Unterstützung bei diesem Vorhaben. Anschließend folgte eine eindrucksvolle vierstündige Lesung von besonders aussagekräftigen Texten durch Schauspieler und Schauspielerinnen wie Jutta Lampe und Angela Winkler.

Bild: Stefan Erhard

Band 1 thematisiert die Verfolgung der Juden im Deutschen Reich von 1933 bis 1937. Die Bearbeitung übernahm der Mitherausgeber Wolf Gruner, der inzwischen auf einen Holocaust-Lehrstuhl an der University of Southern California in Los Angeles berufen wurde. Aus den 320 Dokumenten des ersten Bandes konnte in der Lesung nur ein Teil wiedergegeben werden. Dennoch wurde die Vielzahl der Perspektiven und der Dokumententypen deutlich, vom Leitartikel in der

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0014
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Jüdischen Rundschau“ über die kalte Sprache von amtlichen Dokumenten bis hin zu sehr persönlichen Tagebucheintragungen der Verfolgten oder ungelenken Denunziationen „arischer“ Deutscher.

Die Jahre von 1933 bis 1937 standen für die jüdischen Deutschen vor allem unter dem Signum der sozialen Isolation, ob sie nun amtlich dekretiert oder vom sozialen Umfeld im Alltag praktiziert wurde. Prägnant formulierte es der Berliner Rabbiner Joachim Prinz im Jahre 1935: „Des Juden Los ist: nachbarlos zu sein.“ Deutlich wird nicht nur die Breite antisemitischer Initiativen, insbesondere in den von außen oder innen „gleichgeschalteten“ Verbänden, Vereinen und Organisationen, sondern auch die Unterschiedlichkeit der Reaktionen in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft. Die nichtjüdischen Deutschen stimmten den antijüdischen Maßnahmen und Aktionen anfangs partiell zu, viele lehnten sie aber auch ab. Bei den Juden selbst schwankten die Einstellungen noch zwischen Bangen und Hoffen. Das NS-Regime strebte zwar von Anfang an eine Vertreibung der Juden aus Deutschland an, über die konkrete Vorgehensweise gab es jedoch noch keine klaren Vorstellungen. Vieles blieb gerade aus wirtschafts- und außenpolitischen Erwägungen heraus umstritten. Dennoch machen schon die Dokumente aus den ersten fünf Jahren des „Dritten Reiches“ klar, dass die Judenverfolgung für eine unbegrenzte Radikalisierung offen blieb. Dies ist an der extremen antisemitischen Rethorik, nicht zuletzt aber an der Kontinuität der Gewalt abzulesen, von Misshandlungen auf offener Straße bis hin zu Morden in den Konzentrationslagern.

Nach dem erfolgreichen Start des Großprojekts ist es das Ziel der Herausgeber, bald weitere Bände vorzulegen, so zur nationalsozialistischen Judenverfolgung im besetzten Polen zwischen 1939 und Sommer 1941 und zur Entwicklung im Deutschen Reich vor Kriegsbeginn. Auch diese werden die Vielfalt der Perspektiven und der Dokumententypen auf hohem wissenschaftlichen Niveau präsentieren.

Dieter Pohl

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schreib-Praxis

Das Institut für Zeitgeschichte organisiert zum zweiten Mal ein anwendungsorientiertes Schreibseminar

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, während auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert gelegt wird, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und deshalb von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte, das hier eng mit dem Oldenbourg Verlag zusammenarbeitet, setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden darstellerischen Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar dauert vier Tage und umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am 8. September 2008 und dauert bis zum 12. September. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Betreuers) bis zum 30. Mai 2008 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für*

VfZ 2/2008 © Oldenbourg 2008 DOI 10.1524/vfzg.2008.0015
Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 56 (2008), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte